

Neue Soziale

F O R S C H U N G S J O U R N A L

Bewegungen



IMMER IN BEWEGUNG – NIE AM ZIEL

Was bewirken soziale Bewegungen?

Heft 1 – März 2006 € 14,-

LUCIUS
LUCIUS



EDITORIAL

- 2 Immer in Bewegung – nie am Ziel.
Was bewirken soziale Bewegungen?

AKTUELLE ANALYSE

- 5 *Michael Spreng*
Wahlkampf als eiskalte Polarexpedition

THEMENSCHWERPUNKT

- 12 *Felix Kolb*
Die politischen Auswirkungen und Erfolge sozialer Bewegungen
- 24 *Ute Gerhard*
Nachfolge in der Frauenbewegung – Generationen und sozialer Wandel
- 38 *Jochen Roose*
30 Jahre Umweltprotest:
Wirkungsvoll verpufft?
- 50 *Michelle Beyeler*
Erfolge der Globalisierungskritik?
Eine Analyse anhand der Kampagnen gegen WEF und WTO
- 64 *Karin Urich*
Freiheiten gewonnen – Utopien verloren.
Die gemischte Bilanz der DDR-Bürgerbewegung am Beispiel Dresdens
- 73 *Matthias Heyck*
Erfolgreicher durch Qualifikation?
Das Beispiel Zukunftspiloten
- 82 *Malte Kreuzfeldt*
Auf halbem Weg? Die Bedeutung von Erfolgen für die zukünftige Mobilisierung am Beispiel von Attac Deutschland

PULSSCHLAG

- 90 *Berthold Kuhn*
Zivilgesellschaftliche Organisationen in China

- 94 *Paul-Stefan Roß/Ortrud Harhues/Tim Terhorst*
,Wir müssen uns neu erfinden!‘
Bürgergesellschaft: Ein ,neuer‘ Blick auf ,alte‘ Verbände

- 101 *Klaus Farin*
Neue Studie:
Rechte Szene auch im Osten out.

- 107 *Dörthe Stanke*
Nachhaltigkeit und Globalisierungskritik

- 113 *Jan Rohwerder*
Globalisierung und ihre Kritik(er)

- 117 *Call for Papers*
Bürgergesellschaft –
Wunsch und Wirklichkeit

TREIBGUT

- 122 Materialien, Notizen, Hinweise

LITERATUR

- 127 *Bewegte Bürger in der Diktatur (Karin Urich)*
- 130 *Möglichkeiten und Grenzen von Nichtregierungsorganisationen (Stephanie Schmoliner)*
- 132 *Aus dem Innenleben Neuer Sozialer Bewegungen (Karin Urich)*
- 133 *Tiger oder Bettvorleger? (Matthias Freise)*
- 135 *Selbstkritischer Blick in die Studierstuben (Stephanie Schmoliner)*

136 ANNOTATIONEN

138 AKTUELLE BIBLIOGRAPHIE

143 ABSTRACTS

147 IMPRESSUM

Immer in Bewegung – nie am Ziel. Was bewirken soziale Bewegungen?

Wer in der Geschichte nach grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Veränderungen sucht und nach Ursachen fragt, landet unweigerlich bei sozialen Bewegungen. Sei es die Gründung der Nationalstaaten und die Einführung der Demokratie, die Abschaffung der Kinderarbeit und die Einführung von Arbeitnehmer/innen-Rechten, die Einführung des Frauenwahlrechts und viele weitere Maßnahmen zur Gleichberechtigung der Geschlechter, aber auch die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten im Dritten Reich: Ausschlaggebend waren soziale Bewegungen. Der Blick in die jüngere Zeit führt zu ähnlichen Befunden. Dabei sind es Forderungen nach Gleichberechtigung von Frauen, beispielsweise im Arbeitsleben, wo eine Vielzahl von Berufen lange Zeit Männern vorbehalten war. Die Verbreitung des Umweltbewusstseins, der Einzug der Grünen als neue Partei in den Bundestag oder in jüngster Vergangenheit die WASG im Zusammenschluss mit der PDS sind weitere Beispiele, in denen grundlegende Veränderungen in engem Zusammenhang stehen mit sozialen Bewegungen. Schließlich sollte der Zusammenbruch der DDR und der übrigen mittel- und osteuropäischen Staaten nicht vergessen werden, auch in diesem Fall waren soziale Bewegungen entscheidend beteiligt. Fragt man nach Gründen für sozialen Wandel, so kommen soziale Bewegungen sofort in den Blick (vgl. z.B. Giddens 1995, Joas 1996).

Diese Aufzählung lässt zunächst eine schier unbezähmbare Macht von sozialen Bewegungen erwarten, doch das wäre weit gefehlt. Der obigen Aufzählung ließe sich leicht eine weit längere Liste von Fehlschlägen und weitgehend erfolglosen Bewegungen anschließen. Erinnert sei an die Mobilisierung gegen den Krieg der USA gegen Saddam Husseins Irak, um nur ein recht aktuelles Beispiel zu wählen. Wenn also einerseits Bewegungen so grundlegenden Wandel zur Fol-

ge haben können, andererseits aber oftmals in ihrem Bemühen scheitern, drängt sich die Frage auf, was die Erfolgsbedingungen und messbare Kriterien für soziale Bewegungen sind.

Diese Frage zu stellen, heißt allerdings, den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun. Zunächst ist zu klären, ob tatsächlich die sozialen Bewegungen ursächlich waren für sozialen Wandel. Es ist keineswegs trivial, diese Frage zu beantworten, denn was macht uns so sicher, dass die Bürgerrechtsbewegung und nicht die massiven Flüchtlingsströme oder die fehlende Unterstützung durch die Sowjetunion, namentlich durch Gorbatschow, die DDR zu Fall brachte? Max Weber empfahl zur Erklärung von historischen Ereignissen das Gedankenexperiment, was geschehen wäre, wenn ein für wesentlich gehaltener Baustein gefehlt hätte (Weber 1991). Diese Spekulation über hypothetische Fälle ist ausgesprochen schwierig, Abschätzungen des „Was wäre wenn?“ müssen immer vage bleiben.

Doch nicht allein die Kausalzurechnung von gesellschaftlichem Wandel auf eine soziale Bewegung ist schwierig, auch die Erfolgsbestimmung als solche stellt erhebliche Hürden auf. Ziele von Bewegungen sind vielschichtig, auch Teilerfolge oder erste Schritte auf dem Weg können von manchen bereits als Erfolg angesehen werden. Manches wird nur von Teilen einer Bewegung als Erfolg angesehen, von anderen als Misserfolg gewertet werden und die Zielsetzungen verschieben sich aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen. Schließlich mag es über den richtigen Weg zum Endziel in einer Bewegung ganz unterschiedliche Ansichten geben.

Wissenschaftlich lassen sich Fragen nach Erfolgen und Nichterfolgen und deren Korrelation in Bezug auf sozialen Wandel nicht sinnvoll beantworten. Entsprechend hat sich die Bewegungsforschung darauf verlegt, Auswirkungen oder Effekte von Bewegungen zu untersuchen und den Erfolgsbegriff einzuklammern. Gleichwohl steht er bei der Auswahl von Effekten, denen die Neugier der Forscher/-innen gilt, immer

Pate, werden doch die zu untersuchenden Auswirkungen in aller Regel ausgewählt nach den unterstellten Zielen der Bewegung.

Für die Bewegungspraxis steht ein weiteres Thema ganz oben auf der Agenda. Es geht nicht allein um die Frage, ob eine Bewegung insgesamt erfolgreich oder erfolglos war, sondern vor allem darum, welche Strategien einen Erfolg wahrscheinlicher machen können. Wiederum macht das Phänomen soziale Bewegung eine Beantwortung dieser Frage außergewöhnlich schwer. Mobilisierungsstrategien sind in aller Regel vielschichtig, es wird an verschiedenen Orten über längere Zeit von sehr unterschiedlichen Akteur/-innen Protest organisiert. Dazu kommt vielleicht die Mobilisierung von Problembewusstsein, Aufklärung oder Lobbyarbeit. Zwar ist für die Aktiven die Frage brennend, welche der vielen Strategien zum Erfolg führte, aus der Forschungsperspektive ist aber gerade diese Frage ausgesprochen schwer zu beantworten. Und so wird es auch diesmal kein universal anwendbares Erfolgsrezept für soziale Bewegungen geben.

Über die wissenschaftliche Erforschung von Bewegungserfolgen zu sprechen heißt, über die Schwierigkeiten einer solchen Forschung zu reden. Es dürfte mit an diesen Schwierigkeiten liegen, dass die Bewegungsforschung bei diesem Thema bislang eher zurückhaltend war. Gerade in Deutschland wurden kaum Studien zu den Effekten von Bewegungen vorgelegt. In den USA wurde das Thema weit häufiger behandelt, allerdings sind die Befunde vielfältig und schwer zu integrieren (vgl. den Beitrag von Felix Kolb in diesem Heft). Erst in jüngerer Zeit sind einige Studien zu Bewegungseffekten entstanden und nun widmet sich auch das Forschungsjournal diesem Thema, um die neuesten Ergebnisse zu versammeln und zu diskutieren.

Der Frage nach Effekten und Erfolgen geht das Forschungsjournal in zwei Perspektiven nach: einer wissenschaftlich resümierenden und einer praktisch-strategischen Perspektive. Den

Auftakt macht *Felix Kolb* mit einer breiten Übersicht zur vor allem englischsprachigen Literatur über Bewegungseffekte. In seiner Synthese weist er unterschiedliche Arten von Bewegungseffekten aus und resümiert die Chancen, in den jeweiligen Dimensionen einflussreich zu sein.

Die vier weiteren Beiträge beschäftigen sich jeweils mit einer neueren Bewegung, um deren Effekte und erfolgversprechende Strategien zu beurteilen. Den Auftakt macht *Ute Gerhard* mit einem Rückblick auf die Frauenbewegung. Als Aktivistin der zweiten Frauenbewegung geht sie aus von der Erfolgsbedingung, die Bewegung als treibende Kraft am Leben zu erhalten und fragt nach dem Zusammenhang zwischen Generationenwandel und sozialen Veränderungen in Hinblick auf frauenpolitische Aspekte. *Jochen Roose* nimmt in seinem Beitrag zur Umweltbewegung Protestereignisanalysen zum Ausgangspunkt und vergleicht die Entwicklung von Protesthäufigkeit mit der Veränderung von Bevölkerungseinstellungen, Debatten zu Umweltthemen im Bundestag und der Veränderung von umweltgerechtem Verhalten in der Bevölkerung. *Michelle Beyeler* beurteilt die Erfolge der globalisierungskritischen Bewegung. Für sie ist die Medienberichterstattung über die Ereignisse rund um Treffen der Welthandelsorganisation und des World Economic Forum der Maßstab, um den Erfolg der Bewegung bei der Selbstdarstellung und dem Einbringen von Argumenten zu beurteilen. Die Strategien und Erfolge der DDR-Bürgerrechtsbewegung lässt *Karin Urich* Revue passieren. Gerade hier wird deutlich, dass die unterschiedlichen Situationen in den genannten Städten einflussreich waren, die Bewegung aber auch stark an Persönlichkeiten gebunden war. Eine Sammelrezension zum Thema Bürgerrechtsbewegung in der DDR stellt die neueste Literatur zu diesem Thema vor.

Der zweite Teil des Themenschwerpunktes widmet sich der Erfolgsfrage aus einer praktisch-strategischen Perspektive. *Matthias Heyck* stellt das Qualifizierungsprojekt „Zukunftspi-

loten“ vor. Hier wird versucht, Aktivisten der Umweltbewegung für ihre Bewegungsarbeit zielgerichtet zu schulen, um die Erfolgsaussichten der Bewegung zu verbessern. Die Chancen eines solchen Programms, aber auch die nicht-intendierten Nebeneffekte diskutiert *Heyck*. *Malte Kreuzfeld*, Pressesprecher von ATTAC Deutschland, diskutiert die Bedeutung für eine Bewegungsorganisation, eigene Erfolge darzustellen und so die Basis zu schaffen für weitere Mobilisierungen. Die breite Erfolgsdefinition des Autors, der über seine Organisation berichtet, illustriert noch einmal sein Argument, dass Bewegungsorganisationen ihre eigenen Erfolge betonen müssen.

Abgerundet wird das Heft von einigen Beiträgen jenseits des Themenschwerpunkts. Der ehemalige CDU-Wahlkampfberater *Michael Spreng* analysiert das „grandiose Scheitern“ der Wahlkampfstrategie von CDU/CSU. Gerade weil die Ausgangsvoraussetzungen für die Unionsparteien so ungewöhnlich günstig waren, ist die Frage nach Ursachen – und Schuldigen – besonders brisant. Auch in diesem Beitrag stellt sich die schwierige und folgenreiche Frage nach Erfolgs- und – in diesem Fall – Misserfolgsfaktoren aus einer strategischen Sicht.

Das Forschungsjournal gehört zu den Mitveranstaltern des Kongresses „Bürgergesellschaft – Wunsch und Wirklichkeit“ am Wissen-

schaftszentrum Berlin im Oktober 2006. Das Call for Paper für diesen Kongress finden Sie in der Pulsschlag-Rubrik in diesem Heft.

Gerhard Mester, seit der Gründung des Forschungsjournals Karikaturist des Heftes und mit den Herausgebern freundschaftlich eng verbunden, hat im Januar seinen 50. Geburtstag gefeiert. Gratulation auch von Seiten der Redaktion. Die Herausgeber des Forschungsjournals haben in zwei Reden Werk und Person gewürdigt – nachzulesen auf der Homepage des Journals: www.fjnsb.de.

Jochen Roose (Berlin), *Karin Urich* (Mannheim), *Stephanie Schmolin* (Flensburg).

Literatur

Giddens, Anthony 1995: Strukturation und sozialer Wandel. In: Müller, Hans-Peter/Schmid, Michael (Hg.): Sozialer Wandel. Modellbildung und theoretische Ansätze. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 151-191.

Joas, Hans 1996: Die Kreativität des Handelns. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Weber, Max 1991 (Orig. 1904): Objektive Möglichkeit und adäquate Verursachung in der historischen Kausalbetrachtung. In: ders.: Schriften zur Wissenschaftslehre. Stuttgart: Reclam, 102-131.

Michael H. Spreng

Wahlkampf als eiskalte Polarexpedition¹

Wahlanalysen von Parteien sind dadurch gekennzeichnet, dass sich der Inhalt nach der politischen Opportunität oder den persönlichen Interessen richtet. Deshalb freue ich mich, dass Sie heute mit mir einen Menschen zur Analyse eingeladen haben, der frei von solchen Erwägungen sein und völlig ungeschminkt seine Meinung sagen kann. Deshalb will ich zu Beginn einem Ratschlag eines journalistischen Ziehvaters folgen, der mir für den Einstieg in einen Artikel geraten hat: fange mit einem Erdbeben an und steigere dich dann langsam.

Lassen Sie uns mit dem Erdbeben anfangen, denn ich habe den Eindruck, dass selbst notorische Schwarzmalerei in der CDU das ganze Ausmaß des Wahldesasters vom 18. September noch nicht realisiert haben. Am 18. September hat die CDU/CSU nicht nur das zweitschlechteste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren (nur 0,1 Prozent besser als Kohl 1998), sondern trotz wesentlich besserer Voraussetzungen als 2002 noch einmal 3,3 Prozent verloren.

Diese CDU/CSU ist nicht mehr mehrheitsfähig – außer in einer großen Koalition oder in einem 3-Parteien-Bündnis. Dies ist eine dramatische Perspektive für die Zukunft.

Um das ganze Ausmaß zu verstehen, erlauben Sie mir einen Vergleich mit 2002:

- 2002 lag die CDU/CSU in den Umfragen hinter der SPD, als Edmund Stoiber Kanzlerkandidat wurde. 2005 lag sie, als Angela Merkel nominiert wurde, bei 48 Prozent – rund 20 Prozentpunkte vor der SPD.
- 2002 war Rot-Grün noch nicht so verschlissen wie 2005. 2002 traten Schröder und Fischer noch gemeinsam Rücken an Rücken im Wahlkampf auf.
- 2002 war die magische, politisch und kommunikativ für Rot-Grün eigentlich tödliche 5-Millionen-Grenze bei der Arbeitslosenzahl

noch nicht überschritten (Diese Zahl war die Trendwende im nordrhein-westfälischen Wahlkampf und eigentlicher Grund für den Wahlsieg von Jürgen Rüttgers).

- 2002 gab es die Flut, durch die sich Gerhard Schröder wenige Wochen vor der Wahl als zupackender und anteilnehmender Kanzler inszenieren konnte.
- 2002 beherrschte der drohende Irak-Krieg die Schlussphase des Wahlkampfes, wodurch die CDU/CSU z.B. bei den Frauen über 60 Jahren drei Prozent der Wählerinnen verlor, die 1998 noch Helmut Kohl gewählt hatten.
- 2002 trat der problematischere Kanzlerkandidat an, der außerhalb von Bayern – insbesondere in Nord- und Ostdeutschland – viel höhere mentale und politische Hürden überwinden musste.

Der Vergleich zeigt: Im Gegensatz zu 2002 gab es 2005 ideale Voraussetzungen für einen Wahlsieg. Dennoch endete die Wahl 2005 in einem Desaster. Dafür muss es gewichtige Gründe und Verantwortliche geben.

Rückblick 2002

Bei der Suche nach den Gründen erlauben Sie mir einen Rückblick auf 2002. Ich bitte, sich dabei von Ihrem heutigen Bild Edmund Stoibers freizumachen und ihn mit den Augen von 2002 zu betrachten.

2002 ging Stoiber im Grunde in ein aussichtsloses Rennen: Die SPD lag vor der CDU/CSU und Schröder lag in seinem persönlichen Werten, insbesondere in Sympathiewerten, meilenweit vor Stoiber.

Für Stoiber bestand die Gefahr, dass er in eine Rechtsfalle läuft, die von der SPD schon aufgestellt war. Stichworte für die Agitation

waren: erzkonservativ, blondes Fallbeil, vertritt ein traditionelles Familienbild und eine überholte Rolle der Frauen. Außerdem bestand 2002 die Gefahr, dass die SPD eine Kanzlerschaft Stoibers als Fortsetzung der Ära Kohl diffamieren würde – ein damals noch zugkräftiger Vorwurf.

In dieser Situation entwickelten wir folgende politische und kommunikative Strategie:

Stoiber trat an als der Mann der Mitte, der möglichst nicht polarisiert, um nicht die Wähler der anderen Seite zu mobilisieren (Angela Merkel nannte diese Strategie 2002: ‚Auf Samtpfoten an die Macht‘).

Daraus entstand allerdings ein Problem in den eigenen Reihen der CDU/CSU, das von der SPD tatkräftig befördert wurde: Stoiber habe ‚Kreide gefressen‘, er sei ‚weichgespült‘. Dieses Vorurteil wurde von links (von der SPD-Kampa) nach rechts durchgereicht (z. B. griff es Roland Koch auf), es blieb aber ohne jeden Einfluss auf die Wahl, da wegen dieses Vorwurfes kein Stammwähler zu Hause blieb oder die Seiten wechselte.

Zur Antwort auf die SPD-Agitation gehörte, dass es im Wahlkampf 2002 keine Fotos und Auftritte Stoibers mit Helmut Kohl gab, um kein Diffamierungspotential zu bieten, Kohl ging zum Beispiel während der Stoiber-Rede auf dem CDU-Wahlparteitag in Frankfurt aus der 1. Reihe zu den Rheinland-Pfalz-Delegierten im hinteren Teil des Saales.

Da es aussichtslos schien, das Sympathieduell gegen Schröder zu gewinnen, setzten wir auf *Kompetenz*.

Da Schröder als Solo-Spieler auftrat, der sich wenig im Wahlkampf um seine Partei scherte, setzten wir auf *Team*.

Um Schröder vom Sympathie-Sockel zu stoßen, stigmatisierten wir ihn als Schauspieler, Show-Typen, Luftikus (ein altes Vorurteil, das damals bei Schröder wieder zu aktivieren war) gegen den ‚ernsten Mann für ernste Zeiten‘, der ‚kantig, echt, erfolgreich‘ war (das große Stoi-

ber-Plakat, das als ‚Gardine‘ am Berliner Adenauer-Haus hing).

Die Argumentationslinie 2002 lautete: Stoiber mag zwar nicht so sympathisch wie Schröder sein, aber er ist in dieser dramatischen Lage einfach besser für Deutschland, weil er seriöser, ernsthafter und erfolgreicher ist, wie er in Bayern bewiesen hat.

Kompetenz und Team waren die Schlüsselbegriffe des Wahlkampfes (Kompetenzteam, Kompetenzwahlkampf, Plakat: ‚Kompetenz für Deutschland‘, Stoiber-Team, Team 40+).

Dazu gehörte die dramaturgisch überlegte, scheibchenweise Inszenierung des Kompetenz-Teams – immer verbunden mit Themen und besonders geplanten Auftritten (zum Beispiel war der zweite Teil der Vorstellung Lothar Späths als designiertem Superminister ein Auftritt vor der Belegschaft von Jenoptik).

Dazu gehörte

- ein Angriffswahlkampf (Negative Campaigning): die Schlusslicht-Kampagne, der zentrale Angriffsslogan: Versprochen – Gebrochen,
- ein Sozial-Wahlkampf, der 2005 völlig fehlte: Angriffe gegen völlig überhöhte Manager-Gehälter, die in der Telekom-Kampagne gipfelte (90 Prozent weniger Aktienkurs, 90 Prozent mehr Gehalt) und
- die Darstellung Stoibers als Anwalt der kleinen Leute, als Mann des sozialen Ausgleichs (z. B. forderte die CDU/CSU in ihrem Wahlprogramm im Gegensatz zu 2005 betriebliche Bündnisse für Arbeit damals auf Wunsch auch von Angela Merkel nur mit einem Veto-Recht der Gewerkschaften).

Diese Strategie wurde ergänzt durch immer wiederkehrende Versuche, die kulturelle Offenheit des Kanzlerkandidaten Stoiber zu zeigen. So sollte das unterstellte traditionelle Frauenbild aufgeweicht werden durch die Einbeziehung der berufstätigen Töchter Stoibers und ihrer modernen Lebensentwürfe in den Wahlkampf. Außerdem formulierte er in einer Parteitage-

erstmalig seine Toleranz gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften. Diese Versuche waren allerdings angesichts der Image-Vorprägung wenig erfolgreich.

Und es gab einen ganz wesentlichen Unterschied zu 2005: die CDU/CSU stand – Frau Merkel allen mit großer Selbstverleugnung voran – wie ein Mann hinter Stoiber. Die große Geschlossenheit wurde augenfällig demonstriert beim Wahlparteitag Frankfurt, der in Angela Merkels Formulierung gipfelte: ‚Soviel Union war nie‘. Es gab keinerlei unionsinternen Streit im Wahlkampf (bis auf eine paar unerhebliche ‚Weichgespült‘-Nörgeleien aus der Richtung Roland Kochs).

Dies Wahlkampfkonzept war so erfolgreich, dass Mitte Juli 2002 Panik im Kanzleramt ausbrach, weil man glaubte, die Wahl sei verloren. Dann aber kamen die Flut und das Irak-Thema, worauf die CDU/CSU teilweise kopflos und kontraproduktiv reagierte: die nicht kommunizierbare Haltung zur Flutfinanzierung, Stoibers Urlaub zu Beginn der Flut, Schäubles Bushfreundliche Irak-Position. Außerdem zeigte sich, dass die im Norden und Osten vorhandenen Vorbehalte gegen die Person Stoiber im Wahlkampf nur unbefriedigend überwunden werden konnten.

Aber immerhin erzielten Stoiber und die CDU/CSU mit diesem Wahlkampf noch 38,5 Prozent der Wählerstimmen – 3,3 Prozent mehr als 2005. Und das mit einem nach dem Urteil vieler CDU-Politiker schlechteren Kandidaten als 2005.

Ich habe dies so ausführlich geschildert, weil sich darin auch schon eine Reihe der Versäumnisse von 2005 widerspiegeln.

Kampagne 2005

2005 wurde die CDU/CSU von der Neuwahlentscheidung Schröders am 22. Mai kalt erwischt. Die Frage der Kanzlerkandidatur Angela Merkels wurde im Grunde durch Schröder

entschieden, da so kurz – knapp vier Monate – vor der Wahl kein Streit um einen anderen oder besseren Kandidaten mehr möglich war. Außerdem war Frau Merkel schon in zwei Schlüsselpositionen (Fraktionsvorsitz, Parteivorsitz). Deshalb stand die Kanzlerkandidatin am Abend des 22. Mai fest.

Zur Vorgeschichte: Angela Merkel galt lange Zeit als Politikerin, von der man nicht wusste, wofür sie steht. Ab dem Tag, an dem sie sich – aus welchen Gründen auch immer – die Kopfpauschale zu eigen machte, verblasste dieser Vorwurf, aber durch diese Positionierung entwickelte sie immer mehr ein wirtschaftsliberales Profil. So plädierte sie auch für:

- eine weitere Einschränkung des Kündigungsschutzes,
- eine Senkung des Spitzensteuersatzes,
- betriebliche Bündnisse ohne Veto-Recht der Gewerkschaften und
- sie verurteilte den Ackermann/Esser-Prozess als ‚Gefahr für den Standort Deutschland‘.

Dieses schon vorhandene, eher neoliberale Profil von Angela Merkel wurde durch die Eckpfeiler des CDU/CSU-Wahlprogramms drastisch verschärft und auf die Partei übertragen. Es kamen hinzu:

- keine Steuerfreiheit mehr für Sonn- und Feiertagszuschläge,
- die Abschaffung der Pendlerpauschale,
- eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Dieses Wahlkampfprofil der CDU/CSU wurde agitatorisch begleitet von extremer Schwarzmalerei des Standortes Deutschland. (Negativ-Kampagne: ‚Jeden Tag 1000 Arbeitsplätze weniger‘ etc.)

Die Plakate waren übrigens auch grafisch ein Desaster (düstere Farben, unlesbare Schriften).

Die CDU/CSU signalisierte im Wahlkampf keinerlei Hoffnung und vermittelte keine Positiv-Botschaften. Anfang 2005 hatte der neue

Generalsekretär Volker Kauder noch gefordert: „Wir brauchen eine überwölbende Botschaft, um den Menschen deutlich zu machen, wofür wir stehen“. Das ist bis heute nicht geschehen – ein Versäumnis, das sich im Wahlkampf rächen und auch künftig noch rächen wird.

Die Anlage des Wahlkampfes war kalt, unemotional, ohne Begeisterung.

Die CDU/CSU bot den Wählern eine eiskalte Polarexpedition an, obwohl die meisten Wähler lieber in den warmen Süden fahren.

Dazu passte der zentrale Wahlslogan: ‚Deutschlands Chancen nutzen‘ – ein Slogan, der die Wähler weiter vereiste.

Nicht nur dieser Slogan, sondern die ganze Anlage des Wahlkampfes war eine zu große Herausforderung und Zumutung für die Wähler einer Volkspartei und verlangte von ihnen, eine Reise in unbekannte, unsichere und gefährlich erscheinende Gefilde mitzumachen.

Die Wähler (bis auf junge Aufsteiger, die ohnehin FDP wählen) wollen nicht mit Parteien

‚Chancen nutzen‘, sondern erwarten von Parteien Antworten auf ihre Sorgen und existenziellen Ängste. Hinzu kommt, dass der Slogan keinen Erinnerungs- und Wiedererkennungswert hatte. Besser war zum Beispiel der zukunftsorientierte Hoffnungs-Slogan in NRW: ‚NRW kommt wieder‘.

Für alle Wahlkämpfe gilt: Die ‚drei großen P‘ müssen zusammen passen und eine gemeinsame Identität bilden: *Partei, Programm und Person*. 2005 passte das Programm nur zur Person, aber nicht zur (konservativen, liberalen, aber auch christlich-sozialen) Partei CDU. Das war der zentrale Fehler, ein Riss im Auftritt der Union, der den Wählern auffiel.

Für Außenstehende war eine hinter dem Wahlkampf 2005 stehende geschlossene Strategie, wie sie 2002 für Stoiber entwickelt und formuliert wurde, nicht zu erkennen – weder für die Partei noch für die Person der Spitzenkandidatin. Der Schluss-Slogan ‚Ein neuer



Anfang‘ war völlig inhaltslos, Schlüsselbegriffe nicht erkennbar.

Stattdessen stellt sich die Frage: Wen wollten Partei und Spitzenkandidatin als Wähler mit diesem Konzept und diesen Slogans gewinnen?

In der CSU machte deshalb in der Schlussphase des Wahlkampfes das Wort von der CDU als ‚aufgeblasene FDP‘ die Runde, denn der Wahlkampf der CDU zielte erkennbar nur auf reformbegeisterte Menschen, die ihre Chancen nutzen und einen neuen Anfang wagen wollen. Dies wird in einer Gesellschaft aber immer nur eine Minderheit sein. Insbesondere dann, wenn eine Partei und ihre Spitzenkandidatin kein Licht am Ende des Tunnels verheißen und den tieferen ‚überwölbenden‘ Sinn ihrer Reformpolitik nicht klar machen können.

Auch die CDU/CSU muss akzeptieren: Für die Wähler sind die Parteien Dienstleistungsorganisationen, die sie auch so benoten.

Die Mehrheit der Wähler will nicht Wagnis, sondern Sicherheit – einer der Schlüsselbegriffe erfolgreicher Wahlkämpfe. Seit einigen Jahren sind diese alten Sicherheiten erkennbar vorbei, und die Wähler wissen, dass ohne Einschnitte in Sozialsysteme und staatliche Leistungen das Land bankrott geht. Aber sie wollen Hoffnung und den Glauben, dass die Opfer keine Willkür der Politik sind, sondern einen langfristigen Sinn machen.

Deshalb sollten Wahlkämpfe im Reformzeitalter eine ‚neue Sicherheit‘ versprechen – eine Sicherheit auf einem niedrigeren Niveau, aber immerhin Sicherheit, eine Lebensperspektive frei von Willkür und ständiger Existenzangst. (2002 lautete eine unserer zentralen Leitlinien: Man darf die Tür für Reformen nicht eintreten, sondern muss sie vorsichtig öffnen).

Das war übrigens – neben der kontraproduktiven Basta-Kommunikation – auch der Grund für Schröders Agenda-2010-Desaster. So weit zu den inhaltlichen und strategischen Problemen des Wahlkampfes 2005. Die geschilderte grundsätzliche Problematik wurde

im Verlauf des Wahlkampfes verschärft durch schwere

- Kommunikationspannen,
- mangelnde Professionalität,
- Fehlentscheidungen und
- Illoyalitäten.

Kommunikationspanne 1

Sie begann mit der Vorstellung des Wahlprogramms, die kommunikativ völlig verstolpert wurde. Da es in den letzten Tagen vor der Programmpräsentation in der Union noch heftigen Streit über den Verteilungsschlüssel der Mehrwertsteuererhöhung gab, wurde die Steuererhöhung zur zentralen Botschaft und gab der SPD eine Steilvorlage (‚Merkelsteuer – das wird teuer‘). Die CDU konnte daraufhin mit der positiven Botschaft, dem Ziel der Erhöhung nicht mehr durchdringen – dass nämlich damit die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt werden sollen und jeder Arbeitnehmer davon profitieren würde.

Es ist ein bekannter Mechanismus, dass der positive Teil einer Botschaft nicht durchdringt, wenn der negative zu stark ist. Dies galt auch für die geplante Abschaffung der Steuerfreiheit für Nacht- und Feiertagszuschläge. Da drang der zweite Teil der Botschaft, dass dies stufenweise über sieben Jahre geschehen soll, nicht mehr durch.

Die CDU/CSU missachtete im Wahlkampf 2005 zwei zentrale Leitsätze:

1. Was man nicht kommunizieren kann, sollte man lassen. Das heißt umgekehrt: die Kommunikation ist in der Politik genauso wichtig oder manchmal sogar wichtiger als die Inhalte.
2. Für Ehrlichkeit in Form von Blut, Schweiß und Tränen gibt es von den Wählern keine Prämie. Im Gegenteil: sie kalkulieren ohnehin ein, dass sie ein bisschen belogen werden.

Bis heute ist mir übrigens ein Rätsel, warum die CDU die positivste Botschaft ihres Steuerprogramms (Familien mit zwei Kindern sollten bis zu einem Jahreseinkommen von 38.200 Euro künftig steuerfrei sein) weder propagiert noch plakatiert hat (und das bei einem deutschen Durchschnittseinkommen von 31.700 Euro).

Kommunikationspanne 2

Angela Merkel zeigte argumentative Schwächen im Wahlkampf, die zwar immer mal passieren können, die aber durch verschlimmbessernde Reaktionen ihrer Umgebung verschärft wurden. So wurde die Brutto/Netto-Verwechslung erst durch die Verfälschung des Interviews im Internet ein richtiges Problem.

Und die Debatte um die TV-Duelle lief deshalb für die Union unglücklich, weil Frau Merkels Umgebung das zweite Duell mit dem unglaublichen Argument ablehnte, dafür sei die Zeit zu kurz, statt von Anfang an offensiv ein Duell und – mit Rücksicht auf die gegenüber 2002 neue Koalitionsaussage der FDP – eine Elefantenrunde anzubieten.

In dieser schwierigen Situation kamen Illoyalitäten und Kraftmeiereien aus der zweiten Reihe, insbesondere aus der CSU dazu:

- Edmund Stoiber richtete mit seiner überheblichen Ossi-Schelte nicht nur in Ostdeutschland schweren Schaden an. Und das von ihm ausgegebene Wahlziel von 45 Prozent provozierte bei jeder neuen Umfrage Fragen nach dem Erfolgsgarantie der Kanzlerkandidatin.
- Die Schmäh-Kritik des CSU-Generalsekretärs Markus Söder an Gerhard Schröder („Schröder lügt sich durchs Land“, er sei „der schlechteste Kanzler aller Zeiten“) mobilisierte nur die Gegenseite und war so überzogen, dass sie höchstens CDU-Hardcore-Wähler richtig fanden).
- Die meisten Ministerpräsidenten blieben viel zu lange im Sommerurlaub und signalisier-

ten mit ihrer Zurückhaltung im Wahlkampf, dass ihnen der Sieg Angela Merkels ziemlich gleichgültig war.

Dies alles passierte wenige Tage vor der Vorstellung des Kompetenzteams. Der Wahlkampf der Union drohte zu kippen.

Frau Merkel, die ursprünglich nach dem Vorbild von Jürgen Rüttgers nur Politiker aus der zweiten bis dritten Reihe für Wirtschaft und Finanzen nominieren wollte, sah sich deshalb in einem Schnellschuss gezwungen, für Finanzen doch ein Schwergewicht zu präsentieren, um eine Wende des Wahlkampfes zu erreichen. Sie entschied sich für Paul Kirchhof statt für Friedrich Merz, wobei langfristige persönliche Animositäten und Rivalitäten über die Wahlkampfvernunft siegten. Sie konnte auch in dieser Lage nicht über ihren Schatten springen.

Dennoch hätte die Entscheidung, Paul Kirchhof zu präsentieren – wie die Medienreaktion zeigte – ein echter Coup werden können, wenn es nicht zur

Kommunikationspanne 3

gekommen wäre.

Zwischen dem Anruf Merkels bei Kirchhof und seiner Vorstellung lagen nur fünf Tage. In dieser Zeit wurde versäumt, die Vorstellungen Kirchhofs mit dem Wahlprogramm der CDU/CSU zu synchronisieren und eine gemeinsame Sprachregelung zu vereinbaren. Außerdem hätte an seine Seite ein Top-Kommunikationsexperte gehört, von dem er sich für seine öffentlichen Auftritte und Interviews hätte etwas sagen lassen. Die Schuld für das dann entstehende Desaster liegt aber nicht bei dem ‚politischen Amateur‘ Kirchhof, sondern eindeutig bei der CDU.

So nahm das Unheil für die Union seinen Lauf, die SPD hatte endlich das verzweifelt gesuchte Wahlkampfthema. Die sicher überzogene und verhetzende Kampagne der SPD („Men-

schenversuche‘) hat den Eindruck einer sozial kalten CDU verstärkt – einer Partei, die ihre christlich-sozialen Wurzeln kappt. Die SPD hatte damit auch deshalb leichtes Spiel, weil sich führende Politiker der CDU (allen voran Merkels Generalsekretär Kauder) schnell und eilfertig von Kirchhof distanzierten. Dann musste in den Augen der Wähler ja etwas Wahres an der Kritik sein.

Bei der Vorstellung des Kompetenzteams wurde übrigens auch ein nach vor ungelöstes Problem der CDU sichtbar: sie hat weder inhaltlich noch personell eine Kompetenz für Umwelt- und Verbraucherschutz – wie die Berufung von Frau Hasselfeldt demonstrierte.

Vor diesem Hintergrund trat ein Bundeskanzler auf, der schauspielerisch Oscar-reif den souveränen, unbeirraren Staatsmann und Politiker gab, der Standfestigkeit und – im Gegensatz zur kalten CDU – sozialen Ausgleich und Wärme zu garantieren schien, während Frau Merkel entweder nicht bemerkte, dass sie auf eine mehrheitsferne, schiefe Bahn geraten war, oder tatsächlich glaubte, dieses Profil der Union sei immer noch mehrheitsfähig.

Mitschuld an diesen Eindruck war auch die Mehrheit der Print-Medien (einschließlich ‚Stern‘ und ‚Spiegel‘), die im Wahlkampf eher auf einem neo-liberalen Trip waren.

Höhe- und Tiefpunkt dieser Entwicklung war das TV-Duell, bei dem Schröder – insbesondere bei den weiblichen Wähler – mit Witz, Charme und seiner Liebeserklärung an seine Frau punktete, während Angela Merkel es nicht schaffte, ihren im Detail häufig richtigen Ausführungen einen tieferen Sinn und Perspektive zu geben.

Eine Hauptursache für die Wahlniederlage war, dass die CDU-Wahlstrategen offenbar

nicht bemerkten, dass Frau Merkel von den Wählern schon als neue Chefin der Deutschland AG, als ‚gefühlte Kanzlerin‘ empfunden wurde. Von der ‚gefühlten Kanzlerin‘ wird aber erwartet, dass sie die Fragen nach dem Warum und Wohin überzeugend und mit Emotion (Wärme) beantworten kann. Die CDU/CSU aber fuhr unverdrossen ihre Negativ-Kampagnen, für die es bei den Wählern längst keine Abnehmer mehr gab.

Der Verstand der Wähler gab bei Umfragen noch der CDU/CSU die Stimme (bis Samstagmittag vor der Wahl lag sie bei 40 Prozent), in der Wahlkabine aber, beim Ankreuzen der Wahlzettel, zuckten viele Wähler zurück und wandten sich von der Union ab – ein Phänomen, das es in diesem Ausmaß noch nie gegeben hat. Offenbar siegte am Ende das Gefühl, dass diese CDU es auch nicht besser könne als die SPD und die Kandidatin kalt und sozial gefühllos sei. Und diejenigen Wähler der CDU/CSU, die mit kalter Reformrhetorik zu begeistern waren, wählten das Original – die FDP.

Die Entscheidung der Wähler mag man in der CDU bedauern, aber in der Demokratie gilt: *der Wähler hat immer recht.*

Michael H. Spreng ist Journalist, Medien- und Kommunikationsberater, Wahlkampfmanager des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber 2002, Berater von Jürgen Rüttgers 2004.

Anmerkung

¹ Der Text basiert auf dem Manuskript eines Vortrages, den der Autor auf einer Klausurtaugung der Hamburger CDU am 5. November 2005 gehalten hat.

Felix Kolb

Die politischen Auswirkungen und Erfolge sozialer Bewegungen

Die Erforschung der Auswirkungen, Folgen, Konsequenzen oder Erfolge sozialer Bewegungen ist ein vernachlässigtes Feld der Bewegungsforschung. Dies gilt insbesondere für den deutschsprachigen Raum, in dem eine entsprechende Forschungstradition praktisch nicht vorhanden ist (für Ausnahmen siehe Roose 2002, Rucht 1994, 1996). Aber auch in der englischsprachigen Literatur gilt die Frage nach den Erfolgsbedingungen sozialer Bewegungen – trotz einer mittlerweile beeindruckenden Zahl empirischer Studien – als immer noch unzureichend beantwortet (vgl. Kolb 2005).

Ein klarer Konsens hat sich bislang vor allem hinsichtlich der Feststellung gebildet, dass die Erklärung von Bewegungsfolgen eine besonders anspruchsvolle Forschungsfrage darstellt. Die Schwierigkeiten beginnen bereits dabei, sich darauf zu verständigen, was alles unter den Auswirkungen bzw. Erfolgen sozialer Bewegungen zu fassen ist. Die Bandbreite der in diesen Begrifflichkeiten untersuchten Phänomene ist sehr groß. Sie reicht von der Frage, wie die Partizipation in sozialen Bewegungen die Biographien ihrer Mitglieder verändert, über den Einfluss sozialer Bewegungen auf zentrale gesellschaftliche Institutionen wie Kirche oder Militär, über den Einfluss von Protest auf das Abstimmungsverhalten von Parlamentariern bis hin zur Untersuchung der Konsequenzen transnationaler Bewegungsorganisationen für internationale politische Institutionen. Soziale Bewegungen können in so vielfältigen Dimensionen Auswirkungen nach sich ziehen, dass die pauschale Frage nach Erfolgsfaktoren zunächst mit einer Gegenfrage beantwortet werden muss: Erfolg in welcher Hinsicht? Denn die zentralen Erfolgsfaktoren hängen zumindest teilweise vom Typ der untersuchten Auswirkungen ab.

Allein aus diesem Grund halte ich es für geboten, die Erforschung der Erfolgsbedingungen sozialer Bewegungen auf Basis einer systematischen Klassifikation von Auswirkungsformen zu führen. In diesem Artikel werde ich eine Typologisierung der politischen Auswirkungen bzw. Erfolge sozialer Bewegungen entwickeln. Ich beschränke ich mich also auf die *politischen* Erfolge bzw. Auswirkungen – wohlwissentlich, dass soziale Bewegungen auch kulturelle und individuelle Auswirkungen haben können. Dabei unterscheide ich wie andere vor mir zunächst zwischen substantiell politischen und politisch-institutionellen Auswirkungen (vgl. Kitschelt 1986, Kriesi et al. 1995).¹ Für die Fokussierung auf die politische Komponente von Bewegungsauswirkungen spricht, dass die Literatur zu den politischen Auswirkungen mit Abstand am umfangreichsten ist. Dies wiederum spiegelt in meinen Augen die besondere Bedeutung des Politischen für die Aktivitäten sozialer Bewegungen wider, die ja bereits per Definition kollektive Akteure mit dem Ziel weitreichender gesellschaftlicher Veränderung sind. Häufig sind ihre Ziele unmittelbar auf staatliches Handeln bezogen. Aber selbst wenn ihre ultimativen Ziele im kulturellen oder ökonomischen Bereich anzusiedeln sind, versuchen viele soziale Bewegungen diese mit Hilfe des Staates zu realisieren (Amenta/Caren 2004).

Im *ersten* Abschnitt werde ich diskutieren, ob und inwieweit es möglich und sinnvoll ist, die Auswirkungen sozialer Bewegungen als ihre Erfolge bzw. Misserfolge zu definieren. Im *zweiten* Abschnitt stelle ich eine Typologie der substantiellen politischen Auswirkungen vor, die zwischen fünf Varianten politischen Einflusses unterscheidet. Im *dritten* Abschnitt werde ich eine Typologie der politisch-institutionellen Auswirkungen sozialer Bewegungen vorstellen.

1 Erfolg oder Auswirkung

Als die Bewegungsforschung Ende der 1970er Jahre damit begann, die politischen Auswirkungen sozialer Bewegungen zum Forschungsgegenstand zu machen, war es üblich diese Analyse basierend auf dem Begriffspaar von Erfolg und Misserfolg durchzuführen (vgl. Gamson 1975, Piven/Cloward 1977). Diese analytische Fokussierung auf das Konzept des Erfolges ist in den vergangenen Jahren wiederholt als methodisch unzureichend kritisiert worden (vgl. Giugni 1999). Als Alternative wird die Beschränkung auf die Erforschung der Folgen, Auswirkungen oder Konsequenzen – Begriffe, die in der Literatur in der Regel als Synonyme verwendet werden – sozialer Bewegungen propagiert.

Um Bewegungsauswirkungen zu erklären, muss eine Forscherin diese zunächst identifizieren. Es geht darum zu entscheiden, welche politischen Handlungen – sei es die Rede eines Abgeordneten, die Tagesordnung einer Plenarsitzung oder die Verabschiedung eines Gesetzes – ursächlich auf die Aktivitäten einer sozialen Bewegung zurückgeführt werden können. Während es sich Bewegungsaktivisten, Politiker, und Journalisten in der Regel gleichermaßen einfach machen, bestimmte politische Ergebnisse mit bestimmten politischen Entwicklungen kausal zu verknüpfen, sollten sich Bewegungsforscher über die Komplexität der Materie bewusst sein (vgl. Tilly 1999): Zwischen Bewegungsmobilisierung und politischen Veränderungen können viele Monate und gar Jahre liegen. Veränderungen, die soziale Bewegungen erreicht haben, können wieder zurückgenommen werden, wenn die Mobilisierung nachlässt. Zudem sind soziale Bewegungen nicht die einzigen Kräfte, die auf den politischen Prozess wirken. Deshalb müssen öffentliche Meinung, politische Parteien und Interessengruppen als Erklärungsfaktoren mit berücksichtigt werden. Wenn dies unterbleibt, besteht die Gefahr, die

Auswirkungen sozialer Bewegungen zu überschätzen.

Es gibt aber auch die gegenteilige Gefahr ihre Wirkung zu unterschätzen. Denn die Auswirkungen sozialer Bewegungen drücken sich teilweise in Ereignissen aus, die nicht stattgefunden haben. Zum Beispiel ist es eine zentrale Auswirkung der bundesdeutschen Anti-Atom-Bewegung, dass in Deutschland ca. 13 bereits projektierte Atomkraftwerke nie gebaut wurden (Kolb 2005). Die Suche nach den Auswirkungen sozialer Bewegungen muss deswegen auf Basis von so genannten kontrafaktischen Überlegungen durchgeführt werden (Fearon 1991), also durch die gedankliche Beantwortung der Frage: Was wäre anders, wenn es soziale Bewegungen nicht gegeben hätte?

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es bei den Folgen, Auswirkungen oder Konsequenzen sozialer Bewegungen – die ich im Folgenden synonym verwenden werden – um kausale Konzepte handelt. Im Gegensatz dazu handelt es sich bei der Frage des Erfolgs einer sozialen Bewegung um ein relationales Konzept. Um den Erfolg einer Bewegung zu beurteilen, muss der Forscher – bewusst oder unbewusst – auf einen Vergleichsmaßstab zurückgreifen. Und so zeigt sich, dass sich die Kritik am Erfolgskonzept in der Regel nur gegen die Verwendung bestimmter Bewertungskriterien richtet. Relativ häufig wird der Erfolg einer Bewegung an ihren eigenen Zielen gemessen. Zu Recht wird kritisiert, dass dieses Vorgehen methodisch sehr problematisch ist, weil es der subjektiven Einschätzung des Beobachters viel Spielraum lässt (vgl. della Porta/Diani 1999). Zwar verfolgen die verschiedenen Strömungen einer Bewegung selten Ziele, die sich offen widersprechen, aber dennoch ist die Forderung nach Schuldenerlass für die ärmsten Entwicklungsländer etwas völlig anderes als die Abschaffung des Internationalen Währungsfonds (IWF). An welcher dieser beiden Forderungen sollte der Erfolg der globalisierungskritischen Bewegung

gen gemessen werden? Dazu kommt, dass sich die Ziele einer Bewegung im Laufe der Zeit in der Regel erheblich verändern. Während beispielsweise die globalisierungskritische Bewegung am Anfang ihre Forderung stark auf die internationalen Finanzmärkte fokussierte, sind mittlerweile Forderungen, die Handel, Ökologie und Patente betreffen, ebenso häufig (vgl. Kolb/Kreutzfeldt 2006). Offensichtlich kann es zu einem hochgradig subjektiven Unterfangen werden, den Erfolg einer Bewegung basierend auf „ihren Zielen“ zu beurteilen.

Trotzdem braucht das Erfolgskonzept schon deshalb nicht aufgegeben zu werden, weil methodisch weitgehend unproblematische Alternativen bestehen, einen Vergleichsmaßstab zu definieren. *Erstens* lässt sich der Erfolg von sozialen Bewegungen im Ländervergleich beurteilen, obwohl dies im Einzelfall natürlich auch sehr trickreich sein kann (vgl. Stetson 2001). So ist es zum Beispiel unbestritten, dass die Anti-Atom-Bewegung in Frankreich politisch nicht erfolgreich, wohingegen sie Deutschland teilweise erfolgreich und in Österreich sehr erfolgreich war (Kolb 2005). *Zweitens* besteht die Möglichkeit den Erfolg einer Bewegung zu evaluieren, indem man ihre Auswirkungen zu verschiedenen Zeitpunkten vergleicht (vgl. Szymanski 2003). *Drittens* ist es grundsätzlich möglich, den Erfolg einer Bewegung mit den politischen Auswirkungen verschiedener Bewegungen im selben politischen System zu vergleichen (vgl. Kriesi et al. 1995). Dieses Vorgehen halte ich allerdings für schwierig, da sich nur in Ausnahmefällen Indikatoren für Bewegungsauswirkungen finden lassen, die sich über unterschiedliche Bewegungstypen sinnvoll vergleichen lassen.

Wenn der Erfolg oder Misserfolg einer Bewegung umfassend und objektiv beurteilt werden soll, kommt allerdings noch eine weitere Schwierigkeit hinzu. Soziale Bewegungen haben in aller Regel auch unbeabsichtigte Auswirkungen, die in manchen Fällen den Zielen der

Bewegung direkt widersprechen können (vgl. Deng 1997). Während die afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung in den 1960er Jahren die de jure Integration des öffentlichen Bildungssystems erzwingen konnte, führte dieser Erfolg zur Entstehung einer neuen Institution – der so genannten „white flight“ Schulen (Andrews 2002). In Gegenden mit besonders starkem Widerstand gegen die Schulintegration gründeten Angehörige der weißen Mittel- und Oberschicht private Schulen, die den neuen Gesetzen nicht unterlagen. Wenn nun der Erfolg der Bürgerrechtsbewegung, gleiche Bildungschancen für Schwarze und Weiße herzustellen, bewertet werden soll, muss diese Entwicklung natürlich berücksichtigt werden. Bis jetzt sind die unbeabsichtigten Auswirkungen sozialer Bewegungen noch nicht systematisch untersucht worden. Allein aus Platzgründen kann ich im Rest des Artikels auf diese Dimension der Erforschung von Bewegungswirkungen nicht weiter eingehen.

Trotz einiger gegenteiliger Einschätzungen halte ich die Evaluierung von Bewegungsmobilisierungen hinsichtlich ihres Erfolges bzw. Misserfolges für methodisch machbar und inhaltlich sinnvoll. Voraussetzung für eine solide und transparente Erfolgsevaluation sind die Erfassung der kausalen Bewegungswirkungen und die Definition eines plausiblen Erfolgskriteriums.

2 Die substantiellen politischen Auswirkungen

Die Erklärung substantieller politischer Auswirkungen beschäftigt sich mit der Frage, ob, inwieweit und warum sich gesellschaftliche Veränderungen als Folge von Bewegungsmobilisierung vollzogen haben bzw. verhindert wurden. Die damit verbundenen Prozesse können in der Regel als der Aufstieg und Fall kollektiver oder öffentlicher Güter gefasst werden, für deren Bereitstellung der Staat eine zentrale Rol-

le einnimmt (Olson 1992). Das heißt, unter den substantiell politischen Auswirkungen wird primär staatliches Handeln und dessen gesellschaftliche Wirkungen verstanden. Dabei ist es allerdings eine problematische Verkürzung, staatliches Handeln auf die Verabschiedung von Gesetzen durch die Legislative oder den Erlass von administrativen Verordnungen durch die Exekutive zu reduzieren (vgl. Burstein 1993).

Es gehört zu einem der Allgemeinplätze der Sozialwissenschaften, die Entstehung neuer öffentlicher Politiken als zeitliche Abfolge von Agenda-Setting, Politikformulierung, Entscheidung, Implementierung und Evaluation zu verstehen. Allerdings besteht spätestens seit Anfang der 1980er Jahre die Einsicht, dass diese Prozesse von unterschiedlichen Dynamiken bestimmt werden und die Entstehung von Politiken nicht immer und vielleicht nicht einmal meistens diesem einfachen Schema folgen (Kingdon 1984). Als nach dem 11.9.2001 in der westlichen Welt die Bürgerrechte eingeschränkt wurden, handelte es sich dabei keineswegs um eine durchdachte Antwort auf eine gewachsene Bedrohungslage. Stattdessen stellte der 11.9. für Innenpolitiker die Gelegenheit dar, lang gehegte Gesetzesvorhaben unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung ohne öffentliche Debatte umzusetzen.

Dieses oben kurz skizzierte Wissen über die Prozesshaftigkeit staatlichen Handelns und die Entstehung öffentlicher Politiken hat wichtige Konsequenzen für die Erforschung der substantiellen politischen Auswirkungen sozialer Bewegungen. So ist es für eine umfassende Bewertung unzulänglich die (potentiellen) politischen Auswirkungen einer sozialen Bewegung mit einer einzigen Variable zu messen. Wenn beispielsweise in einer quantitativen Studie die Auswirkungen der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung mit Veränderungen im Budget der „Commission on Civil Rights“ gleichgesetzt werden, lassen sich vielleicht die Determinanten diese Budgets identifizieren (Meyer/

Minkoff 2004). Aber es lässt sich auf Basis einer solch engen Operationalisierung von Bewegungsfolgen nichts über die generellen Bedingungen lernen, unter denen Mobilisierung politische Veränderung bewirkt.

Soziale Bewegungen müssen in der Regel mehrere Barrieren im Politikprozess überwinden, um ihr eigentliches politisches Ziel zu erreichen (Huberts 1989). Sie müssen nicht nur erreichen, dass ihre Forderungen zu einem Gegenstand der politischen Debatte werden, sondern auch, dass Entscheidungen getroffen und diese anschließend wirkungsvoll umgesetzt werden. Folglich kann es sozialen Bewegungen gelingen, einige dieser Barrieren zu überwinden, aber an anderen zu scheitern (Amenta/Young 1999). Während es der Friedensbewegung gelungen ist, den geplanten Angriff auf den Irak weltweit auf die politische Agenda zu setzen, hat sie ihr Ziel verfehlt, die USA vom Krieg abzuhalten. Dieses Beispiel verweist auf einen weiteren Punkt. Die gesellschaftspolitische Relevanz staatlicher Reaktionen auf Bewegungsmobilisierung ist sehr unterschiedlich. Während die Verabschiedung neuer Gesetze drastische Konsequenzen haben kann, ist die parlamentarische Befassung mit bestimmten politischen Forderungen in vielen Fällen nicht viel mehr als symbolische Politik.

Vor diesem Hintergrund halte ich das bereits 1975 entwickelte Konzept der „policy responsiveness“ für den besten Ausgangspunkt zur Entwicklung einer Typologie der substantiellen politischen Auswirkungen sozialer Bewegungen. Unter „policy responsiveness“ wird die Verbindung zwischen den implizit oder explizit artikulierten Forderungen einer Protestgruppe und den entsprechenden Handlungen des politischen Systems verstanden, welches das Zielobjekt der Forderungen ist (Schumaker 1975). Aufbauend auf Schumaker's Typologien unterscheide ich zwischen fünf verschiedenen Typen substanzieller politischer Auswirkungen: Der ‚*Agenda Impact*‘ bezeichnet die Fähigkeit sozi-

aler Bewegungen, Themen auf die politische Agenda zu bringen. Der ‚*Alternatives Impact*‘ beinhaltet die Fähigkeit einer Bewegung, inhaltliche Ansätze (z.B. von Gesetzen oder Verordnungen) zur Problemlösung zu beeinflussen. Der ‚*Policy Impact*‘ beschreibt, inwieweit soziale Bewegungen politische Entscheidungen (z.B. über neue Gesetze) herbeigeführt oder aber auch verhindert haben. Der ‚*Implementation Impact*‘ stellt die Fähigkeit einer Bewegung dar, die Umsetzung von bestehenden oder beschlossenen politischen Programmen zu verhindern oder zu fördern. Der ‚*Collective Goods Impact*‘ definiert, inwieweit es sozialen Bewegungen tatsächlich gelungen ist, die gewünschten öffentlichen Güter zu erreichen.

Der ‚*Agenda Impact*‘ war bisher selten explizit der Fokus empirischer Untersuchungen, obwohl sozialen Bewegungen insbesondere die Fähigkeit zur Beeinflussung der politischen Agenda zugestanden wird (vgl. Schetsche 1996). Die vorhandenen empirischen Studien haben den ‚*Agenda Impact*‘ sozialer Bewegungen entsprechend deutlich belegt (Baumgartner/Mahoney 2005, Berry 1999). So untersuchte Jeffrey M. Berry (1999) den Ursprung von 205 Themen, die während der Jahre 1963, 1979 und 1991 in Anhörungen des U.S. Kongresses behandelt wurden und ein Mindestmaß an öffentlicher Aufmerksamkeit erhalten hatten. Es stellte sich heraus, dass über die Jahre hinweg eine steigende Anzahl von Themen auf die Aktivitäten von Bewegungsorganisationen zurückgeführt werden konnte.

Empirische Forschung über den ‚*Alternatives Impact*‘ – also Untersuchungen über den Einfluss sozialer Bewegungen auf Politikkonzepte – ist praktisch so gut wie überhaupt nicht vorhanden. Dass politische Mobilisierung den Inhalt von Gesetzen beeinflussen kann, ist vor allem durch einige Fallstudien belegt (z.B. Dankbaar 1984, Solop 1990, Jenness 1999). Frederic I. Solop (1990) zeigte, dass die Idee ökonomische Sanktionen gegen Südafrika einzuset-

zen auf die Aktivitäten der amerikanischen Anti-Apartheids-Bewegung zurückzuführen ist. Seit den frühen 1960er Jahren hatte die Bewegung die Bedeutung von Handel und Investitionen mit bzw. in Südafrika als Form der politischen Unterstützung von Apartheid erkannt. Dieser Hebel wurde dann zunächst auf der lokalen Ebene genutzt um Kirchen, Universitäten und Unternehmen zur Rücknahme von Investitionen zu bewegen. 1983 griff eine kleine Gruppe von Kongressabgeordneten diese Strategie auf und brachte ein Gesetz ein, das u.a. jede weitere Form von Investitionen in Südafrika untersagte.

Die Erklärung des ‚*Policy Impacts*‘ sozialer Bewegungen stellt den primären und oft ausschließlichen Fokus der meisten empirischen Arbeiten dar. Die Beeinflussung des abschließenden Schrittes der gesetzgeberischen Tätigkeit, wenn politische Veränderungen zum Gesetz werden oder auch nicht, ist die offensichtlichste Form von politischer Einflussnahme durch soziale Bewegungen (Burstein/Linton 2002). Während die meisten dieser Studien entsprechend die Entscheidungen von Parlamenten oder Regierungen im Blick haben, beschäftigen sich einige auch mit den Entscheidungen von Verfassungsgerichten in Fällen, die durch Klagen sozialer Bewegungen angestoßen wurden (Rosenberg 1991). Am Beispiel der Themen Bürgerrechte, Abtreibung und Umweltschutz dokumentierte Rosenberg, wie sehr die Rolle von Gerichten in ihrem Potential, progressive gesellschaftliche Veränderung zu bewirken, überschätzt wurden. Unter anderem am berühmten Fall *Brown versus Board of Education* zeigt *The Hollow Hope* wie gering der Einfluss von Gerichten ist, wenn die Unterstützung für Veränderung bei anderen Teilen der politischen Elite und der Öffentlichkeit fehlt.

Operationalisiert wird der ‚*Policy Impact*‘ einer Bewegung in der Regel entweder über die Anzahl von Abgeordneten, die für Entschlüsse im Sinne der untersuchten Bewegung gestimmt

haben oder über die Verabschiedung von bestimmten öffentlichen Politiken durch die Legislativen unterschiedlicher Staaten. Es gehört zu den betrüblichen quantitativen Übereinfachungen, dass in manchen Studien die Anzahl der Gesetze bzw. Gerichtsentscheidungen zu einem bestimmten Thema als Indikator für die Stärke des Einflusses sozialer Bewegungen verwendet wird (z.B. Costain/Majstorovic 1994, Landman 2000). Weitaus gegückter für den quantitativen Ländervergleich von Bewegungswirkungen präsentieren sich die Versuche einer Reihe von Forschern für Politikfelder wie Abtreibung, soziale Rechte und Gewalt gegen Frauen thematisch begründete Policy-Indizes und -Rankings zu erstellen (z.B. Korpi 1989, Weldon 2002). Für ihre quantitative Studie entwickelte beispielsweise Weldon einen ausgeklügelten Indikator, der angibt in welchem Ausmaß ein Staat in seinen Politiken das Problem sexualisierter Gewalt gegen Frauen aufgreift. Dieser Indikator basiert auf sieben verschiedenen inhaltlichen Aspekten, über die sie für alle 36 untersuchten Länder Informationen finden konnte. Zu den berücksichtigten Aspekten gehörten u.a. die Durchführung von Strafrechtsreformen hinsichtlich häuslicher und sexueller Gewalt, das Vorhandensein von Frauenhäusern und die Einrichtung von öffentlich finanzierten Trainings- und Aufklärungsprogrammen zum Thema sexuelle Gewalt.

Aus der vorgestellten Konzeption sozialer Bewegungen ergibt sich, dass es auch das Ziel einer Bewegung sein kann, die Verabschiedung eines Gesetzes zu verhindern. Trotzdem versuchen die meisten Studien die Faktoren zu identifizieren, die zur Verabschiedung von Gesetzen führen und beschäftigen sich nicht mit der Frage, wann es sozialen Bewegungen gelingt ebensolche zu verhindern (Santoro 1999). Mir erscheint es deshalb sinnvoll zu sein, zwischen reaktiven und proaktiven politischen Auswirkungen zu unterscheiden (Kriesi et al. 1995). Unter reaktiven Auswirkungen wird die Ver-

hinderung weiterer Nachteile, das heißt die Abwendung einer Verschlechterung der Situation in Bezug auf die Ziele einer Bewegung gefasst. Unter proaktiven Auswirkungen wird die Erreichung von Vorteilen, das heißt eine substantielle Verbesserung der Situation verstanden.

Eine ganze Reihe von Untersuchungen beschäftigt sich mit dem ‚*Implementation Impact*‘ sozialer Bewegungen (z.B. Andrews 2001, Reese 2002). Viele Gesetze müssen, um ihre gesellschaftliche Wirkung zu entfalten, von der Exekutive aktiv umgesetzt werden. Und die Implementierung öffentlicher Politiken kann nicht als Automatismus angenommen werden. In anderen Fällen müssen die Exekutive oder die Judikative zumindest überwachen, dass andere gesellschaftliche Akteure die neuen Politiken umsetzen. Es ist wiederum sinnvoll zwischen reaktiven und proaktiven Auswirkungen zu unterscheiden. Proaktive Implementationswirkungen beziehen sich auf Fälle, in denen soziale Bewegungen für die effektive Anwendung und Umsetzung von Umwelt- oder Gleichstellungsgesetzen streiten (Andrews 2001). Reaktive Implementationswirkungen beziehen sich auf Fälle, in denen soziale Bewegungen die Umsetzung von politischen Entscheidungen zu verzögern oder zu verhindern versuchen. Ein gutes Beispiel dafür sind die Erfolge der Anti-Atom-Bewegung in Ländern wie Deutschland, der Schweiz und den USA den Bau von Atomkraftwerken durch Klagen und Massenproteste massiv zu verzögern und schließlich teilweise zu verhindern (Kitschelt 1986).

Der ‚*Collective Goods Impact*‘ ist ein wichtiger zusätzlicher Indikator zur Beurteilung der politischen Auswirkungen sozialer Bewegungen. Er liefert die Antwort darauf, ob und inwieweit staatliches Handeln wirklich zu den gewünschten kollektiven Gütern geführt hat. So ist es fraglos sinnvoll, den politischen Erfolg der Umweltbewegung in verschiedenen Ländern auch an Veränderungen der realen Umweltqualität bzw. basierend auf Indikatoren für Ressour-

cenverbrauch und/oder Emissionen zu messen (z.B. Jahn 1998, Rucht 1999). Der politische Einfluss der Arbeiterbewegung wird beispielsweise oft mit Unterschieden in der Höhe der jährlichen aggregierten Sozialausgaben gemessen (z.B. Hicks/Misra 1993, Swank 1983).

Diese beschreibende Übersicht hat die Beantwortung der Frage vermieden, welche Wirkungen Bewegungen eher erreichen können als andere. Eine systematische und gesicherte Antwort auf diese Frage zu geben, ist auf Basis des derzeitigen Forschungsstandes nicht einfach, weil zu wenige empirische Studien existieren, die verschiedene Auswirkungsformen vergleichen. Trotzdem werde ich auch im Rückgriff auf meine eigene Forschung eine vorsichtige Einschätzung abgeben (Kolb 2005). Eine überregionale und nicht nur sporadische Protestmobilisierung scheint in der Regel auszureichen, um die Anliegen einer Bewegung zumindest temporär auf die politische Agenda zu bringen. Eine

substantielle Änderung der Politik ist – zumindest wenn diese im Konflikt mit Interessen anderer mächtiger politischer Akteure stehen würde – weitaus voraussetzungsvoller. Breite öffentliche Unterstützung, Konflikte innerhalb der politischen Elite und lang anhaltende Mobilisierung scheinen Mindestvoraussetzungen zu sein. Dass die gesellschaftliche Wirkung politischer Veränderungen dann oft hinter den Erwartungen zurückbleibt, ist darauf zurückzuführen, dass es Bewegungen nur in den seltensten Fällen gelingt, auf die Formulierung der Politiken Einfluss zu nehmen. Inwieweit Bewegungen auf Politikimplementierung Einfluss nehmen können, ist zu großen Teilen von der Offenheit der politisch-institutionellen Struktur abhängig. In zentralistischen Staaten wie Frankreich, Japan oder Großbritannien sind die Möglichkeiten dazu viel geringer als in föderalen Staaten mit unabhängiger Judikative wie Deutschland oder den USA.



3 Die politisch-institutionellen Auswirkungen

Es gehört zu den am besten gesicherten Ergebnissen der Bewegungsforschung, dass die Struktur der politischen Institutionen sowohl ihre Mobilisierung als auch ihre Auswirkungen beeinflusst. Leider wird viel seltener gefragt, wie soziale Bewegungen ihrerseits den Staat transformieren können (vgl. Quadagno 1992). Die Ausnahme von dieser Regel bilden die spektakulärsten Fälle staatlicher Transformation, wie sie in Forschung über Revolutionen und Demokratisierung behandelt werden (vgl. Collier 1999, Foran 1997). Aber auch in etablierten Demokratien können soziale Bewegungen institutionelle Auswirkungen nach sich ziehen.

Zur Entwicklung einer systematischen Typologie halte ich es für sinnvoll als Ausgangspunkt das Konzept politischer Institutionen zu wählen. Politische Institutionen werden definiert als „formal arrangements for aggregating individuals and regulating their behavior through the use of explicit rules and decision processes enforced by an actor or set of actors formally recognized as possessing such power“ (Levi 1990). Jedes politische System verfügt über eine Reihe politischer Institutionen, die für grundlegende politische Funktionen der Gesetzgebung, Regelanwendung, Regelinterpretation und der Regeldurchsetzung verantwortlich sind (Rothstein 1998). Zu diesen Institutionen gehören beispielsweise politische Parteien, (freie und geheime) Wahlen, eine unabhängige Judikative, Parlamente, usw. Darauf aufbauend argumentiere ich, dass soziale Bewegungen drei unterschiedliche Typen politisch-institutioneller Auswirkungen haben können.

Erstens können soziale Bewegungen das Verhältnis zwischen sich und einer der oben genannten politischen Institutionen verändern. Unter dem Obergriff Akzeptanz hat William Gamson (1975) drei idealtypische Varianten vorgeschlagen, durch die sich eine solche Ver-

änderung vollziehen kann. 1) Konsultation – die einfache Bereitschaft die Anliegen einer Bewegung zu hören. 2) Verhandlungen – die formale Aufnahme von Gesprächen mit der indirekten Anerkennung, dass die Bewegung ein legitimes gesellschaftliches Interesse vertritt. 3) Anerkennung – die formale Akzeptanz der Bewegung als legitimen Repräsentanten eines gesellschaftlichen Interesses. Zu Recht ist angemerkt worden, dass es sich bei diesen Formen politisch-institutioneller Auswirkungen um überwiegend symbolische Akte handelt – allerdings sind diese als Voraussetzung für spätere weitergehende substantielle Auswirkungen identifiziert worden. Mit Hilfe der qualitativen komparativen Analyse (QCA) reanalyzierte Ragin (1989) Gamson's Daten über die Erfolgsbedingungen von 53 amerikanischen Protestgruppen. Die Akzeptanz der politischen Gegner war Bestandteil von drei der vier kausalen Konfigurationen, die zu substantiellen politischen Erfolgen führten. Ohne Akzeptanz substantielle politische Erfolge zu erreichen ist schwierig, weil sie die Unterstützung durch dritte, nicht am Konflikt beteiligte Parteien und eine Mittelklasse-Basis der Bewegung voraussetzt.

Zweitens können soziale Bewegungen zu Änderungen der Struktur bzw. der internen Regeln einzelner politischer Institutionen beitragen – diese Variante institutioneller Auswirkungen hat Gamson (1975) als Inklusion bezeichnet. Auswirkungen dieser Kategorie sind von größerer politischer Relevanz, weil sie einerseits schwieriger zurückzunehmen sind und andererseits mittel- und langfristig betrachtet häufig auch zu substantiellen politischen Auswirkungen führen (vgl. Rochon/Mazmanian 1993). In meinen Augen lassen sich in dieser Gruppe politisch-institutioneller Auswirkungen empirisch vier Subkategorien unterscheiden: 1) Soziale Bewegungen haben immer wieder zur Ausdehnung des Wahlrechts auf bislang ausgeschlossene gesellschaftliche Teilgruppen (z.B. Frauen, Afro-

amerikaner) geführt (vgl. Banaszak 1996, Garrow 1978). 2) Oft erst viele Jahre später und nach weiteren Kämpfen konnten diese Gruppen ihr Wahlrecht dazu nutzen, Abgeordnete als Repräsentanten ihrer Gruppe zu wählen (vgl. Canon 1999, Haider-Markel et al. 2000). 3) Soziale Bewegungen haben schon oft zur Gründung neuer exekutiver Behörden geführt, die für die Bearbeitung der von ihnen thematisierten gesellschaftlichen Probleme als zuständig erklärt wurden (Gale 1986). 4) Gelegentlich haben soziale Bewegungen das Parteiensystem ihrer Länder durch die Entstehung neuer politischer Parteien verändert. Gut erforscht ist, dass die Entstehung der Grünen in der Bundesrepublik auf die Mobilisierung der neuen sozialen Bewegungen zurückgeführt werden kann (Schnieder 1998). Dass die globalisierungskritische Bewegung und die Anti-Hartz IV Proteste die Entstehung der WASG befördert haben, ist offensichtlich, aber noch nicht systematisch untersucht worden.

Drittens können soziale Bewegungen das gesamte politisch-institutionelle Gefüge eines Staates verändern – ein Vorgang, der als „state transformation“ bezeichnet wurde (Quadagno 1992). So haben soziale Bewegungen in der Schweiz und in etlichen US-Bundesstaaten mit der Einführung direkt-demokratischer Verfahren die Entstehung neuer politischer Institutionen verursacht (Kriesi/Wisler 1999). Ohne den Begriff „state transformation“ zu benutzen, beschrieb Elisabeth S. Clemens (1993), wie durch die Frauenwahlrechts-Bewegung in den USA das politische System eine tief greifende Änderung erfuhr: Der Akt der Wahl als einzige Form legitimer politischer Partizipation wurde ergänzt durch die Organisation der verschiedensten gesellschaftlichen Interessen in Gruppen, die mit Hilfe von Protest, Öffentlichkeit und Lobbying Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen versuchten.

Auch in Bezug auf die unterschiedlichen Formen politisch-institutioneller Auswirkungen

stellt sich die Frage, welche Formen leichter zu erreichen sind. Auf Basis der bestehenden Literatur lässt sich schlussfolgern, dass Akzeptanz relativ einfach zu erreichen ist. Während „state transformation“ ein seltener Ausnahmefall ist, führt kontinuierliche und starke Bewegungsmobilisierung relativ häufig zu Änderungen in politischen Institutionen.

4 Fazit

Die vorgestellten Typologisierungen der substantiellen politischen Auswirkungen und der politisch-institutionellen Auswirkungen sozialer Bewegungen sind nur ein Schritt hin zu der Entwicklung einer Theorie der politischen Auswirkungen sozialer Bewegungen und damit zu einem besseren und umfassenden Verständnis deren politischer Relevanz. Zu jeder Theorie gehört ebenso die Entwicklung einer Reihe kausaler Mechanismen, die erklären wie aus Bewegungsmobilisierung politische Veränderung erwachsen kann, wie die Identifikation externer und interner Variablen, die die Erfolgsaussichten einer Bewegung beeinflussen (vgl. Kolb 2005). Die ultimative Herausforderung liegt darin, solche Mechanismen und Variablen mit bestimmten Formen politischer Auswirkungen in Verbindung zu setzen. Hier steht die Bewegungsforschung noch ganz am Anfang.

Felix Kolb war Stipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes und hat an der FU Berlin über die politischen Auswirkungen sozialer Bewegungen promoviert. Er arbeitet als Geschäftsführer bei der Bewegungsstiftung. E-Mail: f.kolb@jpberlin.de

Anmerkung

¹ Allerdings halte ich eine weitere Differenzierung von politisch-institutionellen Auswirkungen in prozedurale und strukturelle Auswirkungen für nicht zweckmäßig.

Literatur

- Amenta, Edwin/Caren, Neal* 2004: The Legislative, Organizational, and Beneficiary Consequences of State-Oriented Challengers. In: Snow, David A. u.a. (Hg.): *The Blackwell Companion to Social Movements*. Malden, MA: Blackwell, 461-488.
- Amenta, Edwin/Young, Michael P.* 1999: Making an Impact: Conceptual and Methodological Implications of the Collective Goods Criterion. In: Giugni, Marco u.a. (Hg.): *How Social Movements Matter*. Minneapolis: University of Minnesota, 22-41.
- Andrews, Kenneth T.* 2001: Social Movements and Policy Implementation. The Mississippi Civil Rights Movement and the War on Poverty. In: *American Sociological Review*, Jg. 66, Heft 1, 71-95.
- Andrews, Kenneth T.* 2002: Movement-Counter-movement Dynamics and the Emergence of New Institutions: The Case of „White Flight“ Schools in Mississippi. In: *Social Forces*, Jg. 50, Heft 4, 911-936.
- Banaszak, Lee Ann* 1996: *Why Movements Succeed or Fail: Opportunity, Culture, and the Struggle for Woman Suffrage*. Princeton, N.J.: Princeton University.
- Baumgartner, Frank R./Mahoney, Christine* 2005: Social Movements, the Rise of New Issues, and the Public Agenda. In: Meyer, David S. u.a. (Hg.): *Routing the Opposition: Social Movements, Public Policy, and Democracy*. Minneapolis: University of Minnesota, 65-86.
- Berry, Jeffrey M.* 1999: *The New Liberalism. The Rising Power of Citizen Groups*. Washington, D.C.: Brookings Institution.
- Burstein, Paul* 1993: Explaining State Action and the Expansion of Civil Rights: The Civil Rights Act of 1964. In: *Research in Political Sociology*, Jg. 6, 117-137.
- Burstein, Paul/Linton, April* 2002: The Impact of Political Parties, Interest Groups, and Social Movement Organizations on Public Policy: Some Recent Evidence and Theoretical Concerns. In: *Social Forces*, Jg. 81, Heft 2, 380-408.
- Canon, David T.* 1999: Race, Redistricting, and Representation: The Unintended Consequences of Black Majority Districts. Chicago: University of Chicago.
- Clemens, Elisabeth S.* 1993: Organizational Repertoires and Institutional Change: Women's Groups and the Transformation of U.S. Politics, 1890-1920. In: *American Journal of Sociology*, Jg. 98, Heft 4, 755-798.
- Collier, Ruth Berins* 1999: Paths toward Democracy: The Working Class and Elites in Western Europe and South America. Cambridge/New York: Cambridge University.
- Costain, Anne N./Majstorovic, Steven* 1994: Congress, Social Movements, and Public Opinion: Multiple Origins of Women's Rights Legislation. In: *Political Research Quarterly*, Jg. 47, Heft 1, 111-135.
- Dankbaar, Ben* 1984: Alternative Defence Policies and the Peace Movement. In: *Journal Of Peace Research*, Jg. 21, Heft 2, 141-155.
- della Porta, Donatella/Diani, Mario* 1999: *Social Movements: An Introduction*. Oxford: Blackwell.
- Deng, Fang* 1997: Information Gaps and Unintended Outcomes of Social Movements: the 1989 Chinese Student Movement. In: *American Journal of Sociology*, Jg. 102, Heft 4, 1085-1112.
- Fearon, James D.* 1991: Counterfactuals and Hypothesis Testing in Political Science. In: *World Politics*, Jg. 43, Heft 1, 169-195.
- Foran, John* 1997: The Comparative-Historical Sociology of Third World Social Revolutions. Why a Few Succeed, Why Most Fail. In: ders. (Hg.): *Theorizing Revolutions*. London: Routledge, 227-267.
- Gale, Richard P.* 1986: Social Movements and the State: The Environmental Movement, Counter-movement, and Governmental Agencies. In: *Sociological Perspectives*, Jg. 29, Heft 2, 202-240.

Gamson, William A. 1975: The Strategy of Social Protest. Homewood, Ill.: Dorsey.

Garrow, David J. 1978: Protest at Selma: Martin Luther King, Jr., and the Voting Rights Act of 1965. New Haven: Yale University.

Giugni, Marco 1999: How Social Movements Matter: Past Research, Present Problems, Future Developments. In: Giugni, Marco u.a. (Hg.): How Social Movements Matter. Minneapolis: University of Minnesota, xi-xxxiii.

Haider-Markel, Donald P. u.a. 2000: Minority Group Interests and Political Representation: Gay Elected Officials in the Policy Process. In: The Journal of Politics, Jg. 62, Heft 2, 568-577.

Hicks, Alexander/Misra, Joya 1993: Political Resources and the Growth of Welfare in Affluent Capitalist Democracies, 1960-1982. In: American Journal of Sociology, Jg. 99, Heft 3, 668-710.

Huberts, Leo 1989: The Influence of Social Movements on Government Policy. In: Klaundermans, Bert (Hg.): Organizing for Change: Social Movement Organizations in Europe and the United States. Greenwich, CT: JAI, 395-426.

Jahn, Detlef 1998: Environmental Performance and Policy Regimes: Explaining Variations in 18 OECD-countries. In: Policy Sciences, Jg. 31, Heft 2, 107-131.

Jenness, Valerie 1999: Managing Differences and Making Legislation: Social Movements and the Racialization, Sexualization, and Gendering of Federal Hate Crime Law in the U.S., 1985-1998. In: Social Problems, Jg. 46, Heft 4, 548-571.

Kingdon, John 1984: Agendas, Alternatives, and Public Policies. Boston: Little, Brown.

Kitschelt, Herbert 1986: Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies. In: British Journal of Political Science, Jg. 16, Heft 1, 57-85.

Kolb, Felix 2005: Protest, Opportunities, and Mechanisms. A Theory of Social Movements and Political Change. Berlin: Freie Universität.

Kolb, Felix/Kreutzfeldt, Malte 2006: Bewegungsorganisationen in den Massenmedien. Massenprotest und thematische Kompetenz als Determinanten der Berichterstattung am Beispiel von Attac Deutschland. In: Rucht, Dieter/Reichert, Sven (Hg.): Politischer Protest und Öffentlichkeit im 20. Jahrhundert.

Korpi, Walter 1989: Power, Politics, and State Autonomy in the Development of Social Citizenship: Social Rights During Sickness in Eighteen OECD Countries Since 1930. In: American Sociological Review, Jg. 54, Heft 309-328.

Kriesi, Hanspeter u.a. 1995: New Social Movements in Western Europe. Minneapolis: University of Minnesota.

Kriesi, Hanspeter/Wisler, Dominique 1999: The Impact of Social Movements on Political Institutions: A Comparison of the Introduction of Direct Legislation in Switzerland and the United States. In: Giugni, Marco u.a. (Hg.): How Social Movements Matter. Minneapolis: University of Minnesota, 42-65.

Landman, Todd 2000: Organisation und Einfluß: Die grüne Bewegung aus vergleichender Perspektive. In: Deth, Jan W. van (Hg.): Europäische Politikwissenschaft: ein Blick in die Werkstatt. Frankfurt/M. et al.: Campus, 224-248.

Levi, Margaret 1990: A Logic of Institutional Change. In: Cook, Karen S./Levi, Margaret (Hg.): The Limits of Rationality. Chicago: University of Chicago, 403-418.

Meyer, David/Minkoff, Debra C. 2004: Conceptualizing Political Opportunity. In: Social Forces, Jg. 82, Heft 4, 1457-1492.

Olson, Mancur 1992: Die Logik kollektiven Handelns: Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. Tübingen: Paul Siebeck, 3. durchgeseh. Auflage.

Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A. 1977: Poor People's Movements: Why They Succeed, How They Fail. New York: Pantheon.

Quadagno, Jill 1992: Social Movements and State Transformation: Labor Unions and Racial Conflict in the War on Poverty. In: American Sociological Review, Jg. 57, Heft 5, 616-634.

Ragin, Charles 1989: The Logic of the Comparative Method and the Algebra of Logic. In: Journal of Quantitative Anthropology, Jg. 1, Heft 1, 373-398.

Reese, Ellen 2002: Social Movement Coalitions and Public Policy Implementations: Struggles over Immigrants' Rights to Welfare in California.

Rochon, Thomas R./Mazmanian, Daniel A. 1993: Social Movements and the Policy Process. In: ANNALS, Heft 528, 75-87.

Roose, Jochen 2002: Die Effekte von Umweltprotest in der Bundesrepublik Deutschland. Antrag auf Gewährung einer Sachbeihilfe an die Fritz Thyssen Stiftung. Leipzig: unveröffentlicht.

Rosenberg, Gerald N. 1991: The Hollow Hope: Can Courts Bring About Social Change? Chicago: University of Chicago.

Rothstein, Bo 1998: Political Institutions: An Overview. In: Goodin, Robert E./Hans-Dieter, Klingemann (Hg.): A New Handbook of Political Science. Oxford: Oxford University, 133-157.

Rucht, Dieter 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Frankfurt/M./New York: Campus.

Rucht, Dieter 1996: Wirkungen von Umweltbewegungen: Von den Schwierigkeiten einer Bilanz. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 9, Heft 4, 15-27.

Rucht, Dieter 1999: The Impact of Environmental Movements in Western Societies. In: Giugni, Marco u.a. (Hg.): How Social Move-

ments Matter. Minneapolis: University of Minnesota, 331-361.

Santoro, Wayne A. 1999: Conventional Politics Takes Center Stage: The Latino Struggle against English-Only Laws. In: Social Forces, Jg. 77, Heft 3, 887-909.

Schetsche, Michael 1996: Die Karriere sozialer Probleme. Soziologische Einführung. München/Wien: Oldenbourg.

Schnieder, Frank 1998: Von der sozialen Bewegung zur Institution? Die Entstehung der Partei DIE GRÜNEN in den Jahren 1978 und 1980. Münster: LIT.

Schumaker, Paul D. 1975: Policy Responsiveness to Protest-group Demands. In: Journal of Politics, Jg. 37, 488-521.

Solop, Frederic I. 1990: Public Protest and Public Policy: The Anti-Apartheid Movement and Political Innovation. In: Policy Studies Review, Jg. 9, Heft 2, 307-326.

Stetson, Dorothy McBride 2001: Abortion Politics, Women's Movements, and the Democratic State. A Comparative Study of State Feminism. Oxford: Oxford University.

Swank, Duane H. 1983: Between Incrementalism and Revolution. Group Protest and the Growth of the Welfare State. In: American Behavioral Scientist, Jg. 26, Heft 3, 291-310.

Szymanski, Ann-Marie E. 2003: Pathways to Prohibition: Radicals, Moderates, and Social Movement Outcomes. Durham, NC: Duke University.

Tilly, Charles 1999: From Interactions to Outcomes in Social Movements. In: Giugni, Marco u.a. (Hg.): How Social Movements Matter. Minneapolis: University of Minnesota, 253-270.

Weldon, Laurel S. 2002: Protest, Policy, and the Problem of Violence Against Women. A Cross-National Comparison. Pittsburgh: University of Pittsburgh.

Ute Gerhard

Nachfolge in der Frauenbewegung Generationen und sozialer Wandel

Wer heute nach dem Stand der Frauenbewegung fragt, wird nicht mit einer einfachen oder eindeutigen Antwort davon kommen. Feststeht, dass sich die westdeutsche Frauenbewegung seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht zu einer gesamtdeutschen Bewegung gemausert hat und ihre Zielsetzungen und Anliegen mit der weltpolitischen Wende um 1989 von anderen politischen Prioritäten und Zwängen überholt bzw. marginalisiert wurden. Die Gründe für diesen Bedeutungsverlust, für die De-thematisierung von Geschlechterfragen, auch für die gezielten Rückschläge, den sog. ‚Backlash‘ (vgl. Faludi 1991), sind vielschichtig und können hier nicht im Einzelnen erörtert werden.¹ Und die Frage stellt sich ganz aktuell, ob „eine Bewegung, über die nicht berichtet wird, (tatsächlich) nicht stattfindet“ (Raschke 1988, 343; vgl. auch Wischermann 2003). Viele der beruflich und politisch aktiven Frauen verstehen sich auch heute noch als frauenbewegt oder feministisch und werden in ihrer Alltagspraxis im Wissen um die Geschlechterdifferenz von dem Einverständnis getragen, dass Gleichberechtigung und ihre Umsetzung unverzichtbar sind. Worum es jedoch im Folgenden gehen soll, ist die Frage, warum trotz anhaltender sozialer Ungleichheiten in den Geschlechterverhältnissen in der öffentlichen Wahrnehmung wie in der politischen Diskussion die Probleme der Gleichheit und Gleichberechtigung obsolet zu sein scheinen und warum gerade auch jüngere Frauen sich nicht einer Frauenbewegung zuordnen, geschweige denn als Feministinnen bezeichnen wollen.

Zweifellos hat die ‚Flaute‘ in der Frauenbewegung auch etwas mit ihrem Erfolg und also mit sozialem und kulturellem Wandel in den Geschlechterverhältnissen zu tun, weshalb zumindest die jüngeren Frauen tatsächlich in veränderten sozialen Verhältnissen leben, in denen die Zuordnung zum weiblichen Geschlecht nicht unbedingt als maßgeblicher Platzanweiser erfahren wird. Offensichtlich sind die verbesserten Bildungschancen und die veränderten Lebensentwürfe, aber auch die ganz andere Lebensführung jüngerer Frauen im Vergleich zur vorigen Generation. Denn Kontinuität, Erfolge oder das Ende sozialer Bewegungen hängen davon ab, wie sie von der nächsten Generation wahrgenommen und weiter verfolgt werden oder inwieweit diese nächste Generation sich von ihren Zielsetzungen und Errungenschaften distanziert.

Im Folgenden sollen die Einstellungen jüngerer Frauen zu Politik im Allgemeinen und zum Feminismus im Besonderen untersucht werden. Dazu werden zunächst kurz einige Ergebnisse aus der Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2002 vorgestellt, um anschließend die wichtigsten Veränderungen in den Lebensentwürfen junger Frauen zu benennen. Den Hauptteil bildet die Diskussion um die Nachfolge oder die Distanzierung von der Frauenbewegung, die mit Hilfe des von Karl Mannheim entwickelten Konzepts der ‚Generationenlage‘ soziologisch als nur zu typische Folge sozialen Wandels zu interpretieren ist. Was bleibt ist die irritierende Frage, wie angesichts einer selbstverständlichen Gleichheitsrhetorik die beharrlichen sozialen Ungleichheiten in den Geschlechterverhältnissen überwunden werden können.

1 Zur politischen Orientierung junger Frauen

In der 14. Shell-Jugendstudie von 2002, einer repräsentativen Erhebung und Verlaufsstudie über Einstellungen, Werthaltungen und Lebensentwürfe der Jugend in Deutschland, wird ein rückläufiges Interesse der Jugendlichen an Politik festgestellt. Nur noch 30 Prozent der Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren bezeichnen sich danach als politisch interessiert. Markante Unterschiede können allerdings im Hinblick auf Bildungsniveau und Geschlecht festgestellt werden. Grundsätzlich zeigt sich ein größeres politisches Interesse bei einem höheren Bildungsgrad. Doch Mädchen, deren politische Interessen trotz höherer Bildung und besserer Schulnoten geringer als bei Jungen zu sein scheinen, definieren ihr Engagement und das, was sie als Gemeinwohl bezeichnen, anders: „Mädchen mischen sich da ein, wo es um die Gestaltung der unmittelbaren sozialen Nahbereiche mit persönlichem Interesse und Engagement geht.“ (Shell 2002: 41) Die weiblichen Befragten orientieren sich interessanterweise aber auch eher nach links und attestieren den GRÜNEN eine höhere Kompetenz zur Lösung anstehender Probleme (ebda. 217).

Diese Ergebnisse bestätigen frühere Befunde, wonach Mädchen und Frauen insbesondere aus der größeren Distanz zu den etablierten Formen von Politik, zu Parteien und Verbänden, die Beteiligung an informellen Gruppen, Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen vorziehen. Auf dem Höhepunkt der Frauenbewegung hatte die Frauen- und Geschlechterforschung in diesen alternativen Formen der politischen Einmischung zunächst einen Beleg für ein ‚anderes‘, weibliches Politikverständnis entdeckt (Meyer 1992) und auf der Basis dieser Befunde einen Perspektivenwechsel angemahnt. Danach ging es nicht nur darum, den Ausschluss oder die Diskriminierung der Frauen zu beklagen, vielmehr um einen neuen Politikbegriff,

mit dem die besonderen Erfahrungen und moralischen Orientierungen von Frauen als ‚andere Stimme‘ (Gilligan 1984) zu berücksichtigen und zugleich zu rehabilitieren wären. Tatsächlich konstituierte sich mit der Frauenbewegung, ihren Netzwerken, Medien und Projekten eine neue Teil- oder Gegenöffentlichkeit, die Handlungsfähigkeit und Einflussnahme versprach. Doch im Stillwerden um die Frauenbewegungen und mit der deutlichen Absage feministischer Theoretikerinnen an identitätspolitische Konzeptionen eines ‚Wir‘ der Frauen sind die Erklärungen, aber auch die politischen Strategien komplizierter geworden. Warum, so bleibt zu fragen, hat der Feminismus der 1970er Jahre politisch so wenig bewegen können, oder anders herum, warum – wenn doch das Ziel gleicher Partizipation der Frauen noch längst nicht erreicht wurde – ist die jüngere Frauengeneration offenbar nicht bereit, in die Fußstapfen der feministischen Vorkämpferinnen zu treten und damit einer gelebten Geschlechterdemokratie zum Sieg zu verhelfen?

Es gibt hierfür sehr unterschiedliche, sich scheinbar widersprechende Erklärungen. Auf der Basis empirischer Untersuchungen wäre zu fragen, ob das geringe oder gar nachlassende politische Interesse der jüngeren Frauengeneration etwas mit der Flaute, dem Stillstand, den Rückschlägen in der Frauenbewegung zu tun hat, oder ob möglicherweise sogar ihre Erfolge zu neuer Unbekümmertheit und einem individualisierenden Desinteresse an den großen gesellschaftlichen Fragen beigetragen haben. Diese Frage berührt mindestens zwei Ebenen der Analyse:

Zum einen ist zu klären, ob oder inwiefern die Frauenbewegung einen Wandel in den Geschlechterverhältnissen eingeleitet hat und was sich seit den 1970er Jahren im Selbst-Bewusstsein junger Frauen, ihren beruflichen Orientierungen und Ansichten auf die Welt verändert hat. Damit ist zugleich die Frage berührt, welche strukturellen Barrieren dennoch gleich ge-

blieben sind. Das heißt, es geht zum einen um das Verhältnis von Frauenbewegung und sozialem Wandel. Zum anderen ist zu bedenken, dass soziale Bewegungen grundsätzlich nicht auf Dauer zu stellen sind, sich vielmehr durch Unbeständigkeit, eben ‚Bewegung‘ und die Veränderung ihrer Zielsetzungen, Aktionsweisen und Akteure auszeichnen. Könnte es also sein, dass die Frauenbewegung obsolet geworden ist, sich überlebt hat, oder wirkt sie möglicherweise in ganz anderer Form und von uns bisher unbemerkt, untergründig, fort? Weil die Beantwortung dieser Fragen je nach Alter und Erfahrung sehr unterschiedlich ausfällt, werden die Meinungsverschiedenheiten in diesem Punkt oft auch als Generationenproblem verhandelt, tauchen Metaphern und Bilder auf, die von den Müttern oder Töchtern der Frauenbewegung reden.

2 Die veränderten Lebensentwürfe junger Frauen

Empirische Untersuchungen zu den Einstellungen und der „Lebensplanung junger Frauen“ in der BRD (Geissler/Oechsle 1996; Seidenspinner et al. 1996) ergeben kein einheitliches Bild. Sie sind im Gegenteil durch ein spannungsreiches Nebeneinander von Orientierungen, Widersprüchen und Ambivalenzen gekennzeichnet, die auch als „ungleiche Gleichheit“ zusammengefasst werden (Oechsle/Geissler 1998). Dennoch zeigen sich Trends und deutliche Veränderungen gegenüber der Frauengeneration der Mütter. Junge Frauen von heute gehen selbstverständlich davon aus, dass sie einen Beruf brauchen und dass sie berufstätig sein werden, jenseits aller sonstigen Unterschiede im Hinblick auf soziale Herkunft, schulische und berufliche Qualifikation oder unabhängig davon, wie sie sich ihr späteres Leben vorstellen. D.h. im Hinblick auf das Bildungsniveau, ihre schulische wie auch die berufliche Qualifikation haben Mädchen und junge Frauen in der Bundes-

republik Deutschland in den letzten 30 Jahren enorm aufgeholt, ja, ihre männlichen Altersgenossen in einigen Bereichen sogar überholt. Und wie die letzte Shell-Jugendstudie betont, zeigen Mädchen und junge Frauen wie junge Männer heute eine starke Karriereorientierung (Shell 2002). Sie haben in den höheren Schulen in der Regel die besseren Noten, sie stellen mehr als die Hälfte derjenigen, die die Hochschulreife erlangen (54,9%) und seit 1997 auch mehr als die Hälfte der Studienanfänger (52,4%)(Klammer et al. 2000). In allen späteren Karrierestufen, angefangen bei den Studienabschlüssen über die Promotion bis zu den Führungspositionen in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, nimmt der Frauenanteil dramatisch ab (bis zu einer Männerquote von immer noch über 90% bei den Lehrstuhlinhabern). Dies ist das Ergebnis jener nach wie vor wirksamen strukturellen Barrieren, die, vielfältig analysiert, auch als ‚gläserne Decke‘ beschrieben werden.

Wenn wir den Umfang gesellschaftlichen Wandels beurteilen wollen, ist jedoch zu unterscheiden zwischen dem Beharrungsvermögen der strukturellen Rahmenbedingungen und den veränderten Leitbildern und Lebensentwürfen junger Frauen. Während sich die in die Strukturen eingelassenen vielfältigen geschlechtsspezifischen Ungleichheiten nach wie vor an ihrer schlechteren Stellung im Beruf, ihren niedrigeren Einkommen oder der im Vergleich zu Männern miserablen sozialen Absicherung im Alter ablesen lassen, kommen die neuen Lebensmuster und Aspirationen einer ‚kulturellen Revolution‘ gleich. Da junge Frauen heute zumindest bis zum Eintritt in den Beruf oder bis zu einer Familiengründung wenig Diskriminierung erfahren haben – allenfalls auf subtilere, unauffällige Weise, die eher individuellem Versagen zugeordnet werden kann – gehen sie in der Beurteilung ihrer Chancen und Lebenspläne in ihrer großen Mehrheit von der Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter aus. Tatsächlich haben sie bis zum jungen Erwach-

senenalter die Geschlechterbeziehung weitgehend auch als gleiche erlebt, auch in der Lebensführung demonstrieren sie eher mehr Unabhängigkeit, da z.B. mehr junge Frauen als Männer nicht im Elternhaus, sondern in einer eigenen Wohnung leben (Geissler/Oechsle 1996; Geissler 1998). Der Vergleich dieser Freiheiten in der alltäglichen Lebensführung mit den Optionen und Orientierungen ihrer Mütter zeigt das ganze Ausmaß sozialen Wandels an. Dies wird durch Ergebnisse aus der Lebenslauf- und Biographieforschung bestätigt, wonach die ältere Generation der heute um 60-Jährigen die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit vor allem der Töchter betont und insgesamt sehr positiv bewertet. Auch ihrer Meinung nach hat sich Grundlegendes geändert, insbesondere der Umgang mit Eltern, LehrerInnen und ArbeitgeberInnen, aber auch die Beziehung in Partnerschaften sowie der Umgang mit Kindern. Schließlich hat auch das Modell der Hausfrauen-Ehe aus der Sicht der nun älteren Frauen normativ wie faktisch seinen den Lebenslauf bestimmenden Charakter verloren. Frauenerwerbsarbeit ist nicht länger nur ein transitorischer Zustand bis zur Ehe oder ein Notbehelf, vielmehr eine „Indiz dafür, frei zu sein“ und „Bestandteil sinnerfüllten Frauenlebens“ (Born et al. 1996).

Das Ausmaß der Veränderungen wird noch einmal deutlicher, wenn wir uns die verschiedenen normativen Modelle vergegenwärtigen, die für die Frauengenerationen nach 1945 handlungsleitend waren. So wurde den Frauen in Westdeutschland – und das gilt in gewisser Weise für alle westlichen Nachkriegsgesellschaften einschließlich den USA (Friedan 1963) – eine einseitige Familienorientierung vorgeschrieben und nachgesagt (Pfeil 1961). Die vorrangige Bestimmung zur Hausfrau und Mutter und die sog. Re-Maskulinisierung der Gesellschaft (Moeller 1998) galt gleichzeitig als ‚Normalisierung‘ der durch den Krieg forcierten Frauenemanzipation und damit der aus den Fugen geratenen Geschlechterordnung. Doch spätestens

seit den 1970er Jahren, als der expandierende Arbeitsmarkt Arbeitskräfte benötigte und gesellschaftliche Reformen nicht zuletzt durch die Frauenbewegungen erzwungen wurden, ist von der Doppelrolle, einer Doppellorientierung, aber auch Doppelbelastung von Frauen die Rede, wurden in Europa sehr unterschiedliche sozialpolitische Programme zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufgelegt. Während in Westdeutschland die Anwerbung von Gastarbeitern die Lücken auf dem Arbeitsmarkt schließen und gleichzeitig die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bewahren half, hat z.B. Schweden seit den 1960er Jahren in seiner Sozialpolitik das Gleichheitsprinzip durchgesetzt (vgl. Gerhard et al. 2003; Kulawik 1999). Speziell in Westdeutschland hat eine konservative Familienpolitik lange Zeit das sog. Dreiphasen-Modell propagiert (Myrdal/Klein 1962), das Müttern den Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Familienpause versprach. In bewusster Abgrenzung zur sog. kollektivistischen Kindererziehung und im Gegensatz zur Eingliederung auch der Mütter in den Arbeitsprozess in der ostdeutschen DDR sollte zumindest für das Kleinkindalter die traditionelle Mutterrolle bewahrt und begünstigt werden, ohne doch je für Frauen praktisch oder lebbar zu sein.

Die Frauen- und Geschlechterforschung hat die Problematik dieser doppelten Einbindung, der sog. ‚doppelten Vergesellschaftung‘ der Frauen in Familie und Beruf, als in sich widersprüchlichen Lebenszusammenhang entlarvt, in dem „Eines (die Erziehungs- und Hausarbeit) zu wenig, beides aber (als) zu viel“ diagnostiziert wurde (Becker-Schmidt 1984). Die Widersprüchlichkeit und Ambivalenz der Situation erwerbstätiger Mütter wurde insbesondere an den gegensätzlichen Anforderungen festgemacht, denen Frauen als Erwerbstätige und Mütter und damit Grenzgängerinnen zwischen zwei Welten gegenüberstehen mit unterschiedlichen Normen und Maßstäben für das Zeithaben (vgl. Elias 1992), für die Befriedigung von

Bedürfnissen oder das, was als Arbeit zählt. Die in den Anfängen der Frauenbewegung theoretisch und politisch zugespitzte Gegenüberstellung von Haus- und Lohnarbeit (vgl. Dalla Costa/James 1972) ist in der feministischen sozialpolitischen Diskussion inzwischen durch ein umfassenderes Verständnis all der fürsorglichen Tätigkeiten (im Englischen ‚care‘) abgelöst worden, die, ob bezahlt oder nicht, vorwiegend Frauen obliegen und ihre Ungleichheit in Familie und Beruf zementieren (Lewis 1998; Leira/Saraceno 2002; Tronto 1996).

Umso erstaunlicher ist, dass die Propagierung des Frauenleitbildes der berufstätigen Mutter in der gleichen Zeit in der DDR nur innerhalb von zwei Frauengenerationen eine so prägende Kraft entfalten konnte und als Leitbild trotz des Umbruchs und des Wegfalls der infrastrukturellen Voraussetzungen bis heute das Verhalten und die Vorstellungen ehemaliger Ostfrauen prägt. Beruf und Familie existieren für sie „nicht nebeneinander, sondern sind füreinander notwendig.“ Ohne Verständnis für die Probleme der Westdeutschen wollen sie anscheinend „nichts Besonderes“, nur „als ganzer Mensch leben“ (Keddi et al. 1999: 18).

Doch inwiefern unterscheiden sich die neuen Lebensmuster der jungen Frauen von denen der älteren Generation, sind die Probleme nicht eher die gleichen geblieben?

Alle neueren Untersuchungen betonen, dass das strukturelle Dilemma, eine Balance zwischen Beruf und Familie finden zu müssen, für junge Frauen heute gleich geblieben ist, die Widersprüche also nach wie vor nicht gelöst sind. Verändert hat sich jedoch die Art und Weise, wie die jüngere Generation mit diesen Widersprüchen umgeht. Zahlreiche empirische Studien der letzten Jahre belegen die Veränderung der Lebenssituation der jüngeren Frauen, insbesondere den Wandel ihrer Lebensentwürfe, aber auch die Unterschiedlichkeit und Vielfalt ihrer Lebensplanung. Das heißt, das Bild ist keineswegs eindeutig, lässt sich allenfalls typi-

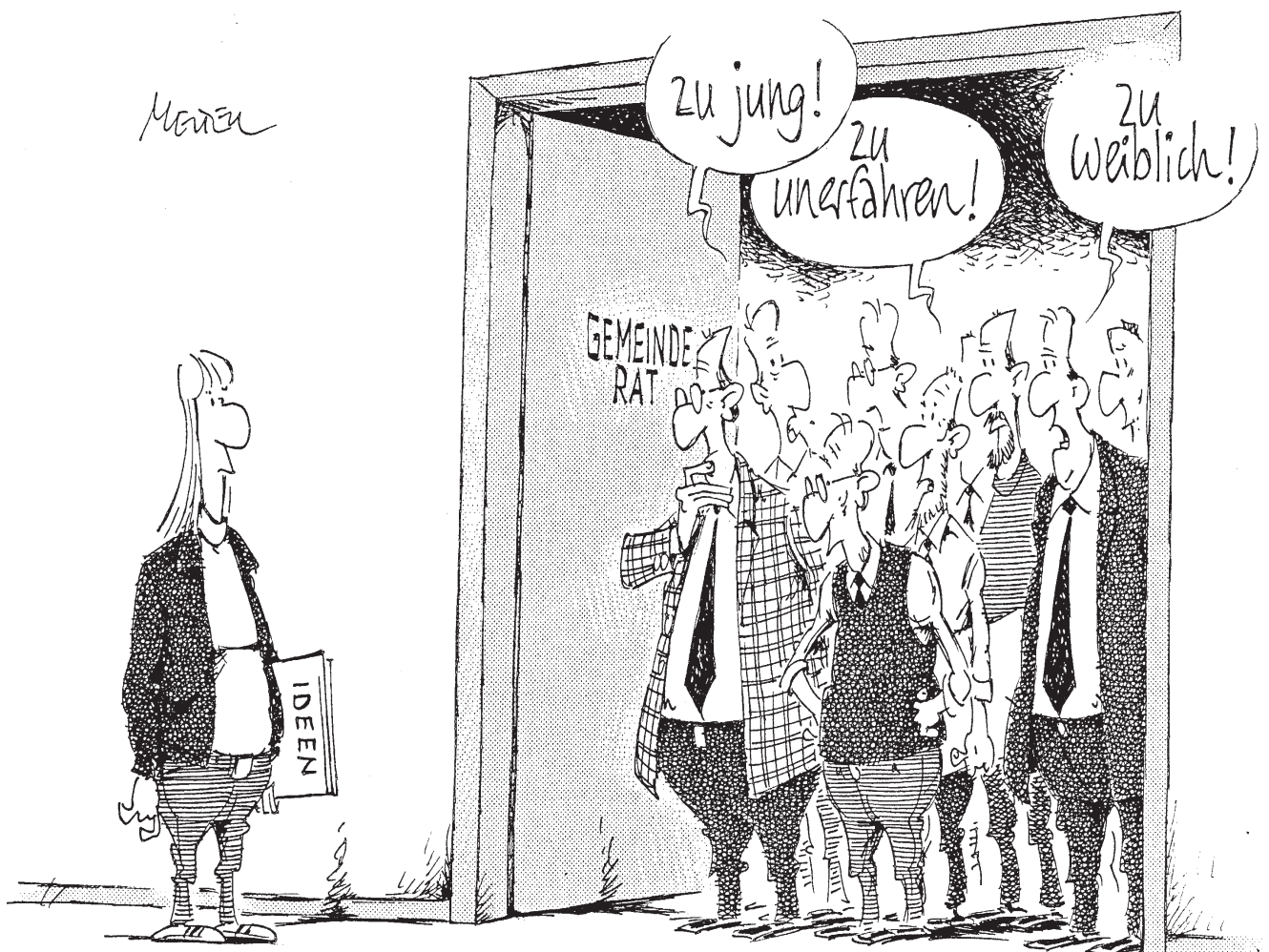
sieren, so etwa wenn Birgit Geissler und Mechthild Oechsle in ihrer Untersuchung der „Lebensplanung junger Frauen“ fünf Typen unterscheiden, die jeweils unterschiedliche Muster des Verhältnisses zwischen den Lebensbereichen Beruf und Familie repräsentieren (Geissler/Oechsle 1996).

Zunächst ist da der Typus der doppelten Lebensplanung, der biographisch ein Gleichgewicht zwischen Familie und Beruf herzustellen sucht, indem die Frau bewusst, erst nachdem sie in einem Beruf Fuß gefasst hat, die Familienpause einplant, um nach der Kleinkindphase wieder zurück in den Beruf zu gehen, am besten in eine Teilzeitbeschäftigung. Eindeutig sind bei diesem Typus mit der Familiengründung die „Grenzen der Planbarkeit eines Frauenlebens erreicht“ (Geissler/Oechsle 1996: 92). Dieser in der Lebenspraxis der Frauen in Westdeutschland noch immer dominante Typ zeigt, dass die Modernisierung ‚einseitig‘ die Berufstätigkeit betrifft (Geissler 1998), während die Handlungsspielräume im Blick auf die Familiengründung weiterhin eingeschränkt sind. Das Leitbild der selbständigen Frau scheint immer noch unvereinbar mit dem der guten Mutter zu sein (Oechsle 1998).

Der Typ der familienzentrierten Lebensplanung gibt der Familie, dem „Dasein für andere“ (Beck-Gernsheim 1983) eindeutig den Vorrang vor der Berufstätigkeit, in seiner traditionellen Variante ist er jedoch im Schwinden begriffen. In der modernisierten Form ist die Berufsausbildung gleichwohl wichtig, jedoch eine Balance ist nicht intendiert. Dieser Lebensentwurf ist zumindest in Westdeutschland nach wie vor am meisten akzeptiert und findet auch in alltagsweltlichen Vorstellungen zur Geschlechterdifferenz große Unterstützung. Auf weniger Toleranz dürfte der Typus junger Frauen stoßen, die sich an einem berufsorientierten männlichen Lebenslauf orientieren, d.h. insbesondere ökonomische Selbständigkeit, Gleichheit in der Partnerschaft und eine berufliche Karriere anstre-

ben. Sie sind realistisch, wenn sie sich ein Leben mit Kind und Karriere nicht vorstellen können. Daneben entdecken die Autorinnen in ihrem Sample schließlich auch eine Minderheit junger Frauen, die einen neuen Typus „individualisierter Lebensplanung“ bilden, an dem sich am deutlichsten ein sozialer Wandel ablesen lässt. Diese jungen Frauen betonen die Bedeutung des Berufs für ihre Persönlichkeitsentwicklung, doch sie beharren auf Selbstständigkeit und Autonomie trotz und im Widerstand gegen von außen gesetzte ökonomische Zwänge. Charakteristisch für sie ist der Anspruch auf die Gestaltung der Partnerbeziehungen und die Suche nach einem neuen Geschlechterarrangement. Zu erwähnen bleibt letztlich die Gruppe der Frauen, die sich einer Lebensplanung verweigern, im Status quo einen eigenen Weg suchen bzw. sich mit kurzfristigen Arrangements zufrieden geben.

Diese Befunde decken sich in vieler Hinsicht mit einer anderen Untersuchung, die als Längsschnittstudie über junge Frauen in Ost- und Westdeutschland im Vergleich schon am Ende der 1980er Jahre angelegt war und deren Ergebnisse nun vorliegen. Noch entschiedener wird hierin allerdings die Vielfalt weiblicher Lebensentwürfe herausgearbeitet, bei denen – so die Autorinnen – keineswegs immer die Balance zwischen Familie und Beruf im Mittelpunkt stehe. Vielmehr hätten sich im Zuge gesellschaftlicher Individualisierungsprozesse neue Optionen aufgetan: „Junge Frauen genießen mehr Freiheiten, sind aber auch – anders als die Generation ihrer Mütter – dem Zwang ausgesetzt, einen eigenen Lebensentwurf zu entwickeln.“ (Keddi et al. 1999) Expliziter noch werden demgemäß die Lebensthemen beschrieben, für die weder



Beruf noch Familie durchweg strukturierende Fixpunkte in der Lebensgestaltung sind. Dazu gehört die Suche nach einem eigenständigen, nicht an normativen Vorgaben oder Geschlechterrollen orientierten Leben, die als „eigener Weg“ thematisiert wird, ferner das Lebensthema „gemeinsamer Weg“, das sich in Partnerschaft jenseits von Familie im traditionellen Sinn verwirklicht. Jenseits des Berufes – so auch Angelika Diezinger und Maria S. Rerrich – hat der Alltag junger Frauen vielfältige Bezugspunkte in unterschiedlichen personellen Konstellationen. „Ehe und Familie sind nicht die einzigen oder gar die einzig bedeutsamen ‚Gegenpole‘ zu Beruf und Arbeitsmarkt in der alltäglichen Lebensführung junger Frauen.“ (Diezinger/Rerrich 1998: 165)

Insgesamt bestätigen die empirischen Untersuchungen eine Vielfalt von Lebensformen auch bei jungen Frauen, für die es keinen dominierenden Lebensentwurf mehr gibt, aber auch die Unterschiedlichkeit der Lebenslagen. Charakteristisch scheint in allen Fällen das Nebeneinander von alten und neuen Leitbildern, aber auch von Gleichheits- und Ungleichheitserfahrungen zu sein. Dabei erweist sich der Zuwachs an Handlungsspielräumen auch als unsicheres, nicht erprobtes Terrain. Die enorme Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten, der von einer Frauengeneration zur nächsten als Umbruch vieler Selbstverständlichkeiten zu qualifizieren ist, bleibt daher eine „unfertige Revolution“ (Oechsle 1998), weil er vor allem für den privaten Bereich, für Partnerschaft, Liebe oder Mutterschaft vorwiegend tradierte Leitbilder, keine neuen gleichberechtigten Konzepte anbietet. Die Handlungsspielräume werden zudem durch externe Faktoren eingeschränkt, die nicht in der Entscheidungsmacht der einzelnen stehen. Dazu gehören die strukturellen Rahmenbedingungen wie sozialer Status oder Gelegenheitsstrukturen im Umfeld einer Person, etwa die Unterstützung bzw. Behinderung der Lebenschancen

durch Eltern oder Partner. Überhaupt wird in allen Untersuchungen die Bedeutung von Partnerschaften und Paarbeziehungen hervorgehoben, in denen Gleichheit oder Gleichberechtigung im Hinblick auf die konkrete Arbeitsteilung zur Verhandlung stehen und je nach dem unter den Bedingungen der Ungleichheit oder wechselseitiger Rücksichtnahme gestaltet werden.

In der Einschätzung und Selbstwahrnehmung junger Frauen kann nun diese Vielfalt der Optionen, Anforderungen und Zumutungen auch zu dem Schluss führen, in den Entscheidungen frei und für die Folgen allein verantwortlich zu sein. Die Ausdifferenzierung und Individualisierung der Lebenslagen scheint den Individualisierungstheorien recht zu geben, die insbesondere die ‚nachholende‘ Individualisierung auch der Frauen als ‚Risiko‘ für den sozialen Zusammenhalt behandeln (Beck 1986; Beck/Beck-Gernsheim 1994), ohne zu bedenken, dass „Individualisierung je nach Geschlecht (möglicherweise) Unterschiedliches bedeutet.“ (Rerrich 1994) Angelika Diezinger kommt in ihrer Untersuchung der Individualisierungsprozesse von Frauen zu dem Schluss, dass weibliche Individualisierung – im Gegensatz zur dominanten Form der Arbeitsmarkt-Individualisierung, die an „männlichem Berufsmenschentum“ festmacht – nicht notwendig die Freisetzung *aus* sozialen Bindungen bedeutet, sondern gerade den Versuch der Individualisierung *in* Bindungen beinhaltet. Nur wer Individualisierung unter die Zwangsgesetze des Arbeitsmarktes stellt und damit das Horror-Szenario der „voll-mobilen Single-Gesellschaft“ zeichnet (Beck 1986), muss das Festhalten an Bindungen und die Übernahme der Verantwortung in sozialen Beziehungen als Behinderung oder Defizit beschreiben. Auf diese Weise werden erneut Bindungen im Privatbereich aus der gesellschaftlichen Analyse ausgeblendet,

anstatt soziale Beziehungen in das Konzept der Autonomie zu integrieren. „Erst wenn man den Blickwinkel ändert und die Gestaltung und Erhaltung sozialer Beziehungen als allgemein gesellschaftliche Notwendigkeit berücksichtigt“, so Angelika Diezinger, „stellt sich Individualisierung nicht nur als Defizitmodell der Arbeitsmarkt-Individualisierung dar.“ (Diezinger 1991: 26) In dieser Perspektive können Frauen daher wegen ihrer breiten Erfahrungen und Praxis in der Vereinbarung unterschiedlicher Lebensaufgaben m.E. eher als Pionierinnen einer neuen, Arbeit und Leben verbindenden Lebensweise, denn als Nachzüglerinnen der Moderne bezeichnet werden.

Doch trotz oder gerade weil gesellschaftskritische Deutungen inopportun geworden sind, scheinen Individualisierungstheorien dem Zeitgeist zu entsprechen. In ihrer simplifizierten, aber im Alltagsverständnis verbreiteten Form besagt die Individualisierungsthese, dass jeder, auch jede, ihres/seines Glückes Schmied sei. Unter der Hegemonie neo-liberaler Diskurse heißt dies, dass individuelle Erfahrungen der Geschlechterdifferenz nicht mehr notwendigerweise als kollektive Unrechts- und Ungleichheitserfahrungen wahrgenommen oder formuliert werden können. Paula-Irene Villa zitiert in diesem Kontext die typische Aussage einer Studentin, die meint: „Wer heute diskriminiert wird, ist selber schuld.“ (Villa 2003: 274)

Hat demnach die selbstbewusste Überzeugung, im Einklang mit soziologischen Individualisierungstheorien die Probleme individuell lösen zu können, unbemerkt wieder zu einer Privatisierung jener Problematiken geführt, die von der neuen Frauenbewegung mühsam auf die Agenda gesetzt wurden? Doch damit ist die Frage noch nicht beantwortet, ob die Frauenbewegung obsolet geworden ist oder ob und warum sie unter den Jüngeren keine Nachfolgerinnen gefunden hat.

3 Das Problem der Generationen: Nachfolge oder Distanzierung von der Frauenbewegung

Es ist in den Feuilletons, politischen Gazetten, aber auch in alltäglichen Kommunikationen üblich geworden, *die* Frauenbewegung für alles, für ihr Versagen und ihre Versäumnisse, aber auch für die noch nicht verwirklichte Gleichberechtigung oder Emanzipation selbst verantwortlich zu machen. Besserwisserisch wird ihr Aufstieg und Fall kommentiert, ja, es scheint zum ‚guten Ton‘ zu gehören, sich von der politischen Bewegung der Frauen oder zumindest von *den* Feministinnen zu distanzieren: „Ich bin keine Feministin, aber...“ Allerdings – so ist von jungen Frauen zu hören – „zwingen einen die Verhältnisse manchmal dazu, feministische Positionen oder Anliegen zu vertreten“. Nun ist solche Stimmungsmache im Grunde ein bekanntes Muster, denn erstens: Feministinnen waren immer eine Minderheit in der Gesellschaft, auch in den Hochphasen der Frauenbewegung. Und zweitens: Die herrschende Meinung und ihre Medien, von den Witzblättern über wissenschaftliche Erzeugnisse bis zur Literatur, waren immer bereit, eher antifeministische oder gar frauenfeindliche Äußerungen abzudrucken. Das hat etwas mit Macht und der Tatsache zu tun, dass die Lösung der Frauenfrage ins Zentrum der gesellschaftlichen Ordnung führt und für die Inhaber der Macht ungemütlich werden könnte. Nach wie vor trifft die Typisierung der Feminismus-Gegner, die Hedwig Dohm am Beginn des 20. Jahrhundert in ihrer scharfsinnigen Analyse der ‚Antifeministinnen‘ vorgenommen hat, den Kern der Probleme (Dohm 1902 (1976)). Nun ist nicht zu leugnen, dass spätestens seit dem Jahre 1990, nicht zufällig im Zuge der neuen Weltordnung nach 1989 und neuer politischer Prioritäten, die Frage, wo die Frauenbewegung steht, ja, ob es sie überhaupt noch gibt, immer häufiger gestellt wurde. Am Beginn der 1990er Jahre hatte die Erfahrung

und die Diagnose eines ‚Backlash‘ (Faludi 1991) bei den Frauen noch trotzige Reaktionen hervorgerufen und der Antifeminismus-Kampagne stillen, beharrlichen Widerstand entgegen gehalten. Hatten andere den neuen Gegenwind zunächst lediglich ‚Flaute‘ oder auch als ‚Atempause‘ (Gerhard 1999) deuten können, den jeder politische Akteur braucht, um auf neue Herausforderungen angemessen zu reagieren, so haben die Reaktionen der jüngeren Generation gegenüber *dem* Feminismus heute einen neuen Ton und eine andere Qualität. Diejenigen Frauen, die heute das ‚Feminismus-Bashing‘ betreiben, sind selbstbewusst, polemisch in ihrer Diktion und sparen nicht mit Klischees oder Vorwürfen gegenüber den Siebziger-Jahre-Feministinnen. Ihrer Meinung nach war die damals neue Frauenbewegung allzu dogmatisch, männerfeindlich und exklusiv, zumindest – so ist ihre Wahrnehmung – wurde sie „immer mehr zur geschlossenen Gesellschaft“ (Weingarten/Wellershoff 1999: 29).

An anderer Stelle ist zu lesen: „Bedenklicher als die absichtsvolle Nichtbeteiligung der Männer ist indes, dass auch junge Frauen kaum Anlass sehen, sich mit Feminismus, Frauenpolitik oder dem ominösen Gender-Begriff auseinander zu setzen. Das liegt nicht etwa an der grundsätzlichen Abneigung gegen das Thema Gleichberechtigung. Abgeschreckt fühlen sich die jungen Frauen jedoch von der Betroffenheitskultur der Frauenbewegung der Siebziger, die den Opferstatus von Frauen noch immer als Kern des weiblichen Selbstverständnisses ikonisiert. Auch wenn Frauen vielfach Opfer sind: Die jungen Frauen von heute können mit solch gefühlsduseliger Nabelschau wenig anfangen. Sie wollen nicht länger Objekt, sondern Subjekt sein.“ (Bruns 2000)

Dieser Originalton wurde zitiert, um die Emotionalität der Distanzierung und die Schwierigkeit einer sachlichen Entgegnung oder Deutung zu demonstrieren. Denn ebenso falsch wie die pauschale Verurteilung *der* Feministinnen

wäre eine Generalisierung „der jungen Frauen“. Tatsächlich ist die Kritik der Nachwuchsgeneration am Feminismus bzw. der Frauenbewegung insgesamt sehr viel differenzierter und vielschichtiger. Sie zielt einerseits auf die Inhalte und Ansätze feministischer Theorien, die von einem ‚Wir‘ der Frauen ausgingen und damit das ‚Frau-sein‘ zum Ausgangspunkt feministischer Gesellschaftsanalysen gemacht haben. Diese Kritik wurde und wird vornehmlich von jüngeren Wissenschaftlerinnen formuliert, die heute an den Universitäten bereits in die Fußstapfen der teilweise etablierten Frauenforscherinnen getreten sind und um die 40 Jahre alt sein dürften. Sie betonen zu Recht die Verschiedenheit der Frauen sowie all die anderen Strukturmerkmale, Klasse, Rasse, sexuelle Orientierung oder Alter etc., auch wenn zu Unrecht in Vergessenheit geraten ist, wie sehr sich feministische Theoretikerinnen schon in den Anfängen über das Verhältnis von Klasse und Geschlecht bzw. Rasse und Geschlecht gestritten haben.

Andererseits sind gerade unter den weit jüngeren Frauen, den Studentinnen, Doktorandinnen von heute, kritische Stimmen nicht zu überhören, die im vollen Bewusstsein der Errungenschaften des Feminismus den Anspruch artikulieren, eigene Formen politischer Einmischung zu entwickeln, die nicht auf den ersten Blick als ‚Politik‘ zu erkennen sind. Ohne Zweifel hat auch die weltweit und theoretisch sehr differenziert geführte feministische Debatte um die Dekonstruktion der Kategorie ‚Geschlecht‘ (vgl. stellvertretend Butler 1990), die zu einer Radikalisierung feministischer Theorie, einer grundsätzlichen Kritik an jeder Form von Identitätslogik und Identitätspolitik geführt hat, ihren Teil zur Distanzierung von einem einseitig essentialistisch, auf das Frau-sein, gestützten Feminismus beigetragen. Auch wenn dies als Missverständnis feministischer Gesellschaftskritik aufzuklären ist, sind die politischen Folgen dieser Kontroversen nicht zu leugnen. Gerade wegen der poststrukturalistisch auf ho-

hem intellektuellen Niveau begründeten Theoriedebatte, in der zugleich die Fähigkeit zu Selbstkritik und Selbstreflexion zum Ausdruck kam, hat dieser sog. ‚linguistic turn‘ doch auch zu politischer Verunsicherung geführt. Mit dem ‚Ende der großen Erzählungen‘ schien auch der Frauenbewegung als emanzipatorischer Bewegung die gesellschaftstheoretische Begründung abhanden zu kommen. Auch wenn poststrukturalistische Theoretikerinnen versicherten, in der ganzen Debatte nicht die politische Handlungsfähigkeit von Frauen in Frage zu stellen, war oftmals immer weniger zu vermitteln, was feministische Erkenntnistheorien mit den Alltagsproblemen der Mehrheit von Frauen zu tun haben.

Interessanterweise ist dieser erkenntnistheoretische Streit und Paradigmenwechsel in der deutschen feministischen Diskussion auch als Generationenkonflikt thematisiert worden. Die älteren Feministinnen argumentierten, dass offensichtlich „der Erfahrungshintergrund der jüngeren Wissenschaftlerinnen und StudentInnen ein völlig anderer sei als in den Anfängen der Frauenbewegung, als die feministische Theorie und Praxis der antiautoritären Studentenbewegung von vielen als eine Art Offenbarung empfunden, in deren Lichte sämtliche – auch die persönlichen Verhältnisse neu interpretiert wurden“ (Feministische Studien 2/1993; vgl. auch Modelmog/Gräbel 1994). Hiermit war der Versuch gewagt, die unterschiedlichen Positionen und wechselseitigen Irritationen auch als Generationenproblem zu analysieren.

Tatsächlich ist das „angespannte Verhältnis zwischen älteren und jüngeren – feministischen? – Frauen“ (Villa 2003: 266), das in diesen Diskussionen zum Ausdruck gekommen ist, mit Karl Mannheims Konzept der Generation zu entdramatisieren und gleichzeitig für die Analyse dessen, was Feminismus heißen kann, ernst zu nehmen. Mannheim, der die Generationenlage wie die Klassenlage in den größeren Zusammenhang von sozialem Wandel stellt und hierbei

insbesondere die aktive Rolle sozialer Bewegungen bedenkt, spricht – anders als im demographischen oder biologischen Verständnis von Generationenfolgen mit einem Abstand von etwa 30 Jahren – von der Herausbildung von Generationen als dem „Phänomen der verwandten Lagerung der Menschen im sozialen Raum“ (Mannheim 1970 (1928/1929): 526) und bezeichnet damit sehr viel kürzere Zeitspannen und Erfahrungsräume, die das Bewusstsein bestimmter Jahrgänge in gleicher Weise prägen. Damit wird es gerade im Blick auf soziale Bewegungen als dynamische Akteure und Motoren sozialen Wandels möglich zu berücksichtigen, dass einerseits die nachwachsende Generation bereits andere Bedingungen/Errungenschaften vorfindet, die den Erfolg – in diesem Fall – der Frauenbewegung ausmachen. Andererseits können diese Errungenschaften, das kulturelle Erbe des sozialen Wandels, von den Jüngeren nicht einfach übernommen werden, sie müssen vielmehr neu angeeignet, dabei verändert und transformiert werden. D.h. Distanzierungen, ganz andere Zugänge und Lernprozesse sind notwendig und produktiv, ausdrücklich aber auch für beide Seiten: Das bedeutet, die älteren Feministinnen kommen gar nicht umhin zu akzeptieren, dass jüngere Frauen heute zum Teil Lebensweisen und Freiheiten praktizieren, für die sie selbst eifrig gestritten haben. Dazu gehören alternative Formen der Partnerschaft und der Lebensgestaltung, die Selbstbewusstsein und Eigenständigkeit voraussetzen. Solche Eigenständigkeit kann auch nicht heißen, dass die Töchter der Frauenbewegung „das Erbe der Mütter“ (Chodorow 1985) widerspruchsfrei annehmen oder gar gehorsam verwerten. Es bedeutet vielmehr, dass sich feministisches und politisches Engagement heute möglicherweise in ganz anderen Formen politischer Praxis oder kultureller Repräsentation äußern kann.

Ein Beispiel hierfür ist die „Riot Grrrls Bewegung“, eine Gruppierung junger, feministisch

orientierter Frauen in der unabhängigen Rock-Szene, in der in jüngster Zeit viele reine Frauenbands oder Einzelkünstlerinnen in Erscheinung getreten sind (Gottlieb/Wald 1995: 167f.). Das Bedürfnis gerade auch engagierter junger Frauen, nicht primär ‚als Frauen‘ markiert und damit auf das Frausein festgelegt und reduziert zu werden, ist Kennzeichen für einen neuen Umgang mit dem Geschlechterproblem. Es wird oft auch mit der Zusicherung verknüpft, nicht wie die Feministinnen der 1970er immer gleich den Kampf mit den Männern aufnehmen zu wollen. So etwa, wenn in einer anderen alternativen Szene, einer Frauen-Gruppe in der Hacker-Szene – den sog. Haecksen in Anlehnung an Hexe – die Beteiligten betonen, keine feministischen Ziele zu verfolgen, gleichzeitig aber den weiblichen Nachwuchs im Umgang mit Technik und Computer fördern und ‚Frauenräume‘ im Internet verteidigen zu wollen (Weckwert 2005).

Und doch zeigt sich in dem Widerspruch, sich ausdrücklich nicht ‚als Frauen‘ zu definieren, gleichwohl feministische Politiken zu betreiben, das bereits erwähnte Dilemma einer einseitigen Modernisierung und eines unfertigen gesellschaftlichen Wandels: Einerseits erfahren junge Frauen heute, dass Geschlecht zunehmend an Bedeutung verliert, dass Frauen also gleiche Bildungschancen haben, damit aber auch gleichen individualisierten Berufsanforderungen ausgesetzt sind. Andererseits wissen sie sehr wohl, wie hartnäckig Frau-sein die Lebenschancen einengen kann und nach wie vor als Platzanweiser in einer geschlechtshierarchisch organisierten Gesellschaft funktioniert. In der selbstbewussten Behauptung, gleichberechtigt zu sein, und in der ausdrücklichen Zurückweisung, ‚als Frau‘ – viel dezidierter noch: als Feministin – zu agieren, könnte auch eine Ursache für die Weigerung vieler junger Frauen liegen, das Erbe des Feminismus anzutreten, um damit noch einmal expliziter als Frau exponiert und markiert zu sein.

Schließlich bleibt in der Vielfalt der Lebensentwürfe eine andere Variante der Distanzierung und des eigenen Zugangs zum Feminismus erwähnenswert: Wenn jüngere Wissenschaftlerinnen darauf bestehen, dass Frau nicht aus der Frauenbewegung kommen oder an ihr teilhaben muss, um Feministin zu sein, sondern ebenso die intellektuelle Auseinandersetzung mit den beharrlichen politischen und sozialen Strukturen im Geschlechterverhältnis eine Frau zur Feministin macht. Diese „eher intellektuelle und kognitive als emotionale oder identifikatorische Sozialisation ist auch heute nicht nur möglich, sondern notwendig“, betont Paula-Irene Villa als eine Vertreterin dieses Zugangs (Villa 2003: 279). Hierin liegt die noch immer politische Bedeutung und Wirkung von Frauenstudien/Gender Studies als akademischem Lehr- und Lernprogramm. Dies belegt die von der Europäischen Union geförderte, vergleichende Studie „Employment and Women’s Studies: The Impact of Women’s Studies Training on Women’s Employment“ (Griffin 2002)² aus neun Ländern. Danach sind Frauen- und Geschlechterstudien keineswegs nur eine Schule der Bewusstseinsbildung und politischen Aufklärung, sondern vermitteln neben den besonderen Einblicken in die Geschlechterverhältnisse als gesellschaftliche Verhältnisse, neben der Schulung zur Selbstreflexion und Gesellschaftskritik auch persönliche und wissenschaftliche Schlüsselqualifikationen, die nach übereinstimmender Einschätzung der Absolventinnen berufliche Chancen eröffnen und entscheidenden Einfluss auf ihre Berufswege haben. In der Ausbildung zur Kritikfähigkeit und soziologischer Analyse aber stellen sie auch eine institutionelle Ressource dar, die einen Nährboden bilden für neue Formen des Protestes, möglicherweise einer neuen feministischen Bewegung. „Auf eine Kritik bestehender Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse“, so Anja Weckwert ebenfalls als eine Vertreterin der jüngeren Generation, „können feministische Wissenschaft und Pra-

xis nun aber in der Tat nicht verzichten.“ (Weckwert 2005: 35)

4 Resümee

Zusammengefasst lässt sich ein deutlicher Bewusstseinswandel, vor allem aber eine veränderte Lebensführung und ein Zuwachs an Handlungsspielräumen für die gegenwärtige Generation junger Frauen feststellen, der sich in neuen Frauen- und Männerbildern, kulturellen Selbstverständlichkeiten und Veränderungen in der Alltagskultur, aber auch in neuen kulturellen und medialen Formen der Selbstdarstellung und Partizipation ausdrückt. Trotzdem ist die gegenwärtige Situation durch die Gleichzeitigkeit von Gleichheit und Ungleichheit im Geschlechterverhältnis geprägt. Trotz stärkerer Präsenz von Frauen in der politischen Öffentlichkeit ist das Ziel einer ‚anderen‘ Politik im Sinne von mehr ‚Geschlechterdemokratie‘ nicht erreicht worden, sperren sich die Strukturen und institutionellen Vorgaben in Politik und Wirtschaft, insbesondere aber auf dem Arbeitsmarkt und in der Familie nach wie vor gegen gleichberechtigte Partizipation und den Abbau der Geschlechterhierarchien. Die Kennzeichnung der Meinungsverschiedenheiten und Missverständnisse zwischen älteren und jüngeren – feministischen? – Frauen als bloße Mutter-Tochter-Dynamik ist zu Recht problematisiert worden (Thon 2003), weil sie zur Verkürzung der komplexen Beziehungen und theoretischen Differenzen geführt hat. Gleichwohl wäre es ein Missverständnis mehr, die Verwendung der Mutter-Tochter-Metapher sogleich als Referenz auf Theorien der Geschlechterdifferenz im Sinne des Affidamento-Ansatzes zu deuten und damit den älteren Frauen in der Frauenbewegung die Funktion ‚symbolischer Mütter‘ aufzubürden. Wenn sich das Bild, nicht zuletzt auch in den empirischen Analysen, immer wieder einschleicht, so ist hiermit ein soziologischer Ansatz gewählt, der den Zusammenhang zwischen

Generationenbildung, Generationenkonflikten und sozialem Wandel herausarbeiten möchte. Mit dieser Klarstellung sei dennoch auch die persönliche Anmerkung einer Vertreterin der älteren Generation erlaubt: Es bleibt ein Restrisiko und die Sorge, wie es der nächsten jüngeren Frauengeneration gelingen kann, ihr neues Selbstbewusstsein und die nur anscheinend individuell zu bewältigenden Anforderungen und Chancen trotz alter Widerstände in eine politische Kraft umzuwandeln, die Einfluss nehmen kann, um den Feminismus als politisches Projekt mit der Verwirklichung einer Geschlechterdemokratie tatsächlich überflüssig zu machen.

Dr. Ute Gerhard ist Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Frauen- und Geschlechterforschung der J.W. Goethe-Universität Frankfurt und Direktorin des Cornelia-Goethe-Centrums für Frauenstudien.

Anmerkungen

¹Vgl. hierzu z.B. Knapp/Wetterer (2001), Hornung/Gümen/Weilandt (2001) und Gerhard (1999).

²Vgl. auch http://www.hull.ac.uk/ewsi/comparative_data_reports.htm.

Literatur

Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.) 1994: Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Becker-Schmidt, Regina u.a. 1984: Eines ist zu wenig, beides ist zu viel. Bonn: Verlag neue Gesellschaft.

Beck-Gernsheim, Elisabeth 1983: Vom ‚Dasein für andere‘ zum Anspruch auf ein Stück ‚eigenes Leben‘. Individualisierungsprozesse im weiblichen Lebenszusammenhang. In: Soziale Welt, 34. Jg., Heft 3: 307-340.

Born, Claudia/Krüger, Helga/Lorenz-Meyer, Dagmar 1996: Der unentdeckte Wandel: Annäherung an das Verhältnis von Struktur und Norm im weiblichen Lebenslauf. Berlin: Edition Sigma.

Bruns, Gabriele 2000: Das verstaubte lila Gewand. Oder: Warum sich der Feminismus in Deutschland modernisieren muss. In: Frankfurter Rundschau, Dokumentation: 6.

Butler, Judith 1990: Gender Trouble: Feminism and the Subversity of Identity. New York/London: Routledge.

Chodorow, Nancy 1985: Das Erbe der Mütter. Psychoanalyse und Soziologie der Geschlechter. München.

Dalla Costa, Mariarosa/James, Selma 1972: The Power of Women and the Subversion of the Community. Bristol.

Diezinger, Angelika 1991: Frauen: Arbeit und Individualisierung: Chancen und Risiken; eine empirische Untersuchung anhand von Fallgeschichten. Opladen: Leske+Budrich.

Diezinger, Angelika/Rerrich, Maria S. 1998: Die Modernisierung der Fürsorglichkeit in der alltäglichen Lebensführung junger Frauen: Neuerfindung des Altbekannten? In: Geissler, Birgit/Oechsle, Mechthild (Hg.): Die ungleiche Gleichheit. Opladen: Leske+Budrich, 165-183.

Dohm, Hedwig 1902 (1976): Die Antifeministen. Ein Buch der Verteidigung. Frankfurt/M.: Arndtstraße.

Faludi, Susan 1991: Backlash. The Undeclared War Against American Women. New York: Anchor Books.

Friedan, Betty 1963: The feminine mystique. New York: Dell.

Geissler, Birgit/Oechsle, Mechthild 1996: Lebensplanung junger Frauen. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.

Geissler, Birgit 1998: Hierarchie und Differenz. Die (Un-)Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die soziale Konstruktion der Geschlechterhierarchie im Beruf. In: Oechsle,

Mechthild/Geissler, Birgit (Hg.): Die ungleiche Gleichheit und der Wandel im Geschlechterverhältnis. Opladen: Leske+Budrich, 109-129.

Gerhard, Ute 1999: Atempause. Feminismus als demokratisches Projekt. Frankfurt/M.: Fischer.

Gerhard, Ute/Knijjn, Trudie/Weckwert, Anja 2003: Erwerbstätige Mütter. Ein europäischer Vergleich. München: Beck.

Gilligan, Carol 1984: Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau. München: Piper.

Griffin, Gabriele (Hg.) 2002: Women's employment, women's studies, and equal opportunities, 1945 – 2001. Hull: University of Hull.

Hornung, Ursula/Gümen, Sedef/Weilandt, Sabine (Hg.) 2001: Zwischen Emanzipationsvision und Gesellschaftskritik: (Re)Konstruktionen der Geschlechterordnung in Frauenforschung – Frauenbewegung – Frauenpolitik. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Keddi, Barbara/Pfeil, Patricia/Strehmel, Petra/Wittmann, Svendy 1999: Lebensthemen junger Frauen – Die andere Vielfalt weiblicher Lebensentwürfe. Eine Längsschnittuntersuchung in Bayern und Sachsen. Opladen: Leske + Budrich.

Klammer, Ute/Klenner, Christina/Ochs, Christiane/Radke, Petra/Ziegler, Astrid 2000: WSI-FrauenDatenReport. Berlin: Edition Sigma.

Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.) 2001: Soziale Verortung der Geschlechter: Gesellschaftstheorie und feministische Kritik. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Kulawik, Teresa 1999: Wohlfahrtsstaat und Mutterschaft. Schweden und Deutschland 1870-1912. Frankfurt/M./New York: Campus.

Leira, Arnlaug/Saraceno, Chiara 2002: Care: actors, relationships and contexts. In: Hobson, Barbara/Lewis, Jane/Siim, Birte (Hg.): Contested Concepts in Gender and Social Politics. Cheltenham: Edward Elgar, 55-83.

Lewis, Jane (Hg.) 1998: Gender, Social Care and Welfare State Restructuring in Europe. Aldershot: Ashgate.

Meyer, Birgit 1992: Die „unpolitische“ Frau. Politische Partizipation von Frauen oder: Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 42, Heft 25-26: 3-13.

Moeller, Robert G. 1998: Forum: The „Remasculinization“ of Germany in the 1950s. In: *Signs. Journal of Women in Culture and Society*, Jg. 24, Heft 1: 104-127.

Myrdal, Alva Reimer/Klein, Viola 1962: Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf. Köln/Berlin: Kiepenheuer&Witsch.

Oechsle, Mechthild 1998: Ungelöste Widersprüche. Leitbilder für die Lebensführung junger Frauen. In: *Oechsle, Mechthild/Geissler, Birgit* (Hg.): Die ungleiche Gleichheit. Junge Frauen und der Wandel im Geschlechterverhältnis. Opladen: Leske+Budrich, 185-200.

Pfeil, Elisabeth 1961: Die Berufstätigkeit von Müttern. Eine empirische Untersuchung von 900 Müttern aus vollständigen Familien. Tübingen: J.C.B. Mohr.

Raschke, Joachim 1988: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss. Frankfurt/M./New York: Campus.

Rerrich, Maria S. 1994: Zusammenfügen, was auseinanderstrebt. Zur familialen Lebensführung von Berufstätigen. In: *Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth* (Hg.): Riskante Freiheiten. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 201-218.

Shell, Deutsche (Hg.) 2002: Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus. Frankfurt/M.

Thon, Christine 2003: Frauenbewegung – Bewegungsgenerationen – Generationenbruch? Generationenkonzepte in Diskursen der Frauenbewegung. In: *Feministische Studien*, Jg. 21, Heft 1: 111-122.

Tronto, Joan 1996: Politics of Care. Fürsorge und Wohlfahrt. In: *Transit*, Jg. 12: 142-153.

Villa, Paula-Irene 2003: Woran erkennen wir eine Feministin? Polemische und programmatische Gedanken zur Politisierung von Erfahrungen. In: *Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika* (Hg.): Achsen der Differenz Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Weckwert, Anja 2005: Widersprüche – Kontroversen um Geschlechterverhältnisse, Frauenbewegung und Feminismus in der BRD. In: *L'Homme, Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft*, Jg. 16, Heft 1: 13-35.

Weingarten, Susanne/Wellershoff, Marianne 1999: Die widerspenstigen Töchter. Für eine neue Frauenbewegung. Köln: Kiepenheuer und Witsch.

Wischermann, Ulla 2003: Frauenbewegungen und Öffentlichkeiten. Netzwerke, Gegenöffentlichkeiten und Protestinszenierungen einer sozialen Bewegung um 1900. Frankfurt/M.: Ulrike Helmer.

Jochen Roose

30 Jahre Umweltprotest: Wirkungsvoll verpufft?¹

Die Ölplattform Brent Spar liegt heute nicht auf dem Grund der Nordsee. Diese Tatsache ist bemerkenswert, denn Shell wollte, einer durchaus üblichen Praxis folgend, den billigen Weg der Versenkung wählen, um sich der ausgedienten Ölplattform zu entledigen. Doch eine Kampagne von Greenpeace, die erfolgreich zu einem Boykott der Shell-Tankstellen aufrief, änderte die Lage. Brent Spar wurde schließlich an Land geschleppt und dort zerlegt. Das Versenken von Ölplattformen im Meer ist mittlerweile verboten.

Es ist ausgesprochen selten, dass sich Erfolge von Umweltprotest so klar ausmachen lassen wie hier. Die Ursache für die Entscheidung von Shell lag eindeutig in den Aktionen von Greenpeace. Umweltprotest entsteht oft allmählich, wird intensiver und ebbt wieder ab, kann sich auch kontinuierlich mit konkreten Projekten oder allgemeinen Problemlagen befassen. Der Protest kann lokal begrenzt sein oder ein ganzes Land erfassen. Welche Proteste nun zu welchen Ergebnissen führen, ist am Ende kaum zu sagen.

Diesem Problem lässt sich begegnen, indem entweder die Lupe angesetzt wird, um sehr detailliert zu beschreiben, auf welche Aktivität welche Reaktion erfolgte (Nölting 2002, Rucht 1984). Diese Fallstudien legen sehr spezifische Ergebnisse vor, die stark vom Einzelfall abhängen. Alternativ kann im Ländervergleich untersucht werden, welche Bewegungen insgesamt einen größeren Effekt hatten (Kolb 2005, Rucht 1999). So pauschal betrachtet lässt sich kaum noch sagen, welche Strategie erfolglos blieb und welche den Durchbruch brachte. Hier wird mit einer Analyse von Verlaufsdaten ein Mittelweg gewählt (vgl. auch Meyer/Minkoff 2004). Über

die einzelnen Konfliktkonstellationen hinweg werden die Proteste in ihrer zeitlichen Entwicklung betrachtet und den Effekten gegenüber gestellt. So kann von den jeweils lokalen, zufälligen Ereignissen abgesehen werden, um dennoch in der Gesamtsicht nach Wirkungen zu suchen. Die Gleichzeitigkeit von Protest und Wirkung bzw. den Wirkungen vorhergehende Proteste können die Verursachung zwar nicht beweisen, wohl aber plausibel machen.

Die Erfolgsmessung wirft neben der kausalen Zurechnung die Frage auf, wer eigentlich das Recht hat, ein Ziel zu definieren, an dem dann Erfolg oder Misserfolg gemessen wird.

Bei einem so amorphen Akteur wie einer sozialen Bewegung lässt sich meist nicht nur eine Zieldefinition ausmachen, die zur Beurteilung von Erfolg oder Misserfolg geeignet wäre. Um diesem Problem zu entgehen, werde ich hier Effekte untersuchen und damit anderen die Beurteilung überlassen, in welchem Maße es sich dabei um Erfolge handelt.²

In diesem Artikel sollen zwei Fragen verfolgt werden: 1. Hatte Umweltprotest in der Bundesrepublik Deutschland Effekte? 2. Welche Art von Umweltprotest hatte mit größerer Wahrscheinlichkeit Effekte?

Bevor diese Fragen beantwortet werden können, braucht es zwei Vorklärungen. Zum einen werde ich vorstellen, welche Arten möglicher Effekte genauer betrachtet werden sollen. Zum anderen sollen die verwendeten Daten kurz vorgestellt werden. Dann werde ich aus der Vielzahl von möglichen Effekten drei Bereiche herausgreifen: das Umweltbewusstsein der Bevölkerung, die Reaktion der Politik und das Handeln der Bevölkerung in einschlägigen Bereichen.

1 Mögliche Effekte, denkbare Ziele

Die Messung von Effekten allgemein ist wenig sinnvoll, es braucht eine Eingrenzung, welche möglichen Effekte als interessant anzusehen sind. Damit rücken die Ziele der Bewegung wieder ins Blickfeld, allerdings nicht als tatsächliche Ziele, denn diese lassen sich, wie oben argumentiert wurde, kaum wirklich bestimmen. Als Orientierung muss dagegen ein Bewegungsziel dienen, das sich plausibel unterstellen lässt.

Im Falle der Umweltbewegung ist der Schutz der natürlichen Umwelt das offensichtliche Ziel. Es geht dabei nicht allein um die Verhinderung einzelner, punktueller Umweltzerstörungen, sondern letztlich um einen „grundlegenderen sozialen Wandel“³, der zu einer umfassenden Berücksichtigung von Umweltschutzbelangen im menschlichen Verhalten allgemein führt. Wie der Endpunkt dieses Wandels aussehen soll, ist freilich umstritten. Ökologische Modernisierung oder nachhaltige Entwicklung sind Stichworte in dieser Debatte (vgl. Feindt 2002).

Die Zielvorstellungen der Umweltbewegung dürften damit allerdings nicht erschöpft sein. Es gibt bestimmte Vorstellungen, wie der Umweltprotest weiter helfen soll. Zunächst zielt diese Bewegung mit ihrem Protest auf politische Entscheidungen. Die Politik soll Maßnahmen treffen zur Verbesserung des Umweltzustandes bzw. eine weitere Verschlechterung verhindern. Politische Akteure werden mit Abstand am häufigsten bei Protesten adressiert (Rucht/Roose 2003). Eine weitere wesentliche Adressatengruppe ist die Bevölkerung. Die Umweltbewegung, ähnlich wie die Neuen sozialen Bewegungen insgesamt (Kriesi 1987), will neben Entscheidungen von kollektiven, gesellschaftsweit agierenden Akteuren, auch das individuelle Handeln verändern. Die Politisierung von Privatem zielt aus Sicht der Umweltbewegung auf die Umweltrelevanz von individuellem Verhalten im Alltag, sei es durch

Energiesparen, Mülltrennung oder Verkehrsmittelwahl.

Öffentlicher Umweltprotest kann diese Ziele in der Regel nicht direkt erreichen. Er dient der Mobilisierung von öffentlicher Aufmerksamkeit und der Beeinflussung der Bevölkerungsmeinung. Hier liegt der Schlüssel zu den meisten der angestrebten Entscheidungen; sei es die Sensibilisierung für umweltrelevante Aspekte des Alltagshandelns, für umweltrelevantes Konsumverhalten zur Beeinflussung der Wirtschaft oder in der Rolle als Wähler, um politischen Druck auszuüben. Der Mobilisierung der Bevölkerungsmeinung kommt eine zentrale Rolle zu (Lipsky 1968, Rucht 1994b).

Damit sind drei Bereiche benannt, bei denen Effekte von Umweltprotest zu untersuchen wären: Bevölkerungsmeinung, Politik und Bevölkerungshandeln.⁴ Bevor die Entwicklung der jeweiligen Dimensionen einander gegenüber gestellt wird, sind einige Bemerkungen zu den Daten erforderlich.

2 Daten

Das breite Aktivitätsspektrum von sozialen Bewegungen lässt sich nicht abbilden. Soziale Bewegungen sind viel zu heterogen und ihre Grenzen sind zu unklar, um ein repräsentatives Bild erstellen zu können. Verfügbar sind aber Daten zu massenmedial berichteten Protestaktivitäten. Da soziale Bewegungen definitionsgemäß neben anderem auch Protest als Mittel der Interessenvermittlung anwenden (Rucht 1991), kann die Protestereignisanalyse einen wesentlichen Teil der Aktivitäten von Bewegungen abbilden.

Hier stehen zwei Protestereignisanalysen zur Verfügung. Im PRODAT-Projekt wurden alle Proteste analysiert, die in einer Stichprobe von zwei nationalen Qualitätszeitungen berichtet wurden (Rucht et al. 1992, 2001b). Die Definition von Protest ist dabei sehr breit und enthält so unterschiedliche Aktivitäten wie Unterschrif-

tensammlungen und Demonstrationen bis hin zu Blockaden und Sachbeschädigungen.⁵ PRODAT deckt den Zeitraum von 1950 bis 1996 ab, allerdings geht nur eine Stichprobe von etwa 45 Prozent der im Zeitraum erschienenen Tageszeitungen ein.

Als zweite Protestereignisanalyse steht der TEA-Datensatz zur Verfügung (Rootes 2003). In diesem Projekt wurde die Berliner Tageszeitung (taz) zwischen 1988 und 2000 als Vollerhebung analysiert. Die Definition von Protesten (Rucht 1998) ist identisch mit der Definition aus dem PRODAT-Projekt.

Zur Erfassung der Bevölkerungsmeinung und zum Bevölkerungshandeln sind Umfragen das probate Mittel. In einem Projekt wurden deutsche Bevölkerungsumfragen gesichtet, um Fragen zu identifizieren, die mehrfach gestellt wurden und so Rückschlüsse über zeitliche Entwicklungen erlauben. Lücken im Zeitverlauf müssen dabei in Kauf genommen werden. Andererseits bieten sie einen einmaligen Fun-

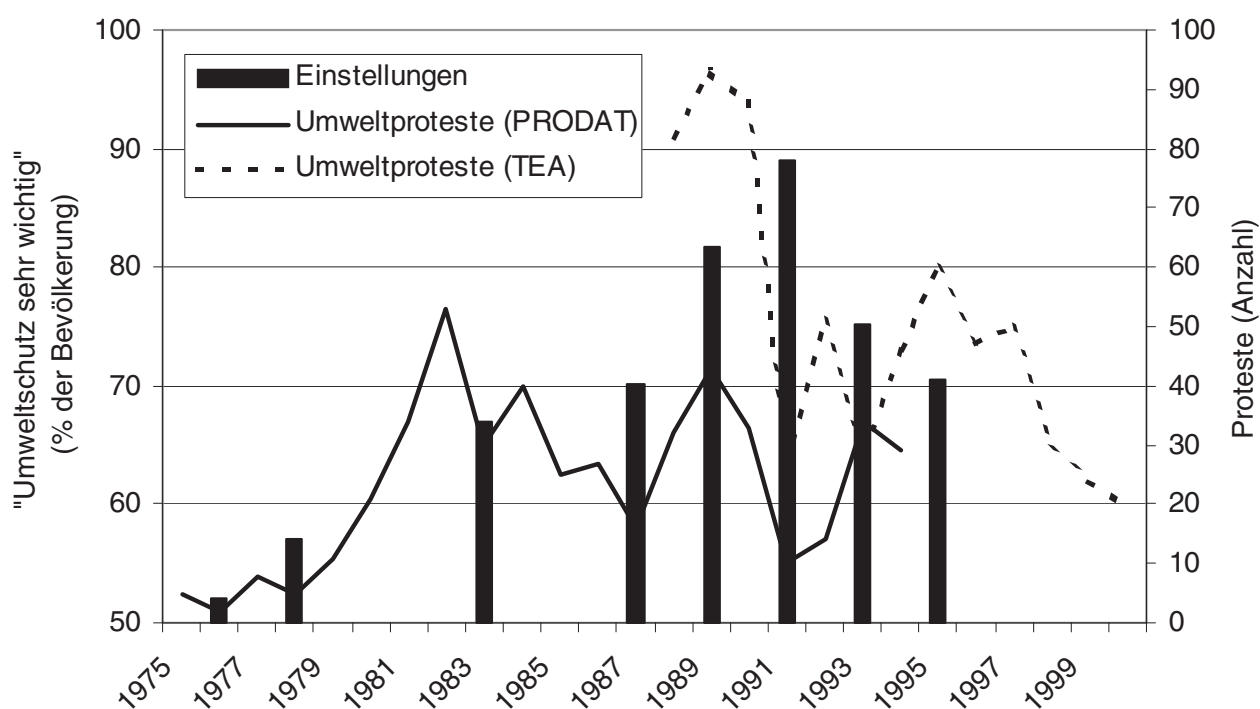
dus, um Veränderungen in unserer Gesellschaft nachzuzeichnen und Effekte von Protestaktivitäten zu untersuchen.

Um die Reaktion der Politik zu betrachten, wird hier auf die verzeichneten Debatten im Bundestag zurückgegriffen. Ausgehend von dem Dokumentations- und Informationssystem für parlamentarische Vorgänge wurden alle Bundestagsdebatten seit 1977 recherchiert, die Bezug zum Thema Umweltschutz in Deutschland haben könnten und nach einer Einzelkontrolle aufgenommen. Auf diese Weise lässt sich gut abbilden, in welcher Häufigkeit sich der Deutsche Bundestag mit Umweltschutz beschäftigt hat.

3 Umweltprotest und Bevölkerungsmeinung

Vor der Entstehung der Umweltbewegung war Umweltschutz kein interessantes Thema für die Meinungsforschung. Entsprechend stehen kei-

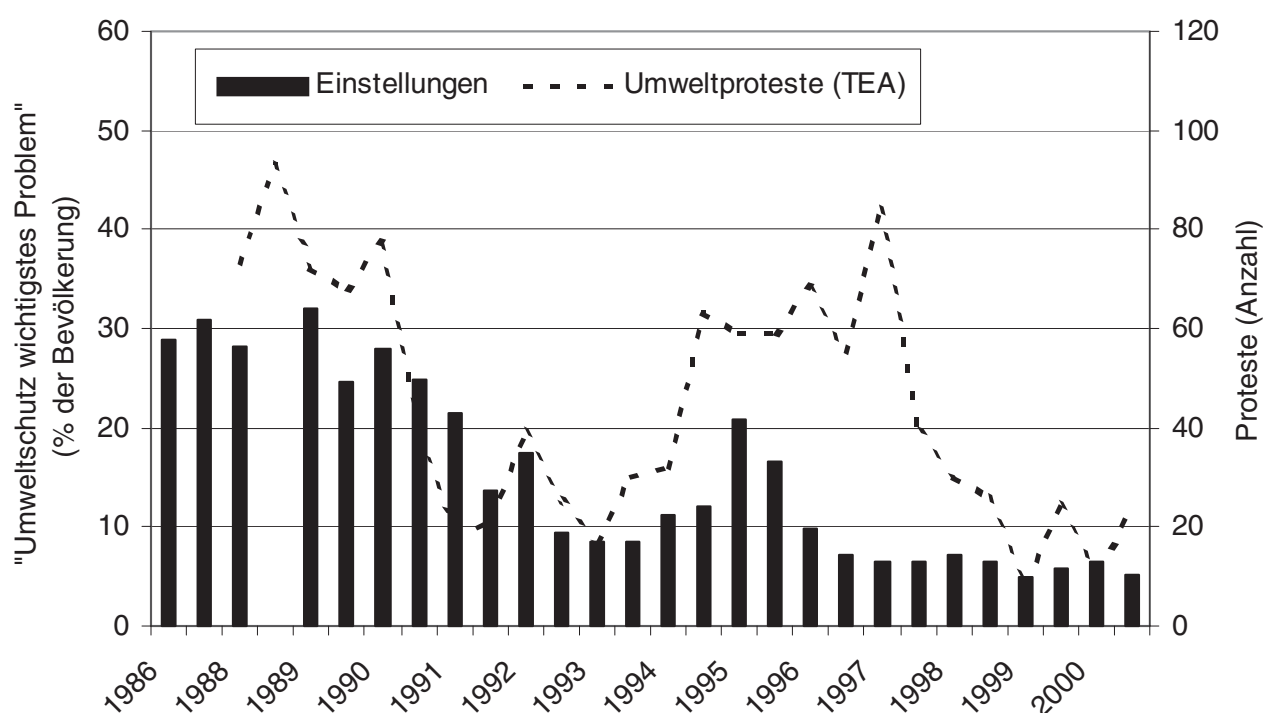
**Abb. 1: Umweltschutz als sehr wichtiges Problem
Proteste und Einstellungen in der Bevölkerung**



ne Umfragen zur Verfügung, die das Umweltbewusstsein der Deutschen gemessen haben, bevor es häufiger zu Umweltprotesten kam. Der Anfangspunkt der Entwicklung liegt somit im Dunkeln. Immerhin reichen einschlägige Umfragen des Eurobarometers bis 1977 zurück. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Häufigkeit von Protesten zu Umweltthemen (ohne Proteste gegen Atomenergie) und den Anteil der Bevölkerung, der Umweltschutz als sehr wichtig einschätzt. Bereits 1977 war eine Mehrheit der Deutschen der Ansicht, Umweltschutz sei sehr wichtig. In den Folgejahren intensiviert sich der Protest zu Umweltthemen erheblich. 1983 sind es bereits zwei Drittel, die Umweltschutz als sehr wichtig ansehen. In den Folgejahren geht die Protesthäufigkeit etwas zurück, was sich in der Befragung von 1987 nicht niederschlägt. Die Problemsensibilisierung bleibt über die Protestaktivitäten hinaus wirksam. Um das Jahr 1989 intensiviert sich noch einmal vorübergehend der Protest. Doch erst 1991 sind es

fast 90 Prozent der Bevölkerung, die Umweltschutz als sehr wichtig einschätzen. Zu diesem Zeitpunkt ist die Protesthäufigkeit bereits wieder zurückgegangen. In den 1990er Jahren nimmt das Umweltbewusstsein dann etwas ab, während die Protesthäufigkeit, nun abgebildet durch die TEA-Erhebung für die Jahre 1988 bis 2000, mit Schwankungen auf einem Niveau verharrt.⁶ Man sollte aber im Blick haben, dass auch nach dem Rückgang des Umweltbewusstseins nach 1991 deutlich mehr Menschen als Mitte der 1970er Jahre der Ansicht sind, Umweltschutz sei sehr wichtig. Die anfängliche Mobilisierung hat eine Problemwahrnehmung etablieren können. Selbst wenn die Umweltbewegung nicht in großem Umfang mobilisiert, bleibt das Umweltbewusstsein auf hohem, wenn auch nicht höchstem Niveau. Es zeigt sich ein Sockeleffekt in dem Sinne, dass einmal mobilisierte Zustimmung und Problemsensibilität bei abnehmender Protestintensität nicht vollständig zurückgehen.

**Abb. 2: Umweltschutz als wichtigstes Problem
Proteste und Einstellungen in der Bevölkerung**



Für die 1990er Jahre gibt es eine weitere Befragung, die interessante Ergebnisse liefert. Im Politbarometer wird monatlich gefragt, welche beiden Probleme die aktuell wichtigsten sind. Bei dieser Frageformulierung steht Umweltschutz in Konkurrenz zu anderen Problemen, etwa der Arbeitslosigkeit oder der Rentenversicherung. Im Vergleich zur vorhergehenden Frage ist ein deutlich kleinerer Anteil der Bevölkerung der Ansicht, Umweltschutz sei eines der beiden wichtigsten Themen. Für die 1990er Jahre ist aufgrund der Vollerhebung im TEA-Protestdatensatz eine halbjährliche Darstellung möglich (Abb. 2). Der Zusammenhang fällt nun deutlicher aus. Die Proteste haben zur verbreiteten Einschätzung von Umweltschutz als aktuell brennendem Thema geführt. Protest scheint in der Lage zu sein, das Umweltthema kurzfristig als drängendes Problem zu kennzeichnen.

Dabei ist in der Tat die Anzahl der berichteten Proteste ausschlaggebend. Die berichteten Teilnehmerzahlen haben keinen Einfluss auf die

Einstellungen.⁷ Die Protesthäufigkeit geht vor allem zurück auf Unterschriftensammlungen, Pressekonferenzen und Demonstrationen. Radikale Proteste, wie Besetzungen oder Sachschäden können zwar die öffentliche Aufmerksamkeit für die Wichtigkeit der Umweltproblematik nicht vergrößern, sie scheinen aber auch nicht kontraproduktiv zu sein.

Neben dem Natur- und Umweltschutz in einem breiten Sinne, war der Kampf gegen die Atomenergie das zentrale Thema der Umweltbewegung. Rund die Hälfte der Protestereignisse bezog sich auf Atomenergie, also den Bau von Atomkraftwerken, die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf oder Atommülltransporte. In den Meinungsumfragen wurde über einen längeren Zeitraum gefragt, ob Kernkraftwerke gebaut werden sollten oder die Sicherung der Energieversorgung auf andere Weise passieren sollte. Als dritte Antwortalternative konnten die Befragten dafür plädieren, die vorhandenen Kraftwerke zu nutzen, aber keine weiteren zu bauen.

**Abb. 3: Atomenergie:
Proteste und Ablehnung in der Bevölkerung**

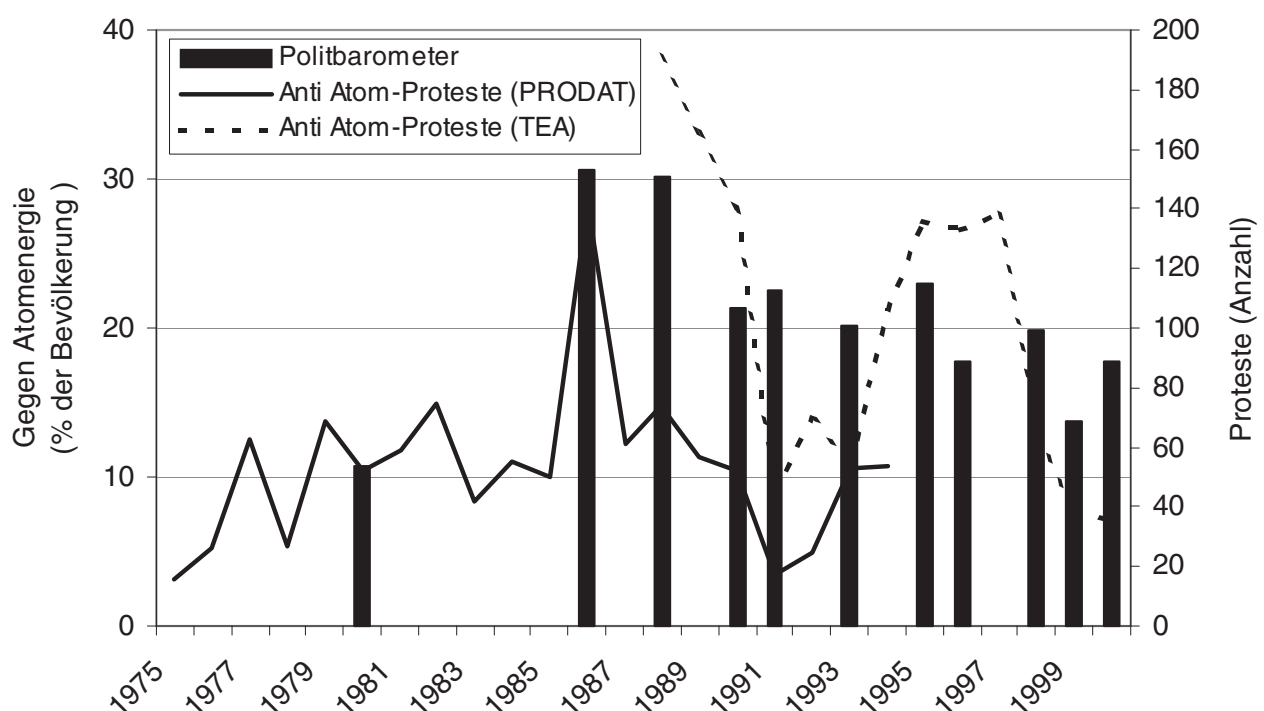


Abbildung 3 zeigt die Entwicklung der Proteste gegen Atomenergie und der Bevölkerungseinstellungen, wie sie vom Politbarometer erhoben wurden. Abgebildet ist jeweils der Bevölkerungsanteil, nach dessen Ansicht die Kernkraftwerke abgestellt werden sollten. Die Frage ist konkret gestellt. Beim Umweltschutz wurde nur nach der Wichtigkeit des Problems gefragt, hier geht es um konkrete Maßnahmen mit erwartbaren Folgen, etwa für die Energiekosten. Daher kann es kaum verwundern, dass die Ablehnung der Atomenergie geringer ausfällt als die Zustimmung zum Umweltschutz. Die Ausgangslage beim Aufkommen der Proteste bleibt wiederum im Dunkeln. 1980, als der Konflikt um die Atomenergie intensiv geführt wurde, lag die Ablehnung der Atomenergie bei rund 11 Prozent. Bis Mitte der 1980er Jahre hat das Politbarometer diese Frage zwar nicht wieder gestellt, wir wissen aber aus einzelnen Umfragen des Allensbacher Instituts, dass sich an diesem Meinungsbild kaum etwas geändert hat. Die verhärteten Fronten lassen trotz erheblicher Mobilisierung eine Änderung des Meinungsbildes nicht zu.

Es ist der Unfall von Tschernobyl, der die Stimmung nachhaltig verändert (Peters et al. 1990, Renn 1990). Die für alle sichtbare Katastrophe führt vor Augen, was bei einem atomaren Unfall droht. Der Bevölkerungsanteil, der aus der Atomenergie aussteigen will, verdoppelt sich. Diese Meinungsänderung fällt zusammen mit intensiven Protesten gegen die Atomenergie. Die Ursache für beides dürfte der Unfall in Tschernobyl sein.

Tschernobyl reicht allerdings als Erklärung allein nicht aus. Beim Vergleich der öffentlichen Reaktion auf nukleare Unfälle von Gamson und Modigliani (1989) zeigt sich, dass ein folgenreiches Unglück nicht allein für eine weitreichende Skandalisierung sorgen kann. Hier kommen die Proteste ins Spiel. Ohne eine Bewegung, die über lange Zeit Kritik übt und ihre Argumente öffentlich macht, kann ein singulä-

res Ereignis wie der Unfall in Tschernobyl die Bevölkerungseinstellungen nicht grundlegend verändern. Erst der Protest gegen die Atomkraft hat diesem Wandel den Weg bereitet.

Dennoch bleibt die mittelfristige Wirkung des Anti-Atomkraft-Protestes sehr eingeschränkt. Die Bevölkerungseinstellungen reagieren sowohl vor als auch nach dem Unfall in Tschernobyl nur leicht auf die Protestintensität. Zu Beginn der 1980er Jahre nimmt die Ablehnung der Atomenergie bei einer leichten Intensivierung des Protestes etwas zu. Im Laufe der 1990er Jahre schwankt die Ablehnung der Atomenergie auf einem höheren Niveau im Vergleich zur Ausgangssituation (Renn 1990), eine Parallelität mit der Protestintensität ist aber nicht zu erkennen.

Welche Proteststrategien führen nun eher zur Überzeugung der Öffentlichkeit? Der Fall der Anti-Atomenergie-Proteste zeigt, wie schwer in einer ideologisch aufgeheizten Atmosphäre Überzeugungsarbeit ist. Erst die Katastrophe von Tschernobyl führt zu einem Meinungsumschwung. Diese Meinungsänderung ist aber, so lässt sich plausibel annehmen, durch die Proteste wesentlich vorbereitet worden. Hier hat der stete Tropfen zumindest mitgeholfen, den Stein auszuhebeln, wenn er auch allein nicht reichte.

4 Umweltprotest und Politik

Die Umweltbewegung wird gemeinhin als machtorientierte Bewegung bezeichnet (Kriesi et al. 1995, Rucht 1994a), weil sie allgemein verbindliche Entscheidungen beeinflussen will. Tatsächlich wird Protest vor allem an politische Institutionen adressiert. Wie aber reagieren diese Institutionen auf Protest?

Bei politischen Wirkungen werden in der Regel institutionelle Veränderungen unterschieden von Wirkungen auf politische Inhalte (vgl. die detaillierten Typologien bei Kriesi et al. 1995: 209ff, Rucht 1992). Als institutioneller Effekt wird hier die Einrichtung von Umweltministerien in den deutschen Bundesländern betrachtet.

Bayern und Hessen waren 1970 die Vorreiter bei der Gründung von Landesministerien, die primär mit Umweltschutz befasst sind. 1971 und 1974 kam je ein Land hinzu. 1978 lässt sich zum ersten Mal von einer kleinen Gründungswelle sprechen als Reaktion auf eine deutliche Zunahme der Proteste. Die zweite, größere Gründungswelle war von 1986 bis 1988. In dieser Zeit zog die zweite Hälfte der damals elf Bundesländer nach und installierte Landesumweltministerien, das Bundesumweltministerium wurde ebenfalls 1986 eingerichtet. Dieser Gründungswelle gingen intensive Proteste, in der Folge des Tschernobylunfalls, aber auch beispielsweise der Startbahn West am Flughafen Frankfurt/Main oder im Zusammenhang mit dem Waldsterben, voraus. 1990 war dann eine Landesregierung ohne Umweltministerium kaum mehr denkbar, die Einrichtung eines entsprechenden Ministeriums in den neuen Bundesländern eine Selbstverständlichkeit.

Die Gründungsdaten der Landesumweltministerien sind aufschlussreich. Ihre Einrichtung folgte überwiegend jeweils nach einer Protestwelle. In der institutionellen Dimension reagieren die Landesregierungen und die Bundesregierung offensichtlich auf Protestdruck.

Die inhaltliche Politik ist in einer quantifizierenden Untersuchung schwer abzubilden. Die Debatten zu Umweltthemen und Umweltgesetzgebung im Bundestag sind eine Annäherung. Für den gesamten Zeitraum 1977 bis 1994 zeigt sich zunächst keine Ähnlichkeit von Protesthäufigkeit und Debatten. Bis zur ersten Jahreshälfte 1983 sind Umweltthemen nur selten Gegenstand im Bundestag, während die Protestmobilisierungen erheblich sind. Umwelt spielt im Bundestag bis Anfang der 1980er Jahre kaum eine Rolle. Ab 1984 ändert sich das Bild. 1983 zogen die Grünen zum ersten Mal in den Bundestag ein. Ab diesem Zeitpunkt werden die Debatten häufiger und auch Gesetzesvorschläge für Umweltschutz werden zunehmend in den Bundestag eingebracht, nicht nur

von der Grünen Partei. Insbesondere nach der Gründung des Bundesumweltministeriums in der Folge des Tschernobylunfalls, aber auch der intensiven Debatten um das Waldsterben, reagiert der Bundestag in seinen Debatten sensibel auf die Protestaktivitäten. Ab 1986 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums 2000 zeigt sich diese Parallelität. Dabei sind Demonstrationen mit vielen Teilnehmern und Unterschriftensammlungen tendenziell einflussreicher als radikalere Protestformen. Entscheidend ist, dass es sich um Proteste handelt, die in der gesamten Bundesrepublik mobilisieren.

5 Umweltverhalten in der Bevölkerung und Umweltprotest

Die institutionalisierte Politik ist mit ihren Entscheidungen für den Umweltschutz von großer Bedeutung, weil sie relevante Rahmenbedingungen festlegt. Die letztlich umweltrelevanten Aktivitäten finden aber in der Wirtschaft und vor allem in der Bevölkerung statt. Mit der Bereitschaft, beim alltäglichen Verhalten auf Umweltbelange Rücksicht zu nehmen, könnten erhebliche Fortschritte im Umweltschutz erzielt werden.

Nun ist bekannt, dass Umweltverhalten schwer zu etablieren ist. Schon Einstellungsänderungen sind schwer zu erreichen. Umweltbewusstsein führt aber wiederum keineswegs immer zu umweltbewusstem Verhalten (Hines et al. 1987, Preisendörfer/Franzen 1996, Tanner 1999).

Umweltbewusstes Verhalten ist in den verschiedensten Lebensbereichen möglich, doch nur für sehr ausgesuchte Phänomene sind systematisch gesammelte Daten verfügbar. Zwei Bereiche werden hier exemplarisch betrachtet: Die Hausmülltrennung und die Benutzung von Autos.

Der Umgang mit Hausmüll wurde ab 1983 häufiger zum Thema von Protesten, 1989/90 ist Müll ein vergleichsweise prominentes Protestthema. Abbildung 4 zeigt die Entwicklung der Protesthäufigkeit.⁸ Die Balken zeigen den An-

teil der Bevölkerung, der nach Selbstauskunft Hausmüll getrennt sammelt.⁹

Bereits zum Zeitpunkt der ersten Befragung 1986 gaben weit mehr als die Hälfte der Westdeutschen an, ihren Hausmüll getrennt zu sammeln. Ob es sich dabei bereits um einen Erfolg der Mobilisierung Anfang der 1980er Jahre handelt, lässt sich nicht sagen. 1993 ändert sich das Bild drastisch. Nun geben konstant um die 90 Prozent der Deutschen an, ihren Hausmüll getrennt zu sammeln. Die Mobilisierungswelle von 1989/90 scheint einen enormen Erfolg für sich verzeichnen zu können. Einer näheren Betrachtung hält diese These allerdings nicht stand. Die plausible Erklärung für die allgemeine Durchsetzung von Hausmülltrennung dürfte eher in einer Veränderung der Infrastruktur zu suchen sein. Mitte 1991 trat die Verpackungsordnung in Kraft, mit der das Duale System Deutschland (DSD) eingeführt wurde. Teil der

Maßnahmen durch das DSD war die flächen-deckende Aufstellung von Reststoffsammelbehältern. Die Zunahme der Hausmülltrennung dürfte also mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die Veränderung der Infrastruktur und somit der Vereinfachung des Trennens zurückgehen. Denkbar ist jedoch, dass die Beschäftigung der Politik mit dem Müllproblem durch die Proteste angeregt wurde.

Ein zweiter Bereich, der die Umweltbewegung beschäftigt hat, ist der Individualverkehr. Die Luftverschmutzung durch Autos, die Naturzerstörung und Flächenversiegelung als Folge von Straßenbau, haben Umweltschützer auf den Plan gerufen. Eine naheliegende Problemlösung wäre ein verringertes Verkehrsaufkommen. Entsprechend wurde von der Umweltbewegung nicht nur gegen Straßenbau protestiert, sondern auch zum individuellen Verzicht auf das Auto aufgerufen. Kampagnen wie „Auto-



die Bewegung lebt

frei – Spaß dabei“ oder „Mobil ohne Auto“ sollten dazu anregen, auf den öffentlichen Nah- und Fernverkehr umzusteigen.

Ende der 1970er Jahre und 1992 fanden überdurchschnittlich viele Proteste statt, aber auch in den übrigen Jahren war Verkehr immer wieder Protestgegenstand, insbesondere in den 1990er Jahren. Das Institut Allensbach hat in diesem Zeitraum bei einer Reihe von Befragungen erhoben, wie viele Menschen nach eigener Schätzung im Jahr weniger als 10.000 Kilometer mit ihrem Auto gefahren sind (Noelle-Neumann 1977 und spätere Jahre). Der Trend ist klar: Die Gruppe derer, die nur wenig das Auto benutzen, hat über die Jahre kontinuierlich zugenommen. 1975 sind noch 21 Prozent der Bevölkerung weniger als 10.000 Kilometer im Jahr mit dem PKW unterwegs gewesen. 1980 bis 1983 ist ihr Anteil geringfügig auf 26 Prozent gestiegen. Aber bei der nächsten Befragung 1997 und noch einmal 2001 geben 34 bzw. 36 Prozent an, nur wenig mit dem eigenen Auto unterwegs gewesen zu sein. Wiederum zeigt sich ein Trend hin zu ökologischerem Verhalten, doch auch in diesem Fall ist das Verdienst nur schwer der Umweltbewegung zuzurechnen. Gestiegene Spritpreise oder verbesserte Angebote des öffentlichen Personennah- und -fernverkehrs könnten genau so eine wichtige Rolle spielen. In Bezug auf schrittweise Veränderungen, die nicht zeitlich nah auf das Protestgeschehen reagieren, kommt der Vergleich von Protestaktivitäten und der Entwicklung möglicher Effekte schnell an seine Grenzen. Welche Art von Protesten hier einflussreich war, ob überhaupt Protest eine Rolle für die Entwicklung spielte, lässt sich kaum sagen.

6 Fazit

Mit Protest machen soziale Bewegungen aufmerksam auf Problemlagen, die – ihrer Ansicht nach – zu wenig beachtet werden und dringend mehr Aufmerksamkeit brauchen. Doch wohin

führt dieser Protest, wie erfolgreich sind Bewegungen mit ihren Aktivitäten? Diese Frage lässt sich wissenschaftlich sehr schwer beantworten.

Die Gegenüberstellung von Verlaufsdaten über Protestaktivitäten einerseits und Verlaufsdaten zu Bereichen, in denen Proteste möglicherweise Wirkungen haben könnten, kann mittelfristige Wirkungen aufzeigen. Diese Perspektive beruht auf der Annahme, dass Protest jenseits der jeweiligen einzelnen Konflikte in ihrer Häufung eine Wirkung haben. Erst diese kumulativen Effekte würden es rechtfertigen, von *einer* Umweltbewegung statt von vielen kleinen Einzelkonflikten zu sprechen.

Ein kursorischer Blick auf die deutsche Umweltbewegung und die Entwicklung von Umweltpolitik und Umweltbewusstsein lässt zunächst auf eine erfolgreiche Bewegung schließen. Während ihres Bestehens seit den frühen 1970er Jahren hat sich das Bewusstsein, dass Umweltschutz ein relevantes und wichtiges Thema ist, in den Köpfen der Menschen verankert (vgl. auch Baukloh/Roose 2002). Es gibt heute eine Umweltpolitik und die Menschen nehmen zumindest in einigen Lebensbereichen im Alltag auf die Umwelt Rücksicht. Freilich lässt sich diese Betrachtung auch umdrehen und so wird sie uns insbesondere von Protagonisten der Bewegung präsentiert. Demnach gibt es zwar kleinere Anstrengungen, angesichts der Problemlage handelt es sich aber allenfalls um Kosmetik. Die massiven Umweltprobleme sind ungelöst und es ist nicht abzusehen, dass auch nur der ernsthafte Wille bestünde, diese Situation zu ändern. Dieser Widerstreit lässt sich nur im langfristigen Rückblick entscheiden, vielleicht nicht einmal dann (vgl. auch Rucht 1996).

Nimmt man stattdessen eine mittelfristige Perspektive ein, zeigen sich eine Reihe interessanter Befunde. Umweltschutz wurde 1977 bereits von einer Mehrheit unterstützt, diese Ansicht vertraten nach einigen Protestaktivitäten aber deutlich mehr Menschen. Die Verände-

rung der öffentlichen Meinung verläuft allerdings nicht parallel zur Protestintensität. Es ist dem Protest insgesamt gelungen, die Wichtigkeit des Umweltthemas herauszustellen und auf ein höheres Niveau zu heben. Es kommt zu einem Sockeleffekt der öffentlichen Meinung in dem Sinne, dass ein im Laufe der frühen 1980er Jahre erreichtes Niveau auch bei nachlassender Protestaktivität nicht mehr unterschritten wird. Im Fall der Ablehnung von Atomkraftwerken hat der Protest zunächst in einer stark polarisierten Debatte wenig Wirkung gezeigt. Allerdings hat er in diesem Fall den Boden bereitet für einen Stimmungsumschwung nach dem Unfall von Tschernobyl. Dass dieses Ereignis einen so starken Einfluss auf die öffentliche Meinung hatte, liegt ursächlich an der vorhergehenden Mobilisierung. Doch auch nach Tschernobyl hat der Protest allenfalls geringe Effekte auf die öffentliche Meinung, vermutlich wiederum aufgrund der starken Polarisierung. Um das Umweltproblem als wichtigstes Thema aktuell auf die Tagesordnung zu setzen, kann Protest das geeignete Mittel sein. Phasen von hoher Protesthäufigkeit fallen zusammen mit einer hohen Aufmerksamkeit für das Umweltthema.

Die Ansichten der Bevölkerung in Bezug auf ein Problem grundlegend zu verändern, ist eine schwere und langfristige Aufgabe. Proteste können dies nur in langsamen Schritten erreichen, wobei sie durchaus Erfolge verzeichnen können. Um ein Problem kurzfristig in das Bewusstsein zu rufen und die Dringlichkeit deutlich zu machen, ist Protest durchaus ein geeignetes Mittel.

Die Bundespolitik reagiert auf Proteste sensibler – zumindest seit die Grünen als Partei im Bundestag vertreten sind und ein Bundesumweltminister die Umweltinteressen auch am Kabinetttisch repräsentiert. Bis Mitte der 1980er Jahre wurde zwar Umweltschutz auch Gegenstand von Gesetzesinitiativen und Debatten im Bundestag, doch die unmittelbare Reaktion auf Proteste blieb aus. Nach der Gründung des Bundesumweltministeriums ändert sich

dies, im Bundestag intensivieren sich die Debatten sobald Protest häufiger wird. Es sind vor allem moderate Proteste mit Teilnehmern aus dem ganzen Bundesgebiet, die den Bundestag auf den Plan rufen.

Beim umweltbewussten Handeln der Bevölkerung sind die Reaktionen auf Protest gering. Hier spielen viele andere Faktoren eine Rolle. Ähnlich ist es mit anderen Phänomenen, die unmittelbar für die Umweltqualität relevant sind. Der Ausstoß von Kohlendioxid und Kohlenmonoxid ist beispielsweise deutlich gesunken, doch eine Parallelität mit der Protestintensität lässt sich nicht zeigen. Sobald es um konkretes Handeln von Bürgern, Wirtschaft oder den Zustand der Umwelt geht, sind direkte, mittelfristige Wirkungen der Umweltproteste nicht mehr nachweisbar. Die Tendenz der Entwicklungen, die in vielen Fällen hin zu weniger Verschmutzung und umweltfreundlicherem Verhalten geht, auf die Aktivitäten der Umweltbewegung zurück zu führen, ist plausibel, durch den Blick auf Verlaufsdaten aber nicht zu belegen. Das macht auch Schlüsse auf erfolgreichere oder wirkungslosere Proteststrategien unmöglich.

Die Umweltbewegung hat mit ihren Protesten unsere Gesellschaft verändert. Die Problemwahrnehmung in der Bevölkerung und der Politik wurde nicht nur grundsätzlich verändert, sondern durch die Protestintensität auch mittelfristig beeinflusst. Die Protestkonjunktur schlägt sich direkt nieder. Entscheidend ist dabei in erster Linie die Häufung von einzelnen Protesten an verschiedenen Orten. Nicht die einmaligen Großereignissen können die politische Aufmerksamkeit von Bevölkerung und Bundestag fokussieren, sondern die Protestwellen, die an vielen Orten mobilisieren. Erst in zweiter Linie spielt die bundesweite Mobilisierung eine Rolle. Ob die Umweltbewegung oder Teile von ihr angesichts dieser Ergebnisse von einem Erfolg sprechen wollen, ob damit die Ziele ausreichend erreicht sind oder ob stattdessen angesichts weiter fortschreitender Umweltzerstörung und nur geringer Ef-

effekte auf umweltbewusstes Handeln bei Bevölkerung und Eliten ein Scheitern attestiert werden muss, das steht auf einem anderen Blatt.

Dr. Jochen Roose (geb. 1972) ist Soziologe und arbeitet als wissenschaftlicher Assistent am soziologischen Institut der Freien Universität Berlin.

Anmerkungen

¹Der Artikel beruht auf Ergebnissen aus dem Forschungsprojekt „Effekte von Umweltprotest in der Bundesrepublik Deutschland“, das von der Fritz Thyssen Stiftung dankenswerterweise gefördert wurde. Mein Dank gilt Manuela Beer M.A., Hanna Schlingmann und Patricia Deuser für ihre Mitarbeit bei der Datenrecherche und -aufbereitung.

²Zur Untersuchung von Effekten sozialer Bewegungen vgl. die Literaturüberblicke bei Giugni (1998), Giugni/McAdam/Tilly (1999) und Kolb (2005).

³So Raschke (1988: 77) in seiner Definition von sozialen Bewegungen.

⁴Es handelt sich dabei selbst redend um eine Auswahl. Weitere Dimensionen wären relevant und interessant, müssen hier aber außen vor bleiben.

⁵Ein Protestereignis ist definiert als „kollektive, öffentliche Aktion nicht-staatlicher Träger, die Kritik oder Widerspruch zum Ausdruck bringt und mit der Formulierung eines gesellschaftlichen oder politischen Anliegens verbunden ist“ (Rucht 2001a: 316). Ich danke Dieter Rucht für die Bereitstellung dieser wertvollen Datenquelle.

⁶Die absolute Häufigkeit der Umweltproteste ist nach der TEA-Erhebung größer, weil hier aus allen erschienenen Zeitungsausgaben erhoben wurde, nicht nur aus einer Stichprobe. Entscheidend ist hier der Trend.

⁷In der Zeitungsberichterstattung sind Teilnehmerzahlen oft nicht genannt, so dass auch ihre Erhebung in der Protestereignisanalyse ausgesprochen lückenhaft ist. Es könnte sich ent-

sprechend um ein Problem der Datenqualität handeln.

⁸Wiederum ist die absolute Zahl im TEA-Datensatz aufgrund der Vollerhebung größer bei ähnlichem Kurvenverlauf im Überlappszeitraum.

⁹Die Angaben bis 1995 entstammen dem Eurobarometer, der nach 1990 eine Trennung in Ost- und Westdeutschland zulässt. 1997 und 2000 wurde die gleichlautende Frage durch das Allensbacher Institut für Demoskopie gestellt (Nelle-Neumann/Köcher 2002), dort sind die Daten aber nur für Gesamtdeutschland verfügbar.

Literatur

Baukloh, Anja/Roose, Jochen 2002: The Environmental Movement and Environmental Concern in Contemporary Germany. In: Goodbody, Axel (Hg.): The Culture of German Environmentalism. New York, Oxford: Berghahn Books, 81-101.

Feindt, Peter Henning 2002: Gemeinsam gegen Niemanden. Nachhaltigkeitsdiskurs in Deutschland. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 15, Heft 4, 20-28.

Gamson, William A./Modigliani, Andre 1989: Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: A Constructionist Approach. In: American Journal of Sociology, Jg. 95, Heft 1, 1-37.

Giugni, Marco 1998: Was it Worth the Effort? The Outcomes and Consequences of Social Movements. In: Annual Review of Sociology, Jg. 98, 371-393.

Giugni, Marco et al. 1999: How Social Movements Matter. Minneapolis: University of Minnesota.

Hines, Jody M. et al. 1987: Analysis and Synthesis of Research on Environmental Behaviour. A Meta-Analysis. In: Journal of Environmental Education, Jg. 18, Heft 2, 1-8.

Kolb, Felix 2005: Protest, Opportunities, and Mechanisms. A Theory of Social Movements and Policy Change. Berlin: Freie Universität, unveröffentlichte Dissertation.

Kriesi, Hanspeter 1987: Neue soziale Bewegungen. Auf der Suche nach ihrem gemeinsamen Nenner. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 28, Heft 3, 315-334.

Kriesi, Hanspeter et al. 1995: New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis. Minneapolis: University of Minnesota.

Lipsky, Michael 1968: Protest as a Political Resource. In: American Political Science Review, Jg. 62, Heft 4, 1144-1158.

Meyer, David S./Minkoff, Debra C. 2004: Conceptualizing Political Opportunity. In: Social Forces, Jg. 82, Heft 4, 1457-1492.

Noelle-Neumann, Elisabeth 1977: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Band 7, 1976-1977. Wien u.a.: Fritz Molden.

Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate 2002: Allensbacher Jahrbuch für Demoskopie, Band 11, 1998-2002. München: Saur.

Nölting, Benjamin 2002: Strategien und Handlungsspielräume lokaler Umweltgruppen in Brandenburg und Ostberlin, 1980-2000. Frankfurt/M. u.a.: Lang.

Peters, Hans Peter et al. 1990: ‚Chernobyl‘ and the Nuclear Power Issue in West German Public. In: Journal of Environmental Psychology, Jg. 10, Heft 2, 121-134.

Preisendörfer, Peter/Franzen, Axel 1996: Der schöne Schein des Umweltbewußtseins. In: Diekmann, Andreas/Jaeger, Carlo C. (Hg.): Umweltsoziologie. Opladen: Westdeutscher, 219-244.

Raschke, Joachim 1988: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt/M.: Campus.

Renn, Ortwin 1990: Public Responses to the Chernobyl Accident. In: Journal of Environmental Psychology, Jg. 10, Heft 2, 151-167.

Rootes, Christopher 2003: Environmental Protest in Western Europe. Oxford: Oxford University.

Rucht, Dieter 1984: Flughafenprojekte als Politikum. Die Konflikte in Stuttgart, München und Frankfurt. Frankfurt/M.: Campus.

Rucht, Dieter 1991: Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung. Berlin: WZB-Paper FS III 91-107.

Rucht, Dieter 1992: Studying the Effects of Social Movements. Conceptualization and Problems. Limerick, Ireland: ECPR Joint Meeting, Workshop „Studying the Effects of Social Movements“.

Rucht, Dieter 1994a: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt/M.: Campus.

Rucht, Dieter 1994b: Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher, 337-358.

Rucht, Dieter 1996: Wirkungen von Umweltbewegungen. Von den Schwierigkeiten einer Bilanz. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 9, Heft 4, 15-27.

Rucht, Dieter 1998: Transformation of Environmental Activism. Codebook and Practical Guide. Canterbury: University of Kent, unveröffentlicht.

Rucht, Dieter 1999: The Impact of Environmental Movements in Western Societies. In: Giugni, Marco et al. (Hg.): How Social Movements Matter. Minneapolis: University of Minnesota, 204-224.

Rucht, Dieter 2001a: Anlage, Methode und externe Validierung von Prodat. In: Rucht, Dieter (Hg.): Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M.: Campus, 315-322.

Rucht, Dieter 2001b: Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Frankfurt/M.: Campus.

Rucht, Dieter et al. 1992: Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat). Codebuch. Berlin: WZB-Paper FS III 92-103.

Rucht, Dieter/Roose, Jochen 2003: Germany. In: Rootes, Christopher (Hg.): Environmental Protest in Western Europe. Oxford: Oxford University, 80-108.

Michelle Beyeler

Erfolge der Globalisierungskritik?

Eine Analyse der Kampagnen gegen WEF und WTO

War die globalisierungskritische Bewegung erfolgreich?¹ Es ist klar, dass die Antwort auf diese Frage nicht aus einem einfachen ja oder nein bestehen kann. Zumindest müssen erst die Begriffe spezifiziert werden: Wer oder was ist die globalisierungskritische Bewegung? Und was bedeutet in diesem Zusammenhang erfolgreich?

Das einfachste und intuitiv wohl auch beste Messkriterium für Erfolg ist der Grad der Zielerfüllung. Wir könnten uns also fragen, welche Ziele die globalisierungskritischen Akteure verfolgen und inwiefern diese bisher umgesetzt worden sind. Dabei müsste aber berücksichtigt werden, dass die zeitliche Spanne zwischen dem ersten Auftreten von Protestaktionen und effektiv beobachtbaren Wirkungen sehr groß sein kann. Das Fehlen einer direkten, sofort beobachtbaren Wirkung kann nicht einfach als Beweis für Erfolglosigkeit betrachtet werden. Ebenso wenig ist es zulässig, aus einer reinen zeitlichen Koinzidenz auf die Wirkung von Protesten zu schließen. Gemäß Amenta und Young (1999: 39) müsste man, um einen kausalen Beweis zu erbringen, argumentativ darlegen können, dass das betrachtete Politikergebnis ohne die Mobilisierung durch die soziale Bewegung nicht so ausgefallen wäre.

Der für diesen Beitrag gewählte Ansatz ist ein anderer. Anstatt das äußerst restriktive und – bei einer so breiten und vielfältigen Bewegung – praktisch nicht handhabbare Kriterium der Zielerfüllung als Erfolgskriterium zu verwenden, definiere ich Bewegungserfolg als den Grad, zu dem es gelang, sich als relevanten und ernstzunehmenden Akteur darzustellen. Dies ist der Fall, wenn die Bewegung

- von der Öffentlichkeit und den Entscheidungsträgern als Akteur wahrgenommen wird,
- ihre Argumente und Anliegen in der (Medien-)Öffentlichkeit und bei den Entscheidungsträgern Widerhall finden,
- und wenn Bewegungsakteure vermehrt in die Entscheidungsfindung einbezogen werden (Zugang, Verhandlungsmacht).

Ob und unter welchen Bedingungen diese Erfolgskriterien erfüllt worden sind, werde ich anhand der Entwicklung der Kampagnen gegen das Weltwirtschaftsforum und gegen die Welt handelsorganisation zwischen 1995 und 2003 diskutieren. Die Diskussion stützt sich vor allem auf Medieninhaltsanalysen sowie auf Interviews mit und Dokumente von Aktivisten und Vertretern der betroffenen Organisationen. Mein Argument ist, dass es über diese Zeitspanne hinweg und in verschiedenen Mobilisierungskontexten unterschiedlich gut gelungen ist, sich als ernstzunehmenden, starken Akteur zu positionieren. Dabei spielte jedoch nicht nur der jeweilige Kontext eine Rolle, sondern auch die Bereitschaft sehr verschiedenartiger Gruppen, sich als Teil der Bewegung auszugeben.

1 Strategie, Taktiken und Bewegungserfolg

Tilly (1999: 257) definiert eine soziale Bewegung als „a sustained challenge to power holders in the name of a population [...] by means of repeated public displays of that population's worthiness, unity, numbers and commitment“ (siehe auch Tilly 1998). Gemäß dieser Definition sind soziale Bewegungen als eine Art politi-

sche Kampagne zu verstehen, eine Anhäufung verschiedener Protestereignisse zu bestimmten Anliegen und nicht als eine solidarische, kohärente Gruppe mit einer eigenständigen Lebensgeschichte (Tilly 1999: 256f). Im Gegensatz zu integrierten politischen Akteuren wie Parteien, Interessenverbände oder zivilgesellschaftliche Gruppen verfügen soziale Bewegungen nicht über eine klar abgrenzbare und identifizierbare Organisation. Eine soziale Bewegung ist denn auch eher als symbolischer Akteur zu verstehen, der dadurch politische Relevanz erhält, dass er für Aktivisten, Entscheidungsträger, Medien und Öffentlichkeit zum Referenzpunkt wird.

Soziale Bewegungen zeichnen sich vor allem durch eine Strategie aus. Eine Strategie, die darin besteht, dass verschiedene Teilakteure wiederholt öffentlich manifestieren, dass man geeint, in großer Zahl und mit viel Engagement für ein sich lohnendes Anliegen kämpft. Die Bewegungsaktionen zielen also darauf ab, WUNC (*Worthiness, Unity, Numbers, Commitment*) auszustrahlen. Dabei, so Tillys Theorie, müssen alle vier Kriterien vorhanden sein. Fehlt eines, wird die Bewegung bedeutungslos.

Wichtig ist zu sehen, dass eine soziale Bewegung die konkreten Taktiken, welche mit der erfolgreichen Durchsetzung der WUNC-Strategie verbunden sind, nicht deliberativ formulieren kann. Zu Bewegungsaktionen kommt es deshalb, weil Gruppen und Individuen sich mit gewissen Bewegungszielen ideologisch und emotional verbunden fühlen und deshalb individuell beschließen, sich zu beteiligen. Über die Handlungsressourcen aller beteiligten Gruppierungen und Individuen kann jedoch nicht kollektiv verfügt werden. Taktikentscheide können nur durch Einzelpersonen und hierarchisch organisierte Gruppierungen² gefällt oder durch Koalitionen verschiedener solcher Bewegungsorganisationen ausgehandelt werden (Scharpf 2000: 101-103).

Gerade im Fall der Globalisierungskritik haben sich an den Aktionen sehr unterschiedli-

che Gruppierungen beteiligt, welche verschiedene Taktiken anwenden und die zu erreichenden Ziele unterschiedlich gewichten. Tarrow (2005) spricht in diesem Zusammenhang von *NGO insiders* und *social movement outsiders*, um die Differenzen innerhalb der Bewegung zu verdeutlichen. Beide Typen von Bewegungsorganisationen versuchen, die Öffentlichkeit für die negativen Auswirkungen der Globalisierung zu sensibilisieren und die Entscheidungsträger zu beeinflussen. Die Basisgruppen, welche sich eher als lose Netzwerke ohne klare Führungsstrukturen zusammenschließen, wenden dabei Taktiken an, welche die Konferenzen stören und die Gegner denunzieren sollen. Taktiken, welche radikal, unkonventionell und am Rande der Legalität angesiedelt sind, können diesbezüglich höchst wirkungsvoll sein. Sie sind nicht nur medienwirksam, sondern zwingen die Behörden und die betroffenen Akteure, sich mit den Protestierenden auseinander zu setzen. Zudem demonstrieren sie die Bereitschaft der Aktivisten, für ihre Ziele auch risikoreiche Aktionen durchzuführen, und unterstreichen somit das *Commitment* der Beteiligten.

Im Gegensatz zu den Basisgruppierungen, welche vor allem Opposition betreiben, wenden Bewegungsorganisationen, welche über professionelle Mitarbeiterstäbe oder zumindest zentralisierte Strukturen verfügen, in der Regel eine Doppelstrategie an, die sowohl Informations- und Öffentlichkeitsarbeit wie auch Lobbyarbeit umfasst. Die wichtigsten Vorgehensweisen bestehen darin, Informationen über Missstände zu sammeln und auszuwerten, Alternativen aufzuzeigen und danach mit verschiedenen Mitteln zu versuchen, die Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit für diese Informationen und Ideen zu gewinnen. Daneben versuchen sie, direkt in relevante Gremien zu kommen (Tarrow 1998: 137), um dort bei den Entscheidungsträgern für die Unterstützung ihrer Ideen und Projekte zu werben. Ein Effekt der Doppelstrategie ist, dass die Organisationen

durch öffentliche Präsenz und erfolgreiche Sensibilisierungskampagnen die Verhandlungsmacht gegenüber politischen Entscheidungsträgern vergrößern können.

Allzu radikale Aktionen sind für Gruppierungen dieses Typs nicht effektiv, da diese den Zugang zu Entscheidungsträgern erschweren und das Ansehen der Gruppen als legitime Verhandlungspartner schwächen. Auch sind solche zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Regel auf Ressourcen angewiesen, welche über die freiwillige Arbeit von Aktivisten hinausgeht; sie benötigen für die Informationsarbeit und die Projekte finanzielle Mittel, welche über Mitgliederbeiträge, Spenden oder sonstige Zuwendungen akquiriert werden müssen. Bei ihren Taktikentscheiden sind diese Organisationen daher insofern eingeschränkt, als sie berücksichtigen müssen, inwiefern die gewählte Aktion durch die Mitglieder oder Spender als legitim akzeptiert ist.

Werden Aktionen, welche als Folge von Taktikentscheiden verschiedener Individuen, Gruppen und Koalitionen stattfinden, als Aktionen einer sozialen Bewegung wahrgenommen, steigt die Chance der Teilakteure, politisch relevant zu werden. Die Aufmerksamkeit und der Druck, welcher durch direkte Aktionen und Konfrontation erzeugt wird, kann von gemäßigten Organisationen für ihre Informations- und Sensibilisierungskampagnen genutzt werden und verbessert deren Stellung in Verhandlungen mit den Entscheidungsträgern.³ Umgekehrt profitieren die radikalen Aktivisten von der Informationsarbeit durch die professionelleren Gruppen, da diese ihren Protesten und Aktionen mehr Legitimität (*Worthiness*) verleihen (vgl. Gamson und Wolfsfeld 1993: 121).

Es ist allerdings anzunehmen, dass eine solche implizite Arbeitsteilung eine heikle Gratwanderung ist. Werden die Aktionen eines Teils der Aktivisten zu radikal, müssen die gemäßigteren und formalisierteren Organisationen befürchten, dass ihre Anliegen völlig in den Hin-

tergrund geraten und die Medien nur noch über Gewalt, Sicherheit und Polizei berichten. Auch sehen sie sich dann unter Umständen gezwungen, sich von den radikaleren Bewegungssektoren abzugrenzen. Auf der anderen Seite werden sich die radikalen Gruppen von den in den Medien viel präsenteren, eher gemäßigteren Gruppen oft schlecht repräsentiert sehen.

Voraussetzung dafür, dass sich eine mächtige Bewegung etablieren kann, welche nach außen hin Einheit und Größe ausstrahlt, ist aber, dass sich verschiedene Gruppen als Mitstreiter für ein gemeinsames Anliegen betrachten. Das Bilden von Bündnissen, welche gemeinsam eine Demonstration organisieren, ist eine der zentralen Vorgehensweisen sozialer Bewegungen. Die Akteure und Gruppierungen, welche an solchen Koalitionen beteiligt sind, haben gute Möglichkeiten, an der Herausbildung einer Bewegungsidentität zu arbeiten. In diesen Koalitionen können sich die Akteure austauschen, Argumente abwägen, konkrete Forderungen und Taktiken aushandeln. Dies erlaubt es dann, mit der Demonstration selbst nach außen hin Einheit, und falls die Mobilisierung erfolgreich war, auch Größe zu markieren. Die Chance einer breiten Mobilisierung steigt dabei, je inklusiver die Koalition ist und je mehr verschiedenartige Bewegungsorganisationen sie umfasst.

Im Falle der globalisierungskritischen Proteste waren die Koalitionen von Demonstration zu Demonstration sehr unterschiedlich. In jedem Land, in dem Demonstrationen stattfanden, waren wieder andere Akteure federführend. In der Regel kommt das Gros der Teilnehmenden aus dem Land, in dem die Aktion stattfindet (Andretta et al. 2003). Auch dort, wo es örtliche Konstanz gab, wie bei den Anti-WEF-Protesten in der Schweiz, waren es immer wieder wechselnde Bündnisse – und immer mehr unabhängige Gruppen – welche zur Demonstration aufgerufen haben. Unter diesen Umständen sind die Bedingungen für den Aufbau einer Bewegungsidentität je nach

Kontext verschieden und unter Umständen auch sehr schwierig.

Gemäß Tillys (1998, 1999) WUNC-Theorie ist aber das gleichzeitige Signalisieren von Größe, Einheit, Legitimität der Forderungen und Entschlossenheit unumgänglich, um als relevanter, starker Akteur wahrgenommen zu werden und Einfluss nehmen zu können. Wie stark dies der globalisierungskritischen Bewegung über die Zeit hinweg und in verschiedenen Kontexten gelungen ist, und inwiefern dies den Erfolg der Bewegung beeinflusst hat, soll in der Folge beschrieben werden. Zuerst gehe ich aber auf die Untersuchungsanlage ein und erläutere die Erhebung der Mediendaten.

2 Untersuchungsanlage und Daten

Die gewählte Perspektive auf soziale Bewegungen und ihre Wirkungen stellt vor allem die Äußerungen, Aktionen und Protestereignisse von Bewegungsakteuren in den Vordergrund, welche öffentliche – im Sinne von medialer – Aufmerksamkeit erlangen. Zwar haben gerade die Basisgruppierungen gegenüber der „bürgerlichen Presse“ oft ein recht ambivalentes Verhältnis und betrachten diese als Teil des Systems, gegen welches sie kämpfen (Rucht 2004). Trotzdem können auch diese Bewegungsakteure die Massenmedien nicht völlig ignorieren. Die Medien sind *die zentrale Arena*, in welcher der öffentliche politische Diskurs stattfindet (Neidhardt 1993; Ferree et al. 2002). Wichtig sind die Medien nicht nur in ihrer Rolle als Konstrukteure öffentlicher, politischer Diskurse (Bennett et al. 2004), sie sind es auch, welche über politische Debatten in anderen Arenen (Parlamente, Parteiversammlungen, Protestveranstaltungen, Konferenzen) berichten. Für alle Bewegungsakteure stellt somit die Aufmerksamkeit der Massenmedien eine Bestätigung nach Innen dar, dass die eigenen Aktionen wichtig sind und sendet ein Signal nach Außen, dass es sich bei der Bewegung um einen relevanten

Spieler handelt (Gamson und Wolfsfeld 1993: 116).

Die potentielle mediale Öffentlichkeit für eine Bewegung, welche sich nicht an nationale Grenzen hält, ist riesig. Notwendigerweise kann sich eine Untersuchung zu den Wirkungen der globalisierungskritischen Aktivitäten über die Medien nur auf einen sehr kleinen Ausschnitt begrenzen.

Eine der zentralen Taktiken globalisierungskritischer Bewegungsakteure ist das Abhalten von Gegengipfeln. Diese bestehen aus einer Mischung von Demonstrationen, Blockadeaktionen, eigenen Informationsveranstaltungen und Diskussionsforen. Der hier gewählte Ansatz orientiert sich an dieser Taktik. Die Mediendebatte wird während zweier periodisch wiederkehrender Ereignisse, welche von globalisierungskritischen Protestkampagnen betroffen sind, untersucht. Dies sind die Ministerkonferenzen der Welthandelsorganisation (WTO) und das Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums (WEF).

Die Welthandelsorganisation ist 1995 gegründet worden. Ihre zentrale Aufgabe ist die Überwachung und Stärkung des multilateralen Handelsregimes, welches im Rahmen der GATT-Verträge (General Agreement on Tariffs and Trade) ausgehandelt worden ist. Das höchste Entscheidungsgremium der WTO ist die Ministerkonferenz, welche sich ungefähr alle eineinhalb Jahre trifft.

Das World Economic Forum, juristisch eine Stiftung, bezieht den größten Teil seiner Ressourcen aus den Mitgliederbeiträgen der weltweit größten Konzerne. Die Hauptdienstleistung der Organisation besteht darin, einmal im Jahr ein großes Treffen zu organisieren, welches den Wirtschaftseliten die Möglichkeit bietet, sich untereinander und mit wichtigen anderen Eliten aus den Bereichen Politik, Wissenschaft, Medien, Kirche und Kultur auszutauschen. Dabei wird versucht, möglichst prestigeträchtige Personen zu versam-

meln, um den Nutzen für die Mitglieder zu maximieren (Graz 2003).

Erhoben wurden die Daten aus Zeitungen verschiedener Länder; es sind dies die Neue Zürcher Zeitung (NZZ), die französische *Le Monde*, die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), die New York Times (NYT), die Times of India (ToI), die südafrikanische Cape Times sowie El Diario aus Bolivien⁴. Dabei kam die Methode der *political claims* Analyse zur Anwendung (Koopmans und Statham 1999). Bei den gewählten sieben Zeitungen wurden alle Ausgaben in der Periode von 28 Tagen rund um das jeweilige Ereignis durchgesehen. Einbezogen wurden die WTO-Konferenzen in Singapur (Dezember 1996), Genf (Mai 1998), Seattle (November-Dezember 1999) und Doha (November 2001), sowie die WEF-Jahrestreffen 1995 und 2000 bis 2003 in allen Zeitungen, sowie von 1994 bis 2004 nur in der NZZ. Aus diesen Zeitungsausgaben wurden alle Artikel ausgewählt, welche eine Referenz zu unseren zentralen Akteuren WEF, WTO oder kritische Gruppen oder Themen ökonomische Globalisierung und internationalen Handel bezogen.

Anschließend mussten die Codierer die Artikel durchlesen und so genannte *Claims* (Äußerungen/Forderungen) identifizieren. *Claims* sind definiert als Einheiten strategischer Aktion in der Öffentlichkeit, welche eine politische Meinung oder Forderung in einer verbalen oder physischen Form ausdrücken. Dies können Demonstrationen, Pressekonferenzen, öffentliche Reden, Hungerstreiks, Kommentare, Auskünfte an die Medien und ähnliches sein. Solche Einheiten strategischer Aktion wurden nur dann codiert, wenn sie sich auf unsere zentralen Themen/Akteure bezogen. Erfasst wurde dann jeweils eine kurze verbale Beschreibung, sowie verschiedene Variablen. Insbesondere, *wer* die strategische Aktion lancierte, *wie* die Aktion aussah, *was* die Anliegen, Aussagen waren (bis zu drei) und *über wen* eine Aussage gemacht wurde. Zudem wurden auch Positionsbezüge co-

diert, sprich, es wurde festgehalten, ob ein Thema oder Akteur positiv oder kritisch dargestellt wurden. Die *political claims* Analyse ist qualitativer und zugegebenermaßen auch stärker von der subjektiven Einschätzung der Codierer abhängig als die konventionelle Protestereignis-Analyse.

Ich stütze mich auf die Zählraten aus der *political claims* Analyse, um aufzuzeigen, wie oft die von uns analysierten Medien über kritische Akteure berichtet haben, inwiefern in den Medien tatsächlich von einer Bewegung die Rede war, und wie sich die Positionsbezüge gegenüber dem WEF und der WTO über die Zeit verändert haben. Für die Rekonstruktion der Ereignisse und für Hintergrundinformationen zu den betrachteten Akteuren verwende ich neben den qualitativen Informationen aus der Medienanalyse auch Interviews mit und Dokumente von Aktivisten und Vertretern der betroffenen Organisationen.

3 Resultate

3.1 Aufmerksamkeit

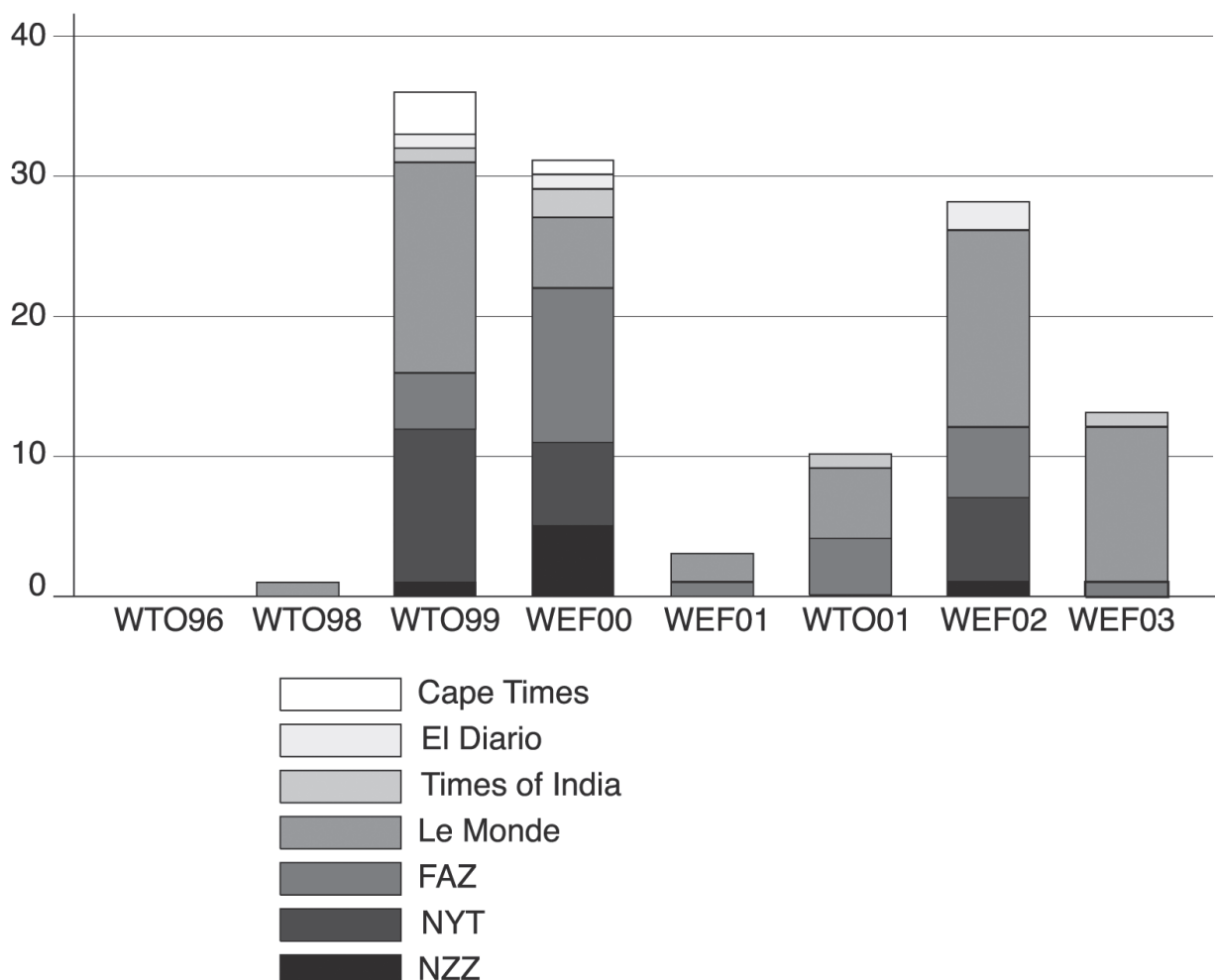
Gemäß Tillys Definition wird eine Serie verschiedener Protestereignisse dadurch zu einer sozialen Bewegung, dass es gelingt, sich öffentlich als Bewegung zu präsentieren und dieses Bild auch über eine gewisse Zeit aufrecht zu erhalten. Abbildung 1 zeigt, wie oft in Äußerungen über kritische Akteure von einer Bewegung und nicht von einzelnen Protestgruppen oder von bestimmten zivilgesellschaftlichen Akteuren die Rede war. Dieser Indikator kann als Annäherung dafür betrachtet werden, dass es gelungen ist, sich als „Bewegung“ zu etablieren. Gemäß diesem Kriterium würden wir vor der WTO-Ministerkonferenz in Seattle 1999 nicht von einer erfolgreichen Bewegungskampagne sprechen, danach aber auf jeden Fall. Kurz nach Seattle, während des Jahrestreffens des WEF 2000, wurden die Diskussionen über eine Bewegung praktisch gleich stark weiter geführt,

wie dies in der Periode um die WTO-Ministerkonferenz der Fall war.

„The Battle of Seattle“ war allerdings nicht das erste Protestereignis dieser Art. Abbildung 2 zeigt, wie viele *claims* von kritischen Gruppen insgesamt in unserer Medienselektion codiert worden sind. Bereits an der WTO-Konferenz in Singapur 1996 waren kritische Gruppierungen aus dem Umwelt- und Drittweltbereich anwesend. Diese beteiligten sich an einer durch die WTO organisierten Parallelkonferenz. Demonstrationen während der Konferenz waren aber grundsätzlich untersagt (FAZ, 9.12.1996). Nur eine der untersuchten Zeitungen ließ eine Umweltgruppe zu Wort kommen, ansonsten wurde über diese Parallelkonferenz nicht berichtet.

In Genf erhielten die an der NGO-Parallelkonferenz beteiligten Gruppen in den untersuchten Medien überhaupt keine Berichterstattung. Dafür gelang es anderen Akteuren, mit Demonstrationen Aufmerksamkeit zu generieren. Es protestierten einerseits die Bauern und andererseits eine von Peoples' Global Action (PGA) koordinierte Koalition linksorientierter Gruppen gegen das WTO-Ministertreffen. Die PGA-Plattform hatte am 16. Mai zu einem globalen Aktionstag gegen die WTO aufgerufen. In ihrem Bulletin⁵ beschrieb sie weltweite Aktionen, vor allem verschiedene Street Parties, Stand- und Flyeraktionen sowie symbolische Protestaktionen. In Genf selber rief die PGA an mehreren Tagen zu Aktionen und Demonstrationen auf. Nach verschiedenen solcher Aktionen kam es

Abbildung 1: Anzahl Äußerungen über *eine* Bewegung gegen die Globalisierung



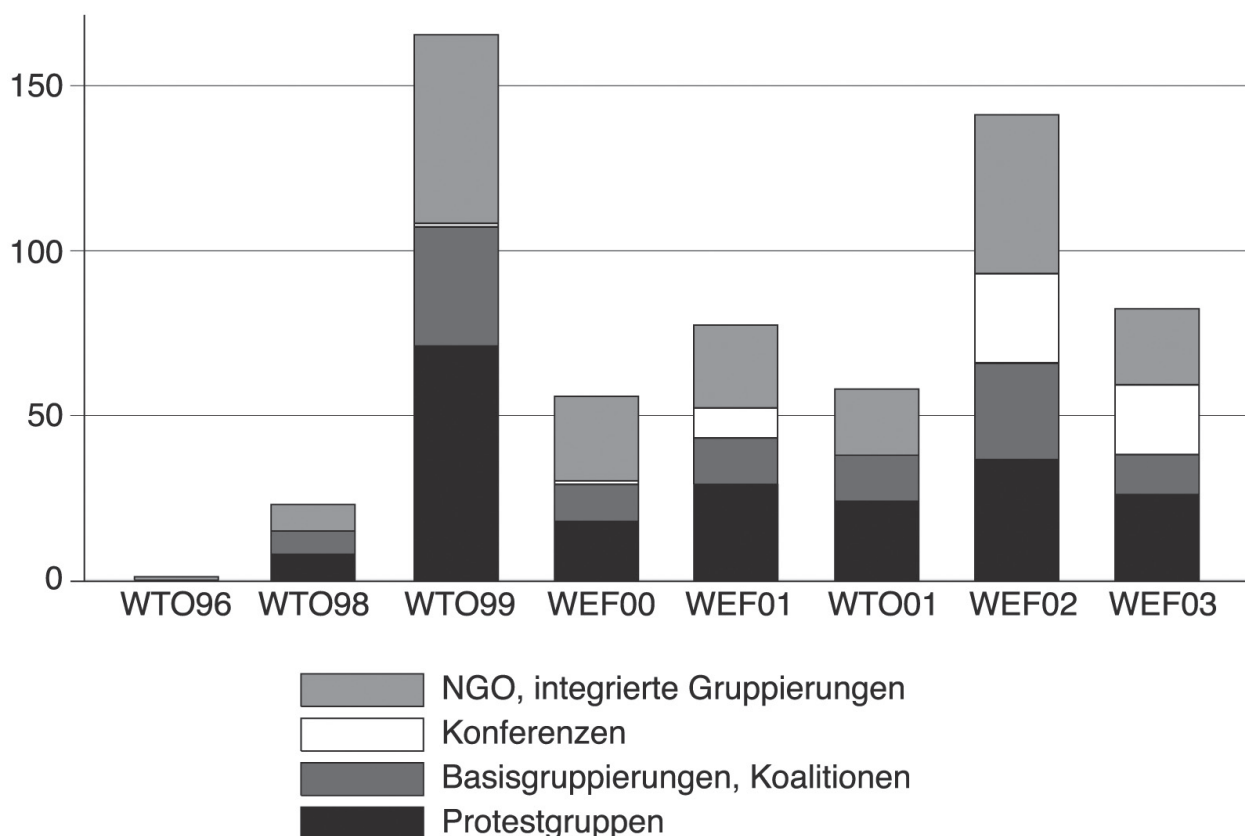
zu teilweise massiven Ausschreitungen. Die Massenmedien berichten zwar (vgl. Abbildung 2), aber sie beschränkten sich darauf, die Proteste und vor allem die Ausschreitungen in Genf zu vermelden. Weder wurde erwähnt, dass es sich um einen Teil einer weltweiten Kampagne handelte, noch sprach man zu diesem Zeitpunkt von einer globalisierungskritischen Bewegung.⁶

Auch das Weltwirtschaftsforum kam in der Folge ins Visier der WTO-Gegner. Die Schweizer Anti-WTO-Koordination, eine Koalition links-anarchistischer Basisgruppen, welche auch in der PGA vertreten sind, mobilisierte für eine Demonstration gegen das WEF. Die Demonstration wurde aber – aufgrund der schlechten Erfahrungen in Genf – verboten. Es versammelten sich schließlich nur etwa 150 Leute in Davos, welche von der Polizei sofort wieder zurück geschickt wurden. Eine Kurz-Meldung war alles, was diese verkappte Mobilisierung in der NZZ an Berichterstattung generierte. Mit

Seattle wurde alles anders. Nach Seattle war das Weltwirtschaftsforum als mögliches nächstes Bewegungsziel in aller Munde. Selbst in sehr peripheren Ländern wie Bolivien spekulierten die Journalisten darüber, ob in Davos wohl ein zweites Seattle stattfinden würde.

Warum gelang es erst mit Seattle und nicht schon vorher, sich als Bewegung zu etablieren? Ein Grund ist sicher, dass die Kontextbedingungen für Proteste in Seattle besser waren. Bei dieser Konferenz ging es um den Start einer neuen, ambitionierten Verhandlungsrunde, während bei den beiden vorherigen Konferenzen eher über Details gesprochen wurde. Die Positionen der Minister waren höchst widersprüchlich. Bereits bei den Vorverhandlungen war es nicht zu einer Einigung gekommen. Aufgrund der zentralen Position der USA in der Weltpolitik sind dort viele internationale Medien präsent, was die Berichterstattung über das Ereignis und die Proteste zusätzlich förderte.

Abbildung 2: Anzahl Äußerungen kritischer Akteure



Den Protesten in Seattle waren aber auch viel breitere und stärkere Mobilisierungsbemühungen vorausgegangen. Die globalisierungskritische Bewegung, obschon sie natürlich vom Lauf der Ereignisse in Seattle und insbesondere der Medien-Berichterstattung klar profitierte, ist nicht einfach ein Medienkonstrukt. Wer sich bereits vor der Konferenz mit den involvierten kritischen Akteuren befasst hat, war von den Protesten in Seattle nicht allzu überrascht. Die Zeitung *Le Monde* beispielsweise widmete der "neuen" Bewegung im Vorfeld der Konferenz eine Reihe von Artikeln und sogar einige Sonderseiten. In den Beiträgen kamen verschiedene Exponenten, vor allem solche aus Frankreich und den USA, zu Wort. Von den Wortführern war auch einiges über das Vorgehen und die Ziele zu erfahren. Beispielsweise wurde Agnès Bertrand von der *Coordination pour le control citoyen de l'OMC* (CCOMC) zitiert, welche sagte, seit dem Sieg gegen das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) hätten viele Gruppen intensiv für Seattle gearbeitet. Dabei habe man die Aufgaben aufgeteilt, wobei die französischen Gruppen sich vor allem mit den sozia-

len Aspekten beschäftigten, die amerikanischen mit Konsumenten und Umweltfragen, und die indischen mit Menschenrechten. (*Le Monde*, 23. November 1999)

Im Unterschied zu Singapur oder Genf gelang es in Seattle deshalb, sich als großen, breiten und vielfältigen Akteur zu präsentieren, welcher das Potential hat, etwas zu bewirken, weil unterschiedliche Akteure – zum Teil solche mit viel Prestige und Bekanntheitsgrad – sich als Teil einer Bewegung ausgaben. Während in Genf die recht radikalen, um die PGA formierten Basisgruppierungen noch eher isoliert da standen, waren es in Seattle verschiedenste Gruppierungen, welche die Kritik an der Handelsliberalisierung öffentlich vorangetrieben haben. Seit Seattle erhielten sowohl die ‚NGO insiders‘ wie auch die ‚social movement outsiders‘ mit ihren Forderungen und Aktivitäten Eingang in die Medienberichterstattung (vgl. Abbildung 2).

Wie Abbildung 1 zeigt, flaute nach dem WEF 2000 das Interesse an der Bewegung in den von uns codierten Medien etwas ab. Die WTO-Konferenz 2001 fand in Doha statt, wo es unmög-

Tabelle 1: Prozentanteile unterstützender, neutraler und kritischer ‚Äußerungen‘ über die WTO.

	WTO 96	WTO 98	WTO 99	WTO 01
Unterstützung	29 %	29 %	19 %	33 %
Neutral/unklar	53 %	29 %	32 %	29 %
Kritik	18 %	43 %	49 %	39 %
..davon andere ^a	(16 %)	(16 %)	(20 %)	(14 %)
Total	100 %	100 %	100 %	100 %
N	55	56	371	134

Hinweise: Enthalten sind alle codierten Äußerungen über die Strukturen und allgemeinen Ziele der WTO, sowie die Verhandlungsführung an den Ministerratskonferenzen. Nicht enthalten sind Positionsbezüge zu spezifischen Regulierungen im Rahmen der WTO-Abkommen.

a) Kritik durch Akteure, die eindeutig nicht den globalisierungskritischen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen zugeordnet werden können, wie Journalisten, staatliche Akteure, Parteipolitiker (sofern sie sich nicht im Rahmen von explizit globalisierungskritischen Aktivitäten äußern), Experten oder Wirtschaftsvertreter.

lich war, einen Gegengipfel im Stile von Seattle abzuhalten. Allerdings gelang es der globalisierungskritischen Bewegung, als das WEF 2002 in New York stattfand, sich wieder verstärkt zum Medienthema zu machen. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass der Austragungsort in den USA die Aufmerksamkeit für den Anlass und bezüglich möglicher Proteste ganz allgemein gesteigert hatte. Parallel fand damals auch die zweite Ausgabe des Weltsozialforums statt. Diese als Gegenkonferenz zum WEF etablierte Veranstaltung in Porto Alegre ermöglichte es den globalisierungskritischen Akteuren am Aufbau der Bewegungsidentität zu arbeiten.

3.2 Beeinflussung der Mediendebatte

Das zweite hier betrachtete Erfolgskriterium betrifft den Grad, zu dem die Argumente und Anliegen der Bewegungsakteure in der Öffentlichkeit und bei den Eliten Widerhall fanden. Dieses Kriterium wird hier daran gemessen, inwieweit die durch die Bewegungsakteure aufgebrachte Kritik am WEF-Jahrestreffen und an den Strukturen der WTO in die öffentliche (Medien-)Debatte Eingang gefunden haben. Tabelle 1 und 2 zeigen die Prozentanteile unterstützender, neutraler, und kritischer Äußerungen in den sieben codierten Medien. Diese umfassen, wie

oben dargelegt, auch nonverbale Ausdrucksformen wie Demonstrationen oder andere Proteste.

In beiden Fällen erhöhte sich parallel zum Aufkommen der Proteste die Zahl der Positionsbezüge insgesamt, und auch der Anteil der negativen Positionsbezüge. Die WTO war allerdings schon vor dem Durchbruch der globalisierungskritischen Bewegung Gegenstand einer öffentlichen Debatte. In der Codierperiode rund um die Konferenz in Singapur waren bereits 18 Prozent der Positionsbezüge gegenüber der WTO negativ. Diese stammten vor allem von Regierungen und Delegierten aus Entwicklungs- und Schwellenländern, welche bemängelten, dass ihre Interessen gegenüber denjenigen der Industrieländer durch die WTO zu wenig berücksichtigt würden. Es gelang den Bewegungsakteuren zwar, in den Medien ihre kritische Haltung gegenüber der WTO zu verbreiten, dadurch konnte aber der Anteil kritischer Positionen von Seiten der übrigen Akteure nicht bedeutend erhöht werden.

Beim WEF waren die Aktivitäten der globalisierungskritischen Akteure der eigentliche Auslöser sowohl der Debatte wie auch der Kritik. Im Jahre 1995 war das WEF als Plattform und die dahinter stehende Organisation kaum Medienthema. In den Jahren 2000 bis 2003

Tabelle 2: Prozentanteile unterstützender, neutraler und kritischer ‚Äußerungen‘ über das WEF.

	1995	1996-98 ^b	1999 ^b	2000	2001	2002	2003	2004 ^b
Unterstützung	25 %	36 %	33 %	31 %	19 %	30 %	13 %	16 %
Neutral/unklar	75 %	55 %	17 %	19 %	26 %	23 %	39 %	16 %
Kritik	0 %	9 %	50 %	50 %	55 %	47 %	48 %	68 %
...davon andere a)	(0 %)	(9 %)	(17 %)	(14 %)	(11 %)	(11 %)	(17 %)	(0 %)
Total	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
N	8	11	6	86	80	152	95	19

Hinweis: Enthalten sind alle codierten Äußerungen über Struktur, Abläufe, Ziele und Effekte des Jahrestreffens des WEF, sowie der WEF-Stiftung und des WEF-Managements. Nicht enthalten sind Äußerungen zu spezifischen inhaltlichen Debatten im Rahmen des Jahrestreffens. b) Nur NZZ

wurde dann plötzlich darüber diskutiert, was sich denn bei diesen Treffen abspiele, was das WEF bringe, wie offen oder geschlossen es sei und so weiter. Tabelle 1 verdeutlicht auch, dass die Kritik am WEF, welche in der Öffentlichkeit geäußert worden ist, nicht nur durch Protestgruppen und kritische zivilgesellschaftliche Organisationen aufgebracht worden ist. Auch Journalisten, Kommentatoren, Politiker und Behördenvertreter äußerten sich teilweise kritisch über das WEF (vgl. Tabelle 1, Zeile 5). Im Jahr 2000 waren immerhin 14 Prozent, im Jahr 2003 17 Prozent der Äußerungen über das WEF kritische Positionen, welche nicht von den globalisierungskritischen Akteuren eingebracht worden sind. Im Jahr 2004, für das nur Daten aus der NZZ vorliegen, wurden in dieser Zeitung allerdings nur noch kritische Positionen von Bewegungsakteuren vermeldet. Auch die Journalisten, welche in den früheren Jahren oft bisssige Kommentare über die Geschlossenheit des WEF geschrieben hatten, hielten sich diesmal zurück.

Die Entwicklung der Mediendebatte zum WEF muss vor dem Hintergrund zweier Entwicklungen gesehen werden. Erstens: Mit zunehmender Intensität der Kritik von Seiten der Schweizer Politik, der Davoser Bevölkerung und der Medienöffentlichkeit sah sich das WEF-Management gezwungen, eine Kommunikationskampagne zu starten. Um das Negativbild eines exklusiven Klubs der Reichen und Mächtigen, auf dem undemokratisch und ohne Transparenz die Geschicke der Welt entschieden würden, zu durchbrechen, engagierte das WEF professionelle Kommunikationsfachleute. Die neue Informationsstrategie sah unter anderem eine deutliche Zunahme an Publikationen in den drei großen Schweizer Landessprachen, die verstärkte Präsenz von Schweizer Journalisten am Jahrestreffen sowie ein öffentliches Forum als Fenster zum Jahrestreffen vor (Open Forum). Spätestens 2004 zeigt diese Kampagne Wirkung und es gelang, das WEF in der Schweizer Öff-

entlichkeit wieder positiver darzustellen (Interview mit WEF-Direktor André Schneider, 05.03.2004).

Zweitens: In der Schweiz gelang es über die ganze Zeit hinweg nie, ein funktionierendes großes Bündnis zu erstellen. Die Versuche, in Davos eine große Demonstration zu veranstalten, waren allesamt daran gescheitert, dass sich die Organisatoren der Demonstrationen und die Behörden nicht auf einen Modus einigen konnten. Im Hinblick auf das Jahrestreffen 2003 gab es Bemühungen, unter dem Namen ‚Oltener Bündnis‘ eine große, bunte Koalition zusammenzubringen. Die radikaleren Gruppen setzten sich jedoch immer mehr durch, worauf sich die gemäßigten Organisationen immer stärker distanzierten (Gespräche/Interviews mit Aktivisten). Nach 2003 gelang es nicht mehr, das Bild einer großen, starken Bewegung gegen das WEF aufrecht zu erhalten. Verschiedene Gruppen und Koalitionen riefen meist unkoordiniert zu Demonstrationen und Protesten auf. Eine breite Mobilisierung, welche Einheit und Geschlossenheit manifestiert hätte, blieb aus.

3.3 Zugang und Verhandlungsmacht

Denjenigen Bewegungsakteuren, welche eine Doppelstrategie verfolgen, geht es aber nicht nur um Sensibilisierung, Information der Öffentlichkeit oder Denunziation des Gegners. Sie wollen auch mehr Zugang zu den relevanten Entscheidungsgremien, ihre Verhandlungsmacht ausbauen und damit konkrete Resultate wie die Unterstützung ihrer Projekte durch wirtschaftliche und politische Eliten erwirken. Mit Hilfe der geführten Interviews und aus den konsultierten Dokumenten können einige Anhaltspunkte gewonnen werden, inwiefern sich der Zugang zum WEF-Jahrestreffen und zum WTO-Sekretariat verändert haben.

Im Abkommen von Marrakesh, welches die WTO als Organisation begründet hat, wird der Einbezug von NGOs explizit erwähnt (Artikel

V:2). Bei der konkreten Umsetzung dieses Artikels beschlossen die Mitgliederstaaten dann aber keine formelle Einbindung der NGOs in die Entscheidungsprozesse. Die Mitgliederstaaten anerkannten lediglich deren Rolle bei der Förderung des öffentlichen Bewusstseins für die Aktivitäten der WTO. Um die zivilgesellschaftlichen Gruppen in dieser Funktion zu unterstützen, sollten Informationen über die WTO und über die Verhandlungen einfach zugänglich sein und das Sekretariat wurde beauftragt, direkte Kontakte herzustellen. In den Kommissionen und Räten hätten die Nichtregierungsorganisationen aber nichts zu suchen.⁷ Im Zuge der zunehmenden Forderungen nach Öffentlichkeit und Transparenz beschloss der Rat, die Protokolle der Entscheidungsgremien der WTO schneller und besser zugänglich zu machen.

Das WTO-Sekretariat hatte bereits von Beginn an, und nicht erst mit den Protesten in Seattle, versucht, die ihm übertragenen Aufgaben im Bereich der Kontakte mit NGOs zu erfüllen, beispielsweise indem es parallel zu den WTO-Ministerkonferenzen NGO-Konferenzen veranstaltete. Seit 1999 wurden allerdings die Bemühungen, die WTO als inklusive Organisation darzustellen, vergrößert. Bereits in Seattle war es ein Anliegen der US-Regierung und des WTO-Generalsekretärs Michael Moore, die NGO-Konferenz möglichst nahe bei der offiziellen Konferenz durchzuführen. Auch wurde seit 2000 jährlich am Hauptsitz in Genf ein *Public Symposium* durchgeführt, an dem interessierte Gruppen und Einzelpersonen ohne große Formalitäten teilnehmen konnten. Die WTO baute zudem die Online-Information für die Öffentlichkeit massiv aus und richtete ein Internet-Forum ein, auf dem sie zu kritischen Debatten über die WTO anregte.

Der Zugang zu Informationen und zum WTO-Sekretariat wurde damit klar ausgedehnt. Das Sekretariat hat aber innerhalb der WTO eine relativ schwache Position. Ob der verstärkte Zugang von den Bewegungsakteuren auch ef-

fektiv genutzt werden kann, um sich in die relevanten Entscheidungsprozesse einzubringen, ist somit fraglich. Um die Regierungen der Mitgliederstaaten zu beeinflussen, bleibt wohl die indirekte Strategie, Druck über die Öffentlichkeit aufzubauen, auf längere Sicht hin die einzige Möglichkeit.

Beim WEF wurden die physischen Zugangsmöglichkeiten für kritische Gruppen erhöht. Obschon zivilgesellschaftliche Gruppen nie explizit ausgeschlossen waren, hat das WEF-Management deren Teilnahme erst seit dem Jahrestreffen 2000 bewusst gefördert⁸. Das WEF-Management reagierte damals auch auf die Vorkommnisse in Seattle und organisierte kurzfristig ein Panel ‚Wie weiter nach dem Scheitern der WTO Konferenz in Seattle‘, zu dem auch Exponenten der Straßenproteste eingeladen wurden⁹. Es ist schwierig abzuschätzen, inwiefern die Teilnahme am WEF den kritischen Nichtregierungsorganisationen Zugang zu den relevanten Personen und Gesprächen am Forum ermöglichte. Gemäß der zuständigen WEF-Mitarbeiterin Sarah Saffar würden die meisten Mitgliederfirmen deren Anwesenheit zwar begrüßen, viele hätten aber beim Jahrestreffen des WEF andere Prioritäten als den Austausch mit kritischen Gruppierungen¹⁰.

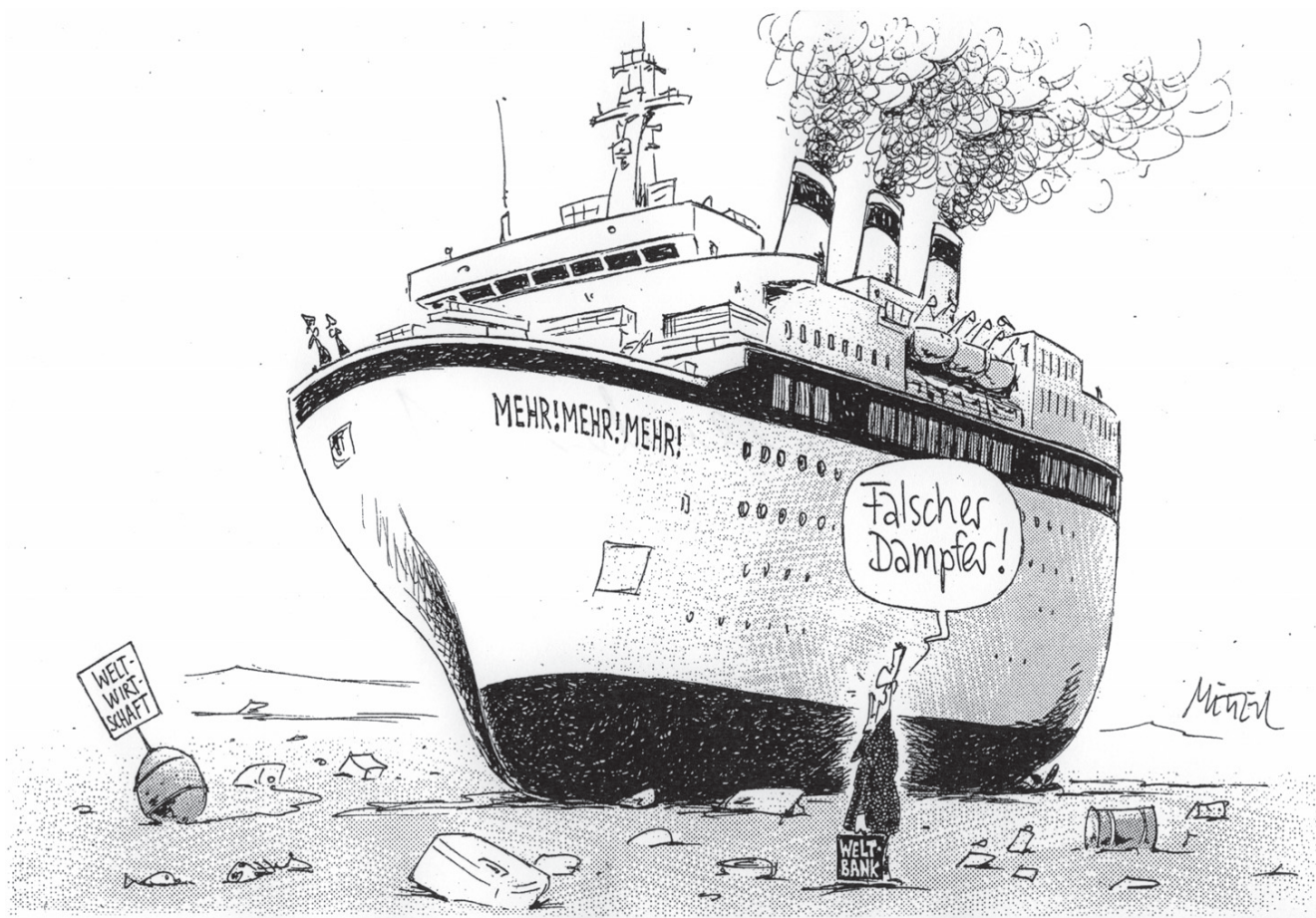
Auch die WEF-Kritiker selbst sind sich nicht so sicher, inwiefern die vermehrte Teilnahme am WEF als Erfolg zu werten ist. So erwähnte Herfeldt, Mitarbeiter der Erklärung von Bern und Mitorganisator der Gegenveranstaltung *The Public Eye on Davos* (Interview, 23.03.2004), das WEF-Management habe auf die Forderung nach mehr kritischen Stimmen am Jahrestreffen sofort reagiert, ein paar Leute von Nichtregierungsorganisationen eingeladen und daraus eine Werbeveranstaltung gemacht. Daraufhin habe man darauf verzichtet, konkrete Forderungen an das WEF zu stellen. Vielmehr habe man die Gegenveranstaltung *The Public Eye on Davos* vor allem als Vehikel betrachtet, um eine breitere Öffentlichkeit für die globalisierungskritischen

Themen und Anliegen zu sensibilisieren. Um bei der Wirtschaft Unterstützung für konkrete Projekte herbeizuführen, brauche man die WEF-Plattform nicht, sondern habe direkt Kontakte zu Unternehmen aufgebaut.

Profitiert von den neuen, durch das WEF gebotenen Zugangsmöglichkeiten haben vor allem die gemäßigten Organisationen wie die Hilfswerke, welche sich am vom WEF neu geschaffenen öffentlichen Panel (*Open Forum*) beteiligen. Auch sind es solche Organisationen, welche an den durch das WEF initiierten Initiativen beteiligt sind. Die etwas kritischeren Gruppierungen hingegen wollen sich nicht stärker in die Aktivitäten des WEF einbinden lassen. Dies ermöglicht es einerseits den Druck auf die WEF-Teilnehmenden aufrecht zu erhalten und es ist wohl auch als Zugeständnis gegenüber den radikaleren Gruppen zu sehen, welche das private Treffen von politischen und wirtschaftlichen Eliten in seiner Form gänzlich ablehnen.

4 Schlussfolgerungen

War die globalisierungskritische Bewegung also erfolgreich? Aus den diskutierten Mediendaten und Beispielen geht hervor, dass es den Bewegungsakteuren gelungen ist, eine ‚neue Bewegung‘ ins Leben zu rufen und diese auch zu etablieren. Die Aktionen und Äußerungen der Bewegungsakteure erhielten viel Medienbeachtung und es gelang teilweise, sich in die öffentliche Debatte einzubringen. Vor allem in Bezug auf die WEF-Kritik waren es die Bewegungsakteure, welche überhaupt erst eine Debatte initiierten. Diese Debatte erhielt Unterstützung durch die Medien und die Politik und zwang schließlich das WEF zu einer Reaktion. Sowohl das Weltwirtschaftsforum wie auch die Welt handelsorganisation haben ihre Öffentlichkeitsarbeit anpassen müssen, um der Kritik zu begegnen. Beide Organisationen haben somit mehr Öffentlichkeit geschaffen und im Prinzip auch



die Zugangsmöglichkeiten, zumindest was den Zugang zu Information angeht, erhöht. Die Globalisierungskritik war also in verschiedener Hinsicht erfolgreich. Ihre Kampagnen waren besonders dann stark, wenn es gelang, sich als großer, geeinter Akteur zu präsentieren. Dies war dann der Fall, wenn sich radikalere und gemäßigte Organisationen als Mitstreiter für dieselbe Sache darstellten.

Dr. Michelle Beyeler (Jg. 1974) ist Oberassistentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich. Derzeit arbeitet sie an einer Habilitationsschrift über die Wirkungen der globalisierungskritischen Bewegung.

Anmerkungen

¹Der Artikel ist im Rahmen eines größeren Forschungsprojekts 'Neue Soziale Bewegungen und Globalisierung' verfasst, welches vom Schweizerischen Nationalfond zur Förderung der Forschung (SNF) finanziert wird (Beitrag Nr. 1214-066967). Nicholas Bornstein und Evelyne Hübscher waren bei der Erhebung der hier verwendeten Daten maßgeblich beteiligt. Die Autorin möchte ihnen für diese Arbeit ihren Dank aussprechen.

²Bei gewissen Bewegungsorganisationen von hierarchisch organisierten kollektiven Akteuren zu sprechen, mag bei Bewegungsaktivistinnen und manchen Bewegungsforschern auf Kritik stoßen. Dennoch, auch diejenigen Gruppierungen, welche bemüht sind, Konsensentscheide zu fällen, zeichnen sich in der Regel durch informelle Führungspersonen oder Führungsgremien (Kerngruppen) aus, welche in der Lage sind, zentralisierte Entscheide zu fällen.

³Ein Beispiel für das Funktionieren dieser Art Arbeitsteilung wird von Felix Kolb (2005) beschrieben; Attac Deutschland konnte mit Hilfe von gezielter Pressearbeit die Medienbeachtung stark steigern. Die Bewegungsorganisation ging dabei äußerst strategisch vor, indem sie einerseits Beziehungen zu den Medienleuten

aufbaute und diese insbesondere vor, während und nach internationalen globalisierungskritischen Protestereignissen mit Informationen versorgte.

⁴Gewählt wurden Qualitätszeitungen mit einer nationalen Ausstrahlung, da diese Wert darauf legen, umfassend zu berichten und relevante Ereignisse zu berücksichtigen. Um den Effekt der politischen Ausrichtung der Medien zu kontrollieren, wurde mit Ausnahme der bewegungsnahen, eher links gerichteten *Le Monde*, liberale, leicht nach rechts neigende Zeitungen ausgewählt.

⁵Peoples' Global Action against „Free“ Trade and the WTO. Issue number 2, June 1998.

⁶Gerade mal in einer einzigen Äußerung war in dieser Codierperiode die Rede von einer Bewegung – allerdings nicht im Zusammenhang mit den Protestaktivitäten gegen die WTO (vgl. Abbildung 1). Dieser *Claim* wurde in *Le Monde* codiert. Es handelt sich um eine Rede des Soziologen Pierre Bourdieu, welcher alle sozialen Bewegungen dazu aufrief sich zu einer ‚*internationale de résistance*‘ zu vereinigen (*Le Monde*, 8. Mai 1998).

⁷Vgl. ‚Guidelines for arrangements on relations with Non-Governmental Organizations‘, Beschluss vom 23. Juli 1996, WT/L/162.

⁸In diesem Jahre nahmen 34 solche Organisationen teil (FAZ 26.01.2000, 14). Diese Zahl erhöhte sich in der Folge weiter. Im Jahr 2003 waren 61 kritische Nichtregierungsorganisationen vertreten.

⁹Dazu gehörte unter anderen auch der Bauernaktivist José Bové, welcher die Einladung allerdings ablehnte, da er es vorzog, als Demonstrant nach Davos zu reisen (REF). Andere Mitorganisatoren der Demonstrationen gegen die WTO, darunter der amerikanische Gewerkschaftsführer John Sweeny, und Martin Kohr von der Entwicklungsorganisation Third World Network, nahmen hingegen teil (FAZ, 29.01.2000).

¹⁰Interview geführt durch Carol Franklin und Andrea Ries im Januar 2003 im Rahmen des Projekts „In the Spirit of Davos“.

Literatur

Amenta, Edwin/Young, Michael P. 1999: Making an Impact: Conceptual and Methodological Implications of the Collective Goods Criterion. In: Giugni, Marco/McAdam, Doug/Tilly, Charles (Hg.): *How Social Movements Matter*. Minneapolis: University of Minnesota, 22–41.

Andretta, Massimiliano/della Porta, Donatella/Mosca, Lorenzo/Reiter, Herbert 2003: No Global – New Global. Identität und Strategien der Antiglobalisierungsbewegung. Frankfurt/M., New York: Campus.

Bennett, W. Lance/Pickard, Victor W./Iozzi, David P./Schroeder, Carl L./Lagos, Taso/Caswell, C. Evans 2004: Managing the Public Sphere: Journalistic Construction of the Great Globalization Debate. In: *Journal of Communication*, Jg. 54, Heft 3, 437–455.

Ferree, Myra/Marx, William/Gamson, A./Gerhards, Jürgen/Rucht, Dieter 2002: Shaping Abortion Discourse. Democracy and the Public Sphere in Germany and the United States. Cambridge: University Press.

Gamson, William A./Wolfsfeld, Gadi 1993: Movements and Media as Interacting Systems. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Jg. 528, 114–125.

Graz, Jean-Christophe 2003: How Powerful are Transnational Elite Clubs? The Social Myth of the World Economic Forum. In: *New Political Economy*, Jg. 8, Heft 3, 321–340.

Kolb, Felix 2005: The Impact of Transnational Protest on Social Movement Organizations:

Mass Media and the Making of ATTAC Germany. In: della Porta, Donatella/Tarrow, Sidney (Hg.): *Transnational Processes and Social Movements*. Lanham: Rowman & Littlefield, 95–120.

Koopmans, Ruud/Statham, Paul 1999: Political Claims Analysis: Integrating Protest Event and Political Discourse Approaches. In: *Mobilization*, Jg. 4, Heft 2, 203–221.

Neidhardt, Friedhelm 1993: The public as a communication system. In: *Public Understanding of Science*, Jg. 2, Heft 4, 339–350.

Rucht, Dieter 2004: The Quadruple ‚A‘: Media Strategies of Protest Movements since the 1960s. In: van den Donk, Wim/Loader, Brian D./Nixon, Paul G./Rucht, Dieter (Hg.): *New Media, Citizens and Social Movements*, London: Routledge, 29–56.

Scharpf, Fritz W. 2000: Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen: Leske + Budrich.

Tarrow, Sidney 1998: *Power in Movement: Social Movements, Collective Action and Politics*. Cambridge: University Press.

Tarrow, Sidney 2005: The Dualities of Transnational Contention: Two Activists Solitudes or a New World Altogether. In: *Mobilization*, Jg. 10, Heft 1, 53–72.

Tilly, Charles 1998: Social Movements and (All Sorts of) Other Political Interactions – Local, National, and International – Including Identities. In: *Theory and Society*, Jg. 27, Heft 4, 453–480.

Tilly, Charles 1999: From Interactions to Outcomes in Social Movements. In: Giugni, Marco/McAdam, Doug, Tilly, Charles (Hg.): *How Social Movements Matter*. Minnesota: University of Minneapolis, 253–257.

Karin Urich

Freiheiten gewonnen – Utopien verloren

Die gemischte Bilanz der DDR-Bürgerbewegung am Beispiel Dresdens

Reisefreiheit, Pressefreiheit, Einführung eines Zivildienstes als Alternative zur Wehrpflicht, Legalisierung des Neuen Forums, ein offener und gewaltfreier Dialog in der Gesellschaft, freie Wahlen, das Recht auf friedliche Demonstrationen und die Freilassung aller politischen Gefangenen, die vor allem wegen der Teilnahme an friedlichen Demonstrationen verhaftet worden sind: Das war das Programm, dass die Dresdner Demonstranten am Abend des 8. Oktober 1989 der „Gruppe der 20“ ins Stammbuch schrieben. Mit diesen Forderungen gingen die 20 Demonstranten, die sich freiwillig für Gespräche mit dem Oberbürgermeister der Stadt Dresden gemeldet hatten, in die Verhandlungen mit dem Stadtoberhaupt. Damit hatten sie einen Durchbruch zum Dialog erreicht, den niemand erwarten konnte. Denn Tage zuvor hatte es heftige Ausschreitungen in der Elbmétropole gegeben, weil in der Nacht vom 4. auf den 5. Oktober 1989 die Züge mit den Prager Botschaftsbesetzern den Dresdner Hauptbahnhof passiert hatten. Hunderte versuchten aufzuspringen und so die DDR zu verlassen. Beim Versuch, den Bahnhof zu räumen, kam es zu heftigen Ausschreitungen. Gegen diese Gewalt, aber auch gegen den Drang, das Land zu verlassen, demonstrierten die Dresdner. Ihr Schlachtruf war: „Wir bleiben hier, Reformen wollen wir“. Als am Abend des 8. Oktober erstmals eine Demonstration friedlich endet und die Teilnehmer die Zusage erhalten, 20 aus ihrer Mitte zu einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister schicken zu dürfen, hoffte man auf einen Erfolg. Man ließ die Dresdner ihre Forderungen offen formulieren. Dresden war somit die erste Stadt in der DDR, in der im Herbst

1989 der Ring der Gewalt durchbrochen und Gespräche über Reformen begonnen wurden. Doch die Ziele der Bürger und der Bürgerbewegten waren andernorts ganz ähnlich. Das macht zugleich die Einmaligkeit, aber auch die Beispielhaftigkeit des Dresdner Modells aus (Bahr 1990, Richter/Sobeslavsky 1999).

1 Die Bürgerbewegung des Herbstes 1989 – ein Erfolgsmodell?

Schaut man sich heute, mehr als 15 Jahre nach der Deutschen Einheit, den Katalog der Bürgerbewegung an, drängt sich der Schluss auf, dass sie ein voller Erfolg war. Schließlich leben die Menschen in den „neuen Bundesländern“ heute in einer Demokratie, in der freie Wahlen, Reisefreiheit, Pressefreiheit und das Recht auf Demonstrationen zu den Grundlagen des Staates gehören. Und doch ist die Enttäuschung in breiten Bevölkerungsschichten groß, hört man vor allem als Westdeutscher oft den Satz: „Dafür sind wir im Herbst 1989 nicht auf die Straße gegangen“. So stellt sich die Frage, woher diese Unzufriedenheit kommt, die unter anderem dazu führt, dass rechtsextreme Parteien wie die NPD, die Republikaner und linke Parteien, wie die Linke Liste/PDS dort enormen Zulauf haben. Sind die gewonnenen Bürgerrechte zu schnell selbstverständlich geworden oder wollten die Menschen vielleicht doch etwas ganz anderes? Und gibt es überhaupt „die Bürgerbewegung“ in der DDR? Am Beispiel der Stadt Dresden soll diesen Fragen nachgegangen werden und eine Bilanz dessen entstehen, was nach mehr als 15 Jahren vom Erbe der Bürgerbewegung noch übrig geblieben ist.

2 Die Wurzeln der Bürgerbewegung

Die Wurzeln der Dresdner Bürgerbewegung liegen wie in vielen anderen Zentren des Umbruchs 1989 auch innerhalb der Kirche. Hier wurden viele der Menschen sozialisiert, die im Herbst 1989 auf die Straße gingen und sich bei der Gründung oppositioneller Gruppen wie dem Neuen Forum, der SDP oder dem Demokratischen Aufbruch engagierten. Gerade in der Kirche wurden demokratische Verhaltensformen eingeübt und ein relativ offener Dialog gepflegt. Dass dies in Dresden möglich war, ist mit der Person des Superintendenten Christof Ziemer verknüpft. Er war zugleich Pfarrer in der größten Dresdner Kirche, der evangelischen Kreuzkirche. Ehe er nach Dresden kam, hatte Ziemer die Theologische Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen der DDR geleitet. Sein Selbstverständnis war, dass Kirche da wirken müsse, wo die Probleme sind. Das prägte auch in Dresden seinen Arbeitsstil. Er wurde ab 1980 zum Kristallisationspunkt für die Friedens- und die Ökologiebewegung. So belebte er 1982 das Gedenken an die Zerstörung der Stadt am 13. Februar 1945 wieder. Jugendliche wollten in diesem Jahr einen Schweigemarsch zur Ruine der Frauenkirche organisieren und gerieten deshalb ins Visier der Staatssicherheit. Ziemer und Landesbischof Johannes Hempel schalteten sich als Vermittler ein und organisierten ein Friedensforum in der Kreuzkirche. Die Jugendlichen waren aus der Schusslinie und es konnte trotzdem ein friedliches Zeichen gegen Krieg und Zerstörung gesetzt werden. Das Friedensforum öffnete zugleich die Tür zu direkten Gesprächen zwischen dem Landesbischof und dem SED-Bezirkssekretär Hans Modrow. Zwar verliefen diese Staat-Kirche-Gespräche immer in engen Bahnen, aber sie waren eine Säule, auf die man im Herbst 1989 bauen konnte. Im Nachklang des Friedensforums gründete sich außerdem die Arbeitsgemeinschaft Frieden der Dresdner Kirchenbezirke, ein Netzwerk von Frie-

densgruppen, das ebenfalls bis 1989 Bestand hatte (Schmid 1998).

Neben der Friedensbewegung fand auch die Umweltbewegung ein kirchliches Dach. 1980 gründete sich der Ökologische Arbeitskreis der Dresdner Kirchenbezirke. Er bildete Arbeitsgruppen zu bestimmten Thematiken, die Umweltdaten sammelten, persönliche Handlungsalternativen zu ökologischem Verhalten erarbeiteten sowie Ausstellungen und Informationsveranstaltungen organisierten. Von 1983 an veranstaltete der Ökologische Arbeitskreis so genannte Offene Abende, in denen er die Ergebnisse seiner Arbeit der Öffentlichkeit vorstellte und sie diskutierte. 1985 fand erstmals auf Initiative der evangelischen Landessynode eine „Woche der Verantwortung für die Schöpfung“ statt, die in Dresden zur Tradition wurde. 1989 schließlich machte der Ökologische Arbeitskreis, der zu diesem Zeitpunkt eines der größten ökologischen Netzwerke der DDR war, weit über die Stadtgrenzen hinaus von sich reden. Er organisierte federführend den Protest gegen die Errichtung eines Reinstiliziumwerks in Dresden-Gittersee. Dieses Werk wurde zu Recht als Bedrohung für die gesamte Stadt erkannt. Denn bei einem Unfall oder einer Explosion hätte sich eine Giftwolke über den Dresdner Stadtkessel gelegt. Mit Bittandachten und Informationsblättern machte der Ökologische Arbeitskreis auf die Gefahren aufmerksam und mobilisierte die Dresdner Bevölkerung so, ihren Protesten Ausdruck zu verleihen. Am 5. November 1989 wurde letztlich der Baustopp verkündet, der mit einer großen Blumendemonstration gefeiert wurde (Jacobi 1999).

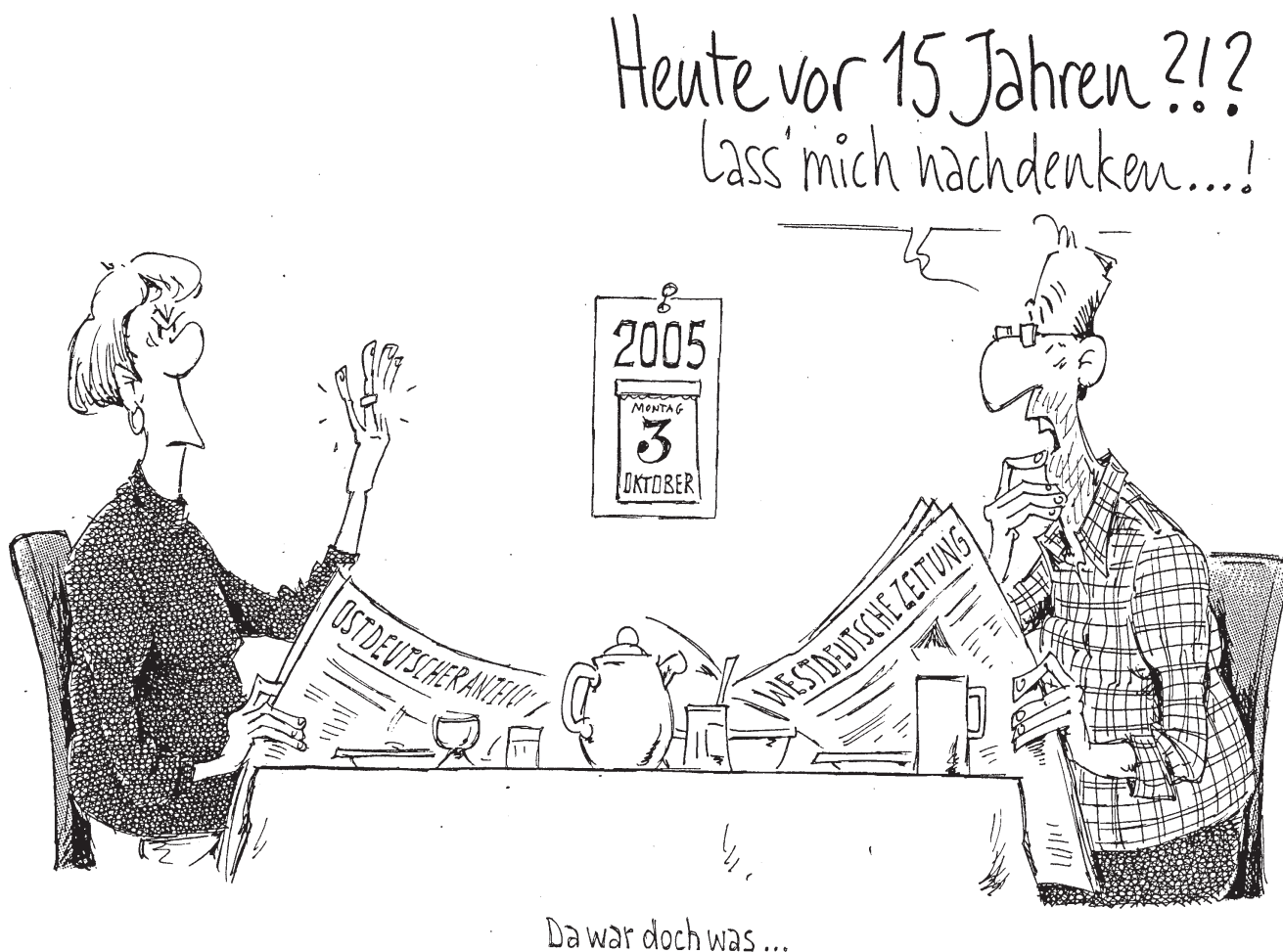
Christof Ziemer war aber nicht nur an der lokalen Vernetzung der kirchlichen Gruppen gelegen. Er war auch der Motor des konziliaren Prozesses in der DDR. So holte er die Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung nach Dresden. Hier trafen sich alle christlichen Kirchen der DDR sowie Vertreter kirchlicher Basisgruppen in einem Ple-

num, um die aktuellen Probleme weltweit, vor allem aber mit Fokus auf die DDR zu diskutieren. Im Mittelpunkt standen somit der Umweltschutz, Abrüstung, Gewaltlosigkeit im Umgang der Polizei, des Militärs und der Staatssicherheit mit den Bürgern, aber auch Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Reisefreiheit. Es ging aber auch um ganz konkrete Fragen wie die Haltung der Kirchen zum Schwangerschaftsabbruch in der DDR. Zu diesen Themenkomplexen wurden Arbeitsgruppen gebildet, die jeweils ein Positionspapier entwickelten. Sie fungierten gewissermaßen wie Ausschüsse. In den Arbeitsgruppen selbst wurde sehr offen diskutiert, wie dies bislang auf dieser Basis in der DDR nicht möglich war. Die Ergebnistexte wurden im Anschluss im Plenum diskutiert und dann veröffentlicht.

Die erste Sitzung im Februar 1988 fand in der Elbmetropole statt. Zur zweiten Sitzung im Oktober 1988 trafen sich die Delegierten in Magdeburg. Die abschließende Sitzung im April 1989

fand erneut in Dresden statt. Die Ergebnistexte, die im April 1989 teilweise nach sehr kontroversen Diskussionen verabschiedet wurden, wirkten deutlich in den Umbruch 1989/90 hinein. Bereits in der Grundlegung wurden die wesentlichen Probleme, wie das gespannte Verhältnis zwischen der durch die zentrale Planung bedingten Bürokratie und dem Drang der Bürger nach Eigeninitiativen und politischer Beteiligung, aufgezeigt. In den DDR-Medien wurde der Eindruck erzeugt, die DDR sei ein sicherer Staat, in dem es den Menschen wirtschaftlich gut gehe. Mit der Realität hatte dies jedoch nichts zu tun.

Ganz wesentlich war für die Delegierten die Option der Gewaltfreiheit. Sie lehnten Gewalt sowohl bei der Verteidigung des Landes nach außen als auch nach innen im Umgang mit der DDR-Opposition ab. Um den inneren und äußeren Frieden zu erhalten, bedürfe es der Offenheit, Information und Kommunikation, stellten die Delegierten fest (Ziemer 1995).



Eine wachsende Sensibilität und Politisierung der Bevölkerung wurde bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 ganz deutlich. Kommunalwahlen waren in der DDR ebenso wie die Volkskammerwahlen im Prinzip eine Farce, da es lediglich eine Einheitsliste gab, der man zustimmen konnte oder die man ungültig machen konnte. Gegenstimmen gab es nicht. Die Zustimmungsraten betrugen deshalb immer nahezu 100 Prozent. Die Auszählungen fanden in der Regel hinter verschlossenen Türen statt, da die Feststellung des Ergebnisses ohnehin nur Formsache war. Sie entsprach in der Regel der Zielvorgabe, die man schon vor der Wahl aus Berlin bekommen hatte. 1989 war das jedoch anders. Hier wurde die Auszählung der Stimmen erstmals durch Bürgerrechtler und kirchliche Gruppen in größerem Umfang überwacht. Auch in Dresden waren Bürger in rund 120 Stimmlokalen vertreten. Sie deckten eine Abweichung von rund zehn Prozent zum offiziellen Wahlergebnis auf und belegten damit Wahlfälschungen in nicht unerheblichem Umfang. Am 11. Mai 1989 legte Christof Ziemer in Absprache mit Bischof Hempel, der am gleichen Tag brieflich um ein Gespräch mit Modrow nachgesucht hatte, bei Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer Einspruch gegen das Wahlergebnis ein. Ziemer hatte die Informationen aus den Wahllokalen gesammelt, da die einzelnen Wahlbeobachter massiv von der Staatssicherheit ins Visier genommen wurden. Auf Initiative von Berghofer fand am 19. Juni ein Gespräch mit Ziemer statt. Dabei ging es nicht nur um die Kommunalwahlen, sondern auch um die oppositionellen Gruppen in der Stadt. Berghofer bat Ziemer, ihm einen Überblick über die Organisationen, ihre Ansprechpartner und ihre Ziele zusammenzustellen, damit er direkt mit den Gruppen ins Gespräch kommen könnte. Dies war innerhalb der Spielregeln zwischen Staat und Kirche eigentlich gar nicht vorgesehen. Doch die Dynamik des Herbstes 1989 überholte diesen Vorstoß des SED-Oberbürgermeisters (Schmid 1998).

3 Die erste Gründungswelle der Bürgerbewegung

Aus diesem kirchlichen Umfeld speiste sich die erste Gründungswelle der Bürgerbewegungen. Zu ihnen zählten DDR-weit das Neue Forum, die SDP, der Demokratische Aufbruch, die Initiative für Frieden und Menschenrechte und Demokratie jetzt. Die Initiative für Frieden und Menschenrechte konzentrierte sich dabei auf Berlin. Alle anderen Gruppen fanden Anhänger in den unterschiedlichsten Städten der DDR, auch in Dresden.

Die Bürgerbewegungen der ersten Gründungswelle einte der Konsens, die gewaltsamen Übergriffe gegen friedliche Demonstranten zu beenden und das Land zu verändern. Die wichtigste Gruppe war anfangs ohne Zweifel das Neue Forum. Es entsprach am ehesten dem klassischen Verständnis einer Bürgerbewegung. Das Neue Forum wollte eine basisdemokratische Plattform sein für alle, die Veränderungsvorschläge für die DDR hatten. Sein Aufruf, der ab Anfang September 1989 Verbreitung fand, hatte große Erwartungen geweckt. Dieser war bewusst offen formuliert und erreichte deshalb viele Menschen. Eine offizielle Plattform bekam das Neue Forum durch den Antrag der Mitglieder am 19. September 1989, eine offizielle Zulassung als Vereinigung in allen Bezirken der DDR zu erhalten.

Dem Gründungsauf Ruf „Aufbruch 89“ folgte ein offener Problemerkatalog, in dem die Umstrukturierung der Planwirtschaft unter ökologischen Gesichtspunkten, Freiheit in den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft und eine grundlegende Reform des Rechts- und Staatswesens einschließlich der Reisefreiheit diskutiert wurde. Am 1. Oktober 1989 verbreitete das Neue Forum einen Zirkularbrief, den die führenden Persönlichkeiten des Neuen Forums unterschrieben. Dazu zählten vornehmlich Berliner Bürgerrechtler wie Bärbel Bohley, Reinhard Schult, Jens Reich, Andreas Schönfelder, Sebastian Pflugbeil und Rolf Henrich. Sie stellten

ihren Willen, in der DDR zu bleiben und diese zu verändern, in den Vordergrund. Dabei gingen die Unterzeichner eindeutig von der Zweistaatlichkeit Deutschlands aus. Wiedervereinigung war für sie kein Thema, ebensowenig wie die Übernahme des bundesrepublikanischen Wirtschaftssystems. In welche Richtung sich die DDR verändern sollte, ließen die Unterzeichner jedoch offen. Das sollte das Produkt eines übergreifenden Diskussionsprozesses sein (Rein 1989).

Unter den Unterzeichnern des Gründungsaufrufs waren mit Catrin Ulbricht, Olaf Freund und Otmar Nickel auch drei Dresdner. Sie engagierten sich seit einigen Jahren im autonomen Spektrum. Auch sie lehnten die Übernahme des in ihren Augen untauglichen Systems der Bundesrepublik ab und waren fest in reformsozialistischen Vorstellungen verhaftet (Urich 2001).

Die SDP hingegen, bereits als Partei gegründet, legte großen Wert auf basisdemokratische Elemente im Parteaufbau. Es handelte sich also um eine Partei mit Bewegungsscharakter. Die Gründung als Partei war vor allem deshalb erfolgt, weil man eine Legitimation über Wahlen anstrebte. Die SDP definierte sich selbst als Alternative zur SED in einem Mehrparteiensystem und glaubte, die SED in Wahlen ablösen und die Regierung stellen zu können. Dabei überschätzten sich die Parteigründer, denn es gelang ihnen bis zum Frühjahr 1990 nicht, eine Volkspartei zu werden und breite Wählerschichten anzusprechen. Die Ursachen lagen zum einen in der spezifischen Zusammensetzung des Gründerkreises – in erster Linie Theologen und Intellektuelle. Sie sahen die SDP als eine eigenständige Partei, die nichts mit der SPD in der Bundesrepublik zu tun haben wollte. Deshalb benutzte sie auch nicht die Abkürzung SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands), sondern führte den Parteinamen SDP (Sozial-Demokratische Partei). Ziel des Gründerkreises von Schwante, zu dem auch das Dresdner Ehepaar Annemarie und Matthias Müller gehörten, war es, den Sozialismus zu reformieren und die DDR

umzugestalten, nicht aber, den Staat aufzugeben. Das kostete viel Akzeptanz bei denen, die wie der Altsozialdemokrat Gerhard Brenn in Dresden nahtlos an die gesamtdeutsche SPD des Jahres 1946 anzuknüpfen versuchte. Die Einstellung der Gründer von Schwante wurde aber auch von denjenigen nicht geteilt, die sich vor allem durch die Ostpolitik von Willy Brandt mit der westdeutschen Sozialdemokratie verbunden fühlten. Sowohl die Altsozialdemokraten als auch die Anhänger der Ostpolitik hatten die Einheit der Sozialdemokratie und die Einheit beider deutscher Staaten im Blick (Rein 1989, Urich 2001).

Der Demokratische Aufbruch nahm eine Position zwischen dem Neuen Forum und der SDP ein. Er wurde als Vereinigung und damit als klassische Bürgerbewegung gegründet. Doch der Wunsch der Anhänger nach festen Strukturen war so groß, dass sich Organisationsprinzipien wie in einer Partei durchsetzten. Man kann den Demokratischen Aufbruch also am ehesten als Bürgerbewegung mit Parteicharakter bezeichnen. Die Gründer des Demokratischen Aufbruchs kamen vor allem aus den kirchlichen Gruppen. In Dresden waren Johannes Pohl und Jürgen Bönninger die treibenden Kräfte. Beide orientierten sich von Anfang an am Vorbild westeuropäischer Demokratien. Die Frage der deutschen Einheit hielten sie zunächst noch offen (Rein 1989, Urich 2001).

Neues Forum, SDP und Demokratischer Aufbruch folgten bei ihrer Organisation ganz ähnlichen Mustern. In Berlin bildete sich ein zentraler Sprecherkreis beziehungsweise Vorstand. In den Bezirken gab es Kontaktleute, die dann Orts- oder Basisgruppen in den Städten bildeten. Parallel dazu entstanden thematische Arbeitsgruppen. Diese Basisgruppen sollten nach dem Selbstverständnis aller drei Organisationen die Basis für eine demokratisch von unten nach oben organisierte Bürgerbewegung sein. In der Praxis sah dies jedoch anders aus. Die Berliner Führungszirkel kümmerten sich relativ wenig um die Entwicklungen an der Basis. Es gab auch kaum di-

rekte Kontakte nach unten. Dies hatte Auswirkungen auf das Selbstverständnis der Basisgruppen in Dresden und anderswo. Die Dresdner Gruppen waren im Herbst 1989 der Überzeugung, über eine breite Massenbasis zu verfügen. Allerdings waren nur relativ wenige Leute bereit, auch aktiv am Aufbau fester Strukturen mitzuarbeiten. In Dresden gehörten pro Gruppe nicht mehr als 20 Leute zu diesem harten Kern. Da die Kommunikation zwischen der Basis und der Spitze nur in Ansätzen funktionierte, waren sich die Bürgerbewegungen ihrer eigenen Rekrutierungsprobleme nicht bewusst. Im Gegenteil: In ihrer subjektiven Wahrnehmung gingen sie davon aus, in einer breiten Bewegung zu arbeiten, die lediglich vor Ort gewisse Organisationsschwierigkeiten hat (Urich 2001).

4 Die Gruppe der 20 und das Dresdner Modell

Ganz anders strukturiert und legitimiert war hingegen die Gruppe der 20, eine Dresdner Besonderheit im Umbruch 1989. Sie entstand am Abend des 8. Oktober 1989 wie in Abschnitt eins geschildert aus einer Demonstration heraus. Ihre Mitglieder kamen aus dem Kreis der protestierenden Bürger. Und die ersten Forderungen lassen sie buchstäblich von der Straße auf. Die Gruppe der 20 verstand sich als Stellvertreter aller Dresdner im Gespräch mit dem Oberbürgermeister. Nicht jeder derjenigen, die sich spontan zur Mitarbeit bereit erklärt hatten, blieb wirklich dabei. Denn das Ministerium für Staatssicherheit nahm die 20 sofort ins Visier und setzte sie unter Druck. Die Mitglieder, die nach dem 8. Oktober dazu kamen, wurden über die Eine-Mark-Aktion legitimiert. Damit erhielten die Bürger in Dresden die Möglichkeit, der Gruppe per Überweisung von einer Mark auf ein Postscheckkonto ein Mandat zu erteilen. Innerhalb kürzester Zeit gingen auf diesem Konto, das einem der Mitglieder der Gruppe der 20 gehörte, 100 000 Mark ein. Jeder fünfte Dresdner

hatte somit die Gruppe der 20 legitimiert. Im Unterschied zu den anderen Gruppen der Bürgerbewegung erhob die Gruppe der 20 aber nur den Anspruch, Veränderungen für Dresden zu erreichen, während SDP, Demokratischer Aufbruch und Neues Forum natürlich die gesamte DDR verändern wollten.

Die Gruppe der 20 wurde durch die Ratshausgespräche mit Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer zum Wegbereiter des Dresdner Modells. Innerhalb der Gruppe der 20 wurde die Arbeit relativ schnell in Arbeitsgruppen organisiert. Am 26. Oktober 1989 beschloss das Kommunalparlament, diese Arbeitsgruppen paritätisch mit Mitgliedern des Stadtparlaments und der Verwaltung auf der einen Seite und mit Mitgliedern der Bürgerbewegungen sowie mit interessierten Bürgern und Experten zu besetzen. Insgesamt wurden 16 dieser zeitweiligen Arbeitsgruppen gebildet, die gewissermaßen die Funktion von Ausschüssen im Kommunalparlament übernahmen. Vertreter der Bürgerbewegung wurden in das Präsidium des Kommunalparlaments integriert. Die Bürgerbewegung erhielt außerdem die Möglichkeit, über einen Wirtschafts- und Finanzausschuss die Ausgabenpolitik der Stadt Dresden zu kontrollieren. Im Januar 1990 schließlich wurde eine Basisdemokratische Fraktion gebildet. Die 30 Sitze wurden unter allen zu diesem Zeitpunkt in Dresden aktiven Bürgerbewegungen verteilt. Sie waren damit direkt an den Entscheidungsprozessen beteiligt. Da sich die Mitglieder aber nicht als legitimiert durch demokratische Wahlen ansahen, verzichteten die Mitglieder der Basisdemokratischen Fraktion ganz bewusst auf ein Stimmrecht (Richter/Sobeslavsky 1999).

5 Die zweite Gründungswelle nach dem Mauerfall

Mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 änderten sich die Rahmenbedingungen für die Bürgerbewegung grundlegend. Nun beschränk-

ten sich die Forderungen der Demonstranten auf der Straße, die immer mehr wurden, nicht mehr nur auf Reformen in der DDR. Sie setzten zu Hunderttausenden in der gesamten DDR die deutsche Einheit auf die politische Agenda und erwarteten deren Umsetzung.

Dazu war die erste Generation der Bürgerbewegung aber nicht willens oder in der Lage. Bürgerbewegung und Volksbewegung fielen auseinander. Die Gründer verloren ihre Legitimation und ihre Massenbasis. Zugleich wurde auch offenbar, dass es innerhalb der Bürgerbewegung ganz unterschiedliche – ja gegensätzliche – Positionen gab. Im Herbst 1989 hatte der Wille zur Beendigung der gewaltsamen Übergriffe gegen die Demonstranten und die Ablehnung der unkontrollierten SED-Herrschaft die Akteure geeint. Dabei glaubten alle Beteiligten, sich in einem Prozess des allmählichen Systemwandels zu befinden. De facto erreichten sie mit ihrem Protest aber nicht die Veränderung, sondern den Zusammenbruch des Systems. Auf diesen waren jedoch große Teile der Bewegung nicht vorbereitet. Sie verfügten über keine Konzepte, wie nun Politik zu machen sei. Auch organisatorisch waren sie überfordert. Akteure der ersten Stunde zogen sich zum Teil enttäuscht zurück oder verstanden es nicht, sich auf die neuen Gegebenheiten einzustellen.

Die Gruppierungen in Dresden hingegen hatten einen personellen Umbruch erlebt. In der Gruppe der 20, der SDP, dem Neuen Forum und dem Demokratischen Aufbruch setzten sich jene Akteure durch, die erst während der Formierungsphase ab Mitte Oktober 1989 zu den Gruppen gestoßen waren. Sie hatten eine andere Motivation für ihr Engagement, denn sie waren ganz bewusst bereit, sich in einer Parteiendemokratie westdeutschen Zuschnitts zu engagieren und hier politische Verantwortung zu übernehmen. Deshalb setzten sie sich für die deutsche Einheit und den Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft ein. Ihre Ziele deckten sich wiederum mit der breiten Volksbewegung und

verschafften der zweiten Generation von Akteuren eine Legitimation, die die Gründergeneration verloren hatte.

Doch nicht nur innerhalb der bereits bestehenden Gruppen der Bürgerbewegung gab es einen Paradigmen- und Personenwechsel. In Reaktion auf den Mauerfall gab es auch eine zweite Gründungswelle, die von November 1989 bis Januar 1990 dauerte. Dazu zählten die Grüne Partei, die Grüne Liga, die DSU, die Forumpartei und die Vereinigte Linke. Grüne Bewegung und Vereinigte Linke versuchten, den Vereinigungsprozess aufzuhalten, was ihnen wenig Sympathie in der Bevölkerung und enttäuschend wenig Wählerstimmen einbrachte. DSU und Forumpartei hingegen forcierten die deutsche Einheit. Sie schnitten in Dresden und Sachsen deshalb überdurchschnittlich gut bei den Volkskammerwahlen ab. Im gesamtdeutschen Parteienggefüge fanden sie jedoch keinen Platz. Die Forumpartei ging in der FDP auf. Die DSU spielte bald nur noch als Lokalpartei eine Rolle.

Nicht zuletzt der Volkskammerwahlkampf brachte alle Bürgerbewegungen an einen Scheideweg. Mit der Entscheidung, Partei zu werden, entfernten sich sowohl der Demokratische Aufbruch als auch die SDP und die Forumpartei vom Charakter einer Bürgerbewegung. Als erstes orientierte sich die SDP neu, die mit ihrer Umbenennung in SPD am 13. Januar 1990 ganz klar die Nähe zur westdeutschen SPD suchte. Der Demokratische Aufbruch stellte die Weichen in Richtung CDU, wobei es in Dresden auch Kräfte gab, die gern mit dem Neuen Forum zusammengearbeitet hätten – gewissermaßen als parlamentarische Vertretung einer breit angelegten Bürgerplattform. Nachdem einigen Akteuren jedoch gute Plätze auf einer gemeinsamen Wahlliste versprochen worden waren, entschloss sich der Demokratische Aufbruch auch in Dresden, der Fusion mit der CDU zuzustimmen. Die ehemalige Blockpartei CDU versprach sich davon eine Stärkung ihres Reformflügels, zumal auch führende Mitglieder

der Gruppe der 20 und des Neuen Forums in Dresden bereits in die CDU eingetreten waren.

Das Neue Forum in Dresden zerrieb sich im Wahlkampf völlig. Nachdem die Zusammenarbeit mit dem Demokratischen Aufbruch gescheitert war, forcierten einige Mitglieder die Gründung der Forumspartei. Sie sollte die parlamentarische Vorhut des Neuen Forums werden, ähnlich wie dies ursprünglich mit dem Demokratischen Aufbruch gedacht war. Damit gingen die Dresdner auf Konfrontationskurs zur Spitze der Forumspartei, die ein Zusammengehen mit der FDP anstrebte und schließlich durchsetzte. Das trug der Dresdner Flügel nicht mit. Die Protagonisten aus Dresden traten nicht in die FDP, sondern in die CDU ein. Die wurde in Dresden und Sachsen nicht zuletzt deshalb zur bestimmenden politischen Kraft, weil sie führende Akteure der Bürgerbewegung aufgenommen hat (Urich 2001).

6 Gewonnen und doch verloren?

Zieht man also eine Bilanz der Bürgerbewegung, so wird zunächst einmal deutlich, dass es eine Vielzahl von Interessenlagen und Gruppierungen gab. Ganz grob lassen sich diese in zwei Lager einteilen: Auf der einen Seite stehen die Gruppen der ersten Gründungswelle mit Akteuren, die schon länger in der Bürgerbewegung aktiv waren, die eine reformierte DDR anstrebten. Auf der anderen Seite sind die Gruppen der zweiten Gründungswelle beziehungsweise die Akteure, die erst im Herbst 1989 selbst zur Bürgerbewegung stießen. Sie wollten die Deutsche Einheit und eine Übernahme des politischen und des wirtschaftlichen Systems der Bundesrepublik.

Die Gruppen der ersten Gründungswelle fühlen sich damit am ehesten als Verlierer des Umbruchs in der DDR. Ihre Utopien rückten vor dem Wiedervereinigungsprozess in den Hintergrund. Nur wenige engagierten sich deshalb dauerhaft in der Politik. Die meisten zogen sich wieder in kirchliche und soziale Initiativen

zurück, gründeten Vereine und organisierten auf diese Art und Weise ihre Interessen ähnlich wie zu DDR-Zeiten – dieses Mal allerdings auf legalen Wege.

Die Akteure, die mit dem Willen zum parlamentarischen Engagement in die Bürgerbewegung gegangen waren und sie entsprechend verändert hatten, ebneten dagegen den Weg in die Parteiendemokratie. Das Dresdner Modell mit den zeitweiligen Arbeitsgruppen und der Basisdemokratischen Fraktion hatte dabei als ein Katalysator gewirkt, denn die Mitglieder hatten gelernt, politisch zu denken und zu agieren. Zudem blieben der Stadt Dresden dadurch chaotische Zustände erspart, weil der Übergang von den alten zu den neuen Eliten reibungslos vollzogen werden konnte als anderswo, wo neue Kräfte erst nach Kommunalwahlen in die Gremien kamen (Timmer 2000). In Dresden und Sachsen war der Anteil jener, die über die Bürgerbewegung in politische Führungspositionen gelangten, relativ hoch (Urich 2001). Hier zeigt sich der eigentliche Erfolg der Bürgerbewegung: Es ist geglückt, einen grundlegenden Elitenwandel herbeizuführen. Dieser basiert dabei nicht nur auf dem Import von Entscheidungsträgern aus Westdeutschland, sondern es ist auch geglückt, unbelastete Eliten aus dem Umbruch 1989/90 zu rekrutieren und in die politische Verantwortung zu bringen. Bei einem Blick auf die Zusammensetzung der Landtage in Ostdeutschland zeigt sich, dass gerade diese Abgeordneten auch mehrfach wieder gewählt worden sind. Sie blieben meist zwei bis drei Wahlperioden im Parlament, während beispielsweise SED-Altkader meist nach einer Wahlperiode schon nicht mehr im Parlament vertreten waren (Edinger 2004).

Dieser Elitenwandel fand jedoch nicht nur in den Parlamenten statt, sondern auch auf der Ebene der Kommunen, der Vereine und Verbände. Zwei Beispiele aus Dresden seien hier genannt: Dr. Walter Siegemund und Frank Neubert sind zwei Akteure, die sich in der Gruppe der 20 und deren Umfeld engagiert haben. Sie

strukturierten ihr Berufsleben ab 1990 komplett neu, um die Stadt und das Land zu verändern. Walter Siegemund gründete zunächst mit einigen Mitstreitern den sächsischen Städte- und Gemeindetag. Dann wechselte er ins sächsische Kultusministerium, wo er heute als Bürgerreferent arbeitet. Frank Neubert wurde zunächst als Vertrauensperson Referent des neuen Oberbürgermeisters Dr. Herbert Wagner. Später baute er das Standesamt mit auf und wurde dessen Amtsleiter (Urich 2005).

Doch auch die Akteure, die durch den Umbruch in politische Verantwortung kamen und es damit zumindest beruflich „geschafft“ haben, ziehen heute – mehr als 15 Jahre nach der friedlichen Revolution – eine gesplante Bilanz (Urich 2005). So sieht beispielsweise Frank Richter, der die Gruppe der 20 seinerzeit als junger Kaplan begründet hat, eine gewisse Orientierungslosigkeit und einen Werteverlust in der ostdeutschen Gesellschaft. Dieser drückt sich für ihn in einer Art Trotz-Atheismus aus: Wenn man schon alles von der Bundesrepublik übernehmen muss, dann wenigstens nicht die Mitgliedschaft in der Kirche. Deshalb würden Rituale wie die Jugendweihe gepflegt, obwohl diese inzwischen völlig sinnentleert seien. Mit dem Werteverlust einher gehen massive soziale Ängste, vor allem die um den Verlust des Arbeitsplatzes. Denn diese wird schnell zur Existenzangst. Menschen, für die früher der Staat gesorgt hat, wenn sie sich systemkonform verhalten hatten, fühlen sich nun verlassen, stehen außerhalb der Gesellschaft, die sich aus ihrer Sicht vor allem über Geld, Wohlstand und beruflichen Erfolg definiert. Das treibt die Menschen zu den radikalen Parteien – ob sie nun rechts oder links vom demokratischen Parteiensystem stehen. Dem mit Zivilcourage zu begegnen, das ist die große Herausforderung für die neuen Eliten – ob sie nun aus der Bürgerbewegung kommen oder nicht. Denn sonst wird das demokratische System wieder in eine bedrohliche Schieflage geraten, die das Erbe der Bür-

gerbewegung in der DDR zunichte macht und den Kritikern des deutschen Einigungsprozesses Recht gibt.

Dr. Karin Urich, Jg. 1972, hat über die Bürgerbewegung in Dresden promoviert und arbeitet als Redakteurin beim „Mannheimer Morgen“.

Literatur

Bahr, Eckhard 1990: Sieben Tage im Oktober. Aufbruch in Dresden. Leipzig: Forum.

Edinger, Michael 2004: Alte Eliten in einer jungen Demokratie? Elitenzirkulation und Elitenreproduktion unter ostdeutschen Parlamentariern. In: Veen, Hans-Joachim (Hg.) 2004: Alte Eliten in jungen Demokratien? Köln: Böhlau, 61-92.

Richter, Michael/Sobeslavsky, Erich 1999: Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden. Köln: Böhlau.

Jacobi, Maria 1999: Das Grüne Kreuz. Ökologischer Arbeitskreis der Dresdner Kirchenbezirke 1980 bis 1993. Dresden: Selbstverlag Ökumenisches Informationszentrum.

Rein, Gerhard 1989: Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus. Berlin: Wichern.

Timmer, Karsten 2000: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.

Urich, Karin 2001: Die Bürgerbewegung in Dresden 1989/90. Köln: Böhlau.

Urich, Karin 2005: Das Herz in der Hand. Drei Protagonisten der Dresdner Bürgerbewegung ziehen 15 Jahre nach der Wiedervereinigung Bilanz. Mannheimer Morgen vom 15. Juni 2005.

Ziemer, Christof 1995: Der konziliare Prozess in den Farben der DDR. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VI,2. Frankfurt: Suhrkamp, 1430-1634.

Matthias Heyck

Erfolgreicher durch Qualifikation? Das Beispiel Zukunftspiloten

1 Einleitung

Ein professioneller und kompetenter Auftritt in der Öffentlichkeit sowie eine schnelle Reaktion auf relevante Ereignisse und Entscheidungen werden für den Erfolg der Umweltschutzbewegung immer bedeutender. Daneben verändert sich auch die Arbeitsweise der Umweltschutzbewegung hin zu einer zunehmenden Projektorientierung. Managementfähigkeiten werden stärker als bisher gefragt sein.

Die von Jänicke konstatierte zivilgesellschaftliche Korrekturfunktion der Umweltschutzbewegung in der Umweltpolitik ist ohne eine ausreichende fachliche Kompetenz nicht vorstellbar (Jänicke et al. 1999: 86). Bildung, Fortbildung und Weiterqualifikation werden also in Zukunft immer wichtiger für die Umweltschutzbewegung, um kampagnenfähig und erfolgreich zu sein.

Das Qualifikationsprogramm Zukunftspiloten reagiert auf diesen Bedarf. Im Folgenden wird das Programm zunächst vorgestellt, um danach zu analysieren, welche Wirkungen auf Umweltschutzbewegung und -organisationen von diesem Programm ausgehen, welchen Nutzen die Teilnehmer aus diesem Programm in ihrer praktischen Arbeit ziehen und ob Umweltgruppen durch dieses Programm tatsächlich erfolgreicher werden.

Die Materialgrundlagen dieses Aufsatzes sind neben der angegebenen Literatur vor allem Dokumentationen und der Internetauftritt der Zukunftspiloten sowie ausführliche Gespräche mit dem Koordinator der Zukunftspiloten.

2 Eine kurze Vorstellung

Das Programm „Zukunftspiloten“ ist vor allem für junge Menschen zwischen 21 und 27 Jah-

ren konzipiert. Es soll die Teilnehmenden qualifizieren, „sich kritisch mit gesellschaftlichen Verhältnissen auseinander zu setzen und die eigenen Kompetenzen für ein erfolgreiches und dauerhaftes Engagement in der Umweltschutzbewegung weiterzuentwickeln“ (Zukunftspiloten 2005). Der Kurs wird getragen von der Bewegungsakademie und dem Deutschen Naturschutzring. Die Teilnehmenden des Kurses durchlaufen ein Bewerbungs- und Auswahlverfahren. Hierbei steht die Bereitschaft für ein dauerhaftes und verantwortliches Engagement in der Umweltschutzbewegung als Auswahlkriterium an oberster Stelle. Ferner muss die Teilnehmermischung stimmen, um einen arbeitsfähigen Kurs zusammenzustellen, das heißt, eine bestimmte Homogenität der Gruppe sowie bestimmte Vorkenntnisse müssen vorhanden sein. Von den zwischen 20 bis 40 Bewerbern werden höchstens 16 Teilnehmer angenommen, bei sehr großem Bewerberandrang werden auch zwei Parallelkurse angeboten.

Weibliche Teilnehmer befinden sich in einer deutlichen Überzahl gegenüber den männlichen: von 2001 bis 2003 nahmen 37 Teilnehmerinnen und 23 Teilnehmer am Kurs teil (Deutsche Bundesstiftung Umwelt/Deutscher Naturschutzring 2004: 7). Der überwiegende Teil der Teilnehmer am Kurs sind Studenten, das heißt, sie absolvieren den Kurs parallel zu ihrem Studium. Von 2001 bis 2003 befanden sich 26 der Teilnehmer im Grundstudium, 24 im Hauptstudium, lediglich drei konnten bereits auf ein absolviertes Studium zurückblicken, drei absolvierten ein Freiwilliges ökologisches Jahr, vier waren anderweitig beschäftigt (Deutsche Bundesstiftung Umwelt/Deutscher Naturschutzring 2004: 7).

Die Arbeitsformen des Kurses Zukunftspiloten sind hauptsächlich Seminare, das Sammeln praktischer Erfahrungen, Projektarbeit sowie das Selbststudium und Gruppenarbeit, zum Beispiel mit Hilfe von Studienbriefen.¹ Die Seminare finden an verlängerten Wochenenden statt. Themen sind beispielsweise die Einordnung der Umweltschutzbewegung in den gesellschaftlichen Kontext, aber vor allem methodische Fragen wie die Kampagnenplanung, Marketing und Fundraising, Pressearbeit, Überzeugen und Verhandeln, Zeit-, Selbst- und Projektmanagement, Konfliktbewältigung sowie die Organisationsentwicklung. Den Abschluss bildet ein dreimonatiges Praxisprojekt, das meist in einer nationalen oder internationalen Umweltschutzorganisation durchgeführt wird. Unter den Praxisprojekten finden sich zum Beispiel die Organisation der attac Sommerakademie, die Durchführung eines Projekts zum Gendermainstreaming im Bundesumweltministerium, eine Kampagnenplanung zum Projekt „Wildkatze“ des Bund Naturschutz, ein Rechercheprojekt zur Umweltsituation in den ost- und mitteleuropäischen Ländern beim Deutschen Institut für Urbanistik, die Entwicklung eines Programms zur Umweltkommunikation an der Universität Oldenburg sowie die Unterstützung der Redaktion der Zeitschrift Politische Ökologie.

Zwischen den Seminarwochenenden steht die Projektarbeit im Vordergrund. Hierbei werden von den Teilnehmern aktuelle umweltpolitische Themen und Debatten bearbeitet. Diese Arbeit findet weitgehend virtuell, das heißt über Internet sowie Telefon statt und wird von Tutores begleitet. Ferner gibt es Studienbriefe zur Hilfestellung sowie ein PartnerInnen-Unterstützungsmodell, das heißt, jeweils zwei Teilnehmer des Kurses tauschen sich ebenfalls zwischen den Seminaren elektronisch und telefonisch aus. Die Studienbriefe sind hauptsächlich aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive von einschlägigen Experten verfasst und behandeln vielfältige Themen wie zum Beispiel

die Europäische Umweltpolitik, internationale Biodiversitätspolitik, Umweltfolgenprüfung sowie Fragen der Akzeptanz und Grenzen dialogischer Verfahren. Auch nach Beendigung des Kurses sollen die Teilnehmer in Kontakt bleiben. So ist beispielsweise jedes Jahr ein Treffen vorgesehen.

Für die Teilnahme am Kurs „Zukunftspiloten“ ist die Entrichtung einer Teilnahmegebühr von 900,- Euro erforderlich. Diese recht hohe Gebühr kann auch in Raten bezahlt werden. Idee seitens der Zukunftspiloten ist die Übernahme dieser Teilnahmegebühren seitens der Umweltschutzorganisation, in denen der Teilnehmer Mitglied ist. Ferner unterstützt die Kursleitung die Teilnehmer bei der Akquise von Stipendien.

Anlass für die Gründung des Kurses Zukunftspiloten war eine negative Wahrnehmung der Umweltschutzbewegung aus der Sicht junger Menschen. Die Umweltschutzbewegung wirkt für Jugendliche wenig attraktiv, vor allem aufgrund der Überalterung der Aktiven. Zum anderen gibt es mit den Kaospiloten in Dänemark ein Vorbild.

Neben den für die professionelle Arbeit in der Umweltschutzbewegung fit gemachten Teilnehmern gibt es mit „Impulse“ einen Informationsbrief, der auch für die Öffentlichkeit bestimmt ist. Die Studienbriefe können gegen einen Unkostenbeitrag bestellt werden. Ferner wurde ein Kongress zur Zukunft und für neue Ansätze des umweltpolitischen Engagements organisiert.

3 Bewertung des Programms

Im Folgenden wird das Programm Zukunftspiloten hinsichtlich seiner Zielgruppenorientierung sowie der Wirkungen für die Teilnehmer und die Umweltschutzbewegung bewertet.

Umweltschutzbewegung wird hier als Teil neuer sozialer Bewegungen verstanden (Brand 1998: 33). Daher ist es sinnvoll, zur Bewertung

sich der vorherrschenden Bewegungsparadigmen zu bedienen (Hellmann 1999).

3.1 Zielgruppe

Der Collective Identity-Ansatz betont die Identität der Mitglieder als einen wichtigen Faktor für das Erreichen und die Beibehaltung der Handlungsfähigkeit einer Bewegung (Hellmann 1999: 100). Zusatzqualifikationen können helfen, die Identität der Bewegungsmitglieder zu stärken und damit die Engagementbasis der Umweltschutzbewegung zu stabilisieren und zu verfestigen. Voraussetzung hierbei ist jedoch, dass die erworbenen Zusatzqualifikationen auch angewandt werden.

Es ist zu vermuten, dass die von verschiedenen Autoren konstatierte Mittelschichtslastigkeit sozialer Bewegungen (vgl. beispielhaft Schumacher 2003: 36) durch solche Qualifikationsmaßnahmen noch weiter verschärft wird. Diese Annahme wird vor allem durch den stark wissenschaftlichen Charakter der Schulungsmaterialien untermauert: Zum Beispiel wird in der regelmäßig erscheinenden Informationsreihe „Impulse“ anhand der sozialwissenschaftlichen Umweltbewusstseinsforschung versucht, Kommunikationsstrategien für die Umweltschutzarbeit abzuleiten (Zukunftspiloten 2003).

Die vermittelten Inhalte weisen – wie noch zu zeigen sein wird – auf eine starke Ansprache von Mitgliedern in Umweltorganisationen mit einem hohen Institutionalisierungsgrad hin. Aber gerade lokale sowie regionale Umweltinitiativen und -bewegungen leben von der Vielfalt der Engagierten und ihrer Aktionsformen, zum Beispiel sind Arbeiter eher im praktischen Naturschutz tätig (Schumacher 2003: 80).

„Blutige Anfänger“ in der Umweltschutzbewegung werden mit dem Programm „Zukunftspiloten“ kaum angesprochen. Die Mobilisierung neuer Mitglieder für die Umweltschutzbewegung ist nicht das Ziel des Programms. Zielgruppe sind schon relativ fest in der Umweltschutzbewegung

verankerte Personen. Bewegungsparadigmatisch lässt sich die Fortbildung neuer Engagierter als Ressourcenmobilisierung einordnen. Der Ressourcenmobilisierungsansatz sieht das Entstehen sozialer Bewegungen in der Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen (Take 2002: 96). Es wird nach dem „Kippschalter“ gefragt, durch dessen „Umlegen“ Unzufriedenheit und Krise in Protest umschlägt (Hellmann 1999: 103). Dieser ist in der ressourcenbasierten Mobilisierung der bestehende Unzufriedenheit zu finden. Ressourcenmobilisierung muss auch als aktiver Prozess verstanden werden, das heißt die Bewegung selber kann ihre Handlungsmöglichkeiten durch Ausbau ihrer Ressourcen erweitern (Roose 2003: 46). Die Strategie, die mit dem Kurs Zukunftspiloten verfolgt wird, liegt nicht in der Schulung von Engagementwilligen, sondern in der Ressourcenstärkung von bereits Engagierten und damit in der Ressourcenstärkung der Bewegung.

Die recht hohe Teilnehmergebühr stellt eine hohe Hürde dar, da die Akquisition bei den Organisationen nicht funktioniert. Die Ursache hierfür ist unter anderem, dass die Teilnehmer bei ihren Mitgliedsorganisationen nicht nach einer finanziellen Förderung nachfragen. Auch die Organisatoren des Kurses Zukunftspiloten sind mit dem jetzigen Zustand unzufrieden. Sie versuchen noch stärker Kooperationen mit Stiftungen einzugehen, um eine Art Stipendienprogramm aufzubauen.

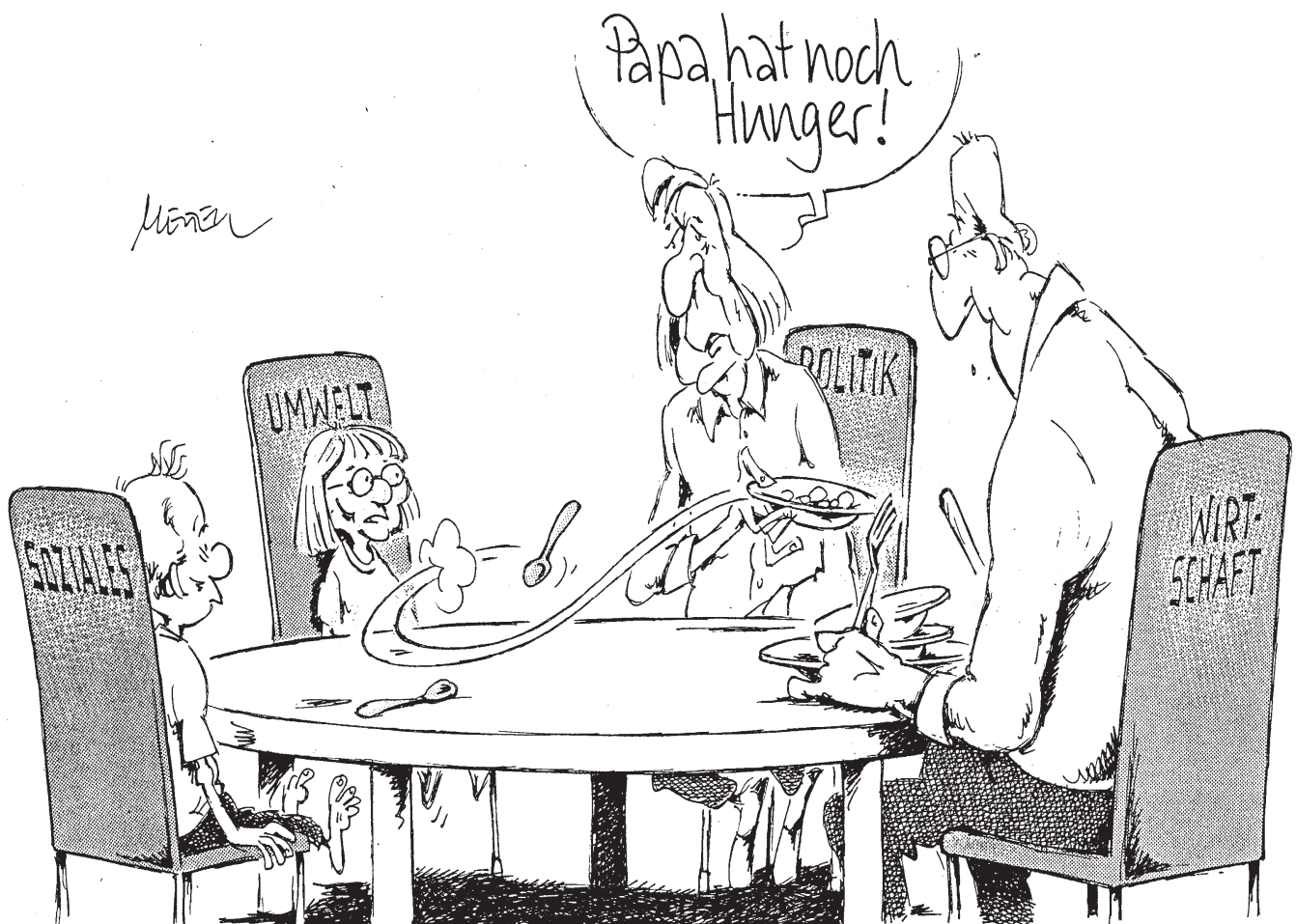
3.2 Ziele und Mittel

Das Hauptziel des Programms lässt sich als Professionalisierung interpretieren. Mittel hierfür ist vor allem der Erwerb von Metaqualifikationen wie zum Beispiel Methodenkenntnisse. Die Ziele und Mittel des Programms korrespondieren weitgehend mit der hauptsächlichen Zielgruppe, nämlich Engagierte in der Projektarbeit von Umweltschutzorganisationen. Zum Beispiel sind starke Fundraising-Aktivitäten wie das Erb-

schaftsmarketing (Zukunftspiloten 2003a) nur für große Organisationen (zum Beispiel BUND oder NABU) interessant. Auch methodisch anspruchsvolle Konzepte für die Durchführung von Workshops und Veranstaltungen sind lediglich für größere Organisationen geeignet. Allerdings sind für Aktive in „kleineren“ lokalen und regionalen Kontexten die Schulungsmaterialien für Pressearbeit (insbesondere das dazugehörige Impulse-Heft), Rhetorik und Verhandlungsführung sowie Konfliktmanagement sehr gut zu gebrauchen. Gerade die letzteren Qualifikationselemente können für eine Ressourcenmobilisierung und einen Ausbau bei den Ressourcen der Engagierten sorgen. Gleichzeitig dienen sie auch dem ‚Framing‘ von Themen, indem diese erfolgreich in der Öffentlichkeit skandalisiert werden können (Roose 2003: 47).

Neben den inhaltlichen Zielen ist der Aspekt der Persönlichkeitsentwicklung ein wichtiger, wenn nicht sogar der wichtigere Aspekt im Programm Zukunftspiloten. Hieraus ergibt sich die Konzentration auf die Altersgruppe von 21 bis 27 Jahren. Das Programm will Orientierung in dieser Lebensphase bieten.

Neidhardt betont in seiner Definition sozialer Bewegungen den Netzwerkcharakter und definiert soziale Bewegungen als „mobilisierende Netzwerke von Netzwerken“ (Neidhardt 1994: 13). Das Programm Zukunftspiloten kann als ein mobilisierendes Netzwerk für engagierte Jugendliche innerhalb des Netzwerks Umweltschutzbewegung interpretiert werden, das durch die Vermittlung von Qualifikationen für ein langfristiges Engagement mobilisiert (Deutsche Bundesstiftung Umwelt/Deutscher Naturschutzring 2004: 9). Durch das Initiieren von Debat-



ten für eine bessere Förderung des ehrenamtlichen Umweltengagements wird auch Einfluss auf die Umweltschutzbewegung selbst ausgeübt.

Das Finden einer Berufsperspektive war jedoch nicht von vornherein Ziel des Programms, hier fand eine Veränderung statt: Zunächst stand die Förderung des ehrenamtlichen Engagements im Fokus. Mittlerweile hat der Kurs eine hohe Bedeutung für die Berufsperspektive der Teilnehmer erhalten. Diese Veränderung zu bewerten fällt schwer: Zum einen spiegelt die Berufsorientierung den Wandel der Umweltschuttbewegung wider, die sich (zumindest in Teilen) stärker institutionalisiert hat (Brand et al. 1984) und daher zunehmend Hauptamtliche und Projektmitarbeiter beschäftigt. Zum anderen steigt die Relevanz einer Berufsperspektive mit zunehmendem Alter und Studienfortgang. Die derzeit schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt trägt vermutlich ebenfalls zu einer Orientierung auf eine professionelle Karriere in Umweltschutzorganisationen bei.

Auch soll der Kurs den Nachwuchsproblemen von Umweltschutzorganisationen entgegenreten. Junge Menschen für ein Engagement in der Umweltschutzbewegung zu motivieren, ist angesichts des gravierenden Nachwuchsmangels der Umweltschutzbewegung (Heyck 2005: 233) und dem geringen Umweltbewusstsein bei der Alterskohorte der 18- bis 24jährigen (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 2004: 9) ein sicherlich wichtiges Ziel. Allerdings wird bei den Teilnehmern der Zukunftspiloten kaum mehr eine Bewusstseinsschärfung erforderlich sein, sondern ihnen kommt eine Multiplikatorenrolle in der Umweltschutzbewegung zu. Hierfür soll ihnen durch die Zukunftspiloten das entsprechende Rüstzeug an die Hand gegeben werden.

Ein Ziel des Programms ist es also, eine Verbindung zwischen Engagement und eigener Verwirklichung zu finden. Daher wird auf die Vernetzung der Teilnehmer nach Beendigung

des Kurses Wert gelegt. Insbesondere soll die eigene Verwirklichung durch den Austausch von Job- und Praktika-Angeboten gefördert werden. Die persönliche Verwirklichung spiegelt sich auch im Inhalt des Programms der Zukunftspiloten wider. Die Erwartungen der Teilnehmer sind ebenfalls sehr deutlich in diesem Bereich zu sehen. Es werden ferner wissenschaftliche Kompetenzen wie zum Beispiel die Erstellung und Bearbeitung von Forschungsprojekten vermittelt. Die erlernten Skills werden im Kurs und durch Praxiselemente anwendbar und erfahrbar gemacht.

3.3 Wirkungen

Im Folgenden soll die vermutlich am schwierigsten zu beantwortende Frage erörtert werden, nämlich nach den Wirkungen des Qualifikationsprogramms für die Teilnehmer persönlich und für die Umweltschutzbewegung. Lässt sich eine Erfolgssteigerung feststellen? Diese Frage ist insofern schwierig zu beantworten, als Erfolg schwer messbar ist. Es wäre auch vermessen zu erwarten, dass durch den Kurs Zukunftspiloten in der Bundesrepublik Deutschland ein Sofortausstieg aus der Atomkraft oder ein wirksameres Klimaschutzprogramm verabschiedet würde. Ein wichtiges Kriterium für die Bewertung von Erfolg ist daher die eigene Ziel-Definition und der eigene Anspruch der Akteure.

3.3.1 Wirkungen auf die Teilnehmer

Der Transfer der vermittelten Kenntnisse in die persönliche Praxis scheint zu funktionieren. Nach Absolvierung des Kurses Zukunftspiloten engagieren sich viele Teilnehmer beruflich stärker im Umweltschutz und richten ihr Studium neu aus, zum Beispiel durch Verfassen einer umweltrelevanten Diplomarbeit. Neue Wirkungskreise in der Umweltschutzbewegung, aber auch bei Attac werden erschlossen (Deut-

sche Bundesstiftung Umwelt/Deutscher Naturschutzring 2004: 30). Initiativen werden neu angestoßen. Zum Beispiel sind viele Zukunftspiloten im Arbeitskreis „Internationales“ des BUND engagiert. In der ehrenamtlichen Arbeit lassen sich positive Effekte insbesondere hinsichtlich eines zielorientierteren Arbeitens und in der Strategieentwicklung ablesen. Die Zukunftspiloten wirken als Multiplikatoren in der Umweltschutzbewegung; „sie tragen methodisches, fachliches und strategisches Wissen in ihre Zusammenhänge, initiieren Diskussionen und tragen so zu einer Stärkung der Umweltschutzbewegung bei“ (Deutsche Bundesstiftung Umwelt/Deutscher Naturschutzring 2004: 30).

3.3.2 Wirkungen auf die Umweltschutzbewegung

Die Wirkungen der Zukunftspiloten lassen sich bewegungsparadigmatisch vor allem mit Hilfe des Political Opportunity Structure-Ansatzes einordnen. Dieser Ansatz fragt nach Umweltbedingungen, denen soziale Bewegungen ausgesetzt sind (Hellmann 1999: 104) und dem Öffnen und Schließen von Handlungsfenstern, die Bewegungen für ihre Ziele nutzen können.

Das Skandalisieren neuer Umweltprobleme wie Mobilfunk (Heyck 2005: 230) oder das Ausnutzen von EU-Richtlinien und -gesetzen (Knill 2003) können als Beispiele für das Nutzen von Handlungsfenstern angeführt werden. Die Zukunftspiloten helfen den Teilnehmern, solche Handlungsfenster besser zu erkennen und durch eine entsprechende Kampagnenarbeit kompetent zu nutzen.

3.3.3 Problematische Wirkungen?

Es finden sich jedoch auch eine Reihe von Wirkungen des Programms Zukunftspiloten, die für die Umweltschutzbewegung problematisch werden können, wie zum Beispiel die Verbindung zwischen eigener Verwirklichung und eh-

renamtlichem Engagement: Unter Umständen kann die implizite Karrierefunktion, die mit dem Kurs befördert wird, das ehrenamtliche Engagement schädigen. Eine Einstellung, die ehrenamtliches Engagement zu einer bezahlten Berufstätigkeit macht, könnte sich bei den Teilnehmern durchsetzen (Schumacher 2003: 171).

Ein anderer möglicherweise problematischer Aspekt sind die im Kurs vermittelten Inhalte, die die zunehmende Projektorientierung und Fundraising-Aktivitäten in der Umweltschutzbewegung befördern. Hier ist ein grundlegender Wandel in der Umweltschutzbewegung zu verzeichnen, der im Kurs „Zukunftspiloten“ aufgegriffen wird: Neben der – wie schon erwähnt – seit Längerem konstatierten Institutionalisierung zumindest von Teilen der Umweltschutzbewegung (Brand et al. 1984) lässt sich eine Abkehr von der Protestrolle hin zu einer Einbindung der Umweltschutzbewegung in deliberative und juristische Verfahren und eine stärkere Projektorientierung beobachten.

Sehr plastisch ist dies bei Konflikten um Großprojekte zu beobachten. Zum Beispiel war die Auseinandersetzung um die Startbahn West mit handfesten Protesten und Konflikten besetzt, heute findet die Auseinandersetzung um einen erneuten Ausbau des Frankfurter Flughafens in der Form von Mediationsverfahren und juristisch geprägten Debatten in Erörterungsterminen statt (Sack 2001; Geis 2005).

Umstritten ist die Frage nach dem Erfolg einer deliberativen Strategie und einer zunehmenden Projektorientierung. Heyck zeigt am Fallbeispiel einer ostdeutschen Region auf, dass durch die Einbindung in Verfahrensakte und durch die Verwaltung von Projektmitteln und – stellen die eigentliche politische Arbeit auf der Strecke bleibt, und die Umweltschutzbewegung ein nur noch sehr geringes Echo in der Öffentlichkeit findet (Heyck 2005). Bergstedt et al. sehen die Abhängigkeit der Umweltschutzbewegung von staatlichen Mitteln und eine Konkurrenzsituation bei der Mittelvergabe als

Schwächung der Umweltschutzbewegung an (Bergstedt et al. 1999). Es bleiben also berechnete Zweifel, ob deliberative Verfahren, Fundraising und Projektorientierung in der Umweltschutzbewegung zu mehr Erfolg führen.

Daher ist es wichtig, dass die vermittelten Methoden im Kurs Zukunftspiloten kritisch reflektiert werden. Auf der anderen Seite muss gesehen werden, dass Projekt- und Kampagnenorientierung und die damit verbundene Überschaubarkeit des Engagements ein wichtiges Element in der Jugendumweltarbeit sind. Gerade die zeitliche Überschaubarkeit ist für Jugendliche wichtig, da es aufgrund der Lebensumstände (zum Beispiel Wechsel von Studium zu Beruf oder Schule zu Studium) Brüche im Engagement gibt (Fischer 2002: 167). Zum anderen werden Projekte auch als Ausweichstrategie benutzt, um sich von für sie unattraktiven etablierten Umweltschutzverbänden fernzuhalten bzw. eine Nische in ihnen zu finden. Fischer definiert Projekte im Bereich der Jugendumweltarbeit als klar strukturiertes, zeitlich und thematisch begrenztes Vorhaben (Fischer 2002: 225). Projekte können also unterschiedliche Wirkungen haben, nämlich zum einen – gerade bei Jugendlichen – für eine bessere Identifikation mit dem Thema Umwelt- und Naturschutz sorgen, aber auch demobilisierend sein und nur noch für das eigene Refugium sorgen (Heyck 2005: 236). Zu erwarten ist, dass eine zunehmende Aktivität von Jugendlichen in Umweltschutzorganisationen mit einer offensiveren Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel in Form von unkonventionelleren Aktionen, verbunden ist. Die besonderen Aktionsformen im Jugendumweltengagement lassen sich mit einer stärkeren emotionalen Bindung an das Thema Umweltschutz erklären (Fischer 2002: 14).

Im Kurs Zukunftspiloten findet allerdings kaum eine Vorbereitung auf konkrete Konflikte um Planungsvorhaben im lokalen und regionalen Kontext wie zum Beispiel der Planung von Umgehungsstraßen statt. Handlungsfenster, die

das Planungsrecht bietet, bleiben unter Umständen ungenutzt. Die angesprochenen lokalen und regionalen Umweltinitiativen sind häufig von konkreten Projekten betroffen, die neben einer Qualifikation in Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auch Kenntnisse inhaltlicher Art, wie zum Beispiel im Planungs- und Naturschutzrecht, benötigen. In einem Studienbrief der Zukunftspiloten werden zwar die naturschutzrelevanten Planungsverfahren behandelt, stehen aber nicht im Mittelpunkt des Kurses.

4 Fazit

Der Kurs Zukunftspiloten ist ein für junge, bereits in der Umweltschutzbewegung engagierte Menschen konzipiertes Qualifikationsangebot. Der Kurs ist für Neueinsteiger in der Umweltschutzbewegung und für Aktive aus lokalen und regionalen Initiativen der Umweltschutzbewegung nur sehr bedingt geeignet.

Engagement kann durch den Kurs verstärkt und verstetigt werden. Das Anstoßen von Engagement funktioniert allenfalls über die Multiplikatorenfunktion der Zukunftspiloten. Für die Absolventen des Kurses existieren gute Voraussetzungen für eine Karriere in einer Umweltschutzorganisation oder in verwandten Bereichen. Neben der Stärkung des Engagements kommt der Persönlichkeitsentwicklung eine wichtige, vielleicht sogar die wichtigste Rolle bei den Zukunftspiloten zu.

Die Haupttrennlinie in Umweltschutzorganisationen verläuft zwischen Jugendlichen und Erwachsenen. Für beide Phasen im Umweltschutzengagement gibt es unterschiedlich sinnvolle Arbeitsformen. Zum Beispiel sind Projekte in der Jugendumweltarbeit sinnvoll, während in der Erwachsenenphase die Gefahr besteht, dass diese zu einer Selbstbeschäftigung ohne nennenswerte Öffentlichkeitsimpulse verkommen. Jugendspezifische Aktionsformen (Heyck 2005: 148) können der etablierten Umweltschutzbewegung bei der Schärfung ihres Pro-

fils und der Erhöhung der Öffentlichkeitswirkung durchaus helfen. Ein wichtiger Verdienst der Zukunftspiloten ist es, neben der Weiterqualifikation von jungen Menschen auf die Probleme des Jugendengagements hinzuweisen und somit eine Debatte in der Umweltschutzbewegung zu initiieren.

5 Ausblick

5.1 Notwendigkeit von Bildung

Die Veränderungen in der Umweltschutzbewegung sind im Vorhergehenden angesprochen worden. Die Notwendigkeit von Bildung und Fortbildung ist deutlich. Hier liegt es vor allem an den Umweltschutzorganisationen selbst, strukturierte Programme aufzubauen bzw. Vorhandenes zu intensivieren, zumal schon jetzt die Mehrzahl der Fortbildungen zu Umweltthemen von Umweltschutzverbänden, -initiativen sowie Umwelt- und Naturschutzzentren durchgeführt werden (Giesel et al. 2002: 85). Der Kurs Zukunftspiloten sticht aufgrund seiner Vermittlung von Methoden aus den anderen Fortbildungsangeboten heraus, da diese sich weniger um Methodenvermittlung kümmern (Giesel et al. 2002: 97). Auch aus Sicht der Zukunftspiloten ist Fortbildung unerlässlich, um zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken.

Um den wichtigen Bereich der Fortbildung in der Umweltschutzbewegung zu stärken, erscheint es sinnvoll, den Bedarf – vor allem von lokalen und regionalen Umweltinitiativen – besser im Blick zu behalten und auch noch näher zu erforschen. Allerdings stößt die Entwicklung von Fortbildungsprogrammen für lokale und regionale Umweltschutzinitiativen auf Schwierigkeiten, da es sich hierbei häufig um one-issue-Initiativen handelt, die sehr unterschiedliche Umweltprobleme behandeln, deren Aktionsformen vom Konfliktgegenstand abhängig sind (Heyck 2005: 232) und die damit einen sehr spezifischen Fortbildungsbedarf haben.

5.2 Strategiediskussion

Auf einige kritische Punkte in der Entwicklung der Umweltschutzbewegung, die durch den Kurs Zukunftspiloten gegebenenfalls verstärkt werden, habe ich ebenfalls hingewiesen. Daher besteht in der Umweltschutzbewegung in zweierlei Hinsicht Diskussionsbedarf: Zum einen muss die Diskussion über die weitgehende Aufgabe der Protestrolle und der Hinwendung zu deliberativ-juristischen Verfahren geführt werden, für deren Erfolgswirkung es zumindest berechtigte Zweifel gibt. Hier knüpft die Frage an, wie weit die Umweltschutzbewegung selbst Forschung initiieren muss, um in deliberativen Prozessen als Akteur auftreten zu können. Der andere Aspekt betrifft die Professionalisierung der Umweltschutzbewegung und die Gefahr, dass sich vormals ehrenamtlich Engagierte auf hauptamtliche Mitarbeiter verlassen und ihr Engagement reduzieren oder gar einstellen. Eine genaue Beschreibung der Arbeitsteilung zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen ist daher erforderlich. Dies muss auch zum Thema von Umweltbildung gemacht werden.

Matthias Heyck, Dr. phil. M.A., geb. 1973, ist Politikwissenschaftler und schon lange in der Umweltschutzbewegung aktiv. Er lebt in Söhrewald bei Kassel. Seine Mailadresse lautet: mheyck@web.de

Anmerkung

¹Vgl. zu den folgenden Informationen jeweils: Deutsche Bundesstiftung Umwelt/Deutscher Naturschutzring 2004.

Literatur

Bergstedt, Jörg/Hartje, Jörn/Schmidt, Thomas 1999: Agenda, Expo, Sponsoring. Perspektiven radikaler emanzipatorischer Umweltschutzarbeit. Bd. 2. Frankfurt/M.: IKO.

Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter 1984: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Frankfurt/M.: Campus.

Brand, Karl-Werner 1998: Humanistischer Mittelklassen-Radikalismus. Die Erklärungskraft historisch-struktureller Deutungen am Beispiel der ‚neuen sozialen Bewegungen‘. In: Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans, Ruud (Hg.): Paradigmen der Bewegungsforschung. Opladen: Westdeutscher, 33-50.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.) 2004: Umweltbewusstsein 2004. Berlin: Eigenverlag.

Deutsche Bundesstiftung Umwelt/Deutscher Naturschutzring (Hg.) 2004: Kurs Zukunftspiloten. DNR-Weiterbildungsprogramm für Nachwuchskräfte in der Umweltbewegung. Osnabrück/Bonn: Eigenverlag.

Fischer, Corinna 2002: „Das gehört irgendwie zu mir!“ Mobilisierung von Jugendlichen aus den neuen Bundesländern zum Engagement in einem Umweltverband. Eine explorative Studie am Beispiel der BUNDjugend. <http://archiv.tu-chemnitz.de/pub/2002/0013/index.html>.

Geis, Anna 2005: Regieren mit Mediation. Das Beteiligungsverfahren zur zukünftigen Entwicklung des Frankfurter Flughafens. Wiesbaden: VS.

Giesel, Katharina D./de Haan, Gerhard/Rode, Horst 2002: Umweltbildung in Deutschland. Berlin: Springer.

Heyck, Matthias 2005: „Wir sind nicht Greenpeace!“ Lokale und regionale Akteure der Umweltschutzbewegung in der Region Chemnitz. <http://archiv.tu-chemnitz.de/pub/2005/0028/index.html>.

Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans, Ruud (Hg.) 1998 : Paradigmen der Bewegungsforschung. Opladen: Westdeutscher.

Hellmann, Kai-Uwe 1999: Paradigmen der Bewegungsforschung, in: Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hg.): Neue soziale Bewegungen. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher, 91-113.

Jänicke, Martin/Kunig, Philip/Stitzel, Michael 1999: Lern- und Arbeitsbuch Umweltpolitik. Bonn: Dietz

Knill, Christoph 2003: Europäische Umweltpolitik – Steuerungsprobleme und Regulationsmuster im Mehrebenensystem. Opladen: Leske & Budrich.

Neidhardt, Friedhelm 1994: Einleitung. In: ders. (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher, 7-41.

Roose, Jochen 2003: Die Europäisierung von Umweltorganisationen. Wiesbaden: Westdeutscher.

Sack, Detlef 2001: Globalisierung, politische Beteiligung und Protestmobilisierung. In: Klein, Ansgar/Koopmans, Ruud/Geiling, Heiko: Globalisierung, Partizipation, Protest. Opladen: Leske & Budrich, 293-317.

Schumacher, Ulrike 2003: Lohn und Sinn. Opladen: Leske & Budrich.

Take, Ingo 2002: NGOs im Wandel. Wiesbaden: Westdeutscher.

Zukunftspiloten 2003: Impulse Themenheft Umweltkommunikation. 3/2003.

Zukunftspiloten 2003a: Impulse Themenheft Fundraising für die Umwelt. 4/2003.

Zukunftspiloten 2005: <http://www.zukunftspiloten.de>.

Malte Kreutzfeldt

Auf halbem Weg?

Die Bedeutung von Erfolgen für die zukünftige Mobilisierung am Beispiel von Attac Deutschland

„Nothing convinces more than success“ – dieser Satz gilt auch für Bewegungsorganisationen. Neue Mitglieder und Spender gewinnen, alte Mitglieder behalten, Menschen in Aktivität versetzen und Engagement aufrecht erhalten: Das alles setzt voraus, dass eine Bewegung erfolgreich ist. „Was bringt das denn?“ und „Was ist schon erreicht worden?“ sind Fragen, die Mitglieder ebenso stellen wie Außenstehende.

Die Frage nach den Erfolgen von Bewegungen ist dabei allerdings nicht leicht zu beantworten, denn die Kriterien dafür sind sehr unterschiedlich – gerade beim globalisierungskritischen Netzwerk Attac mit dem sehr breiten Spektrum von Mitgliedern, Unterstützern und Aktivisten, das darin vertreten ist (zu Inhalten und Strukturen von Attac vergleiche Attac Deutschland 2003). Im Folgenden möchte ich darum zunächst der Frage nachgehen, was den Erfolg einer politischen Bewegungsorganisation ausmacht – unterteilt nach politischen Erfolgen und individuellen beziehungsweise sozialen Erfolgen – und worin diese bei Attac bestehen. Anschließend geht es darum, welche strategischen Konsequenzen Bewegungen daraus ziehen sollten und wie Attac versucht, dies umzusetzen. Am Schluss steht die Frage, welche Gefahren in einer zu starken Fixierung auf Erfolge liegen können.

1 Politischer Erfolg

Als politischen Erfolg einer Bewegung kann alles gesehen werden, was sich in der Gesellschaft durch die Aktivität der Bewegung verändert – sei es das Meinungsklima, die politische

Landschaft oder konkrete politische Projekte, die durch die Bewegung verhindert oder verändert werden. Dass diese Entwicklungen natürlich niemals ausschließlich oder auch nur überwiegend durch die Bewegung verursacht werden, ist mir dabei natürlich bewusst; als entscheidend für den politischen Erfolg werde ich, dass sie daran aktiv beteiligt ist.

1.1 Meinungsklima verändern

Am Anfang jeder politischen Veränderung steht die Beeinflussung des öffentlichen Diskurses, indem neue Themen ins Bewusstsein gerückt werden oder das herrschende Meinungsklima zu einem Thema verändert wird. In diesem Bereich hat Attac in den fünf Jahren seines Bestehens einige Erfolge erzielen können.

Der ursprünglich eher positiv besetzte Begriff *Globalisierung* wird inzwischen vielfach kritisch diskutiert. Institutionen wie die Welt handelsorganisation WTO oder der internationale Währungsfonds IWF, für die sich Öffentlichkeit und Medien lange Zeit kaum interessiert haben, werden mittlerweile genau beobachtet und – von einigen Medien – kritisch hinterfragt. Manche Themen, wie das Dienstleistungsabkommen GATS auf WTO-Ebene oder die Bolkestein-Richtlinie zur Dienstleistungs-Liberalisierung auf EU-Ebene sind überhaupt erst durch Kritik aus den Bewegungen bekannt geworden – zumindest in interessierten Kreisen. Die neoliberale Politik, die lange Zeit mit dem TINA-Argument („There is no alternative“) durchgedrückt wurde, stößt zunehmend auf gesellschaftlichen Widerspruch; alternative Po-

litikkonzepte werden, wenn auch nicht umgesetzt, so doch zumindest wahrgenommen oder diskutiert. Ein schönes Beispiel dafür ist das Ursprungsthema von Attac: internationale Steuern, etwa auf Devisengeschäfte. Während diese Idee zunächst für unmöglich erklärt wurde, hat sie mittlerweile das Stadium ernsthafter Diskussion erreicht und erfährt – von der deutschen Entwicklungshilfeministerin über das französische Parlament bis zum Präsidenten Venezuelas – Unterstützung auf vielen Ebenen.

Um den öffentlichen Diskurs zu verändern, sind Organisationen wie Attac neben der direkten Meinungsbeeinflussung durch Vortrags-, Diskussions- und Bildungsveranstaltungen sowie durch eigene Publikationen vor allem auf die Medien angewiesen. Gerade in diesem Bereich war Attac vergleichsweise erfolgreich und konnte – beginnend mit den Protesten in Genua – ein erhebliches Medieninteresse verzeichnen (Kolb 2004; Kolb/Kreutzfeldt 2006), das sich mit dem nachlassenden Neuigkeitswert der mittlerweile fünf Jahre alten Organisation allerdings tendenziell normalisiert.

1.2 Politische Landschaft verändern

Auch Veränderungen in der politischen Landschaft können ein Erfolg sozialer Bewegungen sein. Bestes Beispiel ist die Entstehung der Grünen Partei aus (Teilen) der Umwelt-, Friedens- und Frauenbewegung Anfang der 1980er Jahre. Welche Rolle Attac bei der Entstehung der neuen Linkspartei gespielt hat, ist weniger eindeutig. Dass die Massenproteste gegen die sozialpolitischen Einschnitte von Rot-Grün für den Erfolg der Linkspartei von entscheidender Bedeutung waren, ist jedoch offensichtlich. Und am Zustandekommen dieser Proteste hat Attac intensiv mitgewirkt – etwa durch die frühen Aktionen gegen die Agenda 2010, den Mit-Aufruf zur Demonstration am 1. November 2003, zu der überraschend rund 100.000 Menschen kamen, durch den Anschlag eines europa-

weiten Aktionstages am 3. April 2004, bei dem die deutschen Gewerkschaften erstmals massenhaft gegen eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung mobilisierten, oder durch die logistische und inhaltliche Unterstützung mancher Montagsdemonstrationen.

Auch im Programm der Linkspartei finden sich viele Positionen von Attac wieder, wie sich an der Übernahme des von Attac und ver.di entwickelten Konzepts für eine „solidarische Einfachsteuer“ zeigt. Trotz der parteilichen Unabhängigkeit, die im Bundestagswahlkampf hervorgehoben wurde, und trotz mancher Vorbehalte unter den Attac-Mitgliedern hat Attac zumindest einen gewissen Anteil daran, dass es nun auch im Bundestag wieder Druck von links gibt – wobei natürlich wiederum völlig offen ist, was für Chancen und Risiken für politische Erfolge das darstellt.

1.3 Politische Projekte verwirklichen oder verhindern

Veränderungen des gesellschaftlichen Klimas und der politischen Landschaft sind kein Selbstzweck. Sie dienen in erster Linie dem Ziel, die reale Politik zu beeinflussen. Ob sie tatsächlich etwas verändern, ist der Maßstab, an dem viele den Erfolg politischer Organisationen und Bewegungen messen.

Hier fällt die Bilanz von Attac gemischt aus: Positive Ziele durchzusetzen ist ein sehr langwieriger Prozess. Für eine junge Bewegung wie Attac ist dabei demzufolge noch nicht mit vielen Erfolgen zu rechnen – zumal viele Attac-Forderungen nur international verwirklicht werden können, und da sind die Entscheidungswegen deutlich länger und steiniger.

Als minimale, wenn auch völlig unzureichende und faktisch eher symbolische Erfolge der globalisierungskritischen und entwicklungspolitischen Bewegungen können die jüngst beschlossene Teil-Schuldenstreichung für einige Länder sowie – als ersten Schritt hin zu interna-

tionalen Steuern – die von Frankreich bereits verabschiedete und von anderen Ländern geplante Sonderabgabe auf Flugtickets gewertet werden. Auf Bundesebene kann das jüngst beschlossene Ende für einige Steuerschlupflöcher mit der langjährigen öffentlichen Kritik an Steuerflucht in Verbindung gebracht werden.

Deutlich häufiger als das Durchsetzen positiver Veränderungen ist für soziale Bewegungen jedoch das Verhindern negativer Projekte. Von erfolgreichen Bürgerbegehren in Kommunen (zum Beispiel gegen die Privatisierung von Stadtwerken oder gegen so genannte Cross-Border-Leasing-Geschäfte) über den Stopp von Projekten in der EU (zum Beispiel die neoliberal ausgerichtete EU-Verfassung oder die umstrittene Richtlinie für Softwarepatente) bis zur internationalen Ebene, wo die Ausweitung der WTO-Befugnisse und die Umsetzung des Dienstleistungsabkommens GATS bisher verhindert wurde, war Attac in den vergangenen Jahren auf vielen Ebenen daran beteiligt, schädliche Entwicklungen aufzuhalten.

2 Individueller und sozialer Erfolg

In sozialen Bewegungen bestehen Erfolge aber nicht nur durch Veränderungen im politischen Raum. Gerade für diejenigen, die eine Bewegungsorganisation nicht nur ideell und finanziell unterstützen, sondern selbst aktiv sind, spielen auch persönliche Erfolgserlebnisse und positive Entwicklungen innerhalb der Gruppe eine wichtige Rolle.

2.1 Spaß und Gemeinschaftserlebnisse

Eine ganz profane Sache, die neben dem hehren Anspruch auf eine bessere Welt nicht vergessen werden darf, ist, dass politische Arbeit auch Spaß machen muss, wenn Menschen dauerhaft dabei bleiben sollen: Arbeit mit Gleichgesinnten, Lernen bei der Sommerakademie und Zelten im Widerstandscamp tragen im Idealfall dazu bei.

Eine wichtige Rolle spielen auch die Gemeinschaftserlebnisse, die mit politischen Aktionen verbunden sind. Mit 100.000 Menschen auf einer Demo zu sein oder mit 500 Menschen neun Stunden lang eine Straße zu blockieren und dem Tränengas zu trotzen, wird meistens als Erfolg empfunden – relativ unabhängig davon, was die Aktion politisch bringt. Ein weiteres Erfolgserlebnis gerade bei einer globalen Bewegung sind die internationalen Kontakte, das Gefühl, über Grenzen hinweg an den gleichen Themen zu arbeiten und zu ähnlichen Ergebnissen oder gar gemeinsamen Aktionen zu kommen.

2.2 Persönliche Weiterbildung und Erfolge

Hinzu kommt, dass in sozialen Bewegungen nicht nur das Ziel, sondern auch der Weg ein Erfolg sein kann. Denn unabhängig von konkreten politischen Veränderungen bei einem bestimmten Projekt kann es als Erfolg gewertet werden, wenn Menschen zum politischen Engagement ermutigt und befähigt werden. Als Bildungsbewegung ist ein wichtiges Ziel von Attac, Menschen inhaltlich und methodisch so weiterzubilden, dass sie politisch erfolgreich agieren können. Für die aktiven Mitglieder kann der erste selbst gehaltene öffentliche Vortrag, das erste selbst gestaltete Flugblatt ein großer persönlicher Erfolg sein, erst recht wenn positive Rückmeldungen aus der Öffentlichkeit kommen und deutlich wird, dass die eigenen Argumente andere überzeugen.

2.3 Wachstum der Organisation

Zuletzt ist aus Sicht der Organisation auch das eigene Wachstum ein Erfolg – zwar nicht um seiner selbst willen, aber als Voraussetzung für alle anderen Ziele, denn mehr Mitglieder und Unterstützer bedeuten mehr finanzielle Mittel, mehr potenzielle Aktivist:innen und ein größeres politisches Gewicht. Zudem hat Wachstum auch

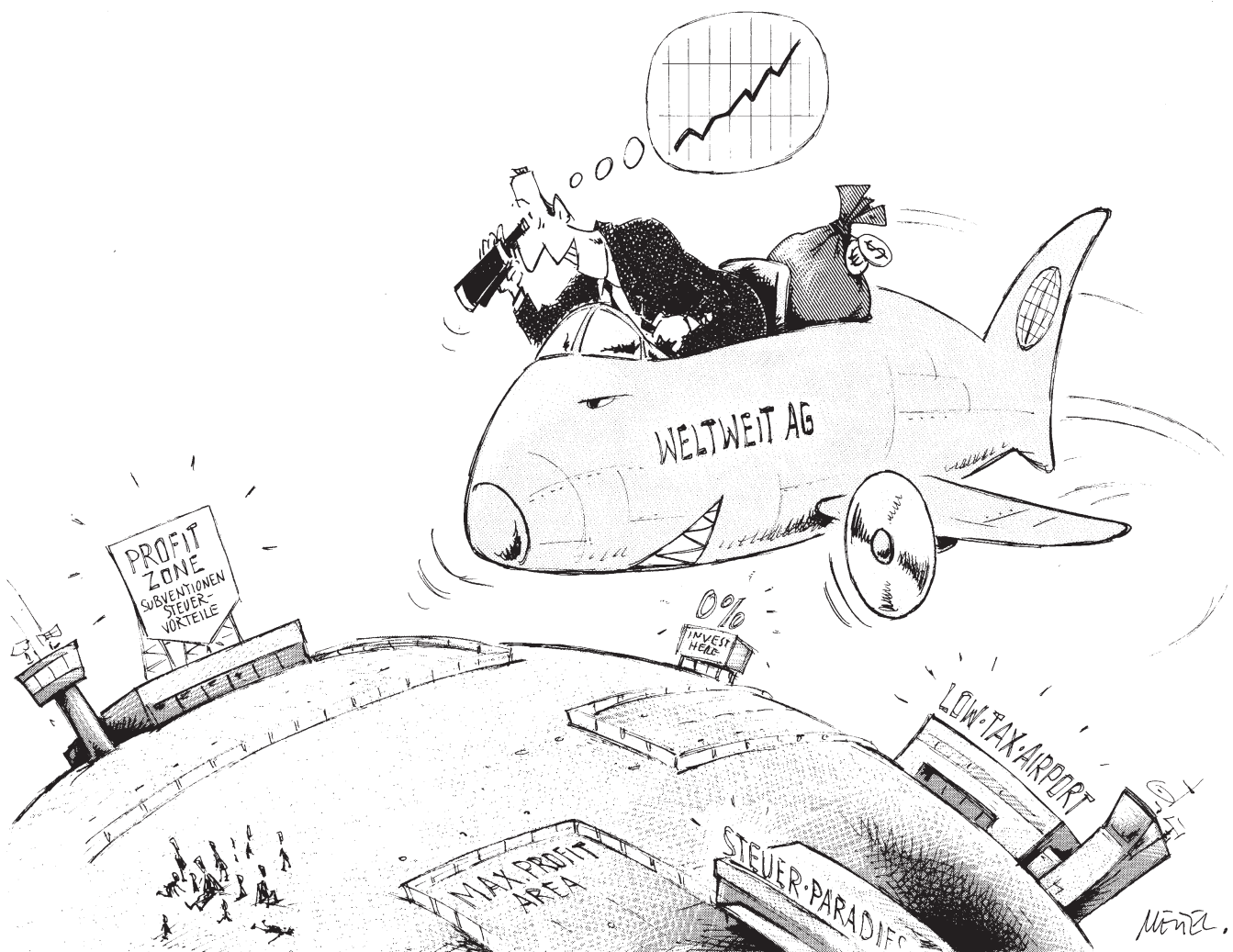
einen Wert als solches, wie ich bei Attac erleben konnte: Es stellt einen positiven Gegensatz zu Mitgliederverlusten bei Parteien oder Gewerkschaften dar und kann zudem eine selbst verstärkende Dynamik entwickeln – wer wächst, muss ja erfolgreich sein, und bei einer erfolgreichen Bewegung will jeder gern dabei sein.

Zumindest in der Anfangsphase war dabei ein deutlicher Zusammenhang zwischen der öffentlichen Präsenz von Attac und der Mitglieder-Entwicklung zu beobachten. Nachdem die Proteste von Genua Attac erstmals einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht hatten, wuchs Attac Deutschland im Jahr 2001 sehr schnell von 500 auf 5000 Mitglieder. Auch später haben große Mobilisierungen, etwa gegen den Irak-Krieg oder gegen den Sozial-Kahlschlag der rot-grünen Bundesregierung,

sich stets auch an der Mitgliederzahl bemerkbar gemacht. Mittlerweile hat Attac weltweit rund 80.000 Mitglieder, gut 16.000 davon in Deutschland.

3 Strategien

Doch nun zurück zur Ausgangsfrage: Welche Bedeutung haben diese unterschiedlichen Erfolge für die Zukunft? Welche Strategien helfen dabei, sie für zukünftige Mobilisierungen zu nutzen? Hier setzt sich – auch bei Attac – immer mehr die Erkenntnis durch, dass es eine wichtige Aufgabe ist, Aktivitäten zu dokumentieren und Erfolge zu benennen. Zudem werden Kampagnen zunehmend so geplant, dass (Zwischen-) Ziele definiert und damit bestimmte (Teil-)Erfolge ermöglicht werden.



3.1 Aktivitäten dokumentieren

Der erste Erfolg einer Bewegungsorganisation ist, dass es Bewegung, Aktivität gibt. Doch allzu oft bekommen davon nur diejenigen etwas mit, die live dabei sind. Von manch gelungener Aktion erfährt kaum jemand, weil es an guten Fotos oder Berichten mangelt oder weil diese, wenn vorhanden, nicht weitergeleitet werden.

Um das zu verändern, ist es zentral, die Dokumentation als feste Aufgabe einzuplanen, indem sich Menschen fürs Fotografieren, Filmen oder Mitschneiden sowie für das Verfassen eines Berichts verantwortlich fühlen. Dies ist bei Attac noch ausbaufähig, doch durch positive Erfahrungen und durch zunehmend leichter verfügbare Technik sind hier allmählich Fortschritte zu beobachten.

Im zweiten Schritt müssen die Informationen dann kommuniziert werden, was bei Attac auf unterschiedlichen Ebenen, mit unterschiedlichen Mitteln und in unterschiedlicher Qualität geschieht. Relativ gut aufgestellt ist die Organisation bei elektronischen Medien: Auf zahlreichen regional und thematisch untergliederten Webseiten und Mailinglisten werden Informationen weitergegeben und Erfahrungen ausgetauscht.

Auf Bundesebene informiert ein E-Mail-Newsletter alle Mitglieder und Interessierten regelmäßig (alle ein bis zwei Wochen) über Aktionen, Termine, Positionen und Stellungnahmen – durchaus mit einem Fokus auf Erfolge. Weil dazu auch die Wahrnehmung durch die Medien gehört, enthält dieser neuerdings Links zu wichtigen Artikeln über, Gastbeiträgen von und Interviews mit Attac. Auch die bundesweiten Arbeitsgruppen erhalten regelmäßig Zusammenstellungen mit Artikeln über ihre Aktivitäten.

In gedruckter Form sind die Rückmeldungen wegen der damit verbundenen Kosten seltener und weniger ausführlich. Doch auch hier wird zunehmend Wert darauf gelegt, systematisch über Aktivitäten und Erfolge zu informie-

ren. So gibt es im vierteljährlich erscheinenden gedruckten Rundbrief jeweils einen Überblick in Text und Bild über wichtige gelaufene Aktionen; am Jahresende erhalten alle Unterstützer einen gedruckten Rückblick auf die Highlights des Jahres.

Diese Berichte haben mehrere Funktionen: Spender erfahren, dass ihr Geld gut angelegt ist und tatsächlich für politische Aktivitäten genutzt wird. Die Aktiven, die bei einer Aktion dabei waren, stellen fest, dass dies wahrgenommen und als Erfolg gesehen wird. Und alle potenziell Aktiven bekommen Anregungen, etwas Ähnliches auf die Beine zu stellen oder beim nächsten Anlass selbst dabei zu sein. Für den letzten Aspekt – das Motivieren zu eigener Aktivität – gibt es eine eigene Mailingliste, auf der die regionalen Gruppen berichten und Erfahrungen austauschen können; ein Angebot, das noch stärker genutzt werden könnte als derzeit. Eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung für bundesweite Aktionen können nach meinen Beobachtungen auch Dokumentarfilme spielen. So vermittelt zum Beispiel ein (von einer unabhängigen Filmemacherin produzierter) Film über die Proteste beim G8-Gipfel in Evian ein so gutes Bild von der Atmosphäre – von der Anreise im Sonderzug, dem Leben im Widerstandscamp und der erfolgreichen Blockade einer Zufahrtsstraße – dass viele, die ihn sehen, vermutlich bedauern, nicht dabei gewesen zu sein, und dementsprechend die nächste Chance nutzen werden (2007 in Heiligendamm!). Leider gibt es erst wenige gute Filme von oder über Attac; und wegen des Aufwands und der Kosten ist es fraglich, ob sich das schnell ändern wird.

Im Vergleich zu anderen Organisationen ebenfalls noch unterentwickelt sind bei Attac ausführlichere gedruckte Dokumentationen, wie sie etwa die Anti-Atom-Bewegung mit professionell gemachten Bildbänden über die ersten Castor-Transporte hergestellt hat. Weil solche Werke – anders als Rundbriefe und Mails – lange im Angebot bleiben und dauerhaft aufge-

hoben werden, sorgen sie für eine langfristige Bewahrung von Aktivitäten und Erfolgen und können damit auch eine wichtige Funktion dabei erfüllen, eine Bewegungsidentität entstehen zu lassen und neuen Mitgliedern die Geschichte der Bewegung zu vermitteln. Die Chance, zum fünften Geburtstag von Attac eine solche Zusammenstellung herauszubringen, wurde nicht genutzt. Auch im Internet sind Berichte über erfolgreiche Aktivitäten der Vergangenheit nur schwer zu finden. Zumindest die Erkenntnis, dass solche Dokumentationen wichtig sind, setzt sich jedoch immer mehr durch; und so bleibt zu hoffen, dass die Umsetzung folgen wird.

3.2 Erfolge benennen und kommunizieren

Neben regelmäßigen Berichten über Aktivitäten einer Bewegung ist auch die Analyse wichtig, was erreicht wurde. Wenn es einen Erfolg gibt, muss das auch gesagt werden. Das ist weniger selbstverständlich, als es sich anhört. Denn weil politische Bewegungen zumeist große Ziele haben, gibt es eine Tendenz, grundsätzlich nicht zufrieden zu sein, sondern sich eher darauf zu konzentrieren, was alles noch nicht erreicht worden ist. Und natürlich ist es richtig, die nächsten Ziele stets im Blick zu haben. Doch um sich klar zu machen, dass man sie erreichen kann, hilft es sehr, sich bisweilen klar zu machen, was man schon erreicht hat.

Damit es zu solchen Rückmeldungen kommt, ist es notwendig, dies explizit als Aufgabe einzuplanen und die dafür in Frage kommenden Gelegenheiten gezielt zu nutzen – etwa bei Jahresrückblicken oder dem Ende von Kampagnen. Um den mobilisierenden Effekt zu verstärken, ist es dabei sinnvoll, den Rückblick auf Erfolge mit dem Ausblick auf die nächsten Ziele zu verbinden („einiges erreicht – noch viel zu tun“).

Um einen Raum zu haben, Ausgangslagen und Erfolge ausführlicher zu analysieren, wer-

den alternative beziehungsweise bewegungseigene Medien immer wichtiger; in den Mainstream-Medien findet sich für solche Fragen nur selten der notwendige Raum. Durch das Internet ist es zwar einfacher geworden, Informationen kostengünstig zu verbreiten. Doch zum einen schließt diese Kommunikationsform noch immer einen Teil der Menschen aus; zum anderen werden die Möglichkeiten, einen ansprechenden elektronischen Rundbrief mit ausführlichen Debattentexten breit zu streuen, bei Attac noch nicht ausreichend genutzt. Neben eigenen Publikationen bieten auch neue elektronische Medien wie „ngo online“, „Social Times“, „Nachdenkseiten“, „Glocalist Review“ oder die „Linkszeitung“ zumindest theoretisch ein Forum, um über die Erfolge und Strategien von Bewegungen zu kommunizieren.

3.4 Voraussetzungen für Erfolge schaffen

Wenn man davon ausgeht, dass Erfolge wichtig für die Motivation von Mitgliedern für zukünftige Aktivitäten sind, ist es entscheidend, schon bei der Planung von Kampagnen und Aktionen die eigenen Ziele so zu definieren, dass zumindest Teilerfolge möglich sind – gerade bei Zielen, deren Umsetzung in der näheren Zukunft wenig wahrscheinlich ist. Wer sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen einsetzt, tut gut daran, schon den Beginn einer Debatte über dieses Thema in bürgerlichen Medien oder die Veröffentlichung eines Buches darüber als Erfolg zu werten. Und beim Kampf gegen die Politik der WTO sollte nicht erst deren Abschaffung als Erfolg gefeiert werden, sondern schon jeder gescheiterte Versuch, ihre Befugnisse auszuweiten.

Um soziale und individuelle Erfolge zu ermöglichen (vergleiche Kapitel 2) sind gute Bildungsarbeit, gute Materialien und gute Veranstaltungen notwendig. Nur wenn Texte verständlich sind, werden die Argumente daraus erfolg-

reich weiterverbreitet werden können. Wenn Gruppen Weiterbildungsangebote zu Rhetorik, Kampagnen oder Pressearbeit bekommen und diese nutzen, werden Erfolgserlebnisse wahrscheinlicher. Und wenn es weiterhin Veranstaltungen wie die Sozialforen gibt, die das Treffen von Gleich- oder Ähnlich-Gesinnten ermöglichen, werden Rückmeldungen, Vernetzung und gemeinsame Aktivitäten erleichtert.

4 Gefahren

Neben den positiven, motivierenden Effekten bergen Erfolge und die Fixierung auf sie auch Gefahren für politische Bewegungen.

Ein großes Problem ist dabei die Tatsache, dass jeder Erfolg die Hürde für den nächsten Erfolg höher legt. Wenn 100.000 Menschen zu einer Demonstration gekommen sind, müssen es beim nächsten Mal mehr sein, damit man wieder von einem Erfolg sprechen kann – so sehen das zumindest die Medien, aber auch vie-

le politisch Aktive. Die Montagsdemonstrationen im Sommer 2004 waren so lange eine Erfolgsstory, wie die Zahlen von Woche zu Woche anstiegen. Sobald sie stagnierten oder erstmals sanken, schwenkte die öffentliche Wahrnehmung ins Gegenteil um. Auch die Anti-Atom-Bewegung hat diese Fixierung auf Erfolgszahlen zu spüren bekommen: Während der ersten drei Castor-Transporte in den 1990er Jahren stieg die Zahl der Protestierer und damit die Dauer des Transports an, und die öffentliche Aufmerksamkeit blieb hoch. Sobald erstmals kein neuer „Rekord“ aufgestellt wurde, ließ das Interesse der Medien deutlich nach, und damit wiederum die Zahl der Aktiven. Um Enttäuschungen zu vermeiden, ist es darum notwendig, sich stets darüber im Klaren zu sein, dass Bewegungen in Zyklen verlaufen und eine ständige Steigerung unmöglich ist. Zudem hilft die Erkenntnis, dass eine langjährige Existenz ein Erfolg als solcher ist, und dass ein Wieder-Aufschwung jederzeit möglich ist. Auch dafür ist



die Anti-Atom-Bewegung ein gutes Beispiel; ebenso die Friedensbewegung, die aus einem kleinen, generell wenig sichtbaren Kern bei wichtigen Anlässen – ob Irak-Krieg oder Bush-Besuch – plötzlich wieder viele Menschen mobilisieren kann.

Eine weitere Gefahr der Fixierung auf Erfolge ist die Tendenz zu Schönfärberei und Selbstüberschätzung. Die Notwendigkeit, eigene Erfolge offensiv herauszustellen, um sich und andere für die Zukunft zu motivieren, kann leicht ins Gegenteil umschlagen, wenn Misserfolge zu Erfolgen umgedeutet werden und Irrelevanz zu Relevanz erklärt wird. Politische Splittergruppen, die sich felsenfest überzeugt geben, dass die Massen hinter ihnen stehen und sich in Kürze erheben werden, sind in der politischen Linken in Deutschland in großer Zahl zu finden, und sie schaden meist mehr als sie nützen.

Das richtige Maß zu finden zwischen Selbstbewusstsein und Selbstüberschätzung, zwischen Optimismus und Größenwahn ist nicht immer leicht.

Auch birgt die Fixierung auf Erfolge und die zuvor erwähnte Festlegung von Teilzielen die Gefahr, die dahinter stehenden Hauptziele aus den Augen zu verlieren. Umweltverbände, die über den Kampf ums Dosenpfand die generelle Kritik an der Wegwerfgesellschaft vergessen, können hier als warnendes Beispiel dienen. Auch Attac sieht sich ja bisweilen mit der Kritik konfrontiert, sich zu sehr auf einzelne, realisierbare Schritte zu konzentrieren.

Zuletzt geht von einer extremen Erfolgsorientierung auch die Gefahr aus, die politischen Ziele von ihren Erfolgsaussichten abhängig zu machen. Bei Attac sehe ich dieses Problem derzeit nicht. Doch gerade bei Organisationen,

die auf hohe Spendeneinnahmen angewiesen sind, soll es gelegentlich eine Tendenz geben, Themen nicht nach politischer Relevanz, sondern den erwarteten Einnahmen („Tiere mit Fell bringen mehr als Spinnen“) auszuwählen. Und auch bei der Mobilisierungsfähigkeit sind entsprechende Überlegungen denkbar („Gegen Bush kommen mehr als gegen die EU“). Hier hilft nur eine permanente Reflexion über die eigenen Ziele, um zu vermeiden, dass diese einem oberflächlichen Erfolgsdenken geopfert werden.

Malte Kreutzfeldt, Jahrgang 1971, ist seit 2003 Pressesprecher von Attac Deutschland; zuvor hat er als Journalist gearbeitet. Während seiner Schul- und Studienzeit war er in der Umwelt- und Anti-Atom-Bewegung sowie in der Hochschulpolitik aktiv.

Literatur

Attac Deutschland (Hg.) 2004: Alles über Attac. Frankfurt/M.: Fischer.

Kolb, Felix 2004: The Impact of Transnational Protest on Social Movement Organizations: Mass Media and the Making of ATTAC Germany. In: della Porta, Donatella/Sidney Tarrow (Hg.): Transnational Protest & Global Activism. Lanham, Boulder, New York: Rowman & Littlefield, 95-120.

Kolb, Felix/Kreutzfeldt, Malte 2006: Bewegungsorganisationen in den Massenmedien. Massenprotest und thematische Kompetenz als Determinanten der Berichterstattung am Beispiel von Attac Deutschland. In: Rucht, Dieter/Reichert, Sven (Hg.): Politischer Protest und Öffentlichkeit im 20. Jahrhundert. Berlin: im Erscheinen.

ANALYSE

Zivilgesellschaftliche Organisationen in China

Der Begriff der Zivilgesellschaft steht im akademischen Milieu in China hoch im Kurs. Wissenschaftler renommierter Universitäten und Aktivisten haben sich internationalen Forschungsprojekten und Kooperationsstrukturen angeschlossen.¹ Im Sinne Kockas – ‚Zivilgesellschaft als Utopie‘ und ‚Zivilgesellschaft als Versprechen‘ (Kocka 2000) – transportiert der Begriff der Zivilgesellschaft Visionen der gesellschaftlichen Organisation, die chinesische Nichtregierungsorganisationen (NROs) der jüngeren Generation mit ihren engagierten Aktivitäten im Sozial- und Umweltbereich zunehmend mit Inhalten füllen. Ein kategorischer Unterschied zwischen der Arbeitskultur von NROs in China und NROs in anderen Ländern und Regionen lässt sich aus der Beobachtung der Arbeit vieler einzelner und zunehmend auch vernetzter Initiativen im Sozial- und Umweltbereich trotz immer noch restriktiver Rahmenbedingungen nicht mehr ableiten.

Die Frage, ob und in wie weit es NROs in China gelingen kann, sich von staatlicher Bevormundung zu emanzipieren, kann im gegenwärtigen Prozess der Neugründungen von Organisationen sowie umfangreicher Regulationsinitiativen und Gesetzesreformen nicht abschließend beantwortet werden. Von besonderem Interesse ist in China gegenwärtig die Frage, wie der Staat am besten mit der Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen und bei der Bewusstseinsbildung im Umweltbereich kooperieren kann. Dabei zeigen chinesische Wissenschaftler eine große Offenheit, sich mit Theoriebildung des komplementären Zusammenspiels verschiedener Organisationstypen² auseinander zu setzen und von ‚good institutional fits‘ and ‚good practices‘ in anderen Staaten zu lernen.

Dieser Beitrag behandelt die wachsende Vielfalt von Nicht-Regierungsorganisationen, die sich in China in den Bereichen Umwelt und Sozialarbeit engagieren. Es soll eine erste Einschätzung vermittelt werden, welche Spielräume diese Organisationen besitzen. Angesichts der Größe des Landes kann im Rahmen dieses Beitrags allerdings nur auf wenige Organisationen eingegangen werden, die in den letzten Jahren besonderes Profil erworben haben und sich als Dienstleister und Themenanwälte national oder sogar international vernetzt haben.

Klassifizierungen von NROs in China

In China gibt es ungefähr 200 000 NROs, die als Vereine registriert sind. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Stiftungen und andere Organisationstypen, die dem Dritten Sektor zugerechnet werden, auch wenn die meisten von ihnen eng mit staatlichen Institutionen, z.B. Universitäten, verbunden sind. Es ist schwierig, einen Konsens über die Klassifizierung von NROs in China zu erzielen. Neuere rechtliche Rahmenbedingungen für Vereine und Stiftungen bestehen zur Zeit in Form von provisorischen Regelungen (‚provisional regulations‘). Spezielle Gesetzgebungsinitiativen sind noch in Vorbereitung. Insgesamt bleibt der Regulierungsrahmen für die Aktivitäten von NGOs unübersichtlich, obwohl ein Trend von der politisch-bürokratischen Willkür im Umgang mit NROs hin zur Verregelung und Verrechtlichung deutlich erkennbar ist.

Eine gemeinsame Publikation der Vereinten Nationen (United Nations Centre for Regional Development) und der Tsinghua University (NGO Research Centre) aus dem Jahr 2002 unterscheidet zwischen ‚top down‘ und ‚bottom-up‘ Organisationen. Dabei sind die größeren Organisationen bisher weitgehend von Regierungsseite initiiert worden und werden von den Behörden beaufsichtigt und mitgesteuert; eine steigende Zahl kleiner Basisorganisationen ist dagegen von Bürgern selbst ins Leben geru-

fen worden. Einige kleinere Organisationen operieren mit Duldung der Behörden, aber noch ohne Registrierung, weil die Registrierungen verwaltungstechnisch noch sehr voraussetzungsvoll sind. So sind z.B. 50 Personen für eine Vereinsgründung erforderlich und die Organisation muss eine Partnerschaft mit einer staatlichen Behörde eingehen, die als ‚professional leading unit‘ bezeichnet wird. Ein Verein muss gemeinnützig sein. Die Regelungen lassen auch nur eine Organisation eines bestimmten Typus in einer Verwaltungseinheit zu (Artikel 13 der ‚provisional regulations‘ für Vereine, 1998).

Die Regularien begrenzen die Spielräume von regierungsunabhängigen Netzwerkorganisationen. Dennoch haben einige NROs in den letzten Jahren den Anspruch verfolgt, sich als übergreifende Netzwerkorganisationen zu etablieren.

Netzwerkorganisationen

Eine solche Netzwerkorganisation ist das China NPO Network, das von einigen größeren etablierten NROs 1998 gegründet wurde. Mit dabei waren China Youth Development Foundation (CYDF), China Association of Science Foundations (CASF), China Charity Federation (CCF), Amity Foundation (AF), China Foundation for Poverty Alleviation (CFPA) und das Social Policy Research Centre der Chinese Academy of Social Science (CASS). Das China NPO Network (CNPON) verfügt über ein großes Netzwerk von mehr als 3000 Organisationen in ganz China und ist mehrere Initiativen mit internationalen Organisationen eingegangen (www.npo.com.cn/eindex.htm).

Eine stärker institutionalisierte Netzwerkorganisation ist die Chinese Association of NGOs (CANGO), die mehr mit kleineren Initiativen und Basis-NROs zusammenarbeitet. Die Organisation entstand im Kontext eines Projekts des Entwicklungsprogrammes der Vereinten Nationen (UNDP) zur der Zeit als der Deutsche Manfred Kulesa UNDP-Repräsentant in China war.

Die Organisation wird von dem China International Centre for Economic and Technical Exchange (CICETE) beaufsichtigt und ist seit 1993 beim Ministerium für zivile Angelegenheiten (Ministry of Civil Affairs) registriert. Die Anzahl der Mitglieder ist von 43 auf heute 100 Organisationen angewachsen, die sich geographisch auf viele Provinzen verteilen. CANGO unterhält Beziehungen zu Behörden auf unterschiedlichen Ebenen, zu Universitäten, Forschungseinrichtungen und vielen nationalen NROs. CANGO ist eine breite internationale Zusammenarbeit eingegangen. Mit mehr als 150 ausländischen Organisationen bestehen Arbeitskontakte, darüber hinaus mit supranationalen und internationalen Organisationen. CANGO engagiert sich besonders im Bereich *capacity building* von kleineren Organisationen. Die Organisation beschäftigt auch deutsche Experten, die vom Centrum für Internationale Migration finanziell unterstützt werden. CANGO gibt einen *newsletter* heraus und steht im kontinuierlichen Dialog mit Regierung, Privatwirtschaft und der Gebergemeinschaft. Die Satzung der Organisation definiert den Netzwerkansatz der Organisationen und die Themenfelder Armutsbekämpfung, Umweltschutz und soziale Entwicklung als Tätigkeitsbereiche. CANGO hat bis zum Jahr 2004 etwa 35 Millionen US-Dollar von 60 Gebern mobilisiert und etwa 25 Millionen Dollar lokal eingeworben. Mit den Einkünften wurden bisher 272 Entwicklungsprojekte in vielen Provinzen Chinas gefördert.

Ein anderes Beispiel einer größeren und gut vernetzten Organisation ist die China Disabled Persons' Federation. Die Organisation bekommt etwa ein Drittel ihres Budgets von der Regierung und zwei Drittel aus anderen Quellen, besonders Spenden. Die Organisation wurde 1988 gegründet und hat ungefähr 70 000 Mitglieder. Die China Disabled Persons' Federation macht Gesetzesvorschläge und weist auf Defizite bestehender

Gesetze und Verordnungen hin, um gleiche Rechte und Chancen für Behinderte zu schaffen.

Die Anzahl von Organisationen, die gegenüber der staatlichen Verwaltung und Politik über eine große Autonomie verfügen, wächst. Allerdings wird dieser Prozess auch kritisch von der Regierung beobachtet. Gut unterrichtete Quellen stellen fest, dass Registrierungsverfahren für ausländische Organisationen in jüngster Zeit wieder ins Stocken geraten sind und nationale NROs zum Teil wieder stärker kontrolliert werden. Auch deutsche politische Stiftungen, wie die Heinrich Böll Stiftung und die Friedrich Naumann Stiftung, sind in der Vergangenheit auf Schwierigkeiten gestoßen; die Naumann Stiftung hat nach einem größeren Konflikt ihr Büro noch nicht wieder eröffnet und die Böll-Stiftung agiert offiziell weiter sehr zurückhaltend.

Werfen wir einen Blick auf den Umweltbereich, wo zivilgesellschaftliche Organisationen in China besonders aktiv sind.

Zivilgesellschaftliche Organisationen im Bereich Umwelt- und Ressourcenschutz

Die großen Spielräume, die für eine wachsende Anzahl von NROs im Umweltbereich entstanden sind, haben in den letzten Jahren viele kritische China Beobachter überrascht. So wurden nach Protestkampagnen prominenter Umwelt-NROs wie Green Earth, Global Village und Green Earth Volunteers im Januar 2005 dreißig größere Infrastrukturprojekte von der staatlichen chinesischen Umweltbehörde China's State Environmental Protection Administration (Sepa) vorübergehend stillgelegt und mit harten Umweltschutzauflagen und Strafge-
 lder belegt (Chong 2005). Die wissenschaftliche Literatur hat sich mit dem Phänomen der Gründung vieler neuer Umwelt-NROs und deren Autonomie befasst. Guobin Yang datiert den Aufschwung der Umweltbewegung in das

Jahr 1994, in dem sich die Organisation Friends of Nature (FON) gründete. Sein Beitrag in China Quartely aus dem Jahr 2005 identifiziert verschiedene Faktoren für den Bedeutungszuwachs von Umwelt-NROs, die sich vor allem auf die wachsende Schnittmenge zwischen Regierungspolitik einerseits und NRO Aktivitäten andererseits beziehen. Weiterhin wird betont, dass sich NROs besonders geschickt neue Kommunikationsmöglichkeiten und Strategien zu eigen gemacht und eine moderne Arbeitskultur kultiviert haben, die auf viele junge und gut ausgebildete Chinesen eine hohe Anziehungskraft ausübt.

Das wachsende Umweltbewusstsein in China ist eine Folge gravierender Probleme in den urbanen Zentren des Landes. Flüsse, Seen und Grundwasserressourcen sind stark verschmutzt. Die Luftverschmutzung hat in den Ballungszentren stark zugenommen. Saurer Regen ist ein großes Problem. Die Regierung hat 1998 die State Environmental Protection Administration (SEPA) gegründet und mehrere internationale Konventionen im Bereich Umweltschutz unterzeichnet, darunter das Abkommen zum Schutz der Ozonschicht, die Rahmenkonvention zum Klimaschutz und das Abkommen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt. China hat als einer der ersten Staaten nach der Weltkonferenz in Rio de Janeiro einen Aktionsplan für die Agenda 21 verabschiedet, bereits 1995 ein spezielles Umweltschutzgesetz verabschiedet und in vielen Bereichen Standards und Grenzwerte definiert.

Es gibt heute mindestens 2000 NROs, die im Umweltbereich aktiv sind, wovon etwa hundert bis dreihundert als so einflussreich bezeichnet werden können, dass sie von der Politik und der Bevölkerung als ernsthafte Akteure wahrgenommen werden. Zu den einflussreichsten Umwelt-NROs zählen: Friends of Nature, Global Village, Green Home und die Shannuo Society. Diese Organisationen engagieren sich in lokalen und regionalen Kampagnen, durch kon-

tinuierliche und professionell unterstützte Freiwilligenarbeit und im Politikdialog mit Regierung und Privatwirtschaft. Global Village, die sich 1996 gründete, hat es z.B. durch Fernsehproduktionen zu einer große Reichweite und einem weiten Bekanntheitsgrad gebracht. Die deutsche Heinrich-Böll Stiftung unterstützt mehrere Umwelt-NROs in China, darunter viele Basis-NROs.

Einige NROs begnügen sich nicht mit relativ unpolitischer ökologischer Basisarbeit, sondern engagieren sich als Anwälte von Opfern von Umweltverschmutzung, so z.B. das Centre for Legal Aid to Pollution Victims of China, das mit der University of Politics and Law in Beijing assoziiert ist. Die Organisation hat ein Budget von ungefähr 120 000 US Dollar pro Jahr und führt Trainings für Richter und Anwälte durch, die sich in höheren Schadensersatzurteilen für betroffene Opfer von Umweltverschmutzungen niedergeschlagen haben. Die Gründung eines regierungsnahen Dachverbandes, der All China Environment Federation, sehen einige NROs allerdings als Bedrohung für die Autonomie der jungen Umweltbewegung und als Rückschritt auf dem Weg zu mehr Autonomie von der Regierung und partnerschaftlichem Dialog.

Konklusionen

Die steigende Anzahl und wachsende Vielfalt von NROs, die nur noch indirekt in obrigkeitstaatliche Kontrollmechanismen eingebunden sind, sind Anzeichen für einen Wandlungsprozess der sozialen Öffnung in China, der sich im Kontext der bevorstehenden olympischen Spiele (2008 in Beijing) und der Weltausstellung in Shanghai (2010) manifestiert. Die politische Führung der Volksrepublik scheint sich einerseits von den Aktivitäten nicht-staatlicher Organisationen im Sinne von Gramsci eine systemstabilisierende Wirkung durch Diffusion, Reproduktion und Neubelebung von sozialen Werten und Initiativen zu erhoffen. Der sich institutionell verschlankende Staat steht ange-

sichts wirtschaftlicher und sozialer Disparitäten sowie Umweltproblemen vor kritischen Herausforderungen, denen durch konventionelle Regierungsführung und Verwaltung nicht erfolgreich begegnet werden kann. Andererseits findet auch weiterhin eine kritische Beobachtung und Steuerung der Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen statt. Ein wichtiger Faktor für das Wachstum und den Bedeutungsaufschwung von NROs in China ist die wachsende Schnittmenge von Interessen zwischen lokalen Organisationen, internationalen Organisationen und Gebern sowie der chinesischen Führung. NROs wollen sich in China als engagierte Themenanwälte und soziale Dienstleister mit einer alternativen Arbeitskultur profilieren, die viele von Studienaufenthalten im Ausland oder durch intensive Kontakte mit Ausländern mitgebracht haben. Die politische Führung in China – sofern angesichts der unterschiedlichen Strömungen im Rahmen der Partei von einer Homogenität überhaupt gesprochen werden kann – scheint auf der Suche nach Möglichkeiten, das Mobilisierungspotenzial von NROs für Regierungspolitik zu nutzen, insbesondere im Sozial- und Umweltbereich. Internationale NROs und Geber sehen die erweiterten Spielräume und wachsenden Sicherheiten von NROs als Chance, sozialpolitische und umweltpolitische Impulse zu setzen und den Dialog über Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstandards mit einer aufstrebenden Wirtschaftsmacht durch die Hintertür zu befördern.

Berthold Kuhn ist seit 1. Dezember 2005 als Gastprofessor am NGO Research Centre, School of Public Policy and Management, Tsinghua University, Beijing. Kontakt: Berthold.Kuhn@t-online.de

Anmerkungen

¹ Das NGO Research Centre, School of Public Policy and Management, Tsinghua University, Beijing hat z.B. beim Civil Society In-

dex Projekt von Civicus – World Alliance for Citizen Participation mitgearbeitet.

² Vgl. Kuhn 2005.

Literatur

Chong, Agnes 2005: Civil Society Comes of Age. In: www.opendemocracy.net, September 2005.

Gramsci, Antonio 1971: Selections from Prisons Notebooks. New York.

Kocka, Jürgen 2000: Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen. In: Hildermeier, Manfred et. al. (Hg.): Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen. Frankfurt a.M., 13-39.

Kuhn, Berthold 2005: Entwicklungspolitik zwischen Markt und Staat. Möglichkeiten und Grenzen zivilgesellschaftlicher Organisationen. Frankfurt a.M.

Yang, Guobin 2005: Environmental NGOs and Institutional Dynamics in China. In: The China Quarterly Nummer 181, March 2005, 46-66.

FORSCHUNGSBERICHT

„Wir müssen uns neu erfinden!“ Bürgergesellschaft: Ein ‚neuer‘ Blick auf ‚alte‘ Verbände

1 Verbände in Deutschland

1.1 Verbände: Tradition und Krise

Sie haben in der Gesellschaft und im Politiksystem der Bundesrepublik Deutschland tiefere Spuren hinterlassen, als es heute auf den ersten Blick scheinen mag: Die sozialen Bewegungen der zweiten Hälfte des 19. Jhd. und die aus ihnen hervorgegangenen Verbände und Organisationen. Hierher zurück reichen die Wurzeln von Gewerkschaften, Wohlfahrts- Musik- und Sportverbänden, aber auch die der konfessionell geprägten kirchlichen ‚Standes-Verbände‘

für junge Menschen, Männer, Frauen, Arbeiter, Mütter, AkademikerInnen usw. Mit ihren von der Bundes- bis zur Ortsebene durchstrukturierten Gliederungen organisieren sie zahlreiche Menschen bzw. ihre Interessen und bieten ihnen zugleich soziale Einbindung. Formell und informell auf vielfältige Weise mit dem politischen System verbunden, prägen sie zudem einen ‚typisch deutschen‘ Weg der politischen Willensbildung, der oft mit dem Begriff des ‚Korporatismus‘ bezeichnet wird (vgl. Heinze 1981). Das ist die eine Seite. Die andere Seite: Globalisierung von Politik und Wirtschaft sowie die zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche einerseits, Individualisierung und Pluralisierung der Lebensentwürfe und Lebensläufe andererseits nehmen das traditionelle Verbändewesen gewissermaßen ‚in die Zange‘ und unterminieren von zwei Seiten her seine über Jahrzehnte eingespielte politische bzw. gesellschaftliche Funktion. Nicht wenigen gelten Verbände deshalb als Auslaufmodell.

1.2 Beispiel: Katholische Arbeitnehmer-Bewegung

Einer jener Verbände, deren Wurzeln in den sozialen Aufbrüchen des 19. Jahrhundert liegen, ist die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB). In der historischen Umbruchphase der Industrialisierung Deutschlands im 19. Jahrhundert wurde die sog. ‚Arbeiterfrage‘ auch von der Katholischen Kirche aufgegriffen. Aus diesem Impuls heraus entstanden ab den 60er Jahren des 19. Jahrhundert zahlreiche katholische Arbeiter- oder Knappenvereine. Ihr Ziele: solidarische Selbsthilfe der katholischen Arbeiter, Verbesserung ihrer sozialen und rechtlichen Stellung, Schulung und Bildung der Mitglieder. Als Zusammenschluss von Ortsvereinen gründeten sich schon bald unter der Bezeichnung ‚Katholische Arbeiterbewegung‘ Verbände auf Ebene der Diözesen¹ bzw. auf Ebene des Dt. Reiches (ab 1891). In enger Zusammenarbeit mit der Zentrumspartei und den christlichen Gewerkschaft-

ten gelang es der KAB, im Kaiserreich und insbesondere in der Weimarer Republik die Sozialgesetzgebung zu beeinflussen. Im Nationalsozialismus kam es zum Verbot der KAB wegen staatsfeindlicher Betätigung. Bereits in den ersten Jahren der Bundesrepublik erfuhr die KAB eine neue Blüte. Seit Mitte der siebziger Jahre befindet sich die KAB – mit der als weniger drängend empfundenen Benachteiligung der Arbeiter und mit der zunehmenden gesellschaftlichen Pluralisierung – in einer Phase permanenter Umorganisation und Neuorientierung.

1.3 ‚Zivilgesellschaftlicher‘ Aufbruch?

Eine der mitgliederstärksten Regionalgliederungen der KAB, der Diözesanverband Münster, hat sich vor fünf Jahren auf den Weg gemacht, unter Bezug auf die Idee von Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement sein Selbstverständnis, aber auch seine Rolle in Gesellschaft und Kirche neu zu bestimmen. Er tat dies in einer bemerkenswerten Mischung aus praktischem Handeln und grundsätzlicher Diskussion: Mit einer zweijährigen Kampagne unter Motto ‚Motor für Demokratie am Ort‘. Die Auswertung dieser Kampagne im Dialog mit dem aktuellen Diskurs zur Bürger- bzw. Zivilgesellschaft führt uns zu einer doppelten These²: 1. Ein realitätsbezogenes und ethisch vertretbares Konzept von Zivilgesellschaft braucht so etwas wie ‚Verbände‘. 2. Traditionelle Verbände erhalten neue Funktionsbestimmungen und damit Entwicklungsperspektiven, wenn sie in einen zivilgesellschaftlichen Rahmen gestellt und von hier aus neu gedeutet werden. Anders formuliert: Gerade aus Perspektive der Diskussion um die Zivilgesellschaft und veränderte Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung lohnt ein ‚neuer‘ Blick auf die ‚alten‘ Verbände.

2 Begriff und Idee der ‚Zivilgesellschaft‘

Der Begriff der ‚Bürger- oder ‚Zivilgesellschaft‘ ist binnen eines Jahrzehnts zu einem

‚Sympathiebegriff‘ (Evers 1999) avanciert, um den herum sich nicht nur Fachdiskurse, sondern auch die politischen Parteien in seltener Einmütigkeit scharen.³ Ungekehrt hat so viel Konsens bei nicht wenigen erhebliches Misstrauen erzeugt. In der Tat ist die Rede von der Bürgergesellschaft in mancherlei Hinsicht zunächst sehr vage geblieben.

Mittlerweile sind deutliche Präzisierungen zu verzeichnen, und zwar sowohl was die Theoriebildung zur Zivilgesellschaft⁴ angeht, als auch in der Frage, wie sich diese Idee in gesellschaftspolitische Praxis ausbuchstabieren lassen könnte⁵. Gleichwohl weist der Diskurs um die Zivilgesellschaft nach wie vor eine Reihe offener Fragen auf: Wie kann gewährleistet werden, dass die (relativ ‚zerbrechlichen‘) Sozialformen selbstorganisierter Öffentlichkeit tatsächlich Einfluss gewinnen gegenüber den machtvollen Akteuren aus Staat (Politik und Verwaltung) und Wirtschaft – und nicht auf ‚bürgerschaftlichen Spielwiesen‘ beschränkt bleiben? Wie kann gewährleistet werden, dass alle gesellschaftlichen Gruppen an der politischen Meinungsbildung teilhaben und nicht nur einzelne, ohnehin in hohem Maße gesellschaftlich integrierte Gruppen? Wie kann gewährleistet werden, dass die politische Willensbildung, die sich in Sozialformen selbstorganisierter Öffentlichkeit vollzieht, mit dem staatlichen (repräsentativ-demokratisch organisierten) parlamentarischen Entscheidungssystem transparent, wirksam und krisenfest verschränkt wird? Wie kann gewährleistet werden, dass der digitale (d.h. ortlos gewordene, sozial entbettete) Kapitalismus an seine gesellschaftlichen Grundlagen rückgebunden und zugleich die sozialstaatlichen Grundlagen ziviler Gesellschaft gesichert sind? Wie kann gewährleistet werden, dass ein zivilgesellschaftliches ‚Empowerment‘ der BürgerInnen nicht auf lokale Reservate beschränkt bleibt, sondern auch in der ‚großen Demokratie‘ auf Landes-, Bundes-, Europa- und internationaler Ebene wirkungsvoll wird?

3 Kampagne der KAB Münster zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Die KAB im Bistum Münster (gegründet 1898) organisiert derzeit 44.000 Frauen und Männer in 366 Vereinen. Fragen der Arbeitswelt und das konkrete Engagement über den Verein hinaus – ursprünglich zentrales Anliegen des Verbandes – sind aktuell nicht überall ausreichend im Blick. Oft erscheinen die Vereine als nach innen orientiert und in der Gewinnung von Neumitgliedern eher hilf- und ratlos. Etwa ein Drittel der Mitglieder ist jünger als 60 Jahre. Öffentliche und kirchliche Zuschüsse sind von Kürzungen bedroht. In den Jahren 1998-2002 hat die KAB im Bistum Münster im Rahmen eines breit angelegten Leitbild- und Organisationsentwicklungsprozesses ihre Arbeit neu strukturiert.

3.1 ‚Motor für Demokratie im Ort‘

Vor diesem Hintergrund entstand im Jahr 2001 die Idee zu ‚Motor für Demokratie im Ort‘. Eine Kampagne der KAB im Bistum Münster zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements anlässlich des Diözesantags 2002. Die Kampagne sollte den zentralen Rahmen und inhaltlichen Schwerpunkt für die Verbandsarbeit bis 2004 markieren und Anregungen geben, über den Tellerrand vereinsinterner Selbstbeschäftigung hinauszublicken.

Auf dem Diözesantag 2002 in Hamm wurde von Delegierten aller KAB-Vereine eine Kampagnen-Plattform diskutiert und verabschiedet, die als erstes Ziele der Kampagne formuliert: ‚Mit der Förderung bürgerschaftlichen Engagements will die KAB einen Beitrag leisten zur Stärkung der Demokratie durch Aktivierung von BürgerInnen, die regionalen Lebensräume verantwortlich mitzugestalten‘. Quer zu den Zielen wurden vier Felder gesellschaftlicher Entwicklung herausgehoben, denen sich die KAB mit ihrem Engagement besonders verpflichtet fühlt: Beteiligungsformen in der Demokratie,

Soziale Hilfe mit Gesicht, Schritte zur Tätigkeitsgesellschaft, Gerechte Verteilungsmechanismen.

Die Resonanz im Verband war groß: 174 örtliche Vereine haben teilgenommen, was knapp 50% der KAB-Gruppen im Bistum Münster ausmacht. Vom Frühjahr 2003 bis zum Herbst 2004 lief die Umsetzung der lokalen Aktivitäten.⁶ Flankiert wurde die Kampagne durch mehrere Regionaltreffen, eine Studententagung mit politischen Gesprächen zum Thema Bürgerengagement sowie eine Filmdokumentation. Den Schlusspunkt setzte im Juni 2004 ein großes Fest, auf dem mehr als 100 engagierte Gruppen ihre Projekte vorstellten und Forderungen der KAB zur Förderung des Bürgerengagements veröffentlicht wurden. Die Kampagne beschrieb damit einen Spannungsbogen, der von einer grundsätzlichen Analyse gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen in der Kampagne-Plattform über Erfahrungen in konkreten Projekten wieder hin zu gesamtgesellschaftlichen Ergebnissen führte.

3.2 Ergebnisse und Erfahrungen

Die Kampagne ‚Motor für Demokratie im Ort‘ der KAB im Bistum Münster hatte auf einer ersten Ebene den Charakter eines *Projekte-Generators*: sie hat zahlreiche Initiativen und Aktivitäten ausgelöst oder doch zumindest gebündelt. Darüber hinaus hatte die Kampagne jedoch auf einer zweiten Ebene den Charakter eines *Laboratoriums*: in vielfältigen praktischen ‚Versuchsanordnungen‘ hat die KAB erprobt, wie sie heute ihre Aufgabe in Kirche und Gesellschaft neu definieren könnte und welche Resonanzen sie damit in ihrem Umfeld auslöst. Welche Erfahrungen wurden dabei gemacht? Es ist den beteiligten KAB-Gruppen gelungen, durch ihre Aktivitäten greifbare Ergebnisse zu erzielen und an vielen Orten Spuren in Form umgesetzter Projekte, aber auch in Form längerfristiger Veränderungen zu hinterlassen.

Diese greifbaren Ergebnisse haben die meisten KAB-Gruppen nicht im ‚Alleingang‘ erzielt: es ist ihnen vielmehr gelungen, für ihre Aktionen und Projekte Bündnispartner zu finden. Anders ausgedrückt: Es ist einer Reihe von KAB-Gruppen gelungen, punktuell Netze über den kirchlichen Raum hinaus zu bilden. Zusammengekommen kommt den beiden gerade genannten Aspekten eine Bedeutung zu, die über punktuelle Aktionen hinaus weist: KAB-Gruppen agieren hier als Motoren, als Initiatoren für die Gestaltung des lokalen Raums, fungieren als Kristallisationskern und Plattform für bürgerschaftliche Mitgestaltung – und stiften einen Nutzen, der der gesamten Bevölkerung im Ort zu Gute kommt.

Manche KAB-Gruppen haben Fragen aufgegriffen, die (wie z.B. der interkulturelle Austausch) als schwieriges Thema gelten und ernsten dafür Respekt: ‚Die machen auch noch etwas andere als Kartenspielen oder Fahrradtouren‘. Dabei wurde dieser Schritt von der gemeinsamen *Freizeitgestaltung* hin zur Auseinandersetzung mit *gesellschaftspolitischen* Themen nicht im internen Zirkel der eigenen Gruppe vollzogen (, Vortrag‘), sondern als Aktion im öffentlichen Raum.

Die Beteiligung an der Kampagne hat den Mitgliedern der KAB-Gruppen die Möglichkeit geboten, ihre christlichen Grundüberzeugungen in der Praxis zum Tragen zu bringen: Einsatz zeigen für Menschen, die am Rande sehen und Hilfe brauchen. Die KAB und ihre Gruppen bleiben nicht auf der Aktionsebene stehen, sondern formulieren ausgehend von ihren Erfahrungen Handlungskonsequenzen. Konsequenzen für den eigenen Verband, aber auch an die Adresse anderer gesellschaftlicher Akteure, namentlich die Politik in Kommunen, Land und Bund. Ausgehend von der Tatsache, selbst gehandelt und konkrete Beiträge zur Stärkung der Demokratie und des sozialen Zusammenlebens geleistet zu haben, sieht sich die KAB als berechtigt und autorisiert an, auch Forderungen

aufzustellen (Motto: ‚Handeln und fordern‘). Neben Erfolgen wurden auch Grenzen sichtbar.

Die KAB hat ihren Ursprung in der Arbeiterbewegung (siehe oben). In der Kampagne nehmen jedoch Fragen der Arbeitswelt eine ausgesprochene Randstellung ein. Schwerpunkt der Projekte und Aktionen ist vielmehr eindeutig das Thema ‚Familie‘. Den Schritt in die manchmal durchaus ‚ungemütliche‘ gesellschaftliche Öffentlichkeit haben *vielen* Gruppen der KAB Münster getan, aber längst nicht *alle*. Manche Gruppen, so stellen die Verantwortlichen selbst nüchtern fest, seinen ehr ein ‚besserer Heimatverein‘, dem ‚der Blick über den Tellerrand hinaus‘ fehle. Die KAB hat sich durch das von ihr initiierte bürgerschaftliche Engagement an vielen Orten als ‚gestaltender Verband‘ gezeigt. Welche Hinweise ergeben sich aus diesen Erfahrungen grundsätzlich für die Frage nach der Rolle von Verbänden in der Bürgergesellschaft?

4 Perspektiven für Verbände in der Bürgergesellschaft

Den traditionellen Verbänden – auch, aber nicht nur der KAB – könnte mit Blick auf die oben formulierten offenen Fragen des zivilgesellschaftlichen Diskurses eine ungeahnt aktuelle Funktion zukommen. Sie sind sicher nicht der alleinige Schlüssel bei der Suche nach adäquaten Antworten, können aber einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Um welche Funktionen, die zugleich die eigene Rolle als Verband neu definieren, geht es konkret? Fünf Aspekte seien genannt:

4.1 Netzwerke bieten

Verbände können einen strukturellen Rahmen bieten, in den kleinere bürgerschaftliche Gruppen, Vereine, Initiativen und Projekte sich einklinken, der ihnen eine gewisse Infrastruktur bietet (von administrativen Dienstleistungen über den Austausch mit anderen Initiativen bis zu Fortbildungen) und sie dadurch stärkt und stabilisiert, ohne ihnen ihre Autonomie zu neh-

men. Dieser Aspekt wurde in der Münsteraner Kampagne zunächst v.a. für die KAB-Gruppen selbst realisiert, punktuell aber auch für verbands-externe Gruppierung. Für die Verbände ist damit eine dreifache Herausforderung verbunden: (erstens) Offenheit zu zeigen und ‚fremden‘ bürgerschaftlichen Projekten, Gruppen oder Initiativen (vorübergehend oder längerfristig) eine Heimat zu bieten, jedoch (zweitens) diese Gruppen nicht zu vereinnahmen und dabei gleichzeitig (drittens) ein spezifisches Profil zu behalten bzw. weiter zu entwickeln, um nicht zu einem beliebigen ‚Sammelbecken‘ von Initiativen jedweder Couleur zu werden. Speziell die KAB könnte sich dabei entweder in ihrem traditionellen Themengebiet ‚Arbeitswelt‘ oder in ihrem aktuell in den Vordergrund tretenden Schwerpunkt ‚Familie‘ profilieren.

4.2 Intermediäre Mittler sein

Bürgerschaftliches Engagement kristallisiert sich zunächst vor allem auf der lokalen Ebene, wo Menschen unmittelbar mit bestimmten, sie direkt oder indirekt betreffenden Problemstellungen konfrontiert sind, und wo sie zugleich am ehesten Chancen sehen, durch ihr Engagement Einfluss nehmen zu können. In nicht wenigen Fällen wird jedoch schnell deutlich, dass die Probleme, die zum Anstoß für bürgerschaftliches Engagement werden, nur begrenzt auf der örtlichen Ebene ‚gelöst‘ werden können, weil die Gesetzgebung höherer föderaler Ebenen (Land, Bund, Europäische Union) berührt wird (Sozialgesetzgebung, Baugesetzgebung usw.), es um die potentielle Beeinflussung gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen geht (Umweltverhalten, Einstellung zu sozialen Randgruppen usw.) oder internationale politische Willensbildung (z.B. Friedens- und Entwicklungspolitik) angesprochen ist. Gleichzeitig machen engagierte BürgerInnen die Erfahrung, dass es für lokale Gruppierungen ausgesprochen schwierig ist, sich ‚auf höherer Ebene‘ Gehör zu verschaffen – v.a. dann, wenn nicht

die traditionellen Wege politischer Willensbildung (also etwa über die bestehenden Parteien) beschritten werden sollen. Der Versuch, Bündnisse mit ‚Gleichgesinnten‘ an anderen Orten zu entwickeln, erweist sich in der Regel als mühsam. Hier bietet die Sozialform ‚Verband‘ die Chance, Erfahrungen, die im lokalen Raum mit ganz konkreten Projekten gemacht werden, in einen Meinungsbildungsprozess einzubinden, der die örtliche Ebene überschreitet. Die so gewonnenen Positionen können Einfluss gewinnen auf die Entscheidungsprozesse in Land und Bund und somit – im günstigen Fall – positive Veränderungen jener Rahmenbedingungen bewirken, die wiederum wesentlich die lokalen Handlungsmöglichkeiten bestimmen. Verbände haben hier die Funktion von ‚Transmissionsriemen‘, die lokale bürgerschaftliche Bewegungsenergie auf höhere Gestaltungsebenen transportieren. Als Beispiel für die Neugründung einer solchen verbandsähnlichen Sozialform kann attac (vgl. www.attac.de) dienen, in der sich eine Vielzahl von Gruppen, die sich zur Bewegung der Kritik an den Folgen von Globalisierung rechnen lassen, auf Ebenen von Nationalstaaten, auf Europaebene und weltweit organisiert haben.

Die KAB-Kampagne liefert ohne Frage viele Hinweise dafür, dass die damit angesprochene Funktion von Verbänden, intermediäre Mittler zwischen gesellschaftlichen Teilbereichen und zwischen den föderalen Ebenen zu sein, keineswegs ein nur theoretisches Postulat darstellt. In ihrem Rahmen ist es gelungen, unterschiedliche (bürgerschaftliche) Gruppen und Initiativen zusammenzuspannen, Bürgerschaft, Kommunalpolitik bzw. -verwaltung und Einrichtungen des dritten Sektors in Dialog und Kooperation zu bringen sowie (eine gewisse) Aufmerksamkeit zumindest auf der Landesebene zu erreichen. Deutlich geworden ist aber auch, dass diese Effekte erstens nicht voraussetzungslos sind und zweitens in ihrer Wirksamkeit nicht überschätzt werden sollten.

4.3 Milieus ins Gespräch bringen

Die Erfahrung zeigt, dass stärker formalisierte und klar strukturierte Engagementformen (z.B. Vereine) eher geeignet sind, auch beteiligungs-ungewohnte BürgerInnen anzusprechen, als dies bei Engagementformen der Fall ist, die an ihre (potentiellen) Mitglieder hohe Anforderungen bezüglich Selbstorganisation, diskursive Meinungsbildung usw. stellen (vgl. Brömmel/Strasser 2001). Insofern bietet der Verband als Gesamtgefüge die Chance, unterschiedlichen Gruppen und Milieus von BürgerInnen einen Ort für Zugehörigkeit und Engagement zu bieten und sie so ins Gespräch miteinander zu bringen. Dass es in einem Verband tatsächlich gelingen kann, ‚DenkerInnen‘ und ‚MacherInnen‘ (und diese aus durchaus unterschiedlichen Gruppierungen) in eine gemeinsame Initiative zu integrieren, hat die KAB-Kampagne gezeigt. Sie hat aber auch deutlich gemacht, wie schwierig es ist, beide Dimensionen – praktisches Handeln und Reflexion – in einen wirklichen Zusammenhang zu bringen. Hier stehen die Verbände vor nicht unerheblichen Herausforderungen, was eine geschickte strategische Steuerung angeht.

4.4 Einfluss nehmen auf Ökonomie

Gerade eine ‚Zivilisierung des Marktes‘ unter den Bedingungen des ‚digitalen‘ und globalisierten Kapitalismus (vgl. Böhnisch/Schroer 2004) erfordert starke Mitspieler im Bereich des dritten Sektors; Akteure, die über einzelne Initiativen, Projekte und Vereinigungen hinausgehen. Auch hier läge eine wichtige Funktion von Verbänden in der Zivilgesellschaft. Die konjunktivische Formulierung erscheint allerdings gerade auch vor dem Hintergrund der Münsteraner Erfahrungen angemessen zu sein. In der Vorbereitung der Kampagne war die Themen Wirtschaft und v.a. Arbeitswelt durchaus im Blick. Hier war – von ihrer Tradition als Arbeiterbewegung her völlig stringent – die Aufmerksamkeit der

KAB sogar signifikant höher als bei anderen großen Verbänden des dritten Sektors, die sich in den vergangenen Jahren mit der Zivilgesellschafts-Thematik auseinandergesetzt haben, wie z.B. die Kirchen, die Jugend- und die Wohlfahrtsverbände. In der Kampagne selbst traten Ökonomie, Arbeitswelt usw. jedoch völlig in den Hintergrund. Erscheinen hier anderen Themen (z.B. Familie) als überschaubarer, weniger konfliktreich, Erfolg versprechender? So muss an dieser Stelle die Frage offen bleiben, ob – neben den Gewerkschaften und den Wirtschafts- bzw. Arbeitgeberverbänden sowie neueren globalisierungskritischen Bewegungen (z.B. attac) – überhaupt Verbände in Sicht sind, die sich in folgenreicher Weise in Fragen einer Gestaltung ökonomischer Prozesse einmischen.

4.5 Forum für Wert-Diskurse sein

Die Zivilgesellschaft setzt zunächst auf bestimmte Regeln für das Zusammenspiel ihrer Akteure (Gewaltfreiheit, Toleranz usw. – siehe oben), geht aber nicht von bestimmten unumstößlichen, allen vorgegebenen Normen aus. Gleichwohl ist sie darauf angewiesen, dass ihre Akteure bestimmte inhaltliche Werte in den gesellschaftlichen Verständigungsprozess einbringen. Hier liegt die Bedeutung gerade weltanschaulich geprägter Verbände. Mit Blick auf die KAB käme es dabei darauf an, dass sie ihre Optionen für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, für Solidarität mit Menschen am Rande und für die Bewahrung der Schöpfung in den zivilgesellschaftlichen Diskurs einbringt und begründet. Wie alle anderen Gruppen und Verbände stünde sie dabei vor der spannungsreichen Herausforderung, einerseits ein klares, auch nach außen erkennbares Profil auszubilden, andererseits gegenüber anderen Gruppierungen gesprächsoffen zu sein.

Mit diesen hier skizzierten fünf Aufgaben bzw. Funktionen würden ‚Verbände‘ zu wichtigen korporativen Akteuren in der Zivilgesell-

schaft werden. Zugespißt formuliert: Gäbe es ‚Verbände‘ nicht bereits, müsste man sie geradezu erfinden. Freilich würde es sich dabei um Verbände handeln, die sich anders darstellen und die anders agieren als im traditionellen deutschen Korporatismus (siehe oben), der die Wirkungsentfaltung kleiner bürgerschaftlicher Initiativen eher behindert als fördert. In diesem Zusammenhang wäre auch das Subsidiaritätsprinzip zu entgrenzen (d.h. nicht auf den Grundsatz ‚freie Träger haben Vorrang vor öffentlichen‘ einzuschränken) bzw. auf seinen Kern zurückzuführen: auf den Grundsatz des Rechts auf Autonomie *und* Unterstützung kleinerer Assoziationen durch größere.

Solche ‚Verbände‘ brauchen nicht aus dem Nichts kreiert zu werden. Die bestehenden Organisationen bieten Anschlussmöglichkeiten - und doch müssen sie unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen und angesichts neuer Herausforderungen sozusagen ‚neue erfunden‘, neu definiert werden. Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung KAB hat mit ihrer Kampagne ‚Motor für Demokratie im Ort‘ wichtige Schritte in diese Richtung getan. Jetzt kommt es darauf an, dass sie diesen Weg weiter geht und nicht zur Tagesordnung zurückkehrt. Und: Andere Verbände können sich zu vergleichbaren Schritten inspirieren lassen.

Paul-Stefan Roß ist Professor für Sozialarbeitswissenschaft an der Berufsakademie Stuttgart und war Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Kampagne. Kontakt: ross@ba-stuttgart.de.

Ortrud Harhues ist Leiterin des Bildungswerks der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung im Bistum Münster. Kontakt: ortrud.harhues@kab-muenster.de.

Tim Termhorst studiert Politikwissenschaft und ist Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit bei der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands in Köln.

Anmerkungen

¹Die jeweils von einem Bischof geleiteten ‚Diözesen‘ oder ‚Bistümer‘ sind die regionalen Gliederungen der Katholischen Kirche.

²Vgl. ausführlich Harhues u.a. 2005.

³Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom November 2005 hat es der Begriff zu einem eigenen Kapitel gebracht (Kapitel 8 ‚Bürgergesellschaft stärken‘).

⁴Vgl. als wichtigen Meilenstein in der Theoriebildung Klein 2001.

⁵Vgl. exemplarisch Enquetekommission 2002; Ross/Klie 2004; Pröhl u.a. 2002.

⁶Beispiele sind etwa ein Projekt ‚Sicherer Schulweg‘, Bau einer Wanderhütte, PC-Ausstattung einer Grundschule, Unterstützung einer Schule für Menschen mit Lernbehinderungen, Aktion ‚Familien(t)räume‘, internationales Friedensfest usw. Zur Dokumentation der durchgeführten Projekte vgl. KAB 2004 sowie Harhues u.a. 2005, 32-38.

Literatur

Böhnisch, L./Schroer, W. 2004: Bürgergesellschaft und Sozialpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B14, 16-22.

Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ des Deutschen Bundestages (Hg.) 2002: Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen.

Evers, T. 1999: Bürgergesellschaft – Ideengeschichtliche Irritationen eines Sympathiebegriffs. In: Rundbrief Bürgerbeteiligung, 2. Jhg. Nr. 3, 12-19.

Harhues, O./Ross, P.-St./Schäfers, M./Termhorst, T. 2005: Vorwärts zu den Wurzeln. Eine ‚alte soziale Bewegung‘ erfindet sich neu als Motor der Bürgergesellschaft. In: Schäfers, M./Zimmermann, J. (Hg.): Partizipation. Von Eigenverantwortung, Solidarität und bürgerschaftlichem Engagement (Reihe: Zukunft der Arbeit Bd. 3). Münster, 21-92.

Heinze, R. 1981: Verbändepolitik und Neokorporatismus. Opladen.

KAB Diözesanverband Münster (Hg.) 2004: Für dich, für mich, für alle! Bürgerengagement für eine l(i)ebenswerte Gesellschaft. Ein Film von Agnes Bläsen Jansen und Dirk Schulte. Köln.

Klein, A. 2001: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge in der neueren Begriffsverwendung. Bürgerschaftliches Engagement und Non-Profit-Sektor, Bd. 4. Opladen.

Pröhl, M./Sinning, H./Nährlich, S. (Hg.) 2002: Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland. Anforderungen und Qualitätsbausteine. Bd. 3: Ergebnisse und Perspektiven des Netzwerks CIVITAS. Gütersloh.

Ross, P.-S./Klie, T. 2004: Bürgerschaftliches Engagement und seine Förderung im Land und in der Kommune. Anmerkungen zur Praxis zivilgesellschaftlicher Konzepte auf Grundlage der Erfahrungen aus Baden-Württemberg. In: Rosenzweig, Beate/Eith, Ulrich (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft? Schwalbach/Ts., 73-105.

FORSCHUNGSBERICHT

Neue Studie: Rechte Szene auch im Osten out

HipHop, Skateboarder und Punks sind am populärsten – die Rechten stehen auch bei ostdeutschen Jugendlichen auf der Anti-Beliebtkeitsskala ganz oben, fand jetzt das Berliner Archiv der Jugendkulturen heraus.

Aus westdeutscher Perspektive erzeugte die Maueröffnung ein interessantes Phänomen: In den 1980er Jahren war Neonazismus in den Altbundesländern noch ein großes Thema. 1989/90 verschwand der westdeutsche Rechtsextremismus plötzlich von der Agenda der Medien

und der politischen Bildung. Für Rechtsextremismus war nun der Osten Deutschlands zuständig. Der Eindruck wurde erweckt, als seien Neonazis die dominante Jugendkultur Ostdeutschlands, ganze Städte als ‚national befreite Zonen‘ in der Hand der Rechtsextremen. Doch auch wenn es immer wieder kolportiert wird, ist es noch lange nicht wahr. Denn fast alles, was wir über ‚die Jugend‘ und ihre Kulturen wissen, wissen wir aus den Massenmedien. Diese sind aber naturgemäß vor allem an dem Extremen und dem Negativen interessiert. Sie leben nun einmal davon, stets das Außergewöhnliche, Nicht-Alltägliche in den Vordergrund zu rücken: Jugendliche, die sich monatelang in antifaschistischen Jugendgruppen oder Schülerinitiativen wie ‚Schule ohne Rassismus‘ aktiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagieren, sind in der Regel kaum der Lokalzeitung ein paar Zeilen wert; drei randalierende Neonazis, die ‚Sieg heil!‘ gröhrend durch ein Dorf laufen, erfahren sofort eine bundesweite Medienresonanz. Vor allem, wenn sie aus dem Osten Deutschlands stammen.

Richtig ist, dass Fremdenphobie in den neuen Bundesländern stärker grassiert als im welt-offener sozialisierten westdeutschen Bürgertum. Richtig ist auch, dass die Gewaltbereitschaft männlicher ostdeutscher Jugendlicher größer ist als die ihrer westdeutschen Altersgenossen. Das ist allerdings nicht nur eine Folge ost-/westdeutscher Prägung (des fast kompletten Fehlers der Mittelschicht in den neuen Bundesländern), sondern auch der im Osten vorherrschenden kleinstädtischen Struktur. Hier – und nur hier – hat eine Handvoll Neonazis die Chance, durch Besetzung strategisch wichtiger Räume (Bahnhofsvorplatz, Bushaltestelle vor der Schule usw.) und permanente Zurschaustellung körperlicher Aggressivität eine ganze Stadt zu ‚kontrollieren‘, unerwünschte ‚Fremde‘ zu vertreiben. Und darum geht es der rechten Szene schließlich: Der militante Neonazismus ist für die Mehrzahl der Angehörigen rechtsextremer

Cliquen weniger ein strategisches politisches Konzept, sondern der Versuch, ihr kleines Stück Umwelt – so weit ihre Blicke und Fäuste reichen – frei von jeglichem ‚Fremden‘ zu halten – seien es die linken ‚Zecken‘ (Punks u. a.), die ‚multikulturellen‘ HipHopper und Skateboarder, Selbstbewusstsein ausstrahlende Frauen oder die ‚Ausländer‘. Das Idealbild der Rechtsextremen ist ein absolut statisches: Selbst wenn sie einmal für einen längeren Zeitraum ihre Heimatstadt verlassen mussten, was sie höchst ungern und deshalb meist nur gezwungenermaßen tun, etwa, um eine Haftstrafe abzusitzen, möchten sie nach ihrer Heimkehr alles unverändert vorfinden. Schon die neue Frisur der Freundin (sofern vorhanden) oder der Wechsel der Stammkneipe zu einer unbekannten Brauerei kann sie zutiefst verstören. Und dann schlagen sie empört zurück.

Nicht ein wachsendes politisches Interesse, sondern die extreme Gewaltbereitschaft der rechten Szene führte in den 1990er Jahren zwangsläufig dazu, dass sich der kulturelle Alltag vieler Jugendlichen auf die einzige Frage zuspitzte: Bist du rechts oder links?

Bist du rechts oder links?

Definitionsmerkmale für ‚rechts‘ und ‚links‘ waren (und sind) dabei nicht fundierte politische Positionen, sondern subkulturelle Stilelemente (Kleidungsmarken, Musikgeschmack) und die Einstellung zu ‚Ausländern‘. Wir wissen aus zahlreichen Studien seit der berühmten Sinus-Studie von 1979/80, dass etwa jeder achte Deutsche über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügt und 30 bis 45 Prozent der Deutschen fremdenfeindlich denken (entgegen der öffentlichen Wahrnehmung Jugendliche signifikant weniger als 35-55-Jährige). Zugleich lehnt aber die Mehrheit der Jugendlichen – auch in den neuen Bundesländern – die militante rechte Szene ab und will mit deren Angehörigen im persönlichen Umfeld nichts zu tun haben (vgl. etwa die SHELL-Studien). Dies zeigt sich

beispielsweise an der von der rechtsextremen Szene produzierten Musik: In jeder Schulklasse Deutschlands sind Bands wie Landser oder Die Zillertaler Türkenjäger wohlbekannt. Hunderttausende von Jugendlichen haben sich deren Lieder von Freunden kopiert oder aus dem Internet heruntergeladen.

Doch in unseren Workshops und Diskussionen mit SchülerInnen, zum Beispiel im Rahmen des ‚Culture on the Road‘-Programms, erfahren wir immer wieder, dass sogar nur ein Teil der Jugendlichen, die diese Musik kennen, sie wirklich mag. Die meisten Jugendlichen ordnen ‚Rechtsrock‘/rechtsextreme Liedermacher musikalisch wie inhaltlich auf einer Skala zwischen ‚langweilig‘ und ‚ekelhaft‘ ein. Rechtsextreme Musik aus Deutschland ist mit ganz wenigen Ausnahmen grottenschlechter Agit-Prop von Musikern, die weder spannende Geschichten zu erzählen wissen noch ihre Instrumente beherrschen: Musik aus der Szene nur für die bereits Recht(s)gläubigen in der Szene. Die größte Faszination dieser in der Regel ein aggressiv rassistisches Weltbild transportierenden Musik ist offenbar das Provokative, der Ruch des Verbotenen: Jede Indizierung treibt die Verkaufs- und Kopierzahlen in die Höhe.

Geschichte des Wandels

In den ersten Jahren nach der Maueröffnung waren ‚die Rechten‘ die Helden vieler Gleichaltriger. Fragte man in einer beliebigen ostdeutschen Schulklasse, wer sich denn zur rechten Szene zähle, zeigten bereitwillig gleich mehrere SchülerInnen auf. ‚Rechts sein‘ war einfach das Schärfste, Coolste, Provokativste auf dem jugendkulturellen Identitätsmarkt, mit dem man sowohl dem alten Regime als auch den arroganten Eroberern aus dem Westen und den mit ihnen auftauchenden ‚Fremden‘ eine hereinwürgen konnte. In dem ersten spektakulär von Neonazis besetzten Haus in der Ostberliner Weitlingstraße tummelten sich tagtäglich bis zu ein-

hundert SchülerInnen aus der Nachbarschaft, um dort ihre Hausaufgaben zu erledigen, Rechtsrock zu hören und mit echten Neonazis ins Gespräch zu kommen.

Die Kader debattierten bereits ernsthaft, mit welcher Partei sie zukünftig im Berliner Parlament koalieren könnten. Die ersten Wahlen brachten Ernüchterung: Die Eroberung der Parlamente fiel aus (und ist bis heute – mit wenigen Ausnahmen, wie in Sachsen 2004 – gescheitert). Dann geschahen die Morde von Mölln und Solingen. Konnten die rassistischen Pogrome von Hoyerswerda und Rostock innerhalb der rechten Szene noch als Erfolg verbucht werden (die etablierte Politik reagierte mit der weitgehenden Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl), so war mit der Ermordung von Frauen und Kindern der Zenit überschritten: Die bisher schweigende oder applaudierende Mehrheit der deutschen Bürger ging auf Distanz. Auf diese brutale und zudem imageschädigende Art wollte man die ungeliebten ‚Ausländer‘ nun doch nicht loswerden.

Vor allem unter Jugendlichen verloren die Rechten deutlich an Sympathie. Die anhaltende extreme Gewaltbereitschaft gegen jedermann, der nur ein wenig anders war (Aussehen, Sprache) als die Rechten selbst, schreckte ab. Immer mehr Jugendliche, auf der Suche nach einer Gemeinschaft, nach Sinn und Spaß, wandten sich ab Mitte der 1990er Jahre der ‚Konkurrenz‘ zu. So fühlen sich heute auch ostdeutsche Jugendliche wie die Gleichaltrigen im Westen mehrheitlich der HipHop- und Skateboarder-Szene verbunden, sind Techno-, House-, Punk-, Hardcore-, Reggae- oder Soul-Fans. Die Rechtsextremen gelten heute nicht mehr als die Avantgarde von morgen, sondern als die letzten Deppen von gestern, die es immer noch nicht geschafft haben, auf den Zug der Zeit zu springen. Daran ändern auch bunte Kostümierungen einzelner Vorzeige-Neonazis wenig, die strategisch clever bei medienwirksamen Auftritten Che-Guevara-, Trägerhem-

den‘, Palästinensertücher und Beckham-Iros spazieren führen.

Dass Neonazis derzeit die (anderen) Jugendkulturen entdecken und massiv versuchen, wo immer möglich einen Fuß in die Tür – bzw. Party – zu bekommen, hat gute Gründe: Für viele Jugendliche sind Jugendkulturen emotional stark besetzte Beziehungsnetzwerke. Denn dort kommt alles zusammen, was Jugendliche fasziniert: Musik, Mode, Körperkult, Gleichaltrigenstrukturen. Jugendkulturen sind *artificial tribes*, künstliche Stämme und Solidargemeinschaften, deren Angehörige einander häufig bereits am Äußeren erkennen. Sie füllen als Sozialisationsinstanzen das Vakuum an Normen, Regeln und Moralvorräten aus, das die zunehmend unverbindlichere, entgrenzte und individualisierte Gesamtgesellschaft hinterlässt.

Keine Jugendkultur zuvor hat so viele Junge aktiviert wie HipHop. Kreativität und *Realness* – authentisch sein – sind dort der einzige Weg, sich Respekt zu verdienen. Auch die Technoszene, Punks und Skateboarder haben deshalb keine Nachwuchssorgen, weil sie zumindest von den Kernszene-Angehörigen ein hohes Maß an Engagement fordern – und damit gerade für jene (Minderheiten) attraktiv werden, die genau so etwas suchen. Es sind oft die Kreativsten ihrer Generation. Denn trotz aller Kommerzialisierung – wo Jugendkulturen sind, ist die Industrie nicht fern – sind es schließlich die Jugendlichen selbst, die die Szenen am Leben erhalten. Sie organisieren die Partys und andere Events, sie produzieren die Musik, sie geben derzeit in Deutschland mehrere tausend szeneeigene Zeitschriften – sog. *Fanzines* – mit einer Gesamtauflage von mehr als einer Million Exemplaren jährlich heraus. Zumindest für die Kernszene-Angehörigen sind Jugendkulturen vor allem Orte der Kreativität und des Respekts, den sie sich durch aktives Engagement, nicht durch das Tragen der ‚richtigen‘ teuren Streetwear verdienen.

20 bis 25 Prozent der Unter-Dreißigjährigen („Jugend“ endet schon längst nicht mehr mit 18) gehören Jugendkulturen an, identifizieren sich mit ihrer Szene, tendenziell mehr in Großstädten als ländlichen Regionen. Doch das Wissen über und die Sympathie/Antipathie-Werte für Jugendkulturen unterscheiden sich kaum noch von Stadt zu Land, Ost zu West. Denn auch der Kreuzberger HipHopper erhält seine Infos über neue Tonträger/Events/Trends etc. in seiner Szene nicht auf der Straße, sondern via MTV, Internet und anderen Medien. So wirken sich regional unterschiedliche Lebensbedingungen jugendkulturell nicht mehr stark aus.

Um den Kern der Aktiven jeder Jugendkultur herum schwirrt ein großer Schwarm von Mitläufern und Sympathisanten, die nicht völlig in einer (einzigen) Jugendkultur aufgehen wollen, sich aber doch in zahlreichen Bereichen ihres Lebens an diesen orientieren. Die Minderheit der Szeneangehörigen ist zugleich der opinion leader und das role model für die Mehrheit der Gleichaltrigen. So geben sich in der Jugendkulturen-Präferenzstudie 2004/2005 des Archivs der Jugendkulturen rund zwei Drittel der befragten 1001 14-18-jährigen ostdeutschen SchülerInnen als Sympathisanten wenigstens einer Jugendkultur zu erkennen.

Bei dieser Erhebung wurden im Rahmen von Workshops zum Thema „Jugendkulturen“ mit SchülerInnen aller Schulformen kurze Fragebögen ohne Antwortvorgaben verteilt, die nach Sympathien/Antipathien für Jugendkulturen, Musikgenres etc. fragten. Um die Antworten nicht zu beeinflussen, wurden die Bögen gleich zu Beginn, noch vor der Vorstellung der ReferentInnen, verteilt. Anschließend wurde mindestens 90 Minuten mit den SchülerInnen über diese Themenkomplexe geredet, um Begründungen, Widersprüche und differenzierte Positionen zu erfahren. Nur diese Verzahnung von quantitativer und qualitativer Erhebung – schriftlicher Fragebogen und intensive mündliche

Gespräche – garantiert unseres Erachtens nach realitätsgerechte Erkenntnisse, die die Aussagekraft traditioneller, standardisierter „repräsentativer“ Erhebungen übertreffen. Nichtsdestotrotz wäre eine repräsentative Befragung sicherlich sinnvoll, ließ sich aber vom Archiv der Jugendkulturen mangels Fördermittel bisher nicht realisieren.

Welche Jugendkulturen/Szenen findest Du absolut gut/sympathisch?

(N = 1.001*) *Mehrfachnennungen möglich

1. HipHop-Szene (257)
2. Punks (233)
3. Skater (122)
4. Gothics/Gruftis (86)
5. Keine (84)
6. Techno (58)
7. Heavy-Metal-Szene (50)
Sprayer/Graffiti-Szene (50)
8. linke Szene (37)
9. rechte Szene (28)

Seit 1998 erforscht das Archiv der Jugendkulturen als einzige Einrichtung seiner Art systematisch jugendliche Szenen wie Punks, Skinheads, Gothics, Raver und Fußballfans. Dabei hat der von rund 100 Mitgliedern und 23 MitarbeiterInnen getragene Verein mehrere Modellprojekte entwickelt. So werden im Programm „Culture on the Road“ – u. a. finanziert von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Entimon-Programm und der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH – seit vier Jahren Fortbildungen für PädagogInnen, Eltern, Polizisten und andere Erwachsene sowie Projektstage für Schulen angeboten, bei denen authentische Szene-Angehörige Gleichaltrige zu kreativem Engagement anleiten und zugleich die bunte Vielfalt toleranter und gewaltablehnender Jugendkulturen schmackhaft machen sollen.

Den Spitzenplatz in der Popularitätsskala der Jugendkulturen nimmt nach wie vor die HipHop-Szene ein. Kein anderes Musikgenre ist so populär, keine andere Szene prägt so sehr die Sprache, Mode, Begrüßungsrituale und vieles mehr vor allem der 14-16-Jährigen beiderlei Geschlechts. HipHop-Fans und -Aktivisten (Rapper, DJs, Sprayer, Breakdancer) finden sich heute in jeder ostdeutschen (Klein-)Stadt, oft verschwistert und zum Teil identisch mit der Skaterszene (die ihr zweites großes Standbein in der Punkszene hat). Doch während die Skateboarder fast uneingeschränkte Beliebtheit genießen (nur 1 Prozent der – männlichen – Jugendlichen finden Skater unsympathisch), reagiert ein Teil der Jugendlichen (vor allem ab 16 Jahren) inzwischen genervt auf das bisweilen penetrant coole Macho-Gehabe und die zunehmende Aggressivität und Gewaltbereitschaft eines Teils der Szene sowie auf die mediale Überpräsenz – aus Szene-Sicht: den ‚Ausverkauf‘ – von Rap/HipHop bis in Castingshows und Tütensuppenwerbespots hinein. Ein wichtiger Anspruch der Jugendkulturen auf Exklusivität und Abgrenzungsmöglichkeiten gegenüber der gesamten langweiligen ‚Spießer‘-Welt der restlichen Gesellschaft lässt sich im HipHop kaum noch verwirklichen. HipHop ist längst Pop geworden.

Auch beim Punk spaltet sich die ostdeutsche Jugend in zwei etwa gleich große Lager: Einerseits erlebt Punk seit einigen Jahren einen erstaunlichen Popularitätsboom, begleitet von einer ebenfalls wachsenden Zahl an ostdeutschen Bands, Konzerten, Vertrieben, Fanzines, Hompages etc., andererseits ist der Punk-Stil rund einem Viertel der Jugendlichen deutlich zu extrem. Dass die Gothics oder Gruftis, wie die Szene der Schwarzen früher vorwiegend genannt wurde, trotz ihres ebenfalls deutlichen Aufschwungs (Marketingstudien sprechen inzwischen von mehr als 300.000 Szene-Angehörigen) gut doppelt so viele Gegner wie Fans unter den Gleichaltrigen hat, liegt im Wesentli-

chen an der immer wieder von Pfarrern, Lehrern und Medien kolportierten, aber nichtsdestotrotz falschen Vermutung, bei dieser weit und breit einzigen nicht männlich dominierten Jugendkultur handele es sich um ‚Satanisten‘. Das riecht nach Gewalt und wo Gewalt herrscht, geht die große Mehrheit der Jugendlichen auf Distanz (siehe auch traditionell Rocker, Skinheads und Hooligans oder aktuell die HipHop-Szene).

Aber wirklich eindeutig fällt das Urteil lediglich bei der rechten Szene aus: Während nur knapp drei Prozent der Befragten Sympathien für diese Szene äußern, sichern 50 Prozent der Befragten ihr den ersten Platz auf der Antipathie-Skala. Entscheidende Gründe für die Ablehnung sind die hohe Gewaltbereitschaft, der oft ebenso extreme Alkoholkonsum und die rigiden autoritären Strukturen, die im Widerspruch zu zentralen jugendlichen Bedürfnissen nach bewussten Grenzüberschreitungen und Regeln brechen stehen und selbstbewussten, individualistisch denkenden Jugendlichen unattraktiv erscheinen – vor allem, wenn sie bereits andere Jugendkulturen kennen gelernt haben.

Welche Jugendkulturen findest Du absolut schlecht/unsympathisch?

(N = 1.001*) *Mehrfachnennungen möglich

1. rechte Szene (500)
 2. Punks (209)
 3. Gothics/Gruftis (174)
 4. Satanisten (96)
 5. HipHop-Szene (75)
 6. Skinheads (74)
 7. Techno-Szene (64)
 8. Keine (36)
 9. Hooligans (34)
- linke Szene (34)

Kurz und gut: Auch für die Mehrzahl der ostdeutschen Regionen, Schulen, Jugendklubs etc. gilt inzwischen offenbar: Wer auf dem jugend-

kulturellen Beziehungsmarkt nicht zum Außen-seiter werden will, meidet die rechte Szene und wendet sich angesagteren Jugendkulturen zu, derzeit eben insbesondere HipHop, Punk und der Skaterszene. Deren Image ist traditionell anti-rechts, anti-rassistisch. Dass die rechte Szene selbst diese zumeist hybriden Kulturen als ‚nicht-deutsch‘ klassifiziert und Angehörige dieser Szenen oft Opfer brutaler rechter Gewalt wurden und werden, hat die Antisympathie in den letzten Jahren weiter verstärkt.

Nun führt aber der Boom dieser Szenen dazu, dass sich ihnen vermehrt sogar Jugendliche anschließen, die zu jenen 30 bis 45 Prozent der Deutschen gehören, die rassistisch denken. Nirvana- und Landser-Fan zu sein ist für diese kein Gegensatz mehr, HipHop mit rassistischen Texten, gewalttätige Gothics und Nazi-Punks sind randständige, aber dennoch existierende Phänomene. Anders als an westdeutschen Gymnasien tradiert, steht in den neuen Bundesländern die politische Reflexion über die identitätsstiftende Basis einer Szene beim Einstieg in dieselbe nicht unbedingt im Vordergrund. Sie entwickelt sich zumeist erst im Zuge des Hineinwachsens in die gewählte Szene, bei der Beschäftigung mit den Lyrics und Interviewstatements der Szene-Bands oder in Face-to-Face-Gesprächen und Internet-Chats mit anderen, langjährigen Szeneangehörigen. Damit sind Jugendkulturen heute, ob sie es mögen oder nicht, zu Orten der politischen Bildung und Streitkultur geworden. Es geht dabei nicht mehr um ‚links‘ oder ‚rechts‘ (Kategorien, mit denen die Mehrzahl der Jugendlichen ohnehin nichts anfangen kann), sondern um die Frage: Wem gehört die Jugendkultur? Auseinandersetzungen, die die Skinheadszenen schon seit zwanzig Jahren führt, haben nun auch HipHop, Techno, Punk, Gothic, Hardcore und viele andere Jugendkulturen erreicht. Das Eindringen von rechtsorientierten/xenophoben Jugendlichen in die anderen – spannenderen – Jugendkulturen sowie die Versuche der rechten Kameradschafts-

szenen, sich kulturell zu modernisieren, haben unfreiwillig eine neue Opposition geschaffen. Es geht um Besitzstände, um zwischenmenschliche Umgangsformen und den Wunsch nach gewaltfreien Events, nicht zuletzt um Grenzziehungen.

Das bedeutet nicht ‚Entwarnung‘. Selbstverständlich gibt es in allen Regionen Ostdeutschlands weiterhin deutlich sichtbarer als im Westen sehr kleine, aber hochgradig aggressive und aktive rechtsextreme Cliquen und ‚Kameradschaften‘; die Zahl der Gewalt- und anderen Straftaten bleibt konstant hoch oder steigt aktuell sogar wieder leicht an; noch immer denken mehr als ein Drittel der ostdeutschen Jugendlichen fremdenfeindlich bis offen rassistisch/antisemitisch. HipHop-Fan zu sein und gleichzeitig ‚gegen Ausländer‘ ist kein Widerspruch mehr. Doch die gleichzeitige Distanzierung von der gewaltbereiten rechtsextremen Szene ist ein erster hoffnungsvoller Schritt, der auf kulturelle Brüche in der Identität vieler dieser Jugendlichen verweist. Hier finden antirassistische Projekte Ansatzpunkte für ihr Engagement.

Dort, wo die Konkurrenz stark ist, wo eine breite Vielfalt jugendlicher Subkulturen herrscht, haben es Rechtsextreme erfahrungsgemäß schwer, überhaupt erst die gewünschte Dominanz über jugendliche Lebenswelten zu gewinnen. Die effektivste ‚Waffe‘ gegen rechte Szenen ist offensichtlich nicht (nur) der ‚Kampf‘ gegen rechtsorientierte Jugendliche und ihre kulturellen Ausdrucksformen, sondern die Förderung bzw. Duldung der auf dem jugendlichen Freizeit- und Identitätsmarkt mit den Rechten um den Nachwuchs konkurrierenden anderen – gewaltablehnenden, nicht-rassistischen, toleranten – Kulturen, der Respekt für die Jugendlichen, die sich entschieden haben, sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus, auch in ihrem eigenen Freundes-, Mitschüler- und Bekanntenkreis, zu wehren. Diese gilt es in Zukunft weiter zu bestärken und zu fördern. Denn stabilisieren wird sich dieser Trend erst dann,

wenn mehr Jugendliche auch den Mut finden, ihre Haltung eindeutig zu artikulieren.

Klaus Farin ist Fachautor, Lektor, Dozent und Leiter des Berliner ‚Archiv der Jugendkulturen e.V.‘ (www.jugendkulturen.de; www.culture-on-the-road.de). Kontakt: klaus.farin@jugendkulturen.de.

Literatur

Archiv der Jugendkulturen e.V. 2005: Jugendkulturen-Präsenzstudie 2004/2005. Berlin (unveröffentlicht).

Archiv der Jugendkulturen e.V. 2006 (Hg.): Pop und Politik. HipHop, Techno, Punk, Hardcore, Reggae/Dancehall. Berlin: Archiv der Jugendkulturen Verlag,.

FORSCHUNGSBERICHT

Nachhaltigkeit und Globalisierungskritik

1 Fragestellung

Was haben Nachhaltigkeit und Globalisierungskritik miteinander zu tun? Zwar bilden beide Themen gesellschaftliche Diskurse von großer Tragweite, jedoch werden sie in der Regel nicht zueinander in Bezug gesetzt. Globalisierungskritik wird gemeinhin mit der Kritik an den sozial-ökonomischen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung in Verbindung gebracht, Nachhaltigkeit dagegen eher mit ökologischen Belangen assoziiert. Deshalb ist der Umstand, dass in den zwei dominanten globalisierungskritischen Netzwerken Deutschlands¹ – ATTAC und BUKO – schon seit Jahren eine Diskussion der Nachhaltigkeitsidee existiert, erstaunlich und erklärungsbedürftig: Warum setzen sich globalisierungskritische Bewegungen überhaupt mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs auseinander? In welcher Art und Weise tun sie es? Was sagen die Ergebnisse dieser Auseinandersetzung über

die beiden Netzwerke aus? Diese Untersuchung ist der Versuch einer Antwort im Rahmen bewegungssoziologischer Theorien².

Zur Erklärung des vorgefundenen Phänomens wird auf Ansätze aus dem Bereich der Mobilisierungsforschung zurückgegriffen, speziell auf das von Snow, Benford et.al. in den 1980er Jahren entworfene Framing-Konzept. Dieses Konzept ist entwickelt worden, um die aktive Rolle von Bewegungsakteuren bei der Konstruktion von Deutungen untersuchen zu können. Framing-Theorien fragen nach den Strategien sozialer Akteure zur Durchsetzung ihrer jeweiligen Welt-sicht in der Öffentlichkeit. Frames werden hier verstanden als Deutungsmuster, die dabei helfen sollen, Unterstützung für die Anliegen einer Bewegungsorganisation einzuwerben. Der Erfolg einer Bewegung hängt im wesentlichen Maße von ihrer Fähigkeit ab, solche Deutungsmuster oder Frames strategisch klug zu entwickeln und im öffentlichen Diskurs zu platzieren (Snow/Benford 1986: 467). Framing-Aktivitäten stellen dynamische, interaktive und risikoreiche Prozesse dar, die sich von den Bewegungsakteuren nicht beliebig steuern lassen, sondern Einflüssen und Zwängen unterworfen sind, die sowohl aus dem Bewegungsinnern als auch aus der Bewegungsumgebung kommen.

Vor diesem theoretischen Hintergrund kann die Nachhaltigkeitsdiskussion der globalisierungskritischen Netzwerke als Deutungsstrategie interpretiert werden, die für die Akteure bestimmte Funktionen erfüllt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung geben Aufschluss über konkrete Bedingungen und Faktoren, welche die Konstruktion von Deutungsmustern durch eine Bewegungsorganisation beeinflussen – in diesem Fall die Deutung des Nachhaltigkeitskonzeptes durch die globalisierungskritische Bewegung in Deutschland.

2 Ergebnisse und Erklärungsansätze

Die Untersuchung hat ergeben, dass es in beiden Netzwerken zu einer sehr unterschiedlichen

Aufnahme des Nachhaltigkeitsdiskurses gekommen ist, und dass ebenfalls sehr unterschiedliche Schlussfolgerungen aus diesem Diskurs gezogen worden sind. Um die Gründe für die unterschiedliche Nachhaltigkeitsdiskussion bei ATTAC und BUKO zu verstehen, müssen sowohl exogene, von außen wirksame Faktoren als auch endogene, in der Bewegungsorganisation selbst liegende Faktoren betrachtet werden. Der Erklärungsansatz stellt dem Außenfaktor ‚Zeitraum und politische Gelegenheitsstruktur‘³ den Innenfaktor ‚Bewegungsprofil‘ gegenüber. Hierzu ein paar kurze Erläuterungen:

Zeitraum und politische Gelegenheitsstruktur: Die Konstruktion eines Deutungsmusters ist nicht nur von den konstruierenden Akteuren sondern auch von der sich im Zeitverlauf ändernden politischen Gelegenheitsstruktur abhängig. Politische Gelegenheiten sind nicht objektiv vorhanden, sondern müssen von den Akteuren erkannt und genutzt werden. Die politische Gelegenheitsstruktur für das Thema Nachhaltigkeit, hat sich von den 1990er Jahren bis heute verändert: Mitte der 1990er wurde das Konzept der nachhaltigen Entwicklung intensiv in der politischen Öffentlichkeit diskutiert, heute dagegen ist die Rede von Nachhaltigkeit ein fester Bestandteil des rhetorischen Repertoires von fast allen politischen Akteuren.

Bewegungsprofil: Jede Bewegungsorganisation ist einzigartig und erst die Kenntnis ihrer Besonderheiten ermöglicht ein tieferes Verständnis ihrer Handlungsweisen. Zum Bewegungsprofil zählen u.a. folgende Faktoren: Entstehungskontext des Netzwerkes, Mitglieder- und Organisationsstruktur, sowie das jeweilige Selbstverständnis als Organisation, aus dem dann bestimmte Ziele und Forderungen abgeleitet werden.

Nachhaltigkeit selbst ist kein einheitlich definiertes Konzept, das nur eine bestimmte Interpretationsmöglichkeit zulässt, sondern eine Formel, hinter der sich sehr verschiedene politische Ansätze verbergen können. Brand und Jo-

chum sind in ihrer Untersuchung des deutschen Nachhaltigkeitsdiskurses zu dem Ergebnis gekommen, dass mittlerweile eine Sichtweise von Nachhaltigkeit vorherrscht, die rhetorisch einseitig auf die Vorteile dieser Idee für alle gesellschaftlichen Akteure abzielt, dabei jedoch mögliches Konfliktpotential zwischen ihnen verschweigt (Brand/Jochum: 191). Beiden globalisierungskritischen Netzwerken ist gemeinsam, dass sie das Nachhaltigkeitskonzept vorrangig im Zusammenhang mit einer weltweiten Gerechtigkeitskrise des gesellschaftlichen und ökonomischen Systems thematisieren, die sich auch in der ökologischen Dimension ausdrückt. Sie greifen hierbei die Nachhaltigkeitsauffassung der Studie ‚Nachhaltiges Deutschland‘ des Wuppertalinstitutes auf. Trotz dieser inhaltlich zunächst ähnlichen Sichtweise auf das Nachhaltigkeitskonzept ziehen ATTAC und BUKO daraus sehr unterschiedliche ideelle und praktische Konsequenzen.

2.1 BUKO

Bei der BUKO findet sich eine klare Position zum Nachhaltigkeitskonzept, es wird sogar ein spezieller Nachhaltigkeitsframe entwickelt (‚BUKO-Positionen zur Nachhaltigkeitskritik‘). Im Ergebnis dieser Auseinandersetzung, die in der Mitte der 1990er Jahre stattfand und mittlerweile als abgeschlossen gelten kann, wird das Nachhaltigkeitskonzept eindeutig abgelehnt. Es wird als ein politisches Instrument bewertet, das in erster Linie dem Erhalt des kapitalistischen Systems diene. Eine wirkliche Lösung der Umwelt- und sozialen Probleme dieser Welt sei deshalb von ihm nicht zu erwarten, vielmehr stehe es einer solchen im Wege. Im vorausgegangenen internen Diskussionsprozess war die Möglichkeit einer kritischen Uminterpretation des Nachhaltigkeitsbegriffes von den Akteuren verworfen worden. Die eigene Diskursmacht wurde als zu gering eingeschätzt, um sich gegen die schon erfolgten Deutungen des Nachhaltigkeitskonzeptes durchsetzen zu können.

Aus diesem Grund wurde ein Nachhaltigkeitsframe konstruiert, der nicht mit den im deutschen Nachhaltigkeitsdiskurs dominanten Deutungsmustern um eine positive Besetzung des Nachhaltigkeitskonzeptes konkurrieren, sondern ihnen vielmehr radikal widersprechen sollte. Der BUKO-Nachhaltigkeitsframe versuchte, die öffentlich anerkannte und verbreitete Deutung der Nachhaltigkeitsidee als ein fortschrittliches und wünschenswertes politisches Programm, das den Schlüssel zur Lösung von Umwelt- und sozialen Problemen enthält, in Frage zu stellen und dasselbige vielmehr als Teil des eigentlichen Problems zu deuten. Aus dieser Perspektive kann der BUKO-Nachhaltigkeitsframe nach Snow und Benford als Frame-Transformation-Prozess⁴ beschrieben werden.

Zeitraum und politische Gelegenheitsstruktur: Die Nachhaltigkeitsdiskussion der BUKO fand zur Hochzeit des deutschen Nachhaltigkeitsdiskurses in der Mitte der 1990er Jahre statt. Öffentlich positionierte sich die BUKO insbesondere mit ihrer Kritik an der 1995 erschienen Studie ‚Zukunftsfähiges Deutschland‘ des Wuppertalinstituts. Indem das Nachhaltigkeitskonzept aufgegriffen und kritisiert wurde, war es der BUKO möglich, ihre systemkritische Botschaft der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Hinzu kommt, dass die BUKO als Teil der Dritte-Welt-Bewegung Anfang der 1990er Jahre in eine tiefe strukturelle Krise gestürzt war. Eine Hinwendung zu neuen Themen wie Nachhaltigkeit und Globalisierungskritik bot sich als ideologischer Rettungsanker an.

Bewegungsprofil: Die BUKO wurde schon 1977 gegründet, die ideologische Grundlage ihres politischen Handelns bildet seitdem die radikale Kapitalismuskritik. Zur Zeit verkörpert die neoliberale Globalisierung die aktuelle Form des kapitalistischen Prinzips. Innerhalb der linken Bewegungen sieht sich die BUKO als wichtiges linksradikales Korrektiv zu eher ‚reformerisch‘ eingestellten Netzwerken wie ATTAC.

2.2 ATTAC

Für ATTAC hat die Auswertung der Quellen gezeigt, dass in den letzten vier Jahren Umweltthematiken insgesamt deutlich an Gewicht gewonnen haben, ohne bislang an die oberste Stelle der Agenda gerückt zu sein. In diesem Rahmen wird Nachhaltigkeit in verschiedenen Arbeitszusammenhängen thematisiert, insbesondere in den Arbeitsgruppen ‚Ökologie und Globalisierung‘ und ‚Alternative Weltwirtschaftsordnung‘. Allerdings existiert keine ausgeprägte oder gar systematische Auseinandersetzung mit der Nachhaltigkeitsidee wie bei der BUKO, Nachhaltigkeit ist nur eines der von ATTAC diskutierten Themen. Die sich damit beschäftigenden ATTAC-Arbeitsgruppen befinden sich noch im Prozess der Entscheidungsfindung bezüglich einer Bewertung des Nachhaltigkeitskonzeptes, es existieren sowohl zustimmende als auch skeptisch bis ablehnende Stimmen: Den einen erscheint es trotz seiner Ambivalenz noch immer ein grundlegend kritisches Potential zu bergen, das positiv für die von ATTAC angestrebten Veränderungen benutzt werden könne. Andere stehen dem Konzept skeptisch bis ablehnend gegenüber, mitunter existieren hier sogar argumentative Überschneidungen zum Nachhaltigkeitsframe der BUKO. Dieser Umstand wird aber keineswegs problematisch gesehen, sondern als Standpunktvielfalt positiv gedeutet.

Näher als eine explizite Auseinandersetzung mit dem Nachhaltigkeitsthema scheint für ATTAC seit ca. zwei Jahren ein allgemeiner Brückenschlag zur Umweltbewegung zu liegen. Die Aufnahme der Umweltproblematik in die Agenda von ATTAC lässt sich nach Snow und Benford als Frame-Bridging-Prozess⁵ beschreiben. Der Basisframe von ATTAC wird dabei auf das Umweltthema ausgedehnt: ‚Die Umwelt in der Globalisierungsfalle‘ lautet das entsprechende Deutungsmuster. Es versucht nachzuweisen, welche negativen Auswirkungen die neoliberale Globalisierung auf den Zustand der Umwelt hat, woraus die Schlussfolgerung gezogen wird,

dass ‚Umweltschutz und Globalisierungskritik zusammengehören‘ (Engelhardt/Steigenberger 2003). Daher wird für ein strategisches Bündnis zwischen Umwelt- und globalisierungskritischer Bewegung plädiert (Engelhardt/Steigenberger 2003; Giegold/Mittler 2005). Beide Netzwerke könnten davon profitieren: Für ATTAC erschließen sich das große Mitgliederreservoir und die etablierten Lobbykontakte der deutschen Umweltbewegung, wohingegen letzterer die Dynamik ATTACs zugute kommen dürfte.⁶

Zeitraum und politische Gelegenheitsstruktur: Heute stehen andere Themen als Nachhaltigkeit an oberer Stelle der öffentlichen Agenda, Nachhaltigkeit ist mittlerweile zur etablierten Politikleerformel geworden, an der sich kaum noch größere Debatten entzünden. Deshalb wäre es zur Zeit für ATTAC strategisch wenig sinnvoll, Ressourcen in die Entwicklung eines speziellen ATTAC-Nachhaltigkeitsframes zu investieren. Die Integration des Nachhaltigkeitsthemas in einen allgemeinen ATTAC-Umweltframe dagegen erscheint vielversprechender.

Bewegungsprofil: Das Themenspektrum von ATTAC erstreckt sich mittlerweile auf die ‚gesamte Problematik der neoliberalen Globalisierung‘ (ATTAC-Erklärung). ATTAC verfolgt eine Mischstrategie zwischen politischem Pragmatismus und ‚kleinen‘ konkreten Zielen auf der einen Seite und politischen Utopien sehr allgemeiner Art auf der anderen Seite. Die Zielvorstellungen von ATTAC sind bewusst vage gehalten, um den fragilen Konsens innerhalb der Organisation zu wahren. Die Propagierung einer bestimmten Auffassung von Nachhaltigkeit und einer damit verbundenen gesellschaftlichen Ordnungsvorstellung erscheint auch unter diesem Gesichtspunkt für die Organisation wenig attraktiv. Ein weiterer wichtiger Erklärungspunkt für die Unbestimmtheit der Nachhaltigkeitsdiskussion bei ATTAC ist die ‚neokeynesianistische Schlagseite‘ des Netzwerkes. Es überwiegen Auffassungen, welche die Problematik der Globalisierung primär durch die

ökonomische und soziale Brille betrachten, die ökologische Dimension dabei jedoch ausblenden. In den ATTAC-Arbeitsgruppen ‚Ökologie und Globalisierung‘ sowie ‚Alternative Weltwirtschaftsordnung‘ wird starke Kritik an der Sichtweise geübt, die weltweiten Verteilungsprobleme hauptsächlich durch ein Mehr an Wachstum lösen zu wollen. Welches Gewicht diese relativ neue Ökologieströmung innerhalb des Netzwerkes noch erhalten wird, bleibt abzuwarten. Es gibt allerdings Indizien dafür, dass sie tendenziell an Stärke gewinnt.⁷

3 Zusammenfassung

Es existieren zwei globalisierungskritische Netzwerke in Deutschland, die mit ein und demselben Konzept auf ganz verschiedene und mitunter sogar konträre Weise umgehen. Die BUKO entwickelt einen eigenständigen Nachhaltigkeitsframe, mit dem sie versucht hat, sich im deutschen Nachhaltigkeitsdiskurs zu positionieren. Sie tat dies, indem sie eine radikale Umdeutung des Nachhaltigkeitskonzeptes (Frame-Transformation) vornahm. Im Gegensatz dazu entwickelte ATTAC bislang keinen speziellen Nachhaltigkeitsframe, stattdessen wird das Umweltthema ganz allgemein (mit Nachhaltigkeit als einem von vielen Unterpunkten) in das globalisierungskritische Deutungsmuster einbezogen (Frame-Bridging). Der Ansatz von Snow und Benford, der auf die funktional-strategische Bedeutung der Konstruktion von Deutungsmustern für Bewegungsorganisationen abzielt, hat sich als ein nützliches Instrument zur Interpretation der Untersuchungsergebnisse erwiesen. BUKO und ATTAC greifen das Nachhaltigkeitsthema auf, weil es ihnen ‚etwas nützt‘, weil es sich in der einen oder anderen Weise in ihren allgemeinen Deutungsrahmen einfügen lässt. Das Nachhaltigkeitsthema ist nicht per se und an sich funktional für die globalisierungskritische Bewegung, aber es kann von den Akteuren für bestimmte strategische Zwecke funktionalisiert werden – oder eben auch nicht. Die

unterschiedliche Behandlung des Themas durch die beiden Netzwerke illustriert, dass die Interpretation eines Themas durch einen Akteur immer kontextabhängig erfolgt und auch nur in diesen Kontexten verstanden werden kann: In einem zeitlichen Kontext (politische Gelegenheitsstruktur) und im konkreten Bewegungskontext (Bewegungsprofil), die beide wiederum vor dem allgemeinen gesellschaftlichen Hintergrundkontext ablaufen. All diese Kontexte zusammengenommen bestimmen die Funktionalität eines Deutungsmusters für eine Bewegungsorganisation, der es letzten Endes darum geht, ihre Ansichten und Forderungen anschlussfähig an das politische System und an die Öffentlichkeit zu gestalten.

Allerdings sei zuletzt noch ein leiser Zweifel angemerkt, ob solche funktional-strategischen Erklärungsansätze wirklich die empfundene Realität der Akteure widerspiegeln. Bewegungshandeln – insbesondere auch auf der individuellen Ebene – scheint mir niemals vollständig zielgerichtet-rational angelegt. Vielmehr handeln Akteure oft aus der tiefempfundenen Überzeugung heraus, dass ihr Handeln eben in genau dieser Weise ‚richtig‘ ist. Zwar kann mit dem beschriebenen Theorieansatz die *Eigenlogik* der Bewegung erfasst werden, nicht aber der *Eigensinn* der Handlungen ihrer Akteure. Die *Eigenlogik* von Akteuren ist meines Erachtens eher auf der kollektiven Ebene angesiedelt, sie kann durch solche funktional-strategische Erklärungsansätze erhellt werden. Eigensinn dagegen hat vor allem mit dem individuellen Akteur und seinen Handlungsmotiven zu tun. – Es darf nicht vergessen werden, dass sich Bewegungen und Bewegungsorganisationen letztlich aus Individuen zusammensetzen und genau dieser individuelle (Stör-)Faktor kommt im Blickfeld der funktional-strategischen Ansätze nicht vor.

Dörthe Stanke hat Politik- und Kulturwissenschaften an der Universität Leipzig studiert. Kontakt: doerthestanke@web.de

Anmerkungen

¹Die globalisierungskritische Bewegung in Deutschland wird zum Großteil durch die beiden Netzwerke ATTAC und BUKO repräsentiert. Nach dem ‚Glossar globalisierungskritischer Gruppen, Netzwerke, Institutionen und Zeitschriften‘ von Buchholz und Karass sind nur Greenpeace und Oxfam Deutschland als größere Organisationen weder Mitglied bei ATTAC noch bei der BUKO, was ein starkes Indiz dafür ist, mit ATTAC und BUKO einen wesentlichen Teil des globalisierungskritischen Spektrums in Deutschland erfasst zu haben. Weitere globalisierungskritische Netzwerke in Deutschland waren der Autorin zum Zeitpunkt der Untersuchung nicht bekannt.

²Die Untersuchung entstand im Rahmen der Verfassung einer Magisterarbeit am Institut für Politikwissenschaften der Universität Leipzig im Zeitraum vom Juni bis Dezember 2003. Betreuer dieser Arbeit waren Prof. Dr. Wolfgang Fach und Dr. Jochen Roose. Der aktuelle Entwicklungsstand (November 2005) setzt die im Untersuchungszeitraum vorgefundenen Ergebnisse fort.

³Der Politische-Gelegenheits-Ansatz (political opportunity structure) wendet sich den Umweltbedingungen sozialer Bewegungen zu und fragt danach, inwiefern diese Protest- und Mobilisierungsvorhaben begünstigen oder hemmen können (Hellmann: 23ff).

⁴Snow und Benford benutzen den Begriff ‚Frame-Alignment‘, um die strategische Ausrichtung eines Deutungsmusters auf ein bestimmtes Ziel bzw. auf eine bestimmte Zielgruppe hin zu beschreiben (Snow/Benford 1986: 464). Sie machen vier verschiedene Frame-Alignment-Prozesse aus: 1. Frame-Bridging, 2. Frame-Amplification, 3. Frame-Extension, 4. Frame-Transformation. Frame-Transformation ist der am schwersten zu vollziehende Frame-Alignment-Prozess, da hierbei entweder alte Verständnisse und Meinungen gegen andere ausgetauscht oder ganz neu geschaffen werden sollen (ebd. 467ff).

⁵Beim Prozess des Frame Bridging handelt es sich um eine relativ einfache Kopplung zwischen zwei oder mehr ideologisch anschlussfähigen, aber strukturell unverknüpften Frames bezüglich eines bestimmten Themas oder Problems, um dadurch bisher unerreichtes Unterstützerpotential für das jeweilige Anliegen zu mobilisieren. Frame-Bridging ist derjenige Frame-Alignment-Prozess, der mit dem geringsten organisatorischen und intellektuellen Aufwand zu erreichen ist (Snow/Benford 1986: 467f).

⁶Hauptinitiatoren dieses anzustrebenden Verknüpfungsprozesses sind auf der einen Seite der BUND, der selbst Mitglied bei ATTAC ist und die ATTAC-AG 'Ökologie und Globalisierung' auf der anderen Seite, deren Aktivisten zumeist mit dem BUND oder anderen Umweltorganisationen verbunden sind.

⁷So existiert seit 2003 eine Veranstaltungsreihe, die unter dem Namen McPlanet.com (www.mcplanet.com) regionale und überregionale Konferenzen zu den Zusammenhängen zwischen Umwelt und Globalisierung organisiert. Auch hat in den letzten zwei Jahren die Anzahl von ATTAC-internen Publikationen zu diesem Thema zugenommen.

Literatur

ATTAC 2003: ATTAC-Erklärung vom 26.5.2002, www.attac-netzwerk.de/erklaerung, 27.8.2003.

ATTAC 2005: ATTAC-Positionspapier 'Wege zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung', Entwurf der AG AWWO, aktualisierte Version vom 15.11.2005. <http://www.attac.de/awwo/broschueren/AWWO2004DruckFinal.pdf>.

Brand, Karl-Werner/Jochum, Georg 2000: Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung, www.m.shuttle.de/mpsev/de, 15.9.2003 (auch veröffentlicht als: MPS-Texte, Nr.1).

BUKO 2003: BUKO-Positionen zur Nachhaltigkeitskritik, www.buko.info, 16.6.2003.

BUKO 1996: BUKO-Stellungnahme zur Studie 'Zukunftsfähiges Deutschland' 1996: Technokratenmärchen, Fit, schlank und mit gutem Gewissen ins 21. Jahrhundert. In: Eblinghaus, Helga/Stickler, Armin: Nachhaltigkeit und Macht, IKO. Frankfurt a.M., 207-219.

Engelhardt, Marc/Steigenberger, Marcus 2003: Umwelt: verhandelt und verkauft? Warum Umweltschutz und Globalisierungskritik zusammengehören. Hamburg: VSA.

Giegold, Sven/Mittler, Daniel 2005: Feldhamster gemeinsam verteidigen, <http://www.attac.de/oekologie/index.php>, 15.11.2005.

Glossar globalisierungskritischer Gruppen, Netzwerke, Institutionen und Zeitschriften. In: Buchholz, Christine/Karrass, Anne/Nachtwey, Oliver (Hg.) 2002: Unsere Welt ist keine Ware. Handbuch für Globalisierungskritiker. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 220-236.

Hellmann, Kai-Uwe 1998: Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze. Ein Überblick. In: Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans, Ruud (Hg.): Paradigmen der Bewegungsforschung. Opladen: Westdeutscher Verlag, 9-32.

Khor, Martin/Narrain, Sunita/Wallach, Lori 2005: Konsum. Globalisierung. Umwelt. Hamburg: VSA.

Snow, David A./Rochford, Burke/Worden, Steven/Benford, Robert D. 1986: Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation. In: American Sociological Review, Vol. 51, 44-48.

Snow, David A./Benford, Robert D. 1988: Ideology, Frame Resonance, and Partizipant Mobilization. In: Klandermans, Bert/Kriesi, Hanspeter/Tarrow, Sidney (Hg.): International Social Movement Research, Vol.1. London: Jai-Press, 197-217.

Snow, David A./Benford, Robert D. 1992: Master Frames and Cycles of Protest. In: Morris, Aldon D./McClurg-Mueller, Carol (Hg.): Frontiers in Social Movement Theory, Yale-University, 133-155.

TAGUNGSBERICHT

Die Globalisierung und ihre Kritik(er)

Tagung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Sektion ‚Politische Soziologie‘, am 20. und 21. Januar 2006 in Dortmund.

Nachdem die Globalisierung und ihre wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Ausprägungen lange im Zentrum der sozialwissenschaftlichen Analyse standen, lässt sich seit einiger Zeit beobachten, dass auch die Kritik und die Kritiker der Globalisierung vermehrt auf das Interesse der Wissenschaft stoßen.

In insgesamt 16 Vorträgen, gruppiert in vier thematischen Blöcken, wurde die schwierige Aufgabe geleistet, dieses Forschungsfeld zu bearbeiten. Im ersten, einführenden Block wurde eine Annäherung an die historischen Entwicklungslinien der Globalisierung und ihre (wissenschaftliche) Beschreibung vollzogen. Die Vorträge in den anderen drei Blöcken befassten sich expliziter mit aktuellen Aspekten der Kritik und der Kritiker: Von der Betrachtung der Globalisierung(seffekte) in wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Kontexten und der Verortung der jeweiligen Kritik über die Mesoebene struktureller Erscheinungs- und Organisationsformen der Gegenbewegung bis hin zur Mikroebene, auf der globalisierungsbezogene Deutungs- und Handlungsmuster einzelner Akteure herausgearbeitet wurden.

Schon in ihrer Einführung wiesen die Veranstalter *Ivonne Bemerburg* und *Arne Niederbacher* darauf hin, dass eine solche klare Trennung der Analyseebenen nicht immer möglich sei. Zurecht bemerkten sie, dass allein die Begriffsbildung im Globalisierungsdiskurs äußerst vielschichtig und noch immer umstritten ist, dass auch die Wahrnehmung und Bewertung der Globalisierungseffekte zwischen euphorisch

und kritisch schwankt und dass somit auch die gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen kontrovers diskutiert werden.

Eine der großen Kontroversen dreht sich um die Frage der Konsequenzen der Globalisierung für nationalstaatlich organisierte Gesellschaften. Der Nationalstaat als Machtstaat, der innerhalb eines fest umgrenzten Territoriums mit Hilfe eines Homogenisierungsgebotes nach innen Personen und Räume zu kontrollieren und damit Ordnung zu schaffen vermag, gerate durch wirtschaftliche und räumliche Entgrenzungen, Migration und eine globalisierte Kriminalität immer stärker unter Druck, so *Jens Luedtke* in seinem Vortrag. Zwar sieht auch *Luedtke* in näherer Zukunft keine Alternative und keinen wahrscheinlichen Ersatz für den Staat; allerdings befindet sich der Staat in einem ‚innenpolitischen Sicherheitsdilemma‘, in dessen Folge die staatlichen Organe – als Reaktion auf Kompetenzverluste in diversen Bereichen – die innere Sicherheit überbewerteten und nach und nach die Freiheiten der Bürger einschränkten. In der Diskussion wurde kritisch angemerkt, dass die unterschiedliche Verfasstheit der Nationalstaaten in der Analyse beachtet werden müsse, und dass Migration nicht nur bedrohliche Auswirkungen für das Einwanderungsland aufweise, sondern durchaus auch immer einen Nutzen für gesellschaftliche Entwicklungen gehabt habe.

Hubertus Niedermaier und *Lutz Zündorf* wandten sich den theoretischen Debatten um die Globalisierung zu. *Niedermaier* verwies auf den Unterschied zwischen dem Alltagsverständnis von Globalisierung, in welchem diese als epochales Ereignis begriffen würde, und der Wahrnehmung innerhalb der Soziologie, die Globalisierung häufig als Weiterführung der Moderne – und damit nicht als etwas grundsätzlich Neues – charakterisiere. Zwar sei mit der Hinwendung zum Globalen auch in der Soziologie eine neue Wahrnehmungskategorie entstanden, aber diese bleibe immer noch stark in nationalen Gesellschaften (bzw. in national

geprägter soziologischer Theoriebildung) kontextualisiert. *Zündorf* ergänzte dies in seinem Vortrag um die politikwissenschaftliche Dimension und fragte nach dem Zusammenhang von ‚Globalisierung und Hegemonialzyklen‘. Erstaunlich sei, dass Globalisierung hauptsächlich als ‚Anglobalisierung‘ aufgefasst werden müsse – also mit einer Vorrangstellung und Verbreitung der angloamerikanischen Werte- und Weltvorstellungen. Gleichzeitig aber diagnostizierten alle Hegemonialtheorien – *Zündorf* bezog sich dabei auf Wallerstein, Braudel und Modelski – einen ‚decline‘ der amerikanischen Machtstellung seit den 1970er Jahren sowohl auf ökonomischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet, was zur Herausbildung multizentrischer Strukturen führe. Aus dem Plenum wurde allerdings bezweifelt, dass die empirische Basis die Decline-These unterstütze; vielmehr seien die USA sowohl ökonomisch wie auch militärisch unangefochten.

Politik- und Protestfelder

Die Vorträge im zweiten Block zeigten sich thematisch und in Bezug auf eine Kritik der Globalisierung sehr heterogen. *Michael Opielka* setzte sich mit der Debatte über die Sozialpolitik in der Globalisierung auseinander und arbeitete vier verschiedene Positionen heraus, die jeweils mit unterschiedlichen Sozialmodellvorstellungen korrelierten: die Wohlfahrtsglobalisierer, die eine umfassende soziale Sicherung im internationalen Maßstab anstrebten, Globalisierungsrevisonisten, die eher konservativ orientiert seien und kommunitaristisch-kleinteilige Lösungen bevorzugten, die Globalisierungsskeptiker, die sozialdemokratisch orientiert etatistische Wohlfahrtspolitik forderten, und die Globalisierungstheoretiker, die liberal-ökonomistisch eingestellt seien und auf den Markt als Wohlfahrtsgaranten vertrauten. *Achim Brosziewski* referierte über die Erfahrungen mit Monitoring-Berichten in der Bildungspolitik und zeigte auf, dass es auch hier zu einer Internationalisierung komme, da

inzwischen fast weltweit mit den gleichen Indikatoren gearbeitet werde. Allerdings sei deren Operationalisierung immer im lokalen Kontext zu betrachten; damit sei auch hier die Spannung zwischen lokaler und globaler Ebene zu sehen.

Konkreteren Bezug auf die Kritik der Globalisierung enthielten die Vorträge von *Kai-Uwe Hellmann* und *Oliver Nachtwey*. *Nachtwey* versuchte, einen Zusammenhang aufzuzeigen zwischen der Krise der Sozialdemokratie und dem Aufstieg von Attac. *Hellmann* verstand seinen Vortrag als eine Aufforderung für weitergehende Forschung; die kulturelle Dimension der Globalisierungskritik müsse stärker in den Fokus rücken, so sein Appell. Sinndeutungen würden immer häufiger von Unternehmen vorgenommen, die – mehr oder weniger unfreiwillig – in die Leerstellen vormaliger sinnstiftender Organisationen wie der Kirche rückten. Es gelte zu prüfen, wie weit eine solche Entwicklung schon vorangeschritten sei und welche Formen des Widerstandes es dagegen gebe (bspw. die no-logo-Kampagne). Ansätze zu einer solchen Forschung seien zwar vorhanden; so würde dieses Phänomen im globalisierungskritischen Diskurs mit Metaphern wie der ‚Kolonialisierung der Lebenswelt‘, der ‚kulturellen Hegemonie‘ oder der ‚Kulturindustrie‘ beschrieben. Allerdings würden diese Begrifflichkeiten aktuell lediglich als Schlagwörter gebraucht, ohne die jeweilige theoretische Basis zu nutzen. *Hellmann* seinerseits schlug den Rückgriff auf das vierstufige Modell von Deutungsmustern nach Karl Mannheim vor, mit dessen Hilfe man eine Analyse der jetzigen Situation vornehmen könne.

Forschungsschwerpunkt Attac?

Der dritte Block der Tagung begann mit einem Vergleich von ‚Weltkultur und Globalisierungskritik‘. *Boris Holzer* und *Barbara Kuchler* näherten sich den Globalisierungskritikern aus neoinstitutionalistischer Perspektive; sie wiesen auf viele strukturelle Ähnlichkeiten zwischen

der Globalisierungskritik und den von ihr kritisierten Gegebenheiten hin. Die globalisierungskritische Bewegung inszeniere sich als eine Gegenbewegung zu vorherrschenden globalen Prinzipien, verhalte sich aber in vielen ihrer Handlungsweisen durchaus ähnlich.

Durch die folgenden Vorträge wurde deutlich, wie stark die organisierte Ebene der Globalisierungskritik in der Wahrnehmung der Wissenschaft durch Attac besetzt ist. Alle drei Vorträge, die sich in diesem Block mit den strukturellen Erscheinungen der Globalisierungskritik beschäftigen, hatten diese Organisation als Forschungsmittelpunkt. *Johannes Angermüller* setzte sich in linguistisch-dekonstruktivistischer Manier mit den Bedeutungen des Attac-Wahlspruches ‚Eine andere Welt ist möglich!‘ auseinander und zeigte die Vielschichtigkeit der möglichen Sinnkonstruktionen auf. *Malte Schophaus* beschäftigte sich mit dem Selbstverständnis von Attac, während *René John* und *Holger Knothe* in ihrem Vortrag die ‚Problemkonstruktion‘ von Attac in den Vordergrund stellten.

In letzteren beiden Vorträgen zeigte sich, wie wichtig die thematische Offenheit für den Erfolg von Attac war und ist. Laut *Schophaus* habe Attac in gewissen Grenzen reflexive Mechanismen institutionalisiert, die eine inhaltliche Offenheit gestatteten und damit die eigene Identität in der Schwebe hielten – was einen Zusammenhalt verschiedener Gruppen innerhalb von Attac ermögliche und eine tiefgreifende Identitätskrise verhindern könne. Auch *John* und *Knothe* thematisierten die offenen Strukturen von Attac, machten als ideologische Klammer allerdings die Kritik an einer neoliberalen Globalisierung aus. Innerhalb dieser Klammer könnte eine potenziell unendliche Themenvielfalt erhalten bleiben. Als problematisch sahen sie eher an, dass Attac durch eine solche Identitätsstiftung auf eine ‚Politik der kleinen Schritte‘ festgelegt sei, sich dabei aber ‚überfordern den Hoffnungen‘ ausgesetzt sehe. In den folgenden Diskussionen wurde die Wichtigkeit

einer thematisch offenen Struktur nochmals betont; *Trutz von Trotha* gab in der Diskussion überdies zu bedenken, ob nicht die Frage einer Identitätskrise eine rein akademische Debatte sei, da für die Mitglieder von Attac häufig die konkrete Aktion, das konkrete Handeln identitätsstiftend sei – und nicht die Bedeutung einer übergreifenden ideologischen Klammer.

Individuelle Deutungs- und Protestmuster

Im letzten Themenblock wurde der Blick auf die Mikroebene der Globalisierung und des Protestes gerichtet. *Christoph Maeder* beschrieb Handlungspraktiken eines großen Unternehmens in der Schweiz und fragte, in welcher Weise Globalisierung in einem solchen global agierenden Konzern thematisiert werde. Seine Forschungsergebnisse zeigen, dass die lokale Umsetzung von Anweisungen der Konzernspitze oftmals konfliktträchtig ist. Während das Management häufig international besetzt sei und sich tatsächlich flexibel, ohne lokale Bindung – im wahrsten Sinne des Wortes global – definieren, seien die Mitarbeiter auf den unteren Ebenen viel stärker lokal verbunden; häufig fühlten sie sich von den Anforderungen überfordert. Überdies trafen standardisiert durchgeführte Evaluierungen der Arbeit je nach Region auf starke Skepsis, und *Maeder* wies auf die unbeabsichtigten Folgen solcher Personalbewertungen hin, die durchaus an die Auswirkungen sozialistischer Planwirtschaft erinnern.

Peter Imbusch widmete sich ebenso der Wahrnehmung von Globalisierungsprozessen in der Wirtschaft. Er konnte zeigen, dass auch Manager und Unternehmer zur Globalisierung nicht ausschließlich positiv eingestellt seien. Während Angehörige der großen Konzerne hauptsächlich Freiheitsgewinne für den Einzelnen und für das Unternehmen erwarteten, gebe es gerade von Seiten kleinerer Unternehmer vereinzelt auch Kritik an der Globalisierung, beispielsweise am Sozialstaatsabbau. Eine drit-

te, größere Gruppe nehme die Globalisierung eher als gegebenes, alternativloses Faktum hin. Einig seien sich die Vertreter der Wirtschaft in ihrem Unverständnis für die Globalisierungskritiker; diese würden die tatsächlichen Zusammenhänge nicht ausreichend kennen bzw. nicht verstehen. Nur sehr selten, so *Imbusch*, werde moderates Verständnis für die Anliegen der Kritiker geäußert.

Fabian Virchow beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der Globalisierungskritik der extremen Rechten. Bei ihnen überwiege eine rechts-extreme Lesart mit antikapitalistischer Prägung, in der die Nation als Opfer der Globalisierung dargestellt werde. Es sei auffällig, dass sich die Rechtsextremen dabei häufig der Ikonographie und der Slogans der linksorientierten Kritik bedienten, diese aber umdeuteten oder durch Bezug auf das ‚schuldhafte Handeln‘ des ‚Weltjudentums‘ ergänzten. Überdies bemerkte Virchow, dass es bei globalisierungskritischen Großveranstaltungen inzwischen durchaus eine bedenkliche Tendenz gebe, rechte Gruppen zu tolerieren, da diese ja ‚auch gegen die Globalisierung‘ seien.

Im Gegensatz zu ihren Vorrednern beschäftigte sich *Andrea Pabst* nicht mit einer bestimmten Akteursgruppe, sondern mit der Protestform der ‚tute blanche‘. Diese Aktionsform wurde bis einschließlich der Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua gebraucht. Mit der Nutzung von weißen Overalls wollten die Protestierenden auf die Unsichtbarkeit der Exkludierten anspielen und diese Unsichtbarkeit zugleich – durch massenhaft uniformiertes Auftreten – in sichtbaren Protest wandeln. Pabst arbeitete die verschiedenen Deutungsmuster und das Selbst-

verständnis der ‚tute blanche‘ heraus und kam zu dem Schluss, dass es sich hier um eine hoch-reflexive Protestform handelte, die die Körperlichkeit von Protest in vielerlei Hinsicht betone.

Durch die Tagung wurde die Vielschichtigkeit des Globalisierungs(kritik)diskurses eindrucksvoll verdeutlicht. Viele Facetten wurden aufgearbeitet, viele Bereiche aber auch nur gestreift. Bemerkenswert war die Konzentration auf Attac, sobald es um die institutionalisierte Form der Kritik ging; dies vor allem, da in der Diskussion deutlich wurde, dass Attac letztlich ein kontinentaleuropäisches Phänomen darstellt und die Organisation im angelsächsischen Raum keine Rolle spielt. Auch erstaunlich war, dass sich keiner der Vorträge mit Globalisierungskritik im so genannten Süden auseinandersetzte bzw. einen Vergleich der Inhalte nördlicher und südlicher Kritik vornahm. Überhaupt schien die inhaltliche Dimension der Kritik bislang kein Forschungsschwerpunkt zu sein: Zwar wurde auf die Unterschiedlichkeit und inhaltliche Offenheit der Kritik hingewiesen, eine Analyse und Bewertung der verschiedenen Kritik(er)positionen allerdings blieb aus. Dies wäre auch eine Untersuchung wert.

Insgesamt wurde also durchaus Licht auf einige aktuelle Felder der Globalisierung und ihrer Kritik und ihrer Kritiker geworfen. Gleichzeitig aber zeigten sich bisherige Leerstellen im Diskurs, die neue Fragen aufwerfen und somit Anreiz zu weiterer Auseinandersetzung mit diesem großen und spannenden Themenkomplex geben.

Jan Rohwerder, Aachen

Call for Papers für die vier Arbeitsgruppen des Kongresses ,Bürgergesellschaft – Wunsch und Wirklichkeit‘

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), 19./20 Oktober 2006

Wenn heute in Deutschland von Bürgergesellschaft die Rede ist, dann verbindet sich damit ein breites, mitunter sogar widersprüchliches Spektrum von Befunden und Perspektiven. Die Feststellung, dass Gesellschaft und Politik mehr individuelle Eigenverantwortung brauchen, ist hier ebenso eingeschlossen, wie die Aufwertung von bürgerschaftlichen Initiativen, Stiftungen und NGOs. Entsprechendes gilt für das veränderte Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft: Mit Verweis auf ‚mehr Bürgergesellschaft‘ fordert man einerseits, den Menschen mehr Spielräume zur Selbstorganisation zu überlassen. Andererseits wird aber auch die Frage gestellt, wie verhindert werden kann, dass ‚mehr Bürgergesellschaft‘ schlicht ‚weniger Sozialstaat‘ bedeutet.

In der wissenschaftlichen Debatte haben diese Themen deutlich an Bedeutung gewonnen – in der Diskussion zur Zivilgesellschaft, zur Rolle des ‚Dritten Sektors‘ sowie zur Relevanz gemeinnütziger Formen des Wirtschaftens. Insbesondere in den Sozialwissenschaften werden mit dem Konzept der Bürgergesellschaft weitreichende Erwartungen einer Erneuerung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verbunden. Die reformpolitische Diskussion hingegen schenkt den genannten Themen nach wie vor wenig Beachtung; sie kümmert sich kaum um eine nachhaltige Förderung bürgerschaftlichen Engagements oder die Schaffung neuer Bewegungsspielräume für demokratische Selbstorganisation und sozialwirtschaftliche Innovation. Noch immer liegen Welten zwischen Zukunftsvision und Alltagsrealität, zwischen konzeptionellen Entwürfen und sozialwissenschaftlicher Reflektion, zwischen der reformpolitischen Agenda und den Handlungsbedingungen der Initiativen und Organisationen vor Ort. Wenn

‚Wunsch‘ und ‚Wirklichkeit‘ so weit auseinander klaffen, ist es Zeit für eine Bestandsaufnahme und kritische Reflektion des ‚Gewünschten‘ und ‚Erreichbaren‘: Wie ist es um die Bürgergesellschaft in Deutschland bestellt? Sind die aktuell diskutierten wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Konzepte einer ‚aktiven Bürgergesellschaft‘ überhaupt tragfähig und realistisch? Kann die Bürgergesellschaft das leisten, was sie laut Politik und Wissenschaft leisten soll? Oder aber: Dient ‚Bürgergesellschaft‘ nur als billiger Jakob und Munition für Sonntagsreden?

Ziel des Kongresses *,Bürgergesellschaft – Wunsch und Wirklichkeit‘* ist es, diese Fragestellungen auf breiter Basis und in enger Kooperation zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu diskutieren. Der Kongress findet statt am 19. und 20. Oktober 2006 in den Räumen des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung. Veranstalter der Tagung sind das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, der Arbeitskreis Nonprofit-Organisationen, die Sektion Sozialpolitik in der DGS, die ‚Arbeitskreise Soziale Bewegungen‘ und ‚Verbände‘ der DVPW, das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen.

Im Einzelnen geht es bei *,Bürgergesellschaft – Wunsch und Wirklichkeit‘* um:

- die Präsentation wissenschaftlicher Befunde, Konzepte und Kontroversen auf dem aktuellen Diskussionsstand in den Sozialwissenschaften.
- Fragen der Anerkennung oder Abwertung bürgerschaftlicher Belange in ausgewählten Politikfeldern und in Hinblick auf

die Organisationsentwicklung bei maßgeblichen Trägern und Verbänden

- das Aufzeigen von Perspektiven für die Etablierung und Stärkung von Lehr- und Forschungskompetenz im Hinblick auf die Vertiefung von Bürgergesellschaft.

Hierzu wird ein Kongressformat gewählt, das aus *Foren* und *Arbeitsgruppen* besteht. Die Foren vermitteln Zugänge zu ausgewählten aktuellen reform- und engagementpolitischen Debatten und Themen. Hier trifft Wissenschaft auf Politik und Praxis. Die Arbeitsgruppen bieten Raum für den fachwissenschaftlichen Diskurs.

VIER FOREN

Im Zentrum der *Foren* stehen aktuelle Fragen zu Strukturen, Akteuren und Potentialen der Bürgergesellschaft sowie die diesbezügliche Rolle der Reformpolitik. Es geht einerseits um Entwicklungen in verschiedenen Politikfeldern und andererseits um das Verhältnis von Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu bürgerschaftlichem Engagement und neuen Tätigkeitsformen. Weitere Foren befassen sich mit der Frage nach einer an den Potenzialen der Zivilgesellschaft orientierten Organisationsentwicklung von Verbänden und Sozialbetrieben sowie den Möglichkeiten einer Stärkung von Ausbildung und Forschung zu Bürgergesellschaft und Drittem Sektor. Die Foren werden seitens der Veranstalter mit eingeladenen Experten und Expertinnen besetzt. Hierbei sollen die Positionen aus der Wissenschaft von Politikern und Praktikern kritisch gegen den Strich gebürstet werden. Im Einzelnen sind vorgesehen:

FORUM 1:

BÜRGERGESELLSCHAFT UND STAATLICHE POLITIK

Welchen Einfluss hat der Diskurs der Bürgergesellschaft auf die staatliche Politik und die Bürger und ihre Organisationen selbst? Wie weit herrscht ein Klima des resignierten Realismus oder gar des Zynismus vor, in dem alle Beteili-

gungsaufappelle deplatziert wirken? Und passt dazu nicht, dass Bürgergesellschaft, Dritter Sektor und bürgerschaftliches Engagement als weiche Themen betrachtet werden, die in der professionellen Politik über eine Randstellung und legitimierte Funktion nicht hinauskommen? Oder kann man hier auch andere Bewertungen geltend machen? Die Debatte dazu soll auch Schlüsselthemen wie ‚aktivieren‘, ‚mehr Eigenverantwortung‘ oder das in der Regierungserklärung der großen Koalition aufgebaute Bezugsfeld zwischen ‚mehr Demokratie‘ und ‚Entbürokratisierung‘ aufgreifen. Zudem sollen Folgerungen für konkrete reformpolitische Programme und Maßnahmen gezogen werden.

Koordination: Ansgar Klein

FORUM 2:

ENGAGEMENT IM ABSEITS?

BEFUNDE AUS VERSCHIEDENEN POLITIKFELDERN.

In konkreten Politikfeldern kann gewissermaßen getestet werden, was Engagement gilt. Eine Schlüsselstellung nimmt dabei die Öffnung von Diensten, Einrichtungen und Programmen hin zur Zivilgesellschaft, zum lokalen Umfeld und den verschiedenen Formen bürgerschaftlichen Engagements ein. An Hand von exemplarischen Politikfeldern wie der lokalen Beschäftigungsförderung, der Politik im Pflegebereich, im Schul- und Kulturbereich, soll erörtert werden, inwieweit hier bürgerschaftliche Ressourcen und Belange tatsächlich einen neuen Stellenwert bekommen haben. Besondere Aufmerksamkeit wird der Frage nach neuen Wechselwirkungen und Spannungen zwischen Arbeit und Engagement gelten – so wie sie etwa im Kontext von ‚1-Euro-Jobs‘ zu beobachten sind.

Koordination: Adalbert Evers

FORUM 3:

BAUSTELLE ORGANISATIONSENTWICKLUNG:

BERICHTE AUS DEN VERBÄNDEN

Nicht nur in den Organisationen der Wohlfahrtsverbände findet seit Jahren eine Reform der

Organisationsstrukturen statt, bei der Fragen managerieller Effizienz maßgeblich sind. Was bedeutet das für ihre Rolle als bürgergesellschaftliche Akteure? Berücksichtigen die geläufigen Konzepte zur Organisationsentwicklung die zivilgesellschaftliche Rolle von Verbänden und Sozialorganisationen. Welche Alternativen gibt es?

Koordination: Christiane Frantz und Ingo Bode

FORUM 4:

BÜRGERGESELLSCHAFT UND DRITTER SEKTOR:

WO BLEIBEN FORSCHUNGSFÖRDERUNG UND AUSBILDUNGSANGEBOTE?

Im Bereich der Forschungsförderung gibt es insbesondere bei den einschlägigen großen bundesdeutschen Institutionen und Stiftungen bislang keine organisierten und kohärenten Förderschwerpunkte, die Fragen von Drittem Sektor und Bürgergesellschaft zum Thema machen. Warum ist dies so? Und wie könnte dieser Zustand überwunden werden? In der deutschen Universitätslandschaft sind Ausbildungsangebote zum Dritten Sektor und der Zivilgesellschaft bisher nur insular und auf Basis individueller lokaler Initiativen vertreten. Ist hier ein Umdenken notwendig? Was könnte diese Defizite verringern?

Koordination: Annette Zimmer

VIER ARBEITSGRUPPEN

Die *Arbeitsgruppen* werden jeweils durch einen Eingangsvortrag eingeleitet und ansonsten mittels eines Call for Papers besetzt. Vorgesehen sind vier Arbeitsgruppen zu zentralen Fragen der Zivilgesellschaftsdiskussion und der Dritte-Sektor-Forschung.

Call for Papers

AG 1: SOZIALE BEWEGUNG UND BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT: NEUE FORMEN, NEUER SINN?

Beim Stichwort bürgerschaftliches Engagement denken viele an Nachbarschaftshilfe, karitative

und sozialpflegerische Leistungen, Mäzenatentum und – neuerdings – Corporate Citizenship. In diesem Verständnis ist bürgerschaftliches Engagement eine Sache von ‚Gutmenschen‘. Zum bürgerschaftlichen Engagement gehören aber auch Formen der Kritik, des Protests, der Widerständigkeit, sei es mit reaktionären oder fortschrittlichen Zielsetzungen.

In der Arbeitsgruppe sollen mögliche Verschiebungen der Motive, Themen, Formen und öffentlichen Resonanzen vor allem des protestbereiten und widerständigen Engagements untersucht werden. Exemplarische Fragestellungen lauten: Ist das Engagement in sozialen Bewegungen weiterhin attraktiv oder gewinnen vielmehr flexibilisierte Formen konventioneller Interessenvertretung oder einer klientelistischen ‚Kampagnenpolitik‘ an Boden? Erweitert sich der Horizont des Engagements tatsächlich in Richtung transnationaler bzw. räumlich weit entfernter Probleme? Hat das Engagement Jugendlicher in Protestgruppen und sozialen Bewegungen nachgelassen? Wird das Engagement zunehmend auf seine massenmediale Resonanzfähigkeit hin kalkuliert?

Besonders erwünscht sind Längsschnittanalysen, die Veränderungen über Zeit hinweg dokumentieren und erklären können, aber auch Vergleiche von Problem- und Politikfeldern, in welchen sich möglicherweise die Bedingungen, Formen und Wirkungen des Engagements deutlich unterscheiden.

Aussagekräftige abstracts (Fragestellung, Thesen, Befunde) im Umfang von 250 bis 500 Wörtern und eine kurze Biographie (so vorhanden, auch eine Publikationsliste) der ReferentIn(nen) werden bis zum 31.5.2006 erbeten an: Roland Roth (roland.roth@hs-magdeburg.de) Dieter Rucht (Rucht@wz-berlin.de)

AG 2: WIRTSCHAFTEN FÜR GUTE ZWECKE?

Dass alle Organisationen und Initiativen, die im Dritten Sektor Dienste und Leistungen anbieten, auch eine wirtschaftliche Dimension ha-

ben, ist nicht neu. Fraglich ist aber, wie in theoretischen Konzepten von solchen Dritte-Sektor-Organisationen diese wirtschaftliche Dimension analytisch gefasst wird. In der internationalen Debatte zur ‚social economy‘ wird vor allem darauf abgehoben, dass es die spezifischen institutionellen Verschränkungen mit einer Vielzahl von stakeholdern und Akteuren der Zivilgesellschaft sind, die garantieren sollen, dass die Zielrichtung des Wirtschaftens, aber auch die Verwendung von Überschüssen sozial und politisch eingebunden bleibt. Damit entsteht ein weiterer Fragenkreis auch für empirische Studien: welche Geltungskraft haben die besonderen Ziele und Rahmungen sozialwirtschaftlicher Akteure – nicht nur bei Wohlfahrtsverbänden, sondern auch dort, wo diese Organisationen besonders stark Märkten ausgesetzt sind und sich die Grenzen zwischen Markt, Staat und Drittem Sektor verwischen? Welche zivilgesellschaftlichen Wirkungen lassen sich durch bürgerschaftliche Verantwortung von Unternehmen aufweisen und haben diese ggf. Rückwirkungen auf die Unternehmen?

Vor dem Hintergrund dieser Skizze des in der AG 2 zu verhandelnden Problembereichs wird die Frage nach analytischen Konzepten zur Erfassung der wirtschaftlichen Dimension von Dritte-Sektor-Organisationen einen ersten Themenbereich bilden. In einem zweiten Themenbereich wird man sich der Entwicklung solcher Organisationen zuwenden, die – z.B. als ‚neue Genossenschaften‘ – explizit mit reformwirtschaftlichen Konzepten und Ansprüchen auftreten. In einem dritten Bereich soll schließlich ein spezifischer Ausschnitt der Debatte zur Corporate Citizenship aufgegriffen werden. Hier interessieren Befunde zur Wahrnehmung bürgerschaftlicher Verantwortung speziell bei jenen kleineren Betrieben und Unternehmen, die der lokalen und regionalen Ökonomie verbunden sind.

Aussagekräftige abstracts (Fragestellung, Thesen, Befunde) im Umfang von 250 bis 500

Wörtern und eine kurze Biographie (so vorhanden, auch eine Publikationsliste) der Referentinnen/Referenten werden bis zum 31.5.2006 erbeten an:

Adalbert Evers (Adalbert.Evers@uni-giessen.de)

Stefan Nährlich (Stefan.Naehrlich@aktive-buergerschaft.de)

AG 3: GOVERNANCE IM WANDEL:

WENIGER STAAT, MEHR ZIVILGESELLSCHAFT?

Ein häufig verkanntes Charakteristikum entwickelter Wohlfahrtsstaaten besteht darin, dass diese – und zwar seit ihren Anfängen – in vielerlei Hinsicht mit gemeinnützigen bzw. bürgerschaftlichen Initiativen und Organisationen verschränkt sind. Gewandelt hat sich im Zeitverlauf die Form dieser Verschränkung bzw. die Art und Weise, wie das Zusammenspiel zwischen Staat und organisierter Zivilgesellschaft gesteuert wird. Unter dem Stichwort ‚governance‘ ist die Arbeitsteilung im Wohlfahrtsstaat zuletzt verstärkt zum Gegenstand wissenschaftlicher Debatten geworden. Insbesondere wird diskutiert, wie sich diese Arbeitsteilung entwickelt und entwickeln soll, wie staatliche Akteure mit nicht-staatlichen Kooperationspartnern umgehen, und welche Probleme entstehen, wenn auf neue Steuerungsroutrinen umgestellt wird – z.B. Kontrakt-Management und wettbewerbliches Benchmarking, aber auch Maßnahmen zur ‚Aktivierung‘ von Bürgern und Initiativen, die Aufgaben der Wohlfahrtsproduktion übernehmen.

In der Arbeitsgruppe geht es um Dynamiken, Konzepte und Probleme der Beteiligung von Akteuren des Dritten Sektors am Wohlfahrtsmix sowie um die Veränderung entsprechender Steuerungsprozesse und ihre Konsequenzen. Eine wichtige Frage wird sein, inwiefern es im Wohlfahrtsmix Entstaatlichung bei gleichzeitiger Aufwertung nicht-staatlicher Akteure gibt, und ob die vielerorts gepflegte ‚Aktivierungsrhetorik‘ tatsächlich mit einer gewandelten Rol-

le bürgerschaftlicher bzw. zivilgesellschaftlich verankerter Initiativen einhergeht. Erwünscht sind Vortragsvorschläge, die diese Frage sowie damit zusammenhängende Problemstellungen mit Blick auf die deutschen Verhältnisse behandeln, wobei empirische und theoretische Beiträge gleichermaßen begrüßt werden.

Abstracts im Umfang von 250 bis 500 Wörtern und eine kurze Vorstellung der ReferentIn(nen) werden bis zum 31.5.2006 erbeten an:

Ingo Bode (bode@uni-duisburg.de)

AG 4: ‚MÄNNLICHE‘ BÜRGERGESELLSCHAFT?

Für den Bereich Bürgergesellschaft bzw. Dritter Sektor liegen für die Bundesrepublik Deutschland bisher kaum theoretische Überlegungen oder empirische Studien vor, die Geschlecht systematisch thematisieren. Diese Lücke soll gefüllt werden, indem in dieser Arbeitsgruppe Themen behandelt werden wie:

- Genderdemokratie und Gendergerechtigkeit in der Bürgergesellschaft,
- Der Dritte Sektor im Kontext vergeschlechtlichter Arbeitsteilung,
- Arbeitsteilung und Arbeitsbedingungen innerhalb von Drittsektor-Organisationen,
- Genderfragen in der Organisationsentwicklung
- Gender Mainstreaming in Nonprofit-Organisationen,
- Ehrenamt/Freiwilligenarbeit/bürgerschaftliches Engagement versus professionelle Arbeit?
- Forschung zu Gender und Drittem Sektor.

Zwei Ebenen sind zu unterscheiden: Zum einen ist zu fragen, wie sich die Entwürfe von Bürgergesellschaft bzw. Drittem Sektor in die Theorie und Praxis der Arbeits- bzw. Tätigkeitsgesellschaft einfügen und inwieweit da-

mit auch deren geschlechterpolitische Implikationen re-produziert werden. Zum anderen sind aus der Binnenperspektive der Bürgergesellschaft und ihrer Organisationen Fragen danach zu stellen, wem warum welche Fähigkeiten, Rollen und Funktionen in der ‚Bürgergesellschaft‘ zugetraut oder auch zugeschrieben werden. Was übernehmen Frauen, was Männer in der ‚Bürgergesellschaft‘ und warum? Welche gesellschaftlichen Strukturen werden damit zementiert oder auch aufgeweicht? Welche Ansätze von Gender-Bewusstsein existieren in Drittsektororganisationen, z.B. in der sozialen Arbeit? Wie sieht es in den Organisationen des Dritten Sektors/der Bürgergesellschaft selbst aus? Wie in der Ausbildung? Wie in der Forschung über diese Organisationen?

Abstracts im Umfang von 250 bis 500 sowie eine kurze Vorstellung der/des ReferentInnen werden bis zum 31.5.2006 erbeten an:

Chris Lange (chrislange@snafu.de)

DAS VERANSTALTER- UND ORGANISATIONSTEAM:

Ingo Bode

(Arbeitskreis Non-Profit-Organisationen);

Adalbert Evers

(Sektion Sozialpolitik in der DGS);

Christiane Frantz

(Arbeitskreis Verbände der DVPW);

Ansgar Klein

(Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen)

Dieter Rucht

(Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Arbeitskreis Soziale Bewegungen der DVPW)

Annette Zimmer

(Arbeitskreis Verbände der DVPW).

music in movement

Wie klingt Protest? Diese Frage brachte eine Gruppe Jugendlicher und junger Erwachsener dazu, sich mit globalisierungskritischer Musik auseinanderzusetzen. Aus dem Projekt ‚music in movement‘ ist eine CD entstanden, die Songs globalisierungskritischer Bands aus Lateinamerika zusammenträgt. Latin Ska, Cumbia, Reggae, HipHop, Salsamuffin sind einige der Stilrichtungen, die auf der CD ‚MESTIZO MUSIC‘ versammelt sind. Unterstützt wurde dieses Projekt von Articulation e.V., über deren Homepage die CD für 15 Euro zu erstehen ist. Kontakt: www.articulation.name.

Praxisleitfaden neu aufgelegt

Die Stiftung Mitarbeit hat die „Arbeitshilfe Bürgerbegehren und Bürgerbescheid“ (ISBN 3-928053-74-4) neu aufgelegt. Sie soll Interessierten als Hilfe zur Nutzung dieser Instrumente dienen. Gegen eine Gebühr von 5 Euro (zzgl. Versandkosten) ist der Leitfaden zu beziehen über die Stiftung Mitarbeit, Bornheimer Straße 3, 53111 Bonn, Tel.: (0228) 604 24-0, Fax -22, eMail: info@mitarbeit.de.

Umwelt in der Schule

Laut einer Umfrage des Emnid-Instituts, die im Auftrag von Greenpeace erstellt wurde, wünschen sich fast zwei Drittel der Deutschen Schülerinnen und Schüler mehr Umweltthemen im Unterricht. Doch nicht nur die „trockene Theorie“ wird gefordert: Mehr als die Hälfte der Befragten würden gerne in Projekten Solar- oder Windkraftanlagen selber bauen, und knapp zehn Prozent sehen im Umweltsektor sogar eine spätere Berufsperspektive. Die Ergebnisse der Umfrage sowie weitergehende Informationen zum Thema Schule und Umwelt sind zu finden in Heft 6/05 des Greenpeace-Magazins.

Nähere Informationen und Bestellung unter <http://www.greenpeace-magazin.de/magazin/inhalt.php?id=75>.

Deutscher Studienpreis

Die in Hamburg ansässige Körber-Stiftung hat die siebte Ausschreibung für den Deutschen Studienpreis gestartet. Unter dem Titel „Mittelpunkt Mensch? Leitbilder, Modelle und Ideen für die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben“ werden junge Wissenschaftler und Studierende aufgefordert, gängige Analysen zur Zukunft der Arbeit zu hinterfragen. Mit eigenen Positionen und Empfehlungen zu Fragen um prekäre Arbeitsverhältnisse, der ‚Generation Praktikum‘, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder der Verbindung von demografischem Wandel und Arbeitsmarkt soll das Verhältnis von Arbeit, Mensch und Markt neu vermessen werden. Der Wettbewerb, bei dem Preise im Gesamtwert von bis zu 100.000 Euro ausgelobt werden, richtet sich an Studierende, Lehrende und Forschende bis 30 Jahre.

Weitere Informationen und Kontakt: www.studienpreis.de, dsp@koerber-stiftung.de, Tel.: (040) 808 192-143.

Wirklichkeit der Entwicklungshilfe

Die Hilfsorganisationen terre des hommes und Deutsche Welthungerhilfe haben ihren 13. Bericht zur Wirklichkeit der Entwicklungshilfe veröffentlicht. Darin blicken sie kritisch auf die Entwicklungshilfe der Bundesregierung und ziehen auch für die Soforthilfe nach der Tsunami-Katastrophe in Südostasien vor einem Jahr eine gemischte Bilanz. Der vollständige Bericht kann unter www.tdh.de oder www.welthungerhilfe.de herunter geladen werden.

Aktionstage politische Bildung

Vom 5.-23. Mai finden dieses Jahr zum zweiten Mal nach 2005 die ‚Aktionstage politische Bildung‘ statt. Unter der Schirmherrschaft der Bundeszentrale für politische Bildung und der Landeszentralen für politische Bildung sollen Veranstaltungen, Vorträge, Seminare gebündelt werden. Ziel ist es, einer breiten Öffentlichkeit die Vielfalt der Akteure und der Angebote der

politischen Bildung zu präsentieren. Weitere Informationen lassen sich auf der Homepage der Bundeszentrale finden (www.bpb.de).

Kontakt: Jutta Spoden, Tel.: (01888) 515-287, eMail: spoden@bpb.de.

Wissensressource für Umweltthemen

Die Fachbibliothek Umwelt des Umweltbundesamtes ist mit ca. 300.000 Büchern, fast 1.000 Zeitschriften und weiteren Informationsmedien die größte Umweltbibliothek der deutschsprachigen Welt. An drei der insgesamt vier Standorte der Bibliothek (Dessau, Berlin und Bad Elster) sind die Werke öffentlich zugänglich und ausleihbar.

Weitere Informationen: www.umweltbundesamt.de/uba-info/d-fabib.htm.

Windparks werden akzeptiert

Windparks in der deutschen Nordseeküstenregion werden von Anwohnern und Touristen im Durchschnitt nicht als störend und sogar charakteristisch für die Küstenregion empfunden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Hochschule Bremerhaven, in der Bewohner und Besucher von elf betroffenen Gemeinden befragt wurden. Zwar sprach sich ein Großteil der Befragten für Windparks auf See als zukünftige Alternative zu Anlagen an Land aus; insgesamt aber war die Haltung der Befragten zu den bestehenden Windparks überraschend positiv. Auch konnten keine negativen Auswirkungen der Windparks auf den Tourismus in der Region nachgewiesen werden.

Die gesamte Studie kann kostenlos von der Homepage des Studiengangs Cruise Industry Management der Hochschule Bremerhaven herunter geladen werden: www.cim.hs-bremerhaven.de. Ansprechpartner ist Prof. Dr. Michael Vogel, eMail: mvogel@hs-bremerhaven.de.

Immer mehr Bio...

Bio-Produkte werden auch von Großküchen und in der Gastronomie stärker nachgefragt. Immer mehr Küchen lassen sich den Einsatz von Bio-Produkten zertifizieren. Zur Zeit besitzen in Deutschland ca. 750 Küchen ein Bio-Zertifikat, was eine Steigerung von 66 Prozent gegenüber 2004 bedeutet.

Weitere Informationen unter: www.oegs.de, www.1000biokuechen.de.

Partizipation und Erziehung I

Wie eine Studie von Wissenschaftlern der FH Münster belegt, sollte schon in der Erziehung Wert auf Partizipation und Mitarbeit gelegt werden. Die Begleitung und Evaluation des Modellprojektes in vier Jugendhilfeeinrichtungen habe gezeigt, dass Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf Dauer nur dann gelingt, wenn eine entsprechende Kultur in den sie umgebenden sozialen Einrichtungen verankert ist. Dazu beitragen können beispielsweise ein Beschwerdemanagement oder auch Gremien zur Selbstbestimmung.

Kontakt: Martina Kriener, FH Münster, FB 10, Hüfferstr. 27, 48149 Münster, Tel.: (0251) 83-65815.

Partizipation und Erziehung II

Wie sich Beteiligungserfahrungen im Kindes- und Jugendalter auf das Engagement als Erwachsene auswirken, versucht eine Untersuchung des Deutschen Kinderhilfswerkes zu klären. Ein im Internet zugänglicher Fragebogen versucht zu klären, unter welchen Voraussetzungen sich Menschen im Erwachsenenleben gesellschaftlich, politisch oder sozial engagieren. Die Teilnahme an der Umfrage steht allen Interessierten offen. Der Fragebogen kann herunter geladen werden unter www.mitwirkung.net/cps/rde/xbcr/SID-0A000F0A-59D1C9FC/mitwirkung/fragebogen_web.pdf.

Preis für schlimmstes Lobbying

Die industrienähe ‚Campaign for Creativity‘ (C4C) ist in Brüssel mit dem ‚Worst EU Lobbying‘ Award 2005 „ausgezeichnet“ worden. Der von Corporate Europe Observatory in Verbindung mit LobbyControl, Spinwatch und Friends of the Earth Europe vergebene Preis möchte auf die immer stärker grassierende Verschleierung korporativer Interessen hinweisen. Die ‚Campaign for Creativity‘ habe sich besonders in diesem Sinne hervorgetan: Getarnt als grassroots-Organisation, die die Interessen einzelner Künstler, Musiker, Designer oder Softwareentwickler vertrete, werbe sie für strengere Software-Patentrechte. Damit setze sie sich tatsächlich für die Interessen großer Konzerne wie SAP oder Microsoft ein.

Mehr zum Thema Lobbying in der EU unter www.eulobbyaward.org.

Europäische Presseschau

Seit Dezember letzten Jahres gibt die Bundeszentrale für politische Bildung eine europäische Presseschau heraus, die als täglich erscheinender Newsletter abonniert werden kann. Das Ziel dieses Newsletters ist es, europäische Debatten zu gesellschaftspolitischen Themen nachzuzeichnen und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dafür werden täglich Printmedien aus 26 europäischen Staaten ausgewertet und relevante Meldungen als kommentierte Linkliste zusammengestellt.

Anmeldung unter: www.eurotopics.net.

Studie zu verdeckter Armut

In Deutschland leben mindestens 1,8 Millionen bedürftige Menschen ohne staatliche Unterstützung – zusätzlich zu den 2,8 Millionen Menschen, die staatliche Hilfe zu ihrem Lebensunterhalt erhalten. Damit erreicht die verdeckte Armut in Deutschland ähnliche Dimensionen wie die statistisch erfasste und bekämpfte Armut; besonders betroffen sind allein stehende Frauen über 60 Jahre. Zu diesem Ergebnis

kommt eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie der Frankfurter Wissenschaftler Richard Hauser und Irene Becker.

Als Gründe für verdeckte Armut nennen die Autoren zum einen die Furcht vor Stigmatisierung bei einer Inanspruchnahme staatlicher Leistungen. Zum anderen sei es aber häufig auch Unwissenheit, die einen Antrag auf zustehende Leistungen verhindere. Gerade Menschen, die einer Arbeit nachgingen und dennoch unterhalb des gesetzlich festgelegten Existenzminimums verblieben – so genannte ‚working poor‘ –, wüssten oftmals nicht, dass ihnen staatliche Hilfe zustehe.

Weitere Informationen und Grafik zum Download sind erhältlich im Böckler-Impuls 1/2006, abrufbar unter www.boecklerimpuls.de. Kontakt: Hans-Böckler-Stiftung, Rainer Jung, Leiter der Pressestelle. Tel.: (0211) 7778-150, eMail: rainer-jung@boeckler.de.

Gerechtigkeit spielend erlernen

Der Amerikaner William A. Gamson hat ein Lern-Rollenspiel entwickelt, das den Teilnehmern die Strukturen der globalen Ökonomie und die Funktionsweisen und Interdependenzen der Globalisierung nahe bringen soll. Im ‚Global Justice Game‘ können sieben verschiedene Varianten durchgespielt werden, wobei jeweils fiktive makro- und mikroökonomische Szenarien als Grundlage genommen werden. Zwischen 20 und 100 Teilnehmer werden in unterschiedliche Gruppen von „Betroffenen“ aufgeteilt – beispielsweise Firmenrepräsentanten, zivilgesellschaftliche Akteure, Vertreter von Medien – und müssen Strategien entwerfen, um ihre Interessen innerhalb des Szenarios effektiv zu vertreten und durchzusetzen. Nach Abschluss der ca. 3-4 Stunden dauernden Spielrunden soll in Gruppendiskussionen der Verlauf des Spiels und mögliche Erfolge/Misserfolge bewertet werden – und auch auf alternative Handlungsstrategien hingewiesen werden. Erhältlich ist das Spiel zur Zeit nur auf Englisch.

Kontakt: gamson@bc.edu, <http://www.globaljusticegame.mrap.info/>.

Atomkraftausstieg ade?

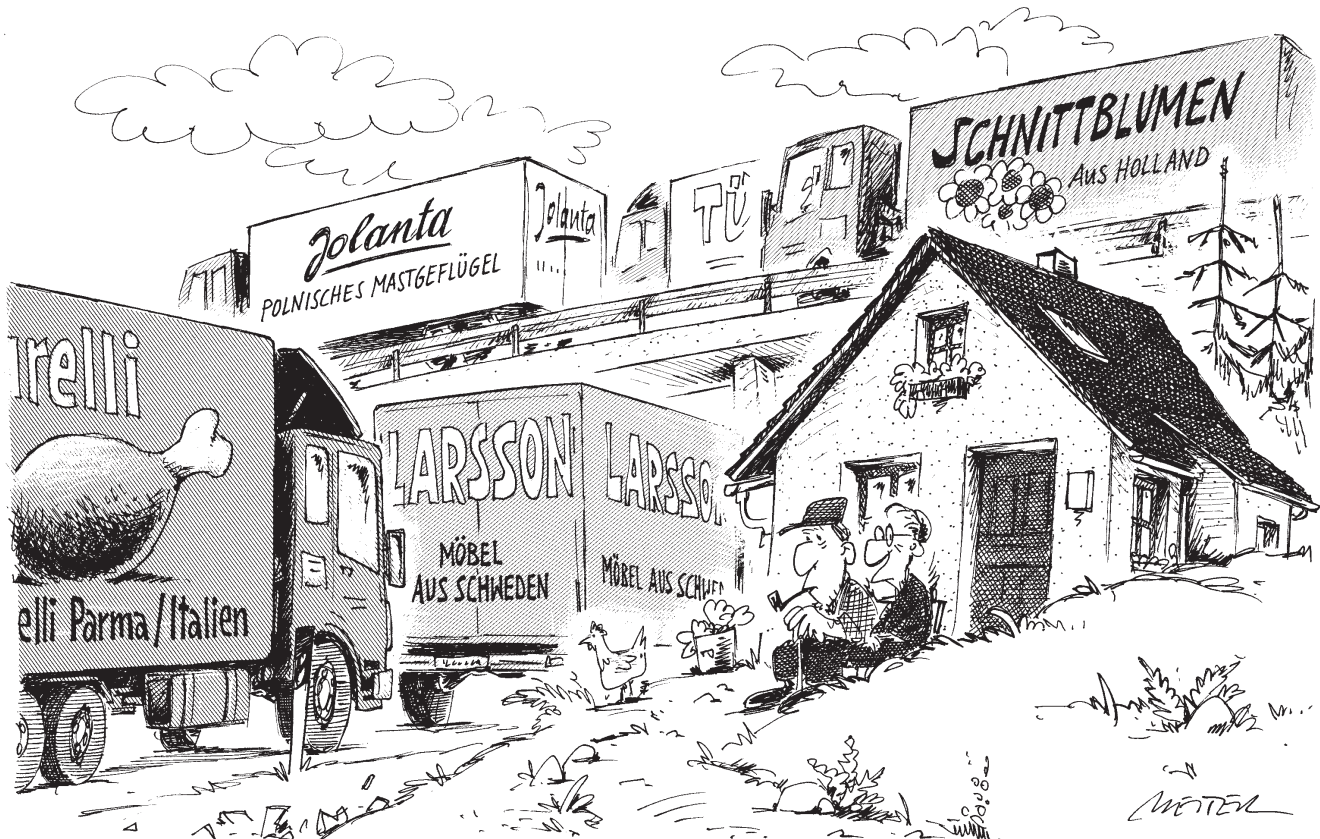
Die Diskussionen um einen Ausstieg vom Ausstieg aus der Atomenergie reißen nicht ab. Zwar sieht der Koalitionsvertrag der rot-schwarzen Bundesregierung keine Verlängerung der unter der Vorgängerregierung festgelegten Restlaufzeiten für Atomkraftwerke vor. Doch hat die Stromindustrie neue Kampagnen ‚pro Atom‘ angekündigt und will den Atomkonsens beispielsweise durch die Verlagerung von Restlaufzeiten auf ältere Atommeiler unterwandern. Gegen diese Praxis und gegen eine mögliche Rückkehr zur Atomkraft kann jetzt online protestiert werden. Auf der Homepage von .ausgestrahlt, einer gemeinsamen Initiative von BUND, campact und x-tausendmal quer, kann die .ausgestrahlt-Erklärung digital unterzeichnet werden, die den Beibehalt des Atomausstieges fordert. Die Erklärung und weitere Informationen rund um den Atomkraftausstieg können eingesehen werden unter www.ausgestrahlt.de.

Menschenrecht erneuerbare Energie

Die Weltversammlung Erneuerbare Energien 2005 und das 3. Weltforum für Erneuerbare Energien, die Ende letzten Jahres in Bonn getagt haben, haben in ihrer Abschlusserklärung das Menschenrecht auf erneuerbare Energien bekräftigt. Die nahende Erschöpfung konventioneller Energiequellen und die unabsehbaren Klima- und Umweltfolgen machten eine Hinwendung zu erneuerbaren Energien unumgänglich. Dafür sprächen sowohl ökonomische, ökologische als auch friedenspolitische Gründe. Die Erklärung sowie weitere Informationen zur Weltversammlung Erneuerbare Energien finden sich unter www.world-council-for-renewable-energy.org/de/index_de.html.

Protest gegen Nazis strafbar?

Durchgestrichene Hakenkreuze oder eine Figur, die ein Hakenkreuz in den Mülleimer wirft – alltägliche Beispiele von Zeichen, die als offener Protest gegen Rechts getragen werden. Im November letzten Jahres allerdings verurteilte das Amtsgericht Tübingen einen Studenten er-



stinstanzlich zu einer Geldstrafe, weil er während einer Demonstration einen Button mit einem durchgestrichenen Hakenkreuz trug. Schließlich handele es sich bei dem Hakenkreuz um ein verfassungswidriges Symbol, welches nicht frei getragen werden dürfe. Der Kontext der Verwendung des Symbols und die eindeutige Ablehnung desselben auf besagtem Button spielten keine Rolle, denn schließlich sei, so das Gericht, dies nicht auf den ersten Blick erkennbar. Zwar wurde das Urteil inzwischen aufgehoben, doch stellt es keinen Einzelfall dar: Die Staatsanwaltschaft Stuttgart beschlagnahmte bei einem Versandgeschäft tausende T-Shirts, Anstecker und Aufnäher sowie die dazugehörigen Kataloge, auf denen Hakenkreuze durchgestrichen oder zerbrochen dargestellt sind.

Inzwischen beschäftigen diese Fälle auch den Bundestag: Auf eine kleine Anfrage der Grünen, ob diese Fälle nicht eine rechtliche Klarstellung für die Verwendung solcher Symbole nötig machten, antwortete die Bundesregierung, dies müssten die unabhängigen Gerichte leisten. Dass ein solcher Protest mit durchgestrichenen Hakenkreuzen eigentlich möglich ist, bestätigt das Bundesverfassungsgericht: Eine Verwendung sei dann erlaubt, wenn „eine Wirkung auf Dritte in einer dem Symbolgehalt des Kennzeichens entsprechenden Richtung von vornherein ausgeschlossen ist“. Dass ein roter Balken, der das Hakenkreuz durchkreuzt, eine solche Wirkung ausschließt, dürfte deutlich sein – schließlich fühlt sich bei einem Rauchverbotschild auch keiner dazu ermuntert, eine Zigarette anzuzünden.

HRW-Weltbericht 2006

Human Rights Watch hat seinen Weltbericht 2006 veröffentlicht. In dem über 500 Seiten lange Dokument weist die Organisation auf zahlreiche Menschenrechtsverletzungen mit besonders schweren Fällen u.a. in Usbekistan, Sudan und China hin. Darüber hinaus werden die USA wegen des Gefangenenlagers in Guantanamo und wegen der „bewussten politischen Entscheidung“ zur Verwendung von Folter und Misshandlung im ‚Globalen Krieg gegen den Terror‘ scharf kritisiert.

Der Weltbericht von 2006 enthält Umfragedaten zur Menschenrechtsentwicklung im Jahr 2005 in mehr als 70 Ländern. Zusätzlich zu dem einleitenden Artikel über Folter enthält der Bericht zwei weitere Leitartikel zum Verhältnis von privaten Firmen und Menschenrechten und zur Ausbreitung von Aids. Der Bericht ist im Internet erhältlich unter <http://hrw.org/wr2k6>.

Demokratiepotenziale im Gemeinwesen

Vom 9. bis 12. März 2006 veranstaltet die Servicestelle CIVITAS in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) eine Tagung und Fortbildung zum Thema „Demokratiepotenziale im Gemeinwesen“. Die Tagung (9./10. Mai 2006) findet im Umweltforum Berlin statt, die daran anschließenden Fortbildungstage (11./12. Mai 2006) in der Neuen Mälzerei Berlin. Das ausführliche Tagungsprogramm sowie ein Anmeldeformular sind ab Anfang März auf der Homepage www.jugendstiftung-civitas.org zu finden. Voranmeldungen sind schon jetzt an die eMail Adresse civitas-tagung@jugendstiftung.org möglich.

REZENSIONEN

Bewegte Bürger in der Diktatur

Mit ihrer Schriftenreihe dokumentiert die Stiftung Ettersberg die Geschichte Europäischer Diktaturen und deren Überwindung. Damit schafft sie einen wichtigen Brückenschlag zwischen Historikern und Politologen. Zugleich leistet sie einen wesentlichen Beitrag zur vergleichenden Erforschung des Widerstandes in den osteuropäischen Diktaturen, die in den Ereignissen des Jahres 1989 gipfelten. Sie untersucht aber auch die Folgen der friedlichen Revolution in Osteuropa.

In dieser Rezension richtet sich der Fokus auf die zuletzt erschienenen Bücher der Reihe. Die Bände drei und fünf konzentrieren sich auf die Geschichte und Opposition in Thüringen, das Bundesland, in dem die Stiftung Ettersberg ihren Sitz hat. Band vier beleuchtet hingegen unter der Fragestellung „Alte Eliten in jungen Demokratien?“ aktuelle politikwissenschaftliche Fragen. Mit Blick auf die DDR beziehungsweise die neuen Bundesländer, Polen, Ungarn und Rumänien wird der Elitenwandel nach der friedlichen Revolution auf eventuelle Kontinuitäten alter Eliten eingehend untersucht. Die Autoren untersuchen ebenfalls den Einfluss der Bürgerbewegung und der Opposition beim Aufbau der Demokratie in den vier einbezogenen Ländern.

Thüringen als Wiege der Opposition

Schreibt man die Geschichte der Bürgerbewegung in der DDR, so richtet sich der Fokus gewöhnlich auf die Hauptstadt Berlin und vielleicht auch noch auf Sachsen, da Leipzig mit den großen Montagsdemonstrationen im Herbst 1989 im Mittelpunkt des Medieninteresses stand. Thüringen steht dabei eher in zweiter Reihe. Dass dies nicht gerechtfertigt ist, zeigen Erhard Neubert und Thomas Auerbach mit ihrer Oppositionsgeschichte. Die „westlichste Provinz des sowjetischen Großreichs“ weist

auch eine ganz eigene Sozialstruktur und kulturelle Besonderheiten auf, die die Geschichte Thüringens prägten. Bis auf einige industrielle Zentren war und ist Thüringen durch mittelständische Industrie und Handwerk bestimmt. Außerdem gab es in den ländlichen Gebieten eine selbstbewusste Bauernschaft. Als Mitte des 19. Jahrhunderts die Industrialisierung einsetzt, wächst die Arbeiterschaft, die allerdings in bitterer Armut lebte. Aus ihr ging eine starke, aber auch zerrissene Arbeiterbewegung hervor. Einer reich gegliederten Kulturlandschaft steht die berühmte Kleinstaaterei gegenüber. Erst nach dem ersten Weltkrieg im Jahr 1920 wurde das Land Thüringen gebildet, das die Kommunisten 1952 wieder zerschlugen und in drei Verwaltungsbezirke mit den Zentren Erfurt, Gera und Suhl aufteilten. Trotzdem bildete sich über die Jahrhunderte hinweg eine Thüringer Identität heraus, die alle Teilungsphasen überlebt hat. Sie ist auch geprägt durch das Streben nach Demokratie, Freiheit und Grundrechten, die nach der Revolution von 1848 in den thüringischen Staaten verankert wurden. Dieser Geist reicht nach Auffassung der Autoren bis in die Neuzeit und hatte auch in der DDR Bestand. Deshalb wollen die Autoren ein Stück Freiheitsgeschichte erzählen.

Dafür kann der Bürgerrechtler Erhard Neubert aus den Schätzen seines Archivs schöpfen. Die Vielzahl und Vielschichtigkeit der Dokumente trat bereits bei seiner „Geschichte der Opposition in der DDR“ (Bonn 1997) zu Tage. Nun hat er den Bestand mit Blick auf Thüringen noch einmal gesichtet. Das ermöglichte ihm, gemeinsam mit Thomas Auerbach, einem weiteren Bürgerrechtler, die Geschichte des Widerstands in Thüringen nicht nur schlaglichthaft, sondern auch sehr dicht und detailliert zu betrachten. Stationen sind dabei der Demokratische Neubeginn und die Etablierung der kommunistischen Diktatur 1945 bis 1949, der Widerstand in Thüringen bis zur Aufteilung des Landes in Verwaltungsbezirke von 1949 bis

1952/53, der 17. Juni 1953, der organisierte und spontane Widerstand bis zum Mauerbau 1961, die Depression und das neue Erwachen der politischen Gegnerschaft von 1961 bis 1970, die Anfänge der formierten Opposition von 1971 bis 1980, das Erstarken der oppositionellen Gruppierungen und ihrer Netzwerke von 1981 bis 1989 und die friedliche Revolution in Thüringen 1989. Die 80er Jahre nehmen damit den breitesten Teil der Darstellung ein, die besonders lebendig wird durch kurze Einsprengsel aus Originaldokumenten und Bilder. Die Studie endet schließlich mit dem Abschluss der Revolution im Frühjahr 1990. Sie wird dokumentiert durch die Wiedergründung des Freistaats Thüringen, den sich die Bürger erkämpft haben.

Blick durchs Jenaer Schlüsselloch

Bieten Erhart Neubert und Thomas Auerbach eine Überblicksdarstellung, so hat Henning Pietzsch mit seiner Studie zur kirchlichen Jugendarbeit in Jena von 1970 bis 1989 die Möglichkeit, Grundsätzliches anhand einer Lokalstudie zu verdeutlichen. Dabei hat er sich für die Stadt Jena und insbesondere für die Arbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte entschieden.

Jena bietet sich als Universitätsstadt deshalb für eine solche Untersuchung an, weil hier eine selbstbewusste Bürgerschaft und berühmte Firmen den Grundstock für freiheitliches Denken legten. So kommt es nicht von ungefähr, dass sich in Jena stetig Widerstand gegen die kommunistische Herrschaft regte – sei es bei der Etablierung der kommunistischen Strukturen im ersten Jahrzehnt nach dem zweiten Weltkrieg oder am 17. Juni 1953. Stellvertretend dafür sei der Eisenberger Kreis genannt, der bis 1958 aktiv war. Aber auch nach dem Mauerbau war Jena nie ein ruhiges Pflaster. Ende der 1960er Jahre ist eine Jugend groß geworden, die sich nicht einfinden will in die vorgegebenen Muster und Zwänge. Sie findet eine Heimat in der evangelischen Jugendarbeit in Jena, wo frei gesprochen und frei gedacht werden kann. Von

dieser Jugendarbeit erzählt Band fünf von Henning Pietzsch. Der Autor ermöglicht dabei dem Leser einen Blick durchs Jenaer Schlüsselloch, der das Leben in einem eigenwilligen Milieu beschreibt. Wie bedeutend die offene Arbeit für die Oppositionsgeschichte in der DDR war, zeigt ein Blick auf die Aktiven. Jürgen Fuchs, Thomas Auerbach und Roland Jahn sind nur drei Bürgerbewegte, die durch diese Arbeit politisch sozialisiert wurden.

In seiner Arbeit beruft sich der Autor auf Selbstzeugnisse und Dokumente der Akteure, aber auch auf die Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit. Pietzschs Ziel ist es, die Wechselwirkungen zwischen dem Selbstverständnis der Akteure und ihrer Aktionen und den repressiven Maßnahmen durch das Ministerium für Staatssicherheit zu beschreiben. Pietzschs Anliegen ist es, die repressiven Maßnahmen gegen die Akteure in ihrer Dimension darzustellen. Außerdem geht es um das Verhältnis zwischen der Offenen Arbeit und der Kirche beziehungsweise der Kirchenleitung. Hier zeigt er die sozialen und strukturellen Voraussetzungen und Bedingungen sowie die Organisationsformen der Gruppen innerhalb der Offenen Arbeit auf. Deutlich wird auch der Politisierungsprozess der Akteure, der durch die Repressionen und die speziellen Rahmenbedingungen der kirchlichen Arbeit befördert wird.

Drei Generationen der Offenen Arbeit

Pietzsch unterscheidet dabei drei Generationen in der Offenen Arbeit. Im ersten Kapitel konzentriert er sich auf die „Generation der politischen Sozialisation“, die er im Zeitraum von 1969 bis 1976 verortet. Im Mittelpunkt steht hier die Entstehungsgeschichte der Jungen Gemeinde Stadtmitte, die untrennbar mit Pfarrer Uwe Koch verbunden ist. Am weiteren Aufbau war vor allem der damalige Jugenddiakon Thomas Auerbach beteiligt. Der Autor beleuchtet für diese Zeit besonders die Verbindungen zwischen der Jungen Gemeinde und der Jenaer

Kulturopposition, die unter anderem durch Rathenow repräsentiert wurde. Die Ausbürgerung von Wolf Biermann jedoch markiert hier einen deutlichen Einschnitt, da nun die Staatssicherheit die Akteure massiv unter Druck setzt. Dies befördert den Generationswechsel innerhalb der Offenen Arbeit.

Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit der „politischen Generation“, die Pietzsch in der Zeit von 1977 bis 1983 verortet. Die Akteure der Offenen Arbeit entwickeln neue inhaltliche Konzepte, die politisch akzentuiert sind und selbstbewusst gegenüber der Staatsmacht und der Institution Kirche vertreten wurden. In diese Zeit fallen auch erste Vernetzungsbestrebungen mit anderen kirchlichen Gruppen in der DDR. Eine entscheidende Zäsur bildet hier der Tod von Matthias Domaschk im April 1981 in der Geraer Untersuchungshaftanstalt des MfS. Pietzsch gelingt es zwar nicht, mehr Licht in die zwielichtigen Umstände des Todes zu bringen, den das MfS als Selbstmord dargestellt hat. Aber er schildert eindrucksvoll die Folgen, die Domaschks Tod für die Opposition in Jena und in der DDR hatte. Zunächst waren die Akteure wie paralysiert, doch dann siegte die Überzeugung, sich nicht unterkriegen zu lassen. Die Arbeit wurde nun noch stärker politisch. Viele Akteure brachen mit den Institutionen Kirche und Staat, artikulierten ganz bestimmt ihren eigenen Weg. Dies manifestiert sich in der Jenaer Friedensgemeinschaft, die sich 1982/83 als Netzwerk herausbildet. Doch auch aus dem Kreis der Friedensgemeinschaft zogen sich einige komplett ins Private zurück, da sie dem Druck durch die Kirchenleitung und das MfS nicht mehr gewachsen waren. Sie sahen nur noch einen Ausweg: die Ausreise. Die Ausreisewilligen organisierten sich in Jena im so genannten Weißen Kreis, denn es war Brauch in der DDR, dass Ausreisewillige ein weißes Band an ihren Autos befestigten.

Das führte erneut zu einem fast völligen Austausch der Akteure in der Offenen Arbeit.

Religiöse Bekenntnisse und die Lust am Leben bildeten laut Pietzsch für die dritte Generation die Klammer. Pietzsch beschreibt sie deshalb als die „Generation der religiösen Bekenntnisse“ und verortet sie in der Zeit von 1984 bis 1989. Der damalige Jenaer Superintendent Udo Siebert und Studentenpfarrer Michael Dorsch betreuten die Jugendlichen, die nicht nur nach religiösen Werten suchten, sondern auch nach einem eigenen Weg, der mit einem neuen politischen Selbstverständnis einherging. Dies drückte sich auch in einer verstärkten Vernetzung der Offenen Arbeit zu einer überregionalen öffentlichen Bewegung aus. Damit wurde der Grundstein für die friedliche Revolution im Herbst 1989 gelegt – mehr allerdings nicht. Denn die Offene Arbeit selbst spielte im Herbst 1989 und im Frühjahr 1990 kaum eine Rolle; die Akteure dagegen schon. Sie finden sich dann allerdings in Gruppierungen der Bürgerbewegung wieder.

Elitenwandel in Ostdeutschland und Osteuropa

Da, wo die beiden schon besprochenen Bände aufhören, setzt der von Hans-Joachim Veen herausgegebene Tagungsband „Alte Eliten in jungen Demokratien?“ an, der das zweite Internationale Symposium der Stiftung Ettersberg im Oktober 2003 dokumentiert. Er richtet sich darauf, was nach der friedlichen Revolution in Ostdeutschland und Osteuropa passiert ist, welche politischen Kräfte sich durchgesetzt haben und wer in Wirtschaft, Wissenschaft und Militär jetzt das Sagen hat. Die Tagung konzentrierte sich in Arbeitsgruppen auf die DDR beziehungsweise die neuen Länder, auf Polen, auf Ungarn und auf Rumänien. Im Sammelband sind die Beiträge der Referenten abgedruckt. Sie werden abgerundet durch eine Berichterstattung über die zum Teil kontrovers geführten Diskussionen in den Arbeitsgruppen und durch zwei Querschnittsvergleiche für die Bereiche Politik und Wirtschaft. Eingeleitet wird das Buch durch zwei kurze historische Abhandlungen.

Klaus-Dietmar Henke setzt die Entwicklungen in der DDR ins Verhältnis zur Entnazifizierung im Nachkriegsdeutschland und stellt dabei interessante Bezüge her. Hans Woller blickt auf Italien nach dem Faschismus.

Der Bereich DDR und neue Länder nimmt den größten Umfang im Tagungsband ein. Ihm kommt gegenüber den anderen eine Sonderstellung zu, da der Elitenwandel hier mit einem ganz klaren Ziel stattfand: dem der Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland. In den neuen Ländern glückte ein fast vollständiger Elitenwandel, befördert durch den Transfer von Eliten aus Westdeutschland nach Ostdeutschland. Durch die Prämisse der Wiedervereinigung war die Richtung des Strukturwandels deutlich vorgegeben, während in Polen, Ungarn und Rumänien die Sache nicht so ausgemacht war und ist. Klar ist jedoch, dass niemand, der jetzt in der Verantwortung ist, eine leninistische Restauration will. Dies geht durch alle Sparten, gleichgültig, ob die Mandatsträger schon vor 1989 zu den Eliten zählten oder ob sie der Bürgerbewegung angehörten oder ob sie erst nach 1989 in Erscheinung traten. In den osteuropäischen Staaten ist es ein häufiges Phänomen, dass sich alte politische Eliten nun in der Wirtschaft wiederfinden. Doch auch daran findet sich nach Einschätzung der Autoren wenig Anstößiges, solange die Eliten im System der Marktwirtschaft funktionieren und den wirtschaftlichen Aufschwung nicht sabotieren. So kommen gerade die Wissenschaftler aus Osteuropa zu dem Schluss, dass es zwar alte Eliten in neuen Funktionen gibt, dass dies aber nicht schädlich für den Demokratisierungsprozess sein muss.

Karin Urich, Mannheim

Besprochene Literatur

Neubert, Erhart/Auerbach, Thomas 2005: „Es kann anders werden“. Opposition und Widerstand in Thüringen 1945-1989. Köln: Böhlau.

Veen, Hans-Joachim (Hg) 2004: Alte Eliten in jungen Demokratien? Wechsel, Wandel und Kontinuität in Mittel- und Osteuropa. Köln: Böhlau.

Pietzsch, Henning 2005: Jugend zwischen Kirche und Staat. Geschichte der kirchlichen Jugendarbeit in Jena 1970-1989. Köln: Böhlau.



Möglichkeiten und Grenzen von Nichtregierungsorganisationen

Die globalisierungskritische Bewegung brachte zu Beginn der 1990er Jahre die Diskussion um soziale Bewegungen wieder in Gang. Ein neues Phänomen tauchte auf: „Nichtregierungsorganisationen“, Akteure die sich bewusst in einer institutionalisierten Bewegungsform engagieren.

Armin Stickler versucht in seinem 2005 erschienen Buch eine kritische Bestandaufnahme der politischen Wirkung des Zusammenspiels zwischen NGOs und sozialen Bewegungen. Dabei stehen nicht nur innenpolitische Themen zur Diskussion, vielmehr soll beobachtet werden, welche weit reichenden Auswirkungen und Folgen NGOs und soziale Bewegungen in diesem Zusammenhang auch auf die Weltgesellschaft haben.

Was sind NGOs?

Als geschichtlich gesehen noch junger Akteur erlebten NGOs in den 1990er Jahren einen „kometenhaften“ Sprung auf die internationalen politischen Bühnen. Armin Stickler führt aber nicht nur in die Anfangsphase der NGOs ein. Begriffsherkunft, Entwicklungen und Strukturen werden anfänglich von ihm genauestens vorgestellt. Dabei scheint eine Bestimmung, was oder wer sich hinter dem Begriff NGO verbirgt, auf den ersten Blick gar nicht so einfach. Es gibt Ansätze, die soziale Bewegungen und NGOs gleichsetzten, andere die NGOs als die einzigen transnationalen Akteure sehen und ei-

nige mehr. Nach ausführlicher Diskussion dieser Ansätze, zieht er eine kritische Zwischenbilanz: Die derzeitige Forschung habe zu viele blinde Flecken, als dass man eine weiter reichende Interpretation der „Nichtregierungsorganisationen“ anbieten könne. Letztlich hängt es vom Selbstverständnis der Organisationen ab, ob sie als NGO gilt oder nicht.

Erklärungsansätze wie die von Dieter Rucht zeigen dabei, dass NGOs gegenüber sozialen Bewegungen im Verhandeln mit politischen Entscheidungsträgern einen bedeutenden Vorteil haben. Durch kontinuierlichere Arbeit und größere Flexibilität bieten sie sich als verlässlicher Partner an. Stickler weist dabei auch auf das Problem hin, dass es immer mehr NGOs gibt. Große, auf internationaler Ebene agierende NGOs treten zunehmend in Konkurrenz zu kleinen, basisbezogenen NGOs. Professionalisierung, so der zitierte Wissenschaftler Take, sei in allen Bereichen dabei nicht von der Hand zu weisen.

Im ersten Kapitel fasst Stickler die Entstehungsgeschichte sowie den aktuellen Diskussionsstand um NGOs zusammen.

Ähnlich wie bei der Entstehung von sozialen Bewegungen gibt es dabei „Mythen“, die nur teilweise nachprüfbar sind. Er beschreibt diese Mythen und ihren Zusammenhang und typologisiert und kategorisiert darauf aufbauend die NGOs. Dabei steht die Frage nach der Abgrenzung zu sozialen Bewegungen und politischen Parteien im Vordergrund.

NGOs als transnationale soziale Bewegung

Auch innerhalb der Bewegungsforschung schaut man interessiert auf das Phänomen der NGOs. Gerade deren Organisationsform wird vielfach von denen der sozialen Bewegungen unterschieden und manchmal bewusst abgelehnt. Innerhalb der Bewegungsforschung ist der Streit um Institutionalisierung nicht neu. Umso verständlicher scheinen Sticklers Aus-

führungen über die Bewertungen von NGOs. Positive und negative Einschätzungen von zunehmender Professionalisierung sind hier ebenso zu finden wie bei den Diskussionen um soziale Bewegungen. Doch nicht nur der sozialwissenschaftliche Diskurs und die Bewegungsforschung haben ein Interesse am Erscheinen dieses nicht gerade neuen Phänomens. Innerhalb des Global Governance-Diskurses werden NGOs als globale Akteure verstanden und diskutiert.

Hier schließt sich der Bogen zu Sticklers zu Beginn beschriebenen Ansatz einen weiteren Begriff und Bedeutungsansatz der NGOs zu verwenden als bei sozialen Bewegungen. Die Konzepte der Global Governance-Theorien untersuchen maßgeblich die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten im gesamtgesellschaftlichen und weltweiten Zusammenhang. In diesem Zusammenhang müssen nach Stickler auch NGOs bewertet werden. Wie im Abschnitt zu sozialen Bewegungen führt er auch hier die Leser sehr umfassend in den aktuellen Forschungsstand der Global Governance-Theorie ein. Dabei zeigt er ebenfalls sehr eindringlich die blinden Flecken des jeweiligen Diskussionsstandes.

Weltgesellschaft als theoretischer Rahmen

Ab dem sechsten Kapitel diskutiert er das Verhältnis von NGOs in Bezug auf Theorien der Weltgesellschaft, aber auch ihre Möglichkeiten, politisch aktiv zu werden und Gestaltungsspielräume zu erlangen. Angelehnt an Wallersteins Konzeption des historischen Systems, diskutiert Stickler die Möglichkeiten von NGOs in einem System, das deren Entwicklung ermöglicht und konditioniert. Dabei muss der Blick von Einzelfeldern wie Ökonomie, Staat und Gesellschaft gelöst und multidisziplinär argumentiert werden. Armin Sticklers Buch bietet neben einem eindrucksvollen Überblick über den derzeitigen Forschungs-

stand eine interessante und spannende Analyse des NGO-Diskurses mit neuen Verknüpfungen.

Stephanie Schmoliner, Flensburg

Besprochene Literatur

Stickler, Armin 2005: Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen und Global Governance. Bielefeld: Transcript



Aus dem Innenleben Neuer Sozialer Bewegungen

Neue soziale Bewegungen und Wissenschaftler haben ein gespaltenes Verhältnis zueinander – und das, obwohl mancher Historiker oder Sozialwissenschaftler selbst sozial bewegte Zeiten hinter sich hat. Unter den Aktiven herrscht ein großes Misstrauen vor, ob es „objektiv“ möglich ist, Bewegungsgeschichte zu schreiben. Sie plädieren stattdessen für eine „subjektive“ Geschichtsschreibung, die aus den Bewegungen heraus erfolgen soll. Nur so sei sie authentisch und nicht der Meinung der Herrschenden unterworfen. Das Buch „Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen“ lässt die Aktiven für sich selbst sprechen und dennoch den einen oder anderen selbst bewegten Forscher zu Wort kommen.

Wer kann Geschichte adäquat deuten?

Bernd Hütner, Gottfried Oy und Norbert Schepers stellen in ihrem Sammelband „Vorwärts und viel vergessen“ die grundlegende Frage, wer die Geschichte der sozialen Bewegungen adäquat schreiben kann. Die Aktiven der Bewegung wehren sich dagegen, dass über sie geschrieben wird und die „Deutungshoheit über die Geschichte“ nicht bei denen liegt, die sie erlebt haben. Die Autoren des Sammelbandes

bemängeln hingegen auch, dass es den neuen sozialen Bewegungen an einem „kollektiven Gedächtnis“ fehlt. Das resultiert nach ihrer Einschätzung aus den losen Strukturen und der hohen personellen Fluktuation, die die Herausbildung eines solchen „kollektiven Gedächtnisses“ erschweren. Für die Herausgeber ist historische Aufarbeitung der neuen sozialen Bewegungen allerdings nur durch die Menschen möglich, „die dabei waren oder sich für die Beschäftigung mit der Geschichte der eigenen Bewegung engagieren und sich dafür Zeit nehmen (können).“ Einen ersten Schritt wollen sie mit dem vorliegenden Band tun.

„Besichtigen“ der eigenen Geschichte

Die Initiative dafür geht auf eine Tagung im Oktober 2004 in Bremen zurück, auf der eine kritische Debatte über Chancen und Grenzen einer Bewegungsgeschichtsschreibung geführt wurde. Bewusst werden in dem Band Beiträge aufgegriffen, die innerhalb und außerhalb der Hochschule entwickelt wurden. Mit den theoretischen und methodischen Voraussetzungen sowie den Schwierigkeiten bei der Auseinandersetzung der Geschichte neuer sozialer Bewegungen setzen sich Imma Hams, Sebastian Haunss und Dirk Lange auseinander. Besonders eingängig sind dabei die Reflexionen von Imma Harms. Sie schildert ihre Gefühle beim „Besichtigen“ der eigenen Geschichte in einer musealen Ausstellung über ihr eigenes Engagement.

Geschichte greifbar machen

Die konkrete Geschichte der neuen sozialen Bewegungen zeichnen Aktive im zweiten Teil des Buches nach. Ilse Lenz und Brigitte Schneider schildern die Arbeit der Frauenbewegung, wie sie sich in Bewegungsarchiven und in der Presse darstellt. Die AG Grauwaacke beschreibt ihr eigenes Selbstverständnis als „Autonome in Bewegung“, die 2003 ein Buch mit gleichem Titel veröffentlichten. Rainer Wendling nimmt

in einem Interview Stellung zur Arbeit des Verlags „Assoziation A“ und den Schwierigkeiten, außerhalb der akademischen Geschichtsarbeit zu bestehen. Gottfried Oy und Christoph Schneider widmen sich den Stärken, aber vor allem den Schwächen der RAF-Ausstellung „Zur Vorstellung des Terrors“.

Die politischen Bedingungen und (Miss-)Erfolge politischer Bewegungen zeichnen Gottfried Oy (Neue Soziale Bewegungen und ihre Medienpolitik), Thomas Kunz (Die Politik Innerer Sicherheit in der Bundesrepublik und ihre Kritiker), Serhat Karakayali (Migrantische Kämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik), Stephan Grigat (Die Staatsfixiertheit der Linken und der Konformismus oppositioneller Bewegungen) und Bernd Hüttner (Aus dem Alltag eines Bewegungsarchivs) nach. Abgerundet wird der Band durch „Acht Thesen zu einer militanten Geschichtsschreibung“, die Sergio Bologna Mitte der 1970er Jahre erarbeitet hat. Durch einen Kommentar des Autors und eine Einleitung von Bernd Hüttner wird er zu einem historischen Dokument, der Einblicke in das Selbstverständnis der politischen Zeitschrift „Primo Maggio“ ermöglicht.

Aktive und Wissenschaftler sind gefordert

Insgesamt zeigt der Band ein vielschichtiges Bild der neuen sozialen Bewegungen, das zwar kein kollektives Gedächtnis bildet, aber viele Erinnerungsspuren von Aktiven und Beobachtern nachzeichnet. Den Autoren ist dies allerdings noch nicht genug. Denn sie schreiben selbst „Nicht gelungen ist uns dabei allerdings, die Hegemonie männlicher, akademisch sozialisierter Geschichtsschreibung zu brechen. Auch die eingeforderte Alltagsorientierung der Geschichtsschreibung zeigt sich nur in wenigen Beiträgen“. Hier sind sowohl die Wissenschaftler als auch die Aktiven weiterhin gefordert.

Karin Urich, Mannheim

Besprochene Literatur

Hüttner, Bernd/ Oy, Gottfried/ Schepers, Norbert 2005: Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen. Neu Ulm: AG SPAK.



Tiger oder Bettvorleger?

Die Sozialwissenschaften tun sich nach wie vor sehr schwer damit, ein Analyseraster zu entwickeln, das Nichtregierungsorganisationen (NGOs) als Akteure auf dem internationalen Parkett angemessen verortet. Dabei sind sie mittlerweile unübersehbar: Sie werden von nahezu allen intergouvernementalen Organisationen bei der Politikformulierung konsultiert, sie treten als Wachhunde der globalen Ökonomie in Erscheinung und sind in zahlreichen Policy-Feldern der Weltpolitik als Interessenvertreter und auch als Dienstleister etabliert. Trotzdem herrscht Uneinigkeit über die Bedeutung von NGOs im Globalisierungsprozess: Sind sie tatsächlich Hoffnungsträger und Legitimierungsressource einer zunehmend von transnationalen Entwicklungslinien beeinflussten Politik? Oder müssen sie nicht doch als die „am meisten überschätzten politischen Akteure“ bezeichnet werden, wie es etwa Peter Wahl in den 1990er Jahren tat? In anderen Worten: Sind NGOs Tiger oder Bettvorleger?

NGOs im Prozess der Globalisierung

Mit der vorliegenden Anthologie unternehmen die Herausgeber den Versuch, die politikwissenschaftliche Debatte um Beiträge, Funktionen, Möglichkeiten und Grenzen von NGOs im Globalisierungsprozess zu strukturieren und speziell für die politische Bildungsarbeit aufzubereiten. Zunächst geben Ansgar Klein, Heike Walk und Achim Brunnengräber in ihrer Einleitung eine sehr ausführliche Übersicht über den Stand der NGO-Forschung. Sie werfen dabei

einen Blick auf die historische Entwicklung von Nichtregierungsorganisationen, verdeutlichen dann die verschiedenen Unterscheidungen und Begriffsverwendungen und ordnen NGOs in die Debatte um Global Governance ein. Anschließend wenden sie sich der Bedeutung der Menschenrechte und des Konzepts der internationalen Zivilgesellschaft zu und analysieren schließlich vor diesem Hintergrund die Diskussion über die demokratietheoretische Einbindung von NGOs in die internationale Politik.

Roland Roth befasst sich danach in seinem Beitrag sehr anschaulich mit den Möglichkeiten und Grenzen von NGOs in der transnationalen Demokratie. Sein Fazit zieht sich im Wesentlichen durch alle folgenden Aufsätze des Bandes: Demokratisierende Impulse von NGOs auf die transnationale Politik lassen sich nicht mehr ernsthaft leugnen. NGOs entwickeln politische Gegenentwürfe, artikulieren von staatlichen Akteuren vernachlässigte Themen, erweitern das Handlungsrepertoire internationaler Politik und tragen zur entstehenden, globalen öffentlichen Meinung bei (104f). Allerdings kommt man – so Roth – nicht umhin, charakteristische Schwachstellen der NGO-Politik zu konzедieren, die zwar weder bei allen NGOs noch in allen Politikfeldern anzutreffen sind, aber dennoch die Debatte in zahlreichen Fallstudien prägen (113). Roth verdeutlicht dies an der Auseinandersetzung um die Dominanz des Nordens in der NGO-Welt und skizziert das Problem der öffentlichen Alimentierung, die NGOs vielfach zu einem „erweiterten Staat“ im Sinne Gramscis degradieren. Medienabhängigkeit und Privatisierungstendenzen werden als weitere Schwachstellen von NGOs gekennzeichnet.

Im Anschluss folgen neun weitere Beiträge, die sich mit der Rolle von NGOs in verschiedenen Policy-Feldern wie etwa der Katastrophenhilfe und Entwicklungspolitik (Tobias Debiel/Monika Sticht), Frauen- und Menschenrechtspolitik (Ute Ruppert), Klimapolitik (Marianne Beinsheim), Wirtschafts- und Finanzpolitik (Sa-

bine Mohr) und Umweltpolitik (Tanja Brühl) befassen. Darüber hinaus wird das Verhältnis der NGOs zu den globalisierungskritischen sozialen Bewegungen wie etwa dem Netzwerk Attac diskutiert (Christiane Grefe) und die schwierige Beziehung zwischen NGOs und der globalen Protestbewegung in der Weltpolitik behandelt (Achim Brunnengräber).

Den Autoren gelingt es dabei sehr gut, die aktuelle NGO-Forschung in ihrer Breite angemessen und anschaulich darzustellen. Dabei liefern sie nicht nur eine Bestandsaufnahme des politischen und politikwissenschaftlichen Diskurses. Sie liefern auch Impulse für die weitere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

NGOs – ein problematisches Konzept

Ersichtlich wird allerdings auch, dass der NGO-Begriff im Grunde als sozialwissenschaftliche Analysekategorie ungeeignet ist beziehungsweise geworden ist. Die ungeheure Heterogenität der NGO-Community ist mittlerweile dermaßen ausufernd, dass eine universelle Definition nicht mehr möglich ist. Auch im vorliegenden Sammelband ist dies nicht gelungen. In jedem Beitrag muss das jeweilige Verständnis erst einmal kurz erläutert werden. Das tut zwar der systematischen Anlage des Sammelbandes keinen Abbruch und schmälert auch nicht den Informationsgehalt der einzelnen Beiträge. Es stellt sich aber dennoch die Frage, ob die Sozialwissenschaften nicht langfristig besser daran täten, NGOs hinsichtlich ihrer überwiegenden Funktionen zu betrachten, etwa – wie in der anglo-amerikanischen Literatur üblich – als *interest organizations*, *advocacy organizations* oder *service provider*.

Abschließend sei angemerkt, dass das Buch als Unterrichtsmaterial für die politische Bildungsarbeit eindeutig Studierende und andere Vorgebildete als Zielgruppe hat. Für diese ist es hervorragend geeignet, sich in die aktuelle NGO-Forschung einzuarbeiten. Nicht alle Bei-

träge sind hingegen für den Einsatz im Sozialkundeunterricht der Sekundarstufe II geeignet, weil sie zumindest zum Teil viel Wissen voraussetzen. Lobend zu erwähnen ist hingegen das umfangreiche Glossar, das einen schnellen Zugriff auf die zahlreichen fachspezifischen Begriffe ermöglicht.

Matthias Freise, Münster

Besprochene Literatur

Brunnengräber, Achim/Klein, Ansgar/Walk, Heike (Hg.) 2005: NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – Umstrittene Riesen. Wiesbaden: VS Verlag.



Selbstkritischer Blick in die Studierstuben

Was sich unter dem Titel „Wissenschaft und Macht“ zunächst wie ein weiterer Sammelband anhört, indem einige Texte gut, einige neu, einige schlecht und im schlimmsten Fall sogar überflüssig erscheinen, entpuppt sich als ausgesprochenes Highlight in den Wirren der Sammelbände. 22 Artikel sind zu lesen, mal von bekannten, mal von unbekannten AutorInnen, die sich ganz unterschiedlicher Stilrichtungen bedienen. Vom wissenschaftlichen Text bis zum Pop-Essay ist alles dabei.

Der Sammelband „Wissenschaft und Macht“ entstand in Folge einer Hans-Böckler-Tagung für Promovierende in Hattingen im Jahr 2003. Die Unterschiede zwischen Machtstrukturen und Wissenschaften standen auch dort im Mittelpunkt. Formuliert Ziele der HerausgeberInnen sind Auseinandersetzungen mit poststrukturalistischen Theorien unter selbstkritischem Blick auf die eigene Situation im wissenschaftlichen Apparat. Doch auf einer darunter gelagerten Ebene kann dieses Buch bestens als Handwerkszeug für eine erfolgreiche Hochschulzeit verstanden werden.

Innenansichten des Wissenschaftsbetriebs

Wie findet sich mit Hilfe Aristophanes ein Thema (Helmut Heit), welche Macht können „Fußnoten-Massaker“ ausüben (Thomas Ernst), unterliegt man bei Analysen besonderen ethischen Ansprüchen (Siegfried Jäger und Kerstin Palm) und wie viel Macht übt Sprache aus? Ist es besser, innerhalb einer Disziplin zu arbeiten, oder bietet der interdisziplinäre Ansatz doch mehr Möglichkeiten (Tobias Erzmänn) und finden sich die Wissenschaftler selber in den Vorgaben und ethischen Standards wieder (Stefan Borrmann)? Bereits im ersten Teil ist ein großes Kapitel der Selbstkritik gewidmet. Oliver Geden leitet seinen Beitrag „Wissenschaft als Politikersatz“ mit der Frage danach ein, ob sich Ansprüche von Wissenschaftlern, die sich selbst als politisch verstehen, überhaupt erfüllen lassen. In den Handlungsspielräumen von Wissenschaft stehen Machtpositionen, die nicht immer offensichtlich sind. Tobias Erzmänn diskutiert anhand des Begriffes „Paradigma“ die Spielregeln, welche die wissenschaftliche Praxis bestimmen. Nicht alles, was als Paradigma betitelt wird, ist auch ein solches. Aber die Folgen einer solchen Bestimmung, beispielsweise in der Ausgestaltung der gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen oder der Bereitstellung finanzieller Mittel, können immens sein.

Der zweite Abschnitt wurde von den Herausgebern mit „Im Betrieb der Wissenschaft“ betitelt. Hier werden sowohl Karriereverläufe als auch unterschiedliche Lebensentwürfe nachgezeichnet, die typisch für den Wissenschaftsbetrieb sind. Soziale Bedingungen, Geschlechterzugehörigkeit und Betreuung sind Kriterien, die Promotionen ebenso bedingen wie das Finden eines geeigneten Themas. Steffani Engler zeigt überzeugend in ihrem Beitrag, dass bis heute Frauen beim Einstieg in die Wissenschaft, nicht nur mit anderen, sondern auch mit mehr Hindernissen konfrontiert werden als Männer. Passend plziert folgt ein Beitrag über den Kar-

riereknick des amerikanischen Wissenschaftlers Gregory Picus, der aufgrund seiner politischen Haltung in den 50er Jahren und seiner Kritik an bestehenden Theorien seine wissenschaftliche Laufbahn nicht weiter verfolgen konnte. Heute ist Picus bekannt und geschätzt für seine Forschungen zur In-Vitro-Fertilisation, Ergebnisse, die er bei anderen Versuchen durch Zufall entdeckte.

Wissenschaft und Politik

Die Beziehung zwischen wissenschaftlichen und politischen Entscheidungen steht im Mittelpunkt des zweiten Kapitels, die gesellschaftliche Ebene dieser Beziehungen findet ihren Platz im dritten Kapitel. An der Institution Schule (Rüdiger Loeffelmeier) wird exemplarisch gezeigt, was in den voran gegangenen Kapiteln aufgezeigt wurde. Die Ideologie der Politik, die aktuell herrschende Praxis und Theorie der Erziehungswissenschaft, die Lehre und die Auswahl der Lehrenden, das alles beeinflusst die Ausgestaltung staatlicher Schulen. Dazu kommen Vorgaben wie Noten, Pausen oder Ferienzeiten, die das Leben außerhalb der Schule nicht nur berühren, sondern maßgeblich bestimmen.

Nach Beiträgen zu Beziehungen zwischen Geschichtspolitik, Wissenschaft und Öffentlichkeiten (Oliver von Wrochen zur Wehrmachtsausstellung), Regierungen und Politikberatungen (Jan Schneider) taucht ein auf den ersten Blick ungewöhnlicher Beitrag auf: Hellblau ist ein Auszug des gleichnamigen Romans von Thomas Meineke. Was zunächst irritiert, ist konsequent. Mit neuen Mitteln, forderten die HerausgeberInnen, sollen wissenschaftliche Thematiken bearbeitet werden. Warum also nicht in einem Roman? Identität und Ethnizität sind die verborgenen Schlüsselbegriffe, die sich bei Meineke wieder finden und so zeigt der Autor, dass auch jenseits traditioneller Grenzen Diskussionen um Wissenschaft geführt werden kann.

Wissenschaft und Wirtschaft

Nach dem eher soziologisch anmutenden dritten Kapitel geht es im vierten und letzten um das Verhältnis zur Wirtschaft. Gouvernmentalität, kognitiver Kapitalismus (Alex Demirovics), politische Mandate (Morus Markant) und die aktuelle Debatte um Bildungs- und Studienfinanzierung (Bettina Kremberg, Stefan Matysiak, Michael Brodowski) greifen zum Schluss aktuelle Debatten der Hochschulpolitik auf. Hatte man am Anfang – vor allem nach dem Hinweis der HerausgeberInnen – den Eindruck, poststrukturalistische Theorien mit Vertretern wie Lacan und Foucault bilden den Schwerpunkt, wird man am Ende doch in die Praxis zurückgeführt. Selbstkritisch, so wie gefordert, wird der Blick auf die eigene Situation in einem gut ausgestatteten Promotionsstipendium gelegt. Insgesamt ist „Wissenschaft und Macht“, auch wenn Konkurrenztheorien ausgespart wurden, ein gelungener Sammelband, der in sich dicht und stimmig ist.

Stephanie Schmoliner, Flensburg

Besprochene Literatur

Ernst, Thomas / Bock von Wülfigen, Bettina/ Borrmann, Stefan/ Gudehus, Christian P. (Hg.) 2004: Wissenschaft und Macht. Münster: Westfälisches Dampfboot.

ANNOTATIONEN

SHAHYAR, PEDRAM/WAHL, PETER

Bewegung in der Bewegung?

Erfahrungen und Perspektiven der GlobalisierungskritikerInnen.

Hamburg: VSA 2005.

Fünf Jahre Attac in Deutschland – Grund genug für Pedram Shahyar und Peter Wahl, Bilanz zu ziehen und einen Ausblick zu wagen,

wo es mit dem globalisierungskritischen Netzwerk hingehen soll.

Zunächst führen die beiden führenden Protagonisten von Attac – beide sind Mitglieder im Koordinierungskreis – in die Begrifflichkeit der sozialen Bewegung ein und schildern die Entstehung von Attac im Sommer 1998 in Frankreich. Die Wirtschaftskrise in Asien und die Ablehnung des Multilateralen Investitionsabkommens (MAI) durch die französische Regierung waren die Auslöser für die Gründung des Netzwerks. Denn dank dieser beiden Ereignisse wurde deutlich, dass die Globalisierung nicht automatisch wirtschaftlichen Segen bringt, sondern zugleich für soziale Krisen verantwortlich ist. Eine breite Plattform bekommt Attac durch die Sozialforen, die ab 2001 als Gegenveranstaltung zum jährlichen Weltwirtschaftsforum in Davos organisiert werden. In Deutschland formiert sich Attac im Januar 2000 unter dem Namen „Netzwerk zur Demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte“.

Das Besondere an Attac sind die soziale Zusammensetzung, die keine einheitliche soziale Basis widerspiegelt, der globale Charakter, die dezentrale und nicht-hierarische Organisation und die Konsenskultur. Entscheidend für Themen und Vorgehensweise sind nach Einschätzung der Autoren die besseren Argumente und Konzeptionen – sonst nichts. Ziel von Attac ist es dabei nach Einschätzung der Autoren, das Meinungsklima zu verändern und alternative Wertvorstellungen in der Gesellschaft stark zu machen. Erst in zweiter Linie kommt es darauf an, konkrete Maßnahmen durchzusetzen. Als mögliche Themen für die Zukunft benennen die Autoren die Arbeit, die soziale Sicherung, die öffentlichen Dienstleistungen, die Steuergerechtigkeit, die Umwelt und die Demokratisierung. Ob sich diese Themen wirklich durchsetzen, liegt aus ihrer Sicht daran, ob es sich um Themen mit längerfristiger Relevanz und größerer gesellschaftlicher Bedeutung handelt. Es muss zugleich eine emanzipatorische Dimensi-

on haben und anschlussfähig an bereits vorhandene Problemlagen sein. Dann können die Schwächen der herrschenden Eliten ausgenutzt und Bündnispartner für die eigene Sache gefunden werden. Und dies darf sich nicht auf Deutschland beschränken. Lösungen müssen vielmehr auf internationaler Ebene erarbeitet werden.

Karin Urich, Mannheim



ROTH, KARL HEINZ

Der Zustand der Welt

Gegen-Perspektiven

Hamburg: VSA 2005

„Ein spannender Versuch, die ungeheure Komplexität der gegenwärtigen globalisierten Welt synthetisch zu fassen“. Ein großes Vorhaben, welches auf dem Buchumschlag beschrieben wird. Karl Heinz Roth, ein bekannter Sozialhistoriker, versucht in seinem Essay auf weniger als hundert Seiten den Zustand der Welt zu beschreiben. Allerdings bleibt es bei dem Versuch. Das liegt aber nicht nur an dem erstaunlich dünnen Heft, sondern vielmehr am Inhalt. Roth beschreibt zu Beginn ausgiebig, dass es sich bei folgenden Ausführungen um ein Konglomerat zweier Vorträge hält: Ausführungen über die Abwägung, welche Art von Inhalt man bei welchen Gruppen wählt und Erfahrungen, die Roth bei früheren Vorträgen gemacht hat sowie eine spontan auftauchende Kritik an linksradikalen politischen Inhalten. Dies lässt den Leser erstmal staunen. Hat man doch bei dem Titel „Der Zustand der Welt“ etwas anderes erwartet. „Gegenperspektiven“, so der Untertitel, muss man zwischen den Zeilen suchen.

Dies ist bedauerlich, zumal seine Ansätze interessante Diskussionsanstöße darlegen. So fordert Roth unter anderem dazu auf, über den Tellerrand der eigenen linken Theorie zu schauen. Soziale Gruppen und Bewegungen sollten

in einen aktiven Diskurs einsteigen und nicht in alten Theorien verharren. Drei wichtige Ansätze für eine weitere Diskussion sieht Roth. Soziale Bewegungen sollten erstens den Adressaten ihrer eigenen Ideen nicht mehr in Staaten beziehungsweise Supranationalstaaten sehen. Zweitens dürfe auch Gouvernmentalität keine Hoffnung auf Veränderung wecken. Und drittens müsse, wie von vielen gefordert, der Begriff „Arbeit“ neu bewertet werden. Gerne hätte man nach seinen Forderungen weitere Ausführungen gelesen oder sich in die Diskussion eingebracht – zumal anzunehmen ist, dass es diese auch am Ende der Vorträge gegeben hat, aus denen das Buch entstanden ist.

Stephanie Schmoliner, Flensburg



Newsletter Bewegungsforschung

Das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen möchte künftig in einem Newsletter einen Überblick über laufende Forschungsvorhaben zum Bereich Neue Soziale Bewegungen informieren. Deshalb sind alle Forscher, Studierende und Forschungseinrichtungen aufgerufen, entsprechende Projekte an das Forschungsjournal zu melden. Sie werden dann auf der Internet-Seite des Forschungsjournals (www.fjnsb.de) veröffentlicht.

Benötigt werden folgende Angaben: 1. Titel des Vorhabens, 2. Zeitraum, auf den sich das Projekt bezieht, 3. Name und Anschrift des Bearbeiters, 4. Name und Anschrift der Institution, an der die Arbeit entsteht, 5. Name und Anschrift des Betreuers, 6. Art und Stand der Arbeit (Abschlussarbeit, Projekt, Dissertation etc), 7. Laufzeit des Forschungsvorhabens, 8. Art der Finanzierung.

Diese können per Post (Karin Urich, Hoher Weg 15, 68307 Mannheim oder per E-Mail (DrKarinUrich@aol.com) an die Rubrikverantwortliche übermittelt werden.

AKTUELLE BIBLIOGRAPHIE

Burstein, Paul/Linton, April, 2002: The Impact of Political Parties, Interest Groups, and Social Movement Organizations on Public Policy: Some Recent Evidence and Theoretical Concerns. *Social Forces* 81(2): 380-408.

Heyck, Matthias, 2005: „Wir sind nicht Greenpeace!“ Lokale und regionale Akteure der Umweltschutzbewegung in der Region Chemnitz. Chemnitz: Technische Universität. <http://archiv.tu-chemnitz.de/pub/2005/0028>.

McCright, Aaron-M/Dunlap, Riley E., 2003: Defeating Kyoto: the conservative movement's impact on US climate change policy. *Social Problems* 50(3): 348-373.

Soule, Sarah A./Olzak, Susan, 2004: When Do Movements Matter? The Politics of Contingency and the Equal Rights Amendment. *American Sociological Review* 69(4): 473-497.

Aktuelle Bibliographie aus Zeitschriften

Zivilgesellschaft

National und Kommunen

Badawia, Tarek 2005: Thesen zur Förderung gesellschaftlicher Partizipation von muslimischen Kindern und Jugendlichen. In: *neue praxis*, Jg. 35, No. 2, 89-97.

Hafeneger, Benno 2005: Teilhabe, Beteiligung und Partizipation. Historische Notizen. In: *neue praxis*, Jg. 35, No. 2, 200-205.

Özdoğan, Mehmet Mihri 2005: Das rauschhafte Ende von Multikulti. In: *Die Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte*, H. 5, 4-8.

Olk, Thomas 2005: Soziale Arbeit und die Krise der Zivilgesellschaft. In: *neue praxis*, Jg. 35, No. 3, 223-231.

Pehle, Heinrich 2005: Die kommunale Selbstverwaltung: Opfer der Europäischen Integration? In: *Gesellschaft Wirtschaft Politik GWP*, Jg. 54, H. 1, 9-21.

Röper, Erich 2005: Volksinitiativen und Bürgeranträge: Richtungsweisendes Urteil des OVG Bremen. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 36, H. 1, 152-161.

Schliesky, Utz 2005: Ausländerintegration als kommunale Aufgabe. In: *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik ZAR*, Jg. 25, No. 3-4, 106-115.

Von Berg, Heinz Lynen/Palloks, Kerstin 2005: CIVITAS – ein Experiment wissenschaftlich begleitet. Ansatz und Zwischenergebnisse der Evaluierung eines Modellprogramms. In: *neue praxis*, Jg. 35, No. 1, 65-76.

Ausland

Bekkers, René 2005: Participation in Voluntary Associations: Relations with Ressources, Personality, and Political Values. In: *Political Psychology*, Vol. 25, No. 3, 439-455.

Campbell, Kelly B. 2005: Theorizing the Authentic: Identity, Engagement, and Public Space. In: *Administration & Society*, Vol. 36, No. 6, 688-705.

Cockburn, Tom 2005: Children's Participation in Social Policy: Inclusion, Chimera or Authenticity? In: *Social Policy and Society*, Vol. 4, Is. 2, 109-119.

Gray, Virginia et. al. 2005: Legislative Agendas and Interest Advocacy. Understanding the Demanding Side of Lobbying. In: *American Politics Research*, Vol. 33, No. 3, 404-435.

Green, Melanie C./Brock, Timothy C. 2005: Organizational Membership versus Informal Interaction: Contribution to Skills and Perceptions that Build Social Capital. In: *Political Psychology*, Vol. 26, No. 1, 1-27.

Jamal, Amaney 2005: The Political Participation and Engagement of Muslim Americans. Mosque Involvement and Group Consciousness. In: *American Politics Research*, Vo. 33, No. 4, 521-545.

Kim, Ji-Young 2005: ‚Bowling Together‘ isn't a Cure-All: The Relationship between Social Capital and Political Trust in South Korea. In: *International Political Science Review*, Vol. 26, No. 2, 193-213.

Lowry, Robert C. 2005: Explaining the Variation in Organized Civil Society across States and Time. In: *The Journal of Politics*, Vol. 67, No. 2, 574-595.

Metz, Edward C./Youniss, James 2005: Longitudinal Gains in Civic Development through School-Based Required Service. In: *Political Psychology*, Vol. 25, No. 3, 413-439.

Sardamov, Ivelin 2005: ‚Civil Society‘ and the Limits of Democratic Assistance. In: *Government and Opposition*, Vol. 40, Is. 3, 379-403.

Segall, Shlomi 2005: Political Participation as an Engine of Social Solidarity: A Sceptical View. In: *Political Studies*, Vol. 53, No. 2, 362-378.

Wong, Janelle S. et al. 2005: Group-Based Resources and Political Participation among Asian Americans. In: *American Politics Research*, Vo. 33, No. 4, 545-577.

Ausland Kommunen

Brugué, Quim/Vallès, Josep Maria 2005: New-Style Councils, New-Style Councillors: From Local Government to Local Governance. In: *Governance*, Vol. 18, No. 2, 197-226.

Gerber, Elisabeth R./Phillips, Justin H. 2005: Evaluating The Effects of Direct Democracy on Public Policy. California's Urban Growth Boundaries. In: American Politics Research, Vol. 33, No. 2, 310-335.

Hill, Kim Qualie/Matsubayashi, Tetsuya 2005: Civic Engagement and Mass-Elite Policy Agenda Agreement in American Communities. In: American Political Science Review, Vol. 99, Is. 2, 215-224.

Jouve, Bernard 2005: La démocratie en métropoles: gouvernance, participation et citoyenneté. In: Revue Française de Science Politique, Vol. 55, No. 2, 317-339.

Internationale Beziehungen

Bruha, Thomas/Tams, Christian J. 2005: Die Vereinten Nationen und das Völkerrecht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte APUZ, No. 22, 32-39.

Castells, Manuel 2005: The 2004 Ithiel de Sola Pool Lecture: Global Governance and Global Politics. In: Political Science and Politics, Vol. 38, No. 1, 9-17.

Darrow, Mac/Tomas, Amparo 2005: Power, Capture, and Conflict: A Call for Human Rights Accountability in Development Cooperation. In: Human Rights Quarterly, Vol. 27, No. 2, 471-539.

Hafner-Burton, Emilie M./Tsutsui, Kiyoteru 2005: Human Rights in a Globalizing World: The Paradox of Empty Promises. In: American Journal of Sociology, Vol. 110, No. 5, 1373-1412.

Heiduk, Felix/Kramer, Daniel 2005: Shell in Nigeria und Exxon in Aceh: Transnationale Konzerne im Bürgerkrieg. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, März 2005, 340-347.

Hippler, Jochen 2005: Failed States und Globalisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte APUZ, No. 28, 3-5.

Lipschutz, Ronnie D. 2005: Power, Politics and Global Civil Society. In: Millenium: Journal of international Studies, Vol. 33, No. 3, 747-770.

Mohamed, Saira 2005: From Keeping Peace to Building Peace: A Proposal for a Revitalized United Nations Trusteeship Council. In: Columbia Law Review, Vol. 105, No. 3, 809-841.

Mouffe, Chantal 2005: Eine kosmopolitische oder eine multipolare Weltordnung? In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, H. 1, 69-83.

Staub-Bernasconi, Silvia 2005: Kongressbericht: Global Social Work — Congress 2004 — Reclaiming Civil Society. In: neue praxis, Jg. 35, No. 1, 89-97.

Van Oudaren, John 2005: Transatlantic Bipolarity and the End of Multilateralism. In: Political Science Quarterly, Vol. 120, No. 1, 1-32.

Wallerstein, Immanuel 2005: After Developmentalism and Globalization, What? In: Social Forces, Vol. 83, No. 3, 1262-1279.

Regierung und Parteien

National

Dülmer, Hermann/Klein, Markus 2005: Extreme right-wing voting in Germany in a multilevel perspective: a rejoinder to Lubbers and Scheepers. In: European Journal of Political Research, Vol. 44, Is. 2, 243-265.

Thöndl, Michael 2005: Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, von Florian Hartleb. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 46, H. 1, 174-175.

Lubbers, Marcel/Scheepers, Peer 2005: A puzzling effect of unemployment: A reply to Dülmers and Klein. In: *European Journal of Political Research*, Vol. 44, Is. 2, 265-269.

Ausland

Akgün, Lale 2005: Welche Perspektive hat die türkische Sozialdemokratie? In: *Die Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte*, H. 3, 51-55.

Thomas, John Clayton/Streib, Gregory 2005: E-Democracy, E-Commerce, and E-Research: Examining the Electronic Ties between Citizens and Governments. In: *Administration & Society*, Vol. 37, No. 3, 259-280.

Thorlakson, Lori 2005: Federalism and the European party system. In: *Journal of European Policy*, No. 3, 468-488.

International

Cole, Alexandra 2005: Old right or new right? The ideological positioning of parties of the far right. In: *European Journal of Political Research*, Vol. 44, Is. 2, 203-231.

Haynes, Jeffrey 2005: Protestant Political Parties: A Global Survey, by Paul Freston. In: *Democratization*, No. 3, 426-428.

Ivarsflaten, Elisabeth 2005: The vulnerable populist right parties: No economic realignment fuelling their electoral success. In: *European Journal of Political Research*, Vol. 44, Is. 3, 465-493.

Rueda, David 2005: Insider-Outsider Politics in Industrialized Democracies: The Challenge to Social Democratic Parties. In: *American Political Science*, Vol. 99, Is. 1, 61-74.

Rydgren, Jens 2005: Is extreme right-wing populism contagious? Explaining the emergence of a new party family. In: *European Journal of Political Research*, Vol. 44, Is. 3, 413-439.

Sozialpolitik und Arbeitsgesellschaft

Beck, Stefan/Scherrer, Christoph 2005: Der rot-grüne Einstieg in den Abschied vom ‚Modell Deutschland‘. In: *PROKLA* 138, 111-131.

Boeck, Thilo/Fleming Jennie 2005: Social Policy – A Help or a Hindrance to Social Capital? In: *Social Policy and Society*, Vol. 4, Is. 3, 259-270.

Frade, Carlos/Darmon, Isabelle 2005: New modes of business organization and precarious employment: towards the recommodification of labour? In: *Journal of European Social Policy*, Vol. 15, No. 2, 107-123.

Scholz, Wolfgang 2005: Erst gelobt, dann gescheitert: Das Weltbank-Konzept zur Alterssicherung. Über den Einfluss von Paradigmenwechseln auf die Sozialpolitik. In: *Soziale Sicherheit*, No. 2, 44-50.

Thobald, Sally et. al. 2005: Engendering the bureaucracy? Challenges and opportunities for mainstreaming gender in Ministries of Health under sector-wide approaches. In: *Health Policy and Planning*, Vol. 20, Is. 3, 141-149.

Vickerstaff, Sahrah 2005: Jonathan Zeitlin and David M. Trubeck (eds), *Governing Work and Welfare in the New Economy: European and American Experiments*. In: *Public Administration*, Vol. 83, No. 2, 518-520.

Demokratiethorie und Politische Philosophie

Benhabib, Seyla 2005: Die Krise des Nationalstaats und die Grenzen des Demos. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, H. 1, 83-97.

Christman, John 2005: Saving Positive Freedom. In: Political Theory, Vol. 33, No. 1, 79-89.

Fung, Archon 2005: Deliberation before the Revolution: Towards an Ethics of Deliberative Democracy. In: Political Theory, Vol. 33, No. 3, 397-420.

Nelson, Eric 2005: Liberty: One Concept too Many? In: Political Theory, Vol. 33, No. 1, 58-79.

Rostbøll, Christian F. 2005: Preferences and Paternalism: On Freedom and Deliberative Democracy. In: Political Theory, Vol. 33, No. 3, 370-397.

Schmidt, Volker H. 2005: Fraser, Nancy/Honneth, Axel, Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. In: Soziologische Revue, Jg. 28, No. 2, 162-165.

Thaa, Winfried 2005: Kulturkritik und Demokratie bei Max Weber und Hannah Arendt. In: Zeitschrift für Politik ZfP, Jg. 52, No. 1, 23-57.



Michael H. Spreng: Wahlkampf als eiskalte Polarexpedition, FJ NSB 2006/1, S. 5-11

Eine schonungslose Analyse des CDU/CSU-Bundestagswahlkampfes im vergangenen Jahr bietet die Aktuelle Analyse von Michael Spreng. Der Autor, selbst intimer Kenner der Union und Wahlkampfleiter des Bundestagswahlkampfes für Edmund Stoiber 2002, skizziert die Fehler der Union und ihrer Kandidatin im Wahlkampf. So war etwa die Anlage des Wahlkampfes „kalt, unemotional, ohne Begeisterung: Die CDU/CSU bot den Wählern eine eiskalte Polarexpedition an, obwohl die meisten Wähler lieber in den warmen Süden fahren“, urteilt der Autor. Spreng bietet mit seiner Analyse das, was die Unionsführung um Angela Merkel nach dem Einzug in das Kanzleramt nicht leisten wollte: eine klare und offene Analyse des schlechten Wahlergebnis der Union bei der Bundestagswahl 2005. Der Text basiert auf dem Manuskript eines Vortrages, den der Autor auf einer Klausurtagung der Hamburger CDU am 5. November 2005 gehalten hat.

Michael H. Spreng: An election campaign as cool as a polar expedition, FJ NSB 2006/1, pp. 5-11

Spreng analyzes relentlessly the CDU's/CSU's election campaign last year. The author, himself very familiar with the Union and leading Edmund Stoiber's election campaign in 2002, shows which mistakes were committed by the Union and the candidate Angela Merkel within the campaign. From Spreng's point of view the election campaign was „cold, without emotions and without enthusiasm: CDU/CSU offered an very cool polar expedition though most voters prefer a trip to the warm south.” Spreng offers with this analysis, what the leading party staff was not willing to undertake after coming into office: a straight and honest analysis of the unexpectedly bad turnout at the ballots in 2005.

Felix Kolb: Die politischen Auswirkungen und Erfolge sozialer Bewegungen, FJ NSB 2006/1, S. 12-23

Die Beurteilung des Erfolges von sozialen Bewegungen ist mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Felix Kolb diskutiert in seinem Beitrag, wie die Bewegungswissenschaft sich dem Problem der Erfolgsmessung nähern kann. Zunächst ist eine Fokussierung auf Effekte anstelle von Erfolg notwendig, denn die umfassende Ermittlung von Zielen einer Bewegung ist kaum möglich. Aus den vielfältigen Effekten von Bewegungen betrachtet Kolb nur die politischen. In Hinblick auf substantielle politische Auswirkungen unterscheidet er Agenda Impact, Alternatives Impact, Policy Impact und Collective Goods Impact und präsentiert die jeweiligen einschlägigen Befunde. In Bezug auf politisch-institutionelle Auswirkungen werden Auswirkungen auf das Verhältnis von Institutionen unterschieden von Auswirkungen auf die politische Struktur und schließlich einer revolutionären Veränderung des Gesamtgefüges.

Felix Kolb: Social Movements – Political impacts and success, FJ NSB 2006/1, pp 12-23

Felix Kolb discusses the rather difficult task of measuring social movement's success. He claims that instead of success impacts have to be measured first, since it is virtually impossible to measure all aims of a social movement. Kolb focusses on political impacts and distinguishes between agenda impact, alternative impacts, policy impact and collective goods impact. Concerning political-institutional impacts one has to distinguish between impacts on institutions, impacts on the political structure and a revolutionary change of the whole system.

Ute Gerhard: Nachfolge in der Frauenbewegung - Generationen und sozialer Wandel, FJ NSB 2006/1, S. 24-37

Der Stand der Frauenbewegung ist derzeit schwer bestimmbar. Doch trotz der Differenzierungen innerhalb der Frauenbewegung, beispielsweise in frauenpolitisch oder feministisch, soll hier gezeigt werden, warum trotz anhaltender sozialer Ungleichheit in den Geschlechterverhältnissen öffentlich scheinbar keine politische Diskussion mehr stattfindet. An diese Frage anschließend werden sowohl die Einstellungen junger Frauen zu Politik als auch deren Lebensentwürfe untersucht und aufgezeigt, dass nicht nur ein Generationenwechsel sondern auch ein deutlicher Bewusstseinswandel im Hinblick auf frauenpolitische Diskussionsfelder stattgefunden hat.

Ute Gerhard: Succeeding feminist movement – Generations and social change, FJ NSB 2006/1, pp 24-37

The state of feminist research is hard to assess. The article wants to show, why there is no public discussion, though social inequality maintains. Afterwards women's attitudes towards politics and their life schemes are analyzed. This reveals that there has not only been a generation change but also a change of mind concerning the fields of discussion.

Jochen Roose: 30 Jahre Umweltprotest: Wirkungsvoll verpufft?, FJ NSB 2006/1, S. 38-49

Die Umweltbewegung in Deutschland hat über die letzten Jahrzehnte zu einer Vielzahl von Themen recht erfolgreich mobilisiert. Der Artikel fragt nach den Effekten der Umweltproteste auf die Bevölkerungsmeinung, das Handeln der Politik und umweltrelevantes Handeln der Bevölkerung. Umweltproteste konnten die generelle Wichtigkeit von Umweltschutz in der Bevölkerungsmeinung verankern. Insbesondere gelingt es dem Protest kurzfristig, für die unmittelbare Wichtigkeit des Themas zu sensibilisieren. Im Fall der Einstellungen zu Atomenergie hat der Protest erst nach dem Unfall in Tschernobyl eine Wirkung. Im deutschen Bundestag bleiben die Proteste für die Häufigkeit von Debatten zu Umweltthemen zunächst wenig einflussreich. Dies ändert sich aber mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag und der Gründung des Umweltministeriums. Das Handeln der Bevölkerung, betrachtet für gefahrene Autokilometer und getrennte Abfallsammlung, hat sich zwar in eine ökologischere Richtung entwickelt, der Einfluss der Umweltproteste dürfte allerdings im Vergleich zu anderen Einflüssen eher gering sein.

Jochen Roose: 30 years of environmental movement: Effectively squibbed?, FJ NSB 2006/1, pp 38-49

Several topics have been mobilized successfully by the environmental movement during the last decades. The article analyzes the impact of protest mobilization on public opinion and the behaviour of the public as well as political actors. General awareness of environment has been successfully enhanced. Protest is especially able to underline the immediate importance of a problem. Referring to nuclear power the attitude changed only after the Chernobyl-accident. In the German parliament there has been virtually no impact before the Greens gained parliamentary seats and a ministry of environment was installed. Regarding public behaviour, cars are used less and garbage is separated more often, but the influence of the protest from environmental movement is probably rather minor compared to other factors.

Michelle Beyeler: Erfolge der Globalisierungskritik? Eine Analyse anhand der Kampagnen gegen WEF und WTO. FJ NSB 1/2006, S. 50-63

Der Beitrag geht der Frage nach, ob die Proteste gegen die Welthandelsorganisation und das World Economic Forum erfolgreich waren. Drei Erfolgskriterien werden betrachtet: (1) inwiefern in den Medien von einer Bewegung die Rede ist, (2) inwiefern die Kritik der Aktivisten von Medien und Politik aufgenommen wurde, und (3) inwiefern globalisierungskritische Akteure mehr Zugang zu den Entscheidungsträger erhalten haben. Für den Erfolg waren, so das Argument, nicht nur Kontextbedingungen wichtig, sondern auch die bewegungsinterne Koordination. Insbesondere erzielte die Bewegung dann Erfolge, wenn die interne Zusammenarbeit funktionierte und die Aktionen von großen, breiten Bündnissen getragen wurden.

Michelle Beyeler: Successfully critiquing globalization? Analyzing campaigns against WEF and WTO. FJ NSB 1/2006, pp 50-63

The article aims to answer the question, if protests against the World Trade Organization and the World Economic Forum have been a success. The focus is on three criteria:

(1) in how far is it perceived as a movement by the media, (2) in how far critics have been picked up by media and political actors, and (3) in how far critics of globalization have gained more access to policy-makers. For the success not only circumstances have been important, but also the coordination within the movement.

Karin Urlich: Freiheiten gewonnen – Utopien verloren. Die gemischte Bilanz der DDR-Bürgerbewegung am Beispiel Dresdens. FJ NSB 1/2006, S. 64-72

Auf den ersten Blick ist die Geschichte der Bürgerbewegung in der DDR die reinste Erfolgs-Story. Schließlich gelang ihr gleich die Abschaffung des gesamten Staats. Doch wollte das die Bürgerbewegung überhaupt? Die Autorin untersucht am Beispiel Dresdens, woher die Akteure der Bürgerbewegung kamen. Die Akteure der ersten Gründungswelle wollten eine veränderte DDR, die der zweiten ein vereinigtes Deutschland. Letztere erreichten zudem einen kompletten Elitewandel und brachten sich selbst aktiv in die Umgestaltung ein, während erstere häufig resignierten.

Karin Urlich: Won liberties, lost utopias – the mixed summary of the social movement in the GDR, shown on the example of Dresden. FJ NSB 1/2006, pp. 64-72

In the first view, the story of the social movement in the GDR seems to be a complete success, because the whole state had to disappear. But did the actors really like to reach this? The author describes on the example of Dresden which roots the actors had. The actors of the first generation of social movements wanted a reformed GDR, the actors of the second generation wanted a reunited Germany. They got it and reached a total change of the elites. They worked active for this change while the first generation was disappointed.

Matthias Heyck: Erfolgreicher durch Qualifikation? Das Beispiel Zukunftspiloten, FJ NSB, 2006/1, S. 73-81

Der deutsche Naturschutzring und die Bewegungsakademie haben mit dem Weiterbildungsprogramm Zukunftspiloten ein Programm ins Leben gerufen, um Aktive der Umweltbewegung für

ihre Arbeit besser zu qualifizieren. Matthias Heyck stellt das Programm in seiner Arbeitsweise, den bearbeiteten Themen und der Zielgruppe vor. Sein Hauptaugenmerk gilt der Frage, in welchen Bereichen durch das Programm eine erfolgsversprechendere Arbeit zu erwarten ist. Als nicht-intendierter Effekt könnte das Programm einer weiteren Professionalisierung und Konzentration auf formale Verfahren anstelle von Protest Vorschub leisten.

Matthias Heyck: More success because of qualification?, FJ NSB, 2006/1, pp. 73-81

The German Naturschutzring and the Bewegungsakademie have created a education programme called Zukunftspiloten in order to qualify activists within environmental movement. Matthias Heyck introduces this programme Mainly he considers the question, which parts of the programme are expected to be successful. An not-intended impact could be a further professionization and concentration on formal provedures instead of more protest.

Malte Kreuzfeld: Auf halbem Weg? Die Bedeutung von Erfolgen für die zukünftige Mobilisierung am Beispiel von Attac Deutschland. FJ NSB 1/2006, S. 82-89

„Nichts überzeugt mehr als Erfolg“ – dieser Satz gilt auch für die globalisierungskritische Bewegung Attac. Deren Pressesprecher Malte Kreuzfeld beschreibt, mit welchen Strategien Attac Deutschland seine Erfolge dokumentiert und kommentiert, um damit bereits Aktive zu motivieren und weitere Aktive zu mobilisieren. Zugleich warnt er aber auch davor, sich zu stark auf Erfolge fixieren zu lassen und dabei die eigentlichen Ziele der Bewegung aus den Augen zu verlieren.

Malte Kreuzfeld: Stopping On Half Way? The Role of Success for the Further Mobilization of Attac Germany. FJ NSB 1/2006, pp. 82-89

„Nothing convinces more than success“ – this sentence is also true for the global critical movement attac. Media-Speaker Malte Kreuzfeld shows, how attac describes his success to motivate the people who work for attac and to find more people who like to do this in future. But he also sees the danger to be fixed on success and to forget what the movement really wants.

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Gegründet 1988, Jg. 19, Heft 1, März 2006

Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft m.b.H. • Gerokstraße 51 • 70184 Stuttgart
Fax 0711/242088 • e-mail: lucius@luciusverlag.com • www.luciusverlag.com

Für die Forschungsgruppe NSB herausgegeben von Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Dr. Thomas Leif

Redaktion: Alexander Flohé, Kiel; Dr. Ansgar Klein, Berlin; Dr. Ludger Klein, St. Augustin; Peter Kuleba, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Dr. Thomas Leif, Wiesbaden; Markus Rohde, Bonn; Dr. Jochen Roose, Berlin; Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Urich, Mannheim

Redaktionelle Mitarbeiter: Anja Löwe, Berlin; Stefan Niederhafner, Berlin; Tobias Quednau, Berlin; Jan Rohwerder, Aachen; Elmar Schlüter, Marburg; Gabi Schmidt, Berlin; Lars Schmitt, Marburg; Stephanie Schmoliner, Flensburg

Verantwortlich für den Themenschwerpunkt dieser Ausgabe: Dr. Jochen Roose (v.i.S.d.P.), Dr. Karin Urich, Stephanie Schmoliner; *verantwortlich für Pulsschlag:* Alexander Flohé, Schönberger Str. 2, 24148 Kiel, e-mail: alex.flohe@web.de; *für Treibgut:* Jan Rohwerder, Gottfriedstr. 14, 52062 Aachen, e-mail: jan.rohwerder@gmx.de; *für Literatur:* Dr. Karin Urich, Hoher Weg 15, 68307 Mannheim, e-mail: DrKarinUrich@aol.com

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Dr. Karin Benz-Overhage, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach; Volkmar Deile, Berlin; Dr. Warnfried Dettling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Robert Jungk (†); Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof. Dr. Dieter Rucht, Berlin; Wolfgang Thierse, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Heidemarie Wiczorek-Zeul, Berlin

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe NSB, c/o Dr. Ansgar Klein, Mahlower Straße 25/26, 12049 Berlin, e-mail: ansgar.klein@snaflu.de

Homepage: www.fjnsb.de

Förderverein: *Soziale Bewegungen e.V.*, c/o Dr. Ludger Klein, Im Erlengrund 1, 53757 St. Augustin, e-mail: lepus.lk@t-online.de; *Spendenkonto:* Sparkasse Bonn, BLZ: 380 500 00, Konto-Nr: 751 460 7

Bezugsbedingungen: Jährlich erscheinen 4 Hefte.

Jahresabonnement 2006: € 39,-/ sFr 66,70,-, für Studierende gegen Studienbescheinigung € 29,-/ sFr 50,70, Einzelheft € 14,-/ sFr 25,30, jeweils inkl. MwSt. (Versandkosten Inland € 4,-/Ausland € 8,-/ sFr 14,80.)

Alle Bezugspreise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich beim Verlag erfolgen.

Abonnentenverwaltung (zuständig für Neubestellungen, Adressänderungen und Reklamationen) bitte direkt an die Verlagsauslieferung:

Brockhaus/Commission • Postfach • 70803 Kornwestheim
Tel. 07154/1327-37 • Fax 07154/1327-13

Anzeigenverwaltung beim Verlag (Anschrift wie oben)

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2006.

© 2006 Lucius & Lucius Verlagsges. mbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Vorbehalt fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronischen Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM und allen anderen elektronischen Datenträgern. Das Forschungsjournal wird durch SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts und BLPES (International Bibliography of Sociology) bibliographisch ausgewertet.

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden

Umschlag: Nina Faber de.sign, Wiesbaden; **Bildgestaltung:** Oliver Fabel, Berlin

Satz: com.plot Klemm & Leiby, Mainz

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany

ISSN 0933-9361